KEIN SCHÖNER LAND...

atom Sondernummer

Rassismus und Neofaschismus in Deutschland

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 2/1992
Schwerpunkt:
Mit Recht gegen Rechts ?

- Faschismus und faschistisches Denken
- BRD-Justiz in Kontinuität zur NS-Zeit
- Soll Geschichts-Revisionismus strafbar sein?
- ‚Deutsche'-‚Ausländer': ... bis zur Vernichtung

Weitere Themen:

- Homosexualität. Ende einer strafrechtl. Kategorie
- Mauerschützen, Verfassungsschutz und ein Nachruf

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 3 Hefte für 10 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.3/92 (Nr.43) enthält u.a.:

Murray Bookchin: Libertärer Kommunalismus
★
"Kriegstreiberdiskurs"
von Klaus Schönberger und Claus Köstler
"Drogenkrieg"
von Andi Ries
Autonome Gesellschaft
von Cornelius Castoriadis
Ungarn: Auffanglager
von Keno Verseck
Interview mit Noam Chomsky
★

Weltwirtschaftsgipfel in München, Mannheim-Schönau – Rassismus (und Klassenkampf?)Verriß von U.Heiders Buch zu US-Anarchisten, Diskussion um Zensur im SF, Umgehensweise von Anarchisten untereinander, um die Rolle der Stirnerschen Philosophie bei der Identitätssuche entwurzelter Revolutionäre etc., Telegraph contra Gauck-Behörde, Rezensionen, Termine,76S., 7.-

Trotzdem ★ Verlag

Vor kurzem erschienen

Janet Biehl
Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

Mit diesem Buch wendet sich die amerikanische Anarchafeministin Janet Biehl gegen Mythenkulte und neue Irrationalismen in der alternativen Bewegung und bei feministischen Gruppen. Sie arbeitet die Bedeutung der Vernunft für die Geschichte der Emanzipation auf und setzt einem falschen Naturverständnis und falsch interpretierter Weiblichkeit ihr Konzept eines gesellschaftlich eingreifenden Feminismus entgegen. 90 S., 14.

Trotzdem ★ Verlag + SF-Redaktion
PF 1159, D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

spreng sätze

zum Prozeß gegen Knud Andresen+Ralf Gauger

Nr 7 ist erschienen !

- ☆ Ein Jahr LKA-Lügen und kein Ende. Schluß mit der Farce!
- ☆ Ein Lehrstück in bisher 26 Akten. Zusammenfassung zum bisherigen Prozeßverlauf
- ☆ Hamburger Polizei-Sondereinheit: E-Schicht. Gegen den Mythos der außer Kontrolle geratenen Männer

Lest, vertreibt, bestellt, abonniert spreng-sätze

Erhältlich im linken Buchhandel oder
Neue Bestelladresse:
Infobüro Ralf und Knud, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2 Hamburg 36
T: 040/446095 — FAX: 040/4108122
(Mindestens 9 Stück, 4 DM, nur Vorkasse)
Konto: K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ: 20050050, Konto: 1228/122386, Stichwort: Zeitung!

Unterstützt den Prozeß!

Spendenkonto: RA Beuth, Hamburger Sparkasse, Konto: 1250/124029, Anderkonto Ralf und Knud

Rote Hilfe 4/92

Schwerpunktthema: Gesetzespaket zur „Organisierten Kriminalität"; weitere Themen: Prozesse gegen Christian Klar, Erich Honecker, Claus Croissant, Knud & Ralf; Ausnahmezustand in Italien; Hoechst-Betriebsrat gefeuert, Buchbesprechungen

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

IMPRESSUM

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599, Fax 47512

V.i.S.d.bgl.P.:
Dietmar Jürgsch, Jens-Uwe Kloppenstedt

Bestellbedingungen:
Diese Sonderausgabe kostet 7,50 Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 5,25 Mark.
Ein »normales« Abo für fünf Ausgaben kostet 30,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 50,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fotos dieser Ausgabe:
Alle aktuellen Fotos, die in dieser Sonderausgabe abgedruckt sind, stammen von Martin Langer, dem wir hiermit ausdrücklich für seine Hilfe und Mitarbeit (nicht nur bei dieser atom-Nummer) danken.

Beilagen
Einem Teil der Auflage dieser Broschüre liegen zwei Sonderbeilagen bei:
1) eine Beilage der atom-Redaktion zu aktuellen Entwicklungen in der Atommüll-„Entsorgungs"-Problematik (Erörterung Schacht Konrad, neue Pläne Gorleben)
2) ein Sonderdruck der Zeitung ak (ehemals KB/Gruppe K) zu den Pogromen in Rostock und deren Hintergründen Die KollegInnen schafften eine ausgezeichnete Recherche-Arbeit, zu der wir leider nicht imstande waren.
Sollten diese Beilagen fehlen, so können sie gegen DM 2,– in Briefmarken bestellt werden bei:
1) atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
2) hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

INHALT

Chronologie des Terrors

Chronologie von August '91 bis heute 3

(Die Chronologie durchzieht auf den Außenspalten das ganze Heft und wird ab Seite 78 ganzseitig bis November '92 fortgeführt. Eine Zusammenstellung durch das Abgeordnetenbüro Ulla Jelpke.)

Zu den Ursachen

Menschenjäger & Schreibtischtäter
Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde 6

Rassismus ist kein Vorurteil
Von Jürgen Trittin, Nds. Bundesratsminister 11

Antisemitismus und Rassismus in Deutschland
Von Jürgen Elsässer 18

Zum Thema Asyl

Asyl. Vom Grundrecht zum Altpapier
Von Angelika Beer (Bundesvorstand Die Grünen) 23

Chronologie der Asylrechtsdebatte 29

Asyl 1938/39: Ein Lehrstück 30

Asylrecht für bayerische Katholiken? 35

600jährige Verfolgung von Sinti und Roma 36

Wie eine ZASt verhindert werden soll 40

Das Märchen von der Ausländerkriminalität 42

Neonazis und Justiz

Nazis vor Gericht: Die Legende vom Einzeltäter
Von Bernd Siegler 46

Polizei: Samthandschuhe für Faschos,
Rambos für AusländerInnen 58

Der Feind steht links – sechs Beispiele 61

Rechte Gewalt: Die Anti-Antifa 66

Rostock: Antworten der Bundesregierung 68

Ansätze zur Diskussion

»Wenn der Arsch auf Grundeis geht, ist allzuoft der Kopf im Arsch.« Gegen eine Täterentlastung von links 72

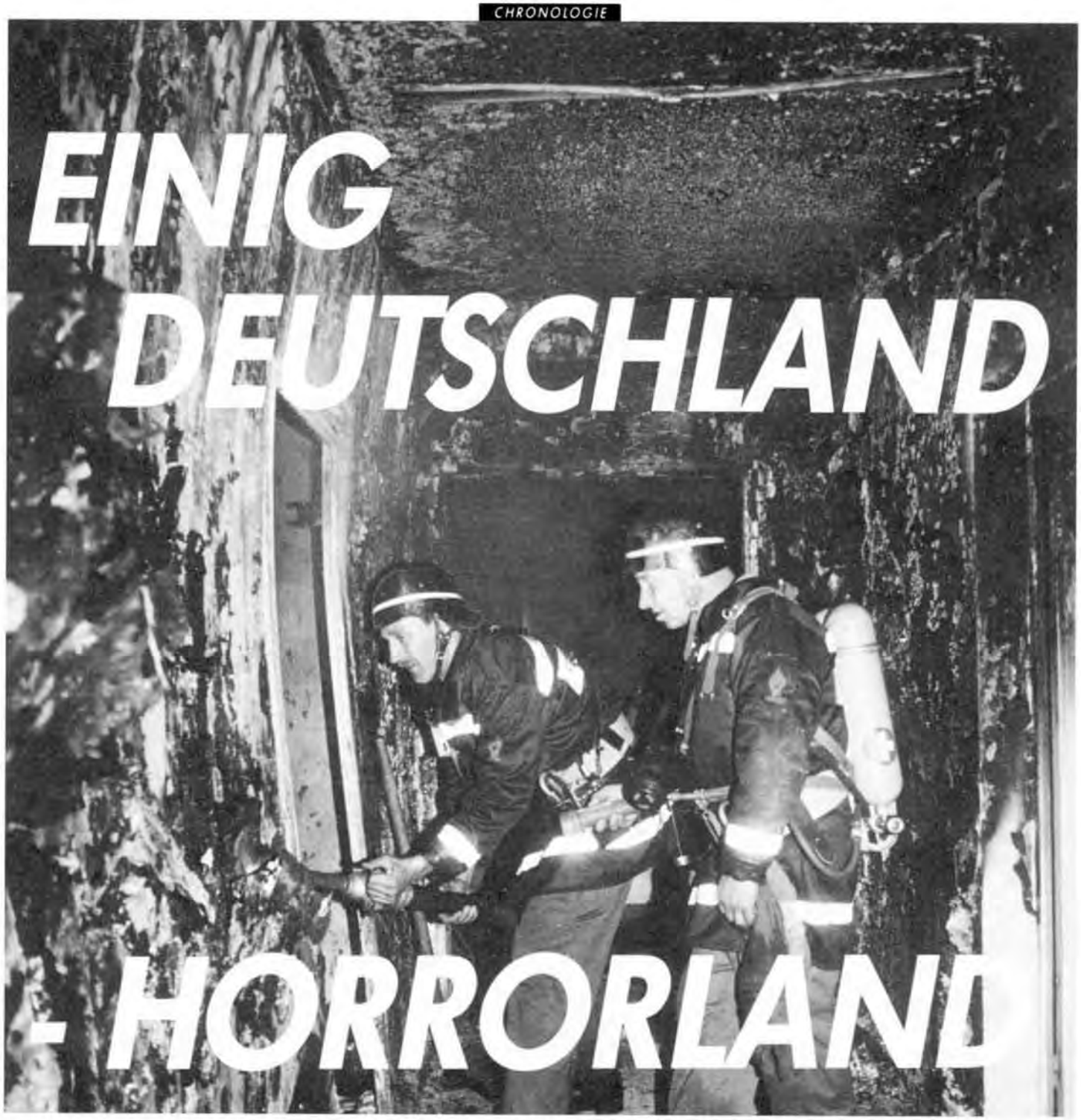
Europa der »Völker«? Zu den Perspektiven der neuen Rechten. Von Karl-Heinz Roth 75

EDITORIAL

Ein halbes Jahr lang hat es schon keine „atom" mehr gegeben. Und auch diesmal wird in dieser Zeitung, der „Zeitung der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie", wie sie früher mit Untertitel hieß, kein Wort zur Atomproblematik enthalten sein – außer in einer Beilage.
Schon vor einem Jahr hatten wir einen Schwerpunkt dem Thema „Rassismus in Deutschland" gewidmet. Seitdem hat sich nichts zum Besseren gewendet.
Eine tiefe Bitterkeit liegt in dieser Zeit auf unserem Geist und Denken über das, was in diesem Land – in dem wir selber leben und mitverantwortlich sind – passiert: Der massenhafte Rassismus, die rechten Morde an AusländerInnen und sozial Schwachen, an politischen Gegnern, der wiedergekehrte und sich festsetzende und weiter ausbreitende Nazismus, die Unfähig- und Unwilligkeit der staatlich Verantwortlichen, diesem Spuk entschlossen entgegenzutreten, das immer offenere und schnellere Zurückdrängen solidarischer Denk- und Handlungsmuster in diesem Land, und zudem die eigene Hilflosigkeit, Paralysiertheit, dieser katastrophalen Situation erfolgreich zu trotzen.
Und wenn wir es trotzdem tun, dann werden wir sofort als Linke mit der rechten Mörderbrut in einen Topf geworfen, mit den dümmsten Argumenten – aber mit immer mehr Erfolg. Trotzdem, uns bleibt gar keine andere Wahl, als zu handeln. Nicht danach zu schielen, was könnten unsere Widersacher daraus wieder gegen uns konstruieren. Es ist keine Zeit zum taktieren – es ist Zeit zum Handeln. Kein blinder Aktionismus! Aber dort, wo Häuser angezündet, Menschen gemordet werden, gilt es schnell zu handeln. Und die Erfahrung lehrt, daß es Wirkung zeigt.
Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, diese Ausgabe der „atom" ausschließlich dem Thema „Rassismus und rechte Gewalt" zu widmen. Vieles fehlt, aber wir sind nicht die einzigen, die sich diesem Thema publizistisch annehmen.
Göttingen, im November 1992

Anstelle eines Vorwortes die folgenden Zeilen aus einem längeren Beitrag von Ralph Giordano „Deutschland – deine Täter", der in voller Länge in der taz vom 16.11.92 veröffentlicht worden ist:

»... Jeder ist wohl in diesen Wochen via Bildschirm dessen Zeuge geworden: der Staat wird notorisch durch die gewalttätige Rechte verunglimpft, lächerlich gemacht. In Grund und Boden gejohlt. Dabei sind die Gewalttäter selbst nur der äußere, medienspektakuläre Kreis. Ihm schließt sich, ebenfalls noch erkennbar, der zweite der öffentlichen Übereinstimmung weiter Bevölkerungsschichten an. Der dritte Kreis, die politischen Organisatoren des deutschen Rechtsextremismus, sind schon nicht mehr so sichtbar, und erst recht nicht der vierte, der innere Kreis, der die Fäden zu oberen Symphatisanten spinnt und sich nach allen Erfahrungen in deren abwiegelnder Obhut sicher wissen darf.
...
Ist das Deutschland von heute willens und imstande, dem braunen Spuk ein schnelles Ende zu bereiten? Oder kann es die Gespenster, die aus der Flasche der zweiten Schuld und des verordneten Antifaschismus entwichen sind, nicht mehr bannen? Ist man sich hier eigentlich darüber im Klaren, wie hauchdünn sich die Decke, unter der das Erinnerungsvermögen der ehemals deutsch besetzten Völker liegt, erweisen wird, falls die Schönhubers und Freys in den nächsten Bundestag einziehen würden? Wird es sich bestätigen, daß Deutschland in Krisen- und Notzeiten weit nach rechts rückt?
...
Ich warne die Verantwortlichen dieses Staatswesens, die Entschlossenheit der Überlebenden des Holocausts, sich und ihre Familien angesichts neuer Gefahren für Leib und Leben selbst zu schützen, nicht zu unterschätzen. Niemals wieder werden wir unseren Todfeinden wehrlos gegenüber stehen – niemals!
...
Zum Schluß noch dies: Mit keinem Satz, mit keinem Wort will ich von d e n Deutschen gesprochen haben. Ich rechne vielmehr mit breiter Bundesgenossenschaft im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und den Rechtsradikalismus. Ich rechne mit denen, die wissen, daß auch sie bedroht sind.
Solidarisieren wir uns mit den attackierten AusländerInnen, und verbünden wir uns mit den humanen Deutschen – es sind ihrer viele. Und: Laßt uns mithelfen, Verhältnisse zu schaffen, unter denen nicht Deutsche guten Willens, nicht AusländerInnen, nicht Fremde, nicht Juden gefährdet leben, sondern Nazis, Neonazis, Skins und jede Spielart von Radikalen, Extremisten und Fanatikern. Laßt uns streiten für eine Gesellschaft, deren Organe und deren Mehrheit so lange permanenten Druck auf die Brandstifter und Zündler, auf die Organisatoren hinter ihnen und auf die offenen und heimlichen Symphatisanten ausüben, bis sie aufgeben werden.«



Ungefähr 4.000 rassistische Gewalttaten werden die Statistiken am Jahresende für das Jahr 1992 zusammenzählen. 2.400 waren es 1991. Bis Ende Oktober bezahlten dies nach amtlicher Darstellung 18 Menschen in diesem Jahr mit ihrem Leben. Nicht enthalten in solchen Statistiken sind die unzählig zunehmenden rassistischen Schikanen unterhalb der Anschlagslinie: Repressalien gegen AusländerInnen im Supermarkt, auf dem Kinderspielplatz, in der Kneipe, bei den Behörden... Nicht zu erfassen ist der Horror, die Angst der Opfer, noch auf die Straße zu gehen, oder sich nachts ins Bett zu legen. Nicht zu erfassen in solchen Statistiken ist auch die Abnutzung, Überflutung mit diesen täglichen Meldungen. Selbst gutmeinende Menschen sind kaum noch fähig, dies alles aufzunehmen.
Folgendes Schwerstverbrechen – Mord – fand sich in den Medien (wenn überhaupt) im letzten Absatz einer größeren Meldung als Fünfzeiler wieder (AP 19.10.92): „In Berlin wurde ein 37jähriger Peruaner getötet. Mehrere Männer schlugen ihn in der Nähe des Kurfürstendammes zusammen und erstachen ihn schließlich." – Nichts weiter!
Deutschland ist ein fremdenfeindliches rassistisches Land geworden!
Wir haben uns entschlossen, eine Chronik der rassistischen Überfälle seit August 1991 abzudrucken. Sie zieht sich durch die gesamte Broschüre und ist trotzdem nicht vollständig.
Wir danken an dieser Stelle den MitarbeiterInnen im Büro der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke für die deprimierende Arbeit, diese Chronik des rassistischen Deutschland der 90er Jahre zusammenzustellen.

August 91

1.8. In Blankenburg wird ein Flüchtlingsehepaar mit Würgeschlinge und Messer überfallen. (blick nach rechts, Nr. 21, 7.10.91 – Chronologie)

2.8. In Tambach-Dietharz (Thüringen) werden zwei Rumänen in einem Flüchtlingsheim angegriffen. Einer der Angegriffenen muß mit Schädelverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (blick nach rechts, Nr. 21, 7.10.91 – Chronologie)

3.8. Ca. 25 Rechtsradikale überfallen ein besetztes Haus in Greifswald. (FR 6.8.)

3./4.8. Eine Gruppe von Skinheads überfällt den Berliner Journalisten Klaus Farin in einer Raststätte auf der Autobahn Hamburg-Berlin. Klaus Farin ist Mitautor des Buches über Jugendbanden „Krieg in den Städten". Er erleidet einen Nasenbeinbruch, Platzwunden im Gesicht und eine Augenverletzung durch Brillenglassplitter. (taz 7.8.)

4.8. Auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenhausen werden Hinweisschilder auf die Mahn- und Gedenkstätte mit Nazi-Parolen beschmiert und die Gebäude mit Flugblättern der „Nationalen Front" beklebt. (blick nach rechts Nr. 17 / 12.8.) In Ellenburg (Sachsen) werden türkische und rumänische Flüchtlinge aus einer Gaststätte mit Brandsätzen beworfen, nachdem ihnen der Zugang verwehrt worden war. 5 Personen werden verletzt. (blick nach rechts, Nr. 21, 7.10.91 – Chronologie)

9./10.8. Rund 40 vermummte Jugendliche überfallen ein Asylheim in Ueckermünde (Vorpommern). Das gesamte Mobiliar des Heimes, in dem 30 Erwachsene und 11 Kinder untergebracht sind, wird zerstört. Kinder werden von den Schlägern mit Gaspistolen und Feuerlöschern bedroht. Ein fünf Monate altes Baby muß mit dem Verdacht auf Gasvergiftung in ein Krankenhaus transportiert werden. Mehrere HeimbewohnerInnen erleiden Verletzungen. Es wird niemand festgenommen. Die Polizei trifft erst ein, als die Schläger den Ort wieder verlassen haben. Am selben Wochenende greifen rund 30 bis 40 Jugendliche mehrfach ein Asylheim in Aschersleben (Sachsen-Anhalt) an, werfen Fensterscheiben ein und beschädigen Schlösser. Neun Personen werden vorläufig festgenommen. (taz 13.8.)

10.8. Eine Studie des Politikwissenschaftlers Hajo Funke von der Freien Universität Berlin besagt, daß 40 % der Jugendlichen in Ostdeutschland AusländerInnen als „lästig" empfinden. Jeder vierte Schüler in Leipzig halte sogar „Aktionen gegen Ausländer" für gerechtfertigt. (FR 10.8.)

13.8. Der aus Hamburg importierte CDU-Innenminister von Sachsen-Anhalt, Hartmut Perschau, dessen Polizeiverliebtheit in Hamburg geradezu sprichwörtlich war, lehnt in einem Interview mit dem „Mitteldeutschen Expreß" die Bildung von Sondereinheiten der Polizei zum Schutz der AsylbewerberInnen mit den Worten ab: „Das wäre ja wieder ein Polizeistaat, wenn die Polizei immer schon vor den Verbrechern am Tatort wäre." (dpa 13.8.)

16./17.8. Ein Trupp von 20 bis 30 Skinheads greift nachts ein Flüchtlingsheim im sächsischen Zittau an. Es werden Scheiben eingeworfen und nationalsozialistische Symbole und Parolen gesprüht. (FR 31.8.91)

Das Asylwohnheim in Aschersleben (Sachsen-Anhalt) ist erneut Ziel eines Angriffs. Dabei werden mehrere Brandsätze geworfen. Die 17 rumänischen BewohnerInnen werden in die Landespolizeischule ausquartiert. Drei Tatverdächtige werden anschließend festgenommen. (taz 19.8.)

Auf ein besetztes Haus in Chemnitz wird ein Brandanschlag verübt. Die BewohnerInnen hatten das Haus zuvor verlassen. Ihre Möbel wurden zertrümmert, an die Wände Parolen geschmiert wie: „Doitschland den Doitschen, Nigger nach Nigeria". (FR 21.8.)

17./18.8. Bei einem Überfall auf ein Asylbewerberheim im sächsischen Leisnig werden Brandflaschen geworfen und Fenster zerstört. Ein Bewohner muß mit Brandverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. In Lößnitz (Regierungsbezirk Chemnitz) verwüsten Skinheads eine Gaststätte und eine Diskothek. 20 Personen werden festgenommen. (taz 19.8.)

18.8. Bei einem Stadtfest im niedersächsischen Northeim prügeln rund 20 Skinheads auf eine Gruppe von Türken und Deutschen ein und verletzen zwei Personen dabei schwer. (taz 19.8.)

Rund 1.300 Neonazis marschieren unter dem Schutz der Polizei durch Wunsiedel in Oberfranken, um den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu ehren, grölen „Ausländer raus" und „Juden raus" und erheben den rechten Arm zum Nazi-Gruß. (blick nach rechts Nr. 18)

19.8. In mehrere Grabmale des jüdischen Friedhofs in Zittau (Sachsen) werden faschistische Symbole eingeritzt. (taz 21.8.)

23.8. Ein Kleinbus mit polnischen Insassen wird in Schwedt mit Steinen angegriffen und einer der Insassen verletzt. (FR und taz 27.8.)

23./24.8. Das Asylheim in Aschersleben (Sachsen-Anhalt), in dem Rumänen leben, wird zum dritten mal innerhalb von zwei Wochen von Jugendlichen mit Steinen angegriffen. (taz 26.8.)

24.8. Neonazis überfallen ein Flüchtlingswohnheim in Wurzen bei Leipzig. Dabei werden 12 Erwachsene und 23 Kinder zusammengeschlagen. Die Angegriffenen flüchten anschließend mit einem Bus der benachbarten Kirchengemeinde in das hessische Aufnahmelager Schwalbach. (FR und taz 30.8.)

Ein Trupp von 25 vermummten Neonazis greift eine Baracke im Wohnlager Schwarze Pumpe bei Spremberg an, in der rumänische Asylbewerber wohnen. Die 37 BewohnerInnen flüchten, woraufhin die Neonazis

Rostock, 29.8.92: Antirassistische Demo

die Baracke anzünden. Das Gebäude brennt völlig nieder. (Berliner Zeitung 26.8., FR und taz 27.8.)

Rund 120 rechtsgerichtete Jugendliche randalieren in der Innenstadt von Cottbus, zerschlagen Fensterscheiben, beschädigen Fahrzeuge und pressen GaststättenbesucherInnen Geld ab. Die Polizei nimmt 8 Randalierer fest. (Berliner Zeitung 26.8., FR 27.8.)

24./25.8. Etwa 20 bis 25 Skinheads bedrohen BewohnerInnen eines Campingplatzes in Wüsteneutzsch (Landkreis Merseburg) mit Baseballschlägern und Messern. Es gibt acht Verletzte. In Bad Lauchstädt werden BesucherInnen einer Discothek von ca. 25 bewaffneten Skinheads bedroht. (taz 26.8.)

Skinheads und Hooligans zetteln vor einer Diskothek in Basdorf, Kreis Bernau, mit Baseball-Schlägern, Samurai-Schwertern und anderen Schlagwerkzeugen eine Schlägerei an. Es gibt eine „noch nicht bekannte Zahl von Verletzten". (Berliner Zeitung 26.8.)

25.8. Rechtsradikale geben aus einem Auto zwei Schüsse auf eine Menschengruppe ab, die sich vor einem von autonomen Jugendlichen besetzten Haus in Zeesen (taz: Seesen) im Kreis Königs Wusterhausen aufhält. Ein Niederländer erleidet dabei einen Armdurchschuß. (FR und taz 27.8.)

27.8. dpa meldet: „Aufgebrachte Leipziger Bürger fordern auf einer Bürgerversammlung Zäune um ein Asylbewerberheim. Verkäuferinnen klagen: 'Wir werden beklaut bis zum geht nicht mehr!' Junge Mädchen trauen sich nachts nicht mehr auf die Straßen, weil sie von Ausländern belästigt werden. Andererseits überfallen deutsche Jugendliche Wochenende für Wochenende Ausländerwohnheime in Ostdeutschland, prügeln, schlagen, drohen: 'Ihr gehört alle vergast!' 49 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen bejahen die Frage: 'Leben bei uns zu viele Ausländer?'"

30./31.8. In Tambach-Dietharz (Thüringen) werden Asylbewerber nach einem Disco-Besuch im Ort angegriffen, mißhandelt und durch den Wald verfolgt. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

31.8. Die taz berichtet in einer längeren Reportage über Halberstadt, wo sich das „Zentrale Auffanglager" für AsylbewerberInnen in Sachsen-Anhalt befindet, daß „Skinheads regelmäßig Patrouille" in der Altstadt fahren. Dort versuchen Jugendliche ein soziokulturelles Zentrum aufzubauen, das von Neonazis bereits mit Brandsätzen angegriffen wurde. Weiter schreibt die taz: „Sich nachts in Halberstadt auf die Straße zu wagen, das ist mittlerweile auch für Gruppen und Menschen nicht ungefährlich, die von sich meinen, sie hätten mit alledem nichts zu tun. Geprügelt wird wahllos."

31.8./1.9. Gründung einer „Sächsischen Nationalen Liste" in Dresden (taz 3.9., FR 4.9.)

In Leipzig (Grünau) randalieren 70 bis 80 Personen vor einer Gemeinschaftsunterkunft, werfen mit Steinen und Flaschen und versuchen eine Brandstiftung. Ein Polizist wird verletzt, 20 Personen werden festgenommen. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

September 91

3.9. Zehn vermummte und mit Stangen bewaffnete Rechtsradikale versuchen ein vietnamesisches Wohnheim im sächsischen Wilthen (Oberlausitz) anzugreifen. Der Angriff wird verhindert, weil die vom Heimleiter benachrichtigte Polizei rechtzeitig eintrifft. (FR und taz 5.9.)

In Dresden wird ein Brandanschlag auf eine sowjetische Militärbaracke verübt. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

5.9. Das Gemeinsame Landeskriminalamt der fünf neuen Bundesländer hat bekannt gegeben, daß in der ersten Hälfte dieses Jahres im Gebiet der ehemaligen DDR (ohne Berlin) 153 Straftaten mit „möglichem rechtsextremistischem Hintergrund" begangen worden seien. Die Dunkelziffer liege aber noch weit höher. Zur Jahresmitte sei mit 45 Fällen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. (ND 5.9.91)

6.9. In Wolzig (Sachsen) demolieren 30 Neonazis eine von AusländerInnen besuchte Diskothek (Searchlight, November 91)

7.9. In Lippdorf (Sachsen) werfen 15 Unbekannte zwei Brandflaschen auf das Flüchtlingswohnheim. Auf dem Gelände werden 14 weitere Brandsätze gefunden. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

8.9. In Dresden wird ein Asylwohnheim mit zwei Brandsätzen angegriffen. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

9.9. In Chemnitz wird ein Brandanschlag auf ein AusländerInnenwohnheim verübt. Zwischen den Tätern und den vietnamesischen BewohnerInnen kommt es zu einer Schlägerei. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

11.9. Bei Polizeieinsätzen in Bremen und Bremerhaven gegen eine antifaschistische Demonstration gegen den Republikaner-Chef Schönhuber werden 20 Personen verletzt. (Searchlight, November 91)

12.9. Zehn rechtsradikale Jugendliche dringen in Dresden in die Wohnung der Vietnamesin Hoang Thi Vinh ein. Die Frau ist im 6. Monat schwanger. Sie wird getreten, geschlagen und mit einer Gasdruckwaffe bedroht und muß anschließend mit schweren Blutergüssen ins Krankenhaus. Daß sie überlebt hat, bezeichnen die Ärzte als ein Wunder. Ebenfalls in Dresden wird ein Mozambikaner auf offener Straße durch einen Stahlkugelschuß aus einer Gasdruckwaffe am Kopf verletzt. (FR, SZ und taz 13.9.)

13.9. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU im Bundestag, Friedrich Bohl, fordert eine Gesetzesänderung im Asylrecht, nach der Ausweisungen „in hoffentlich großer Zahl" und „mit polizeilicher Begleitung" möglich werden. (FR 14.9.)

14./15.9. Rund 60 mit Eisenstangen und Ketten bewaffnete Skinheads überfallen 30 Vietnamesen in Freital bei Dresden. Als die Angegriffenen sich in das Ausländerwohnheim der Stadt flüchten, bewerfen die Rechtsradikalen das Haus mit Steinen und verletzen dabei zwei Heimbewohner. (FR, SZ und taz 17.9. - in der searchlight-Chronologie auf 16.9. datiert)

Von Jahresanfang bis zum 15. September hat die Polizei bundesweit 370 Angriffe gegen AsylbewerberInnen registriert, davon 55 gegen Unterkünfte und Wohnheime. (konkret 11/91 – Chronologie)

16.9. Der „Spiegel" berichtet über die Ergebnisse seiner neuesten Umfrage, daß „34 Prozent der Bundesbürger 'Verständnis für rechtsradikale Tendenzen' haben" – also jeder Dritte. (Spiegel 38/91)

Das bayrische Sozialministerium ordnet an, daß in München ankommende Flüchtlinge generell in einen unterirdischen Bunker (!) einquartiert werden, weil die Bezirksregierung von Oberbayern bei „routinemäßigen Aufnahmeuntersuchungen" 3 Typhus-, 20 Ruhr- und 11 Salmonellen-Infektionen festgestellt habe. (FR und Stuttgarter Zeitung 17.9.)

17.9. CDU-Generalsekretär Volker Rühe versucht, die SPD zu einem vollständigen Einschwenken auf die von der CDU/CSU gewollte grundgesetzliche Einschränkung des Asylrechts zu nötigen: „Wenn sich die SPD beim Kanzler-Gespräch am 27. September verweigert, ist jeder Asylant nach diesem Tag ein SPD-Asylant." (SZ 18.9.)

In Magdeburg muß ein Algerier nach schweren Mißhandlungen durch Jugendliche ins Krankenhaus eingeliefert werden. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

Chronik des Terrors

18.9. Rechtsradikale beginnen in Hoyerswerda mit ihrer tagelangen Bedrohung und Belagerung von rund 150 MosambikanerInnen und VietnamesInnen. Mehrfach wird versucht, das Ausländerwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße zu stürmen. Die Rechtsradikalen setzen dabei Knüppel und Steine ein und bekommen Unterstützung aus der „normalen" Bevölkerung. Die „Dresdner Morgenpost" zitiert einen Fotografen mit den Worten: „Mehr als 400 Deutsche stehen 150 Ausländern gegenüber." (FR 19.9. und 21.9.)

Seit Mitte August sind in Sachsen laut Innenminister Krause (CDU) 15 Flüchtlingsheime angegriffen worden. Krause kündigt als Maßnahme dagegen an, die Unterkünfte einzäunen zu lassen! (FR 19.9.)

In Deuben/Tackau (Landkreis Hohenmölsen) wird ein Asylheim angegriffen. In Freiburg (Baden-Württemberg) ein Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim verübt. (konkret 11/91 – Chronologie)

18./19.9. Rechtsradikale verüben einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Saarlouis. Der 27jährige Samuel Yeboah aus Ghana kommt dabei ums Leben. Zwei Nigerianer erleiden schwere Brandverletzungen. Bereits Mitte August gab es in Saarlouis einen Brandanschlag auf ein anderes Asylbewerberheim. (taz 20.9.)

20.9. Die taz berichtet über die Situation in Dresden u.a.: „Mit Video und Sprechfunk ausgerüstet waren auch die Täter, die unbehelligt im Neubaugebiet Prohlis einen vietnamesischen Gemüsehändler angriffen. ... Am Hauptbahnhof müssen ausländische Gemüsehändler an eine Gruppe Skins Schutzgeld zahlen. Anzeige erstatten die VietnamesInnen nicht, da sie Angst vor der Rache der Rechten und kein Vertrauen zur Polizei hätten..."

In Jüterbog (Brandenburg) wird ein Flüchtlingsheim überfallen. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91, Chronologie; in der konkret-Chronologie auf 21.9. datiert)

In Saarwellingen wird eine Asylunterkunft in Brand gesetzt. (konkret 11/91, Chronologie; in Searchlight-Chronologie auf 19.9. datiert)

21./22.9. Der Rassismus in Hoyerswerda eskaliert zu einem Wochenende mit Pogromstimmung: Hunderte von Rechtsradikalen greifen unter dem Beifall vieler sog. „braver Bürger" ein Ausländerwohnheim mit Brandsätzen und Stahlkugeln an. (zahlreiche Quellen)

In Freital bei Dresden greifen rund 40 Jugendliche ein Wohnheim für vietnamesische ImmigrantInnen mit Brandflaschen an. Sechs der Angreifer werden festgenommen. (FAZ 23.9.) In Bredenbeck bei Hannover werfen „Unbekannte" Brandflaschen gegen ein Asylwohnheim. (FAZ 23.9. / taz 23.9. spricht von einem Heim in Springe-Steinkrug bei Hannover) In Thiendorf (Sachsen) werden mehrere Menschen bei einem Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim verletzt. (FAZ 23.9.) Der Angriff wurde von ca. 50 Jugendlichen verübt, die das Flüchtlinswohnheim so demolieren, daß es anschließend unbewohnbar ist. Acht

Menschenjäger & Schreibtischtäter

Wie den Pogromen der Weg geebnet wurde

Die Aufregung hat sich schnell gelegt, die SPD hat in Schwerin ihren Pressesprecher entlassen, der, als einziger aus den Reihen der etablierten Parteien, konkret benannte, worum es ging. Um eine von Politikern – auch seiner eigenen Partei – provozierte Randale.
Die Entlassung macht klar, wie eng die Grenzen der simpelsten Wahrheit heute gezogen werden.
Ginge es heute noch nach den Standards zivilisierter Politik, wäre es keine Frage, daß die öffentliche Debatte die ideologische Ausrichtung liefert, daß die bürokratischen Maßnahmen die AusländerInnen regelrecht auf den Präsentierteller gesetzt haben, um die zum Mob gewordenen, verunsicherten und aufgehetzten Menschen auf sie loslassen zu können.
Die etablierte Politik verleugnet nicht nur die Elternschaft für die Pogrome, sie macht sich vollkkommen unberührt daran, aus diesen Pogromen, der wochenlangen tagtäglichen massenhaften Gefährdung von Menschenleben, ihr politisches Kapital zu schlagen.
Und sie zwingt die Opposition in Untersuchungsausschüsse, die schon vom Ansatz her das Vor-Urteil bestätigen müssen, daß „wir" im Prinzip überfordert seien von der Zahl der Flüchtlinge; sie zwingt die Opposition, die Antifa, die Flüchtlingsorganisationen dazu, minutiös und detailliert Polizeieinsätze zu rekonstruieren und politische Maßnahmen zu überprüfen, die von diesem oder jenem Zufall, von dieser großen oder jener kleinen Schweinerei abgesehen, doch „nur" die Umsetzung der in Bonn vorgegebenen Lösung der Ausländerfrage sind.
Die rassistischen und faschistischen Organisationen werden dann einen Dämpfer kriegen, wenn sie zur falschen Zeit übertreiben oder sich zu stark fühlen.
Rostock ist ein klassisches Beispiel für das rechtzeitige Zuschlagen faschistischer Banden. Allein schon der nachträgliche Umgang der etablierten Politik spricht dafür Bände.
Rostock war ein willkommenes Pogrom. Rostock war ein kalkulierter Höhepunkt im Kampf um die soziale, politische und ökonomische Einschüchterung der AusländerInnen gemäß der deutschen Bedürfnislage.

Der Weg von Hoyerswerda nach Rostock

„Ich bitte Sie daher, in den Kreisverbänden, in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD dort herauszufordern, gegenüber den Bürgern zu begründen, warum sie sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes sperrt ... Mustervorlagen für die Argumentation, für Resolutionen, Anträge und Anfragen sowie eine Mustererklärung füge ich diesem Schreiben bei ..."
Volker Rühe, damals Generalsekretär der CDU wendet sich in einem kurz vor Hoyerswerda bekanntgewordenen Schreiben an die „Damen und Herren Kreisvorsitzenden, an die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen in den Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus.
Die Mustervorlage für die Argumentation startet mit „Der Asylbewerberzugang ist im Rahmen des geltenden Verfassungsrechts nicht steuerbar" und endet mit der Forderung nach Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilnahme an europäischen Lösungen der Asyl- und Wanderungsprobleme. Die dazwischen aufgebaute Argumentation ist aus den Medien sattsam bekannt, sie wird hin- und hergewendet für Resolutionen, Presseerklärungen usw. usf.
Ein Ziel zum damaligen Zeitpunkt war, die Stimmung in den Kommunen hochzupuschen, um die SPD unter Druck zu setzen. Das war allerdings schon zum damaligen Zeitpunkt nicht mehr so ganz schwer, hatte Engholm doch schon seinen Vorschlag einer AsylbewerberInnenquote veröffentlicht, das SPD-regierte Bremen wollte Asylanträge verschiedener Herkunftsländer nicht mehr annehmen ... Rühe zitiert's genüßlich.
Zum Zweiten ging es eben auch um das Heißhalten des Themas in der Öffentlichkeit.
Der Zeitpunkt für Rühes Brief ist gut getroffen.
Am 18.9.91 beginnen in Hoyerswerda Faschisten mit ihrer tagelangen Bedrohung und Belagerung des AusländerInnenwohnheims. Das eskaliert am 21./22.9.92 zum Pogrom.
Diesen Schwung ausnützend, beginnen die hektischen Verhandlungen um das neue Asylverfahrensgesetz. In diversen Kanzlerrunden einigen sich die Groß-Koalitionäre auf die Eckpunkte. Am 1.7.92 tritt es dann in Kraft. Eine Fußnote steuert auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum deutschen Herbst 91 bei: ihr damals in den Bundestag eingebrachtes Einwanderungs- und Flüchtlingspaket enthält das entscheidende Zugeständnis der Quotierung. Auf dem

Papier zwar nicht bei AsylbewerberInnen, wohl aber prinzipiell.
Die FAZ kommentierte das so: „Das unermüdliche Ackern der Unionsparteien in der Frage der Asylpraxis hat an einer Stelle den Grund gelockert, die bisher besonders hart und abweisend war. Sogar die Grünen ...haben eingestanden, daß der Zustrom der Eindämmung bedarf." Der Grünen-Beschluß sei eine unübersehbare Marke dafür, wie hoch selbst in den Reihen der staatsfernsten Partei die Sorge gestiegen ist über die Zuwandererzahlen und deren öffentlichen Widerhall. (Zit. bei Nora Räthzel. Argument 1/92)
Pogrome hatten damals ja noch Neuigkeitswert.

Nach Hoyerswerda demonstrierten die Innen- und Justizminister zunächst einmal Tatendrang.
Auf einer gemeinsamen Sitzung im Oktober 91 kündigten sie verstärkte polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Unterkünfte, umfassende Ausschöpfung der Erkenntnisgewinnung und Intensivierung der Fahnddung an. Unter Einsatz des Verfassungsschutzes sollte insbesondere die Skinhead-Szene noch intensiver als bisher (??) beobachtet werden. Erforderlich seien auch eine der Gefährdungssituation angemessene Absicherung der Ünterkünfte für Ausländer und eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten mit der Polizei durch Installierung technischer Einrichtungen.
Vereinbart wurde auch die Notwendigkeit einer großangelegten Aufklärungskampagne, bei der auch die Sicherheitsbehörden mitreden sollten, sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Justiz über Strafverfolgungsmaßnahmen (Verhaftungen, Anklagen).
Und so rafften sich die ParlamentarierInnen immerhin noch zu einer aktuellen Stunde auf. Daraus ist – von den Stellungnahmen der kleinen Oppostionsgruppen abgesehen – nur Hirsch (FDP) zitierenswert: „Pogrome beginnen im Kopf".
Nicht ausgeführt hat er, in wessen Köpfen sie eigentlich beginnen.

Die ParlamentarierInnen konnten so von selbstkritischen Anwandlungen ziemlich unberührt ein Asylverfahrensgesetz durchpeitschen, dessen vorhergesagte Ergebnisse in allen Bundesländern zu sehen sind: überfüllte, als Sammellager bezeichnete Ghettos, von privaten Sicherheitsfirmen bewacht. AsylbewerberInnen, die hin und hergeschoben werden, fehlende EntscheiderInnen für die Asylanträge, Berge von nichtbearbeiteten Anträgen. Und dazu der widerliche Spruch von den nichterledigten Hausaufgaben, den Länder und Bund sich wechselseitig an den Kopf werfen, wo sie doch durchaus gemeinsam und offenen Auges diese Situation produziert haben.
Noch wenige Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes hatten die allerwenigsten Verantwortlichen in den Kommunen eine Vorstellung, was auf sie zukommen würde. Die allseits verbreitete Panik und Hetze in den Medien ließ für Alternativen keine Zeit. Alternativen, die z.B. von amnesty und Pro Asyl benannt wurden: Entlastung der Asylverfahren von Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien bspw., finanzielle Entlastung der Kommunen durch Übernahme der Kosten durch den Bund, Verzicht auf die inhumanen Sammellager ...). Keiner dieser Schritte wurde gegangen, weil man sich im Grundsätzlichen einig war: beschleunigen, verwalten, abschieben und abschrecken. Ausbau polizeilicher und bürokratischer Maßnahmen gegen Flüchtlinge.
Für die CDU/CSU war dieses Gesetz und seine Folgen nur ein Zwischenschritt. Die FAZ bescheinigte ihr damals besondere politische Klugheit. Habe sie doch eine Niederlage (bei der Expertenanhörung des Asylverfahrensgesetzes wurde die Vorlage nahezu einstimmig zerrissen) in Kauf genommen, um ihrem Ziel einer Grundgesetzänderung ein Stück näher zu kommen.
Längst geht es der CDU um mehr als die bloße Einschränkung des Art. 16.2. Nicht umsonst häufen sich in den letzten Wochen die Stimmen der „realistischen Fraktion" der Groß-Koalitionäre, daß „natürlich" die bloße Einschränkung des Art. 16.2 an den „Fluten" von AusländerInnen nichts ändern

An der deutsch-deutschen Grenze nach der Öffnung.

Chronik des Terrors

Täter werden festgenommen. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie) In Freiburg (Baden-Württemberg) finden an zwei aufeinander folgenden Tagen Brandanschläge auf zwei Wohnheime für AsylbewerberInnen statt. (FAZ und taz 23.9. - konkret-Chronologie: Überfälle am 19., 20. und 22.9.) In Wesenthal (Kreis Strausberg, Brandenburg) dringen 20 vermummte Männer auf das Gelände eines Flüchtlingswohnheims und schlagen Fenster ein. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie) In Jesteburg überfallen ca. 15 Skinheads ein Asylheim und mißhandeln mehrere Bewohner. (konkret 11/91 – Chronologie)

23.9. In Weingarten/Ravensbrück werden vor einem Übergangswohnheim ein Holzkreuz in Brand gesteckt und Parolen „Haut ab!" geschmiert. Auf einem Parkplatz bei Kenzingen/Freiburg versuchen Unbekannte, ein Auto in Brand zu stecken, in dem ein polnisches Ehepaar schläft. (konkret 11/91 – Chronologie)

In Harburg (Niedersachsen) wird die Leiche eines Afrikaners gefunden. (Searchlight, November 91)

23./24.9. In Hoyerswerda werden 230 AsylbewerberInnen unter dem Gejohle von „braven Bürgern" evakuiert. (zahlreiche Quellen)

24.9. In Bodelshausen (bei Tübingen) wird ein Asylheim mit Judensternen, Hakenkreuzen, SS-Runen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. (konkret 11/91 – Chronologie)

Der Kölner Stadtanzeiger berichtet (ohne Datum) von einem Brandanschlag gegen eine Ausländerunterkunft in Kalefeld (Niedersachsen), von einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Wesseling und von einem Nebelgranaten-Angriff auf Unterkünfte von rumänischen und jugoslawischen Familien in Gemünd (Eifel).

24./25.9. An mehreren Stellen eines Asylbewerberheims in Münster (Westfalen) werden Brände gelegt. Einige BewohnerInnen versuchen sich durch Sprünge aus den Fenstern zu retten. Zwei Nigerianer erleiden Verletzungen, einer lebensgefährlich. In derselben Nacht werden drei Brandflaschen auf das Dach eines Asylbewerberheims in Dresden geworfen. (dpa, 25.9.) Ein Brandanschlag wird auch auf das Asylheim in March-Neuershausen (bei Freiburg) verübt. (konkret 11/91 – Chronologie)

25.9. Im thüringischen Tambach-Dietharz (bei Gotha) überfallen 20 Jugendliche ein Ausländerheim, treiben die BewohnerInnen aus ihren Räumen, zerstören Telefone und werfen Brandflaschen. (dpa,25.9.) In Schwedt/Oder (Brandenburg) wird eine AsylbewerberInnenunterkunft angegriffen. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie) In Hamburg greifen Rechtsradikale ein von Aussiedlern bewohntes Container-Dorf an. Die Täter hinterlassen FAP-Abzeichen. In Essen wird ein Brandanschlag auf ein Asylheim verübt. (konkret 11/91, Chronologie; und Searchlight, November 91)

Nach Angaben des Bundeskriminalamtes, habe die Polizei in den ersten acht Monaten dieses Jahres 58 Brandanschläge auf Asyl- und Ausländerwohnheime gezählt, davon

Chronik des Terrors

42 in den Bundesländern der alten BRD. (taz 25.9.)

26.9. In Brandenburg überfallen rund 20 Skinheads ein von Kubanern bewohntes Heim, werfen einen Brandsatz und zerstören Fensterscheiben. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie; in den Chronologien von „konkret" und „Searchlight" auf 27.9. datiert)

In Ahlen (Westfalen) wird auf ein noch unbewohntes Asylheim ein Brandanschlag verübt. In Hannover wird eine Asylunterkunft mit Pflastersteinen beworfen. (konkret 11/91 – Chronologie)

27.9. In Herford überfallen mit Stöcken bewaffnete Jugendliche eine Gruppe Aussiedler und rufen „Russen raus!". In Wallendorf (bei Merseburg) werden Brandsätze auf ein Asylheim geschleudert. In Recklinghausen wird ein Wohnheim von Sinti und Roma mit Knüppeln, Steinen und Brandsätzen attackiert. (konkret 11/91 – Chronologie)

Das ZDF-Politbarometer meldet, daß 54 % der Deutschen es nicht in Ordnung finden, „daß viele Ausländer in Deutschland leben". (konkret 11/91 – Chronologie)

28./29.9. In Altenow (bei Cottbus, Brandenburg) stürmen ca. 25 Jugendliche ein von 40 Personen bewohntes Asylbewerberheim, zerstören Scheiben und Türen und skandieren Hetzparolen. In Paetz bei Königswusterhausen greifen 10 Schläger eine Asylunterkunft an, schießen mit Schreckschußpistolen und lassen Kanonenschläge explodieren. Sechs der Täter werden festgenommen. In Ilmenau greifen mehrere Neonazis ausländische Studenten mit Baseballschlägern in einer Gaststätte an. Die Unterkünfte der Studenten werden mit Leuchtraketen beschossen (lt. konkret-Chronologie: 30.9.). In Neubrandenburg werden zwei Vietnamesen auf offener Straße zusammengeschlagen, in Weißenfels die BewohnerInnen eines Ausländerheims mit Schreckschußpistolen bedroht. In Edernissen (Niedersachsen) werden Wohnungen von Asylbewerbern mit Steinen beworfen; ein Kind wird durch Glassplitter verletzt. In Meckelfeld werden türkische Familien in ihren Wohnungen mit Feuerlöschern angegriffen. In Greifswald und in der Nähe von Stralsund werden Asylheime überfallen und die Autos der BewohnerInnen demoliert. In Saarbrücken-Dudweiler verwüsten Neonazis die Wohnung einer Flüchtlingsfamilie. In den westfälischen Orten Marl und Steinhagen werden Brandanschläge auf Containerdörfer verübt, in denen Ausländer untergebracht sind. In Lünen wird ein Containerdorf mit Steinen angegriffen. In Datteln (NRW) wird eine Sammelunterkunft in einer Schule in Brand zu stecken versucht. In Büdelsdorf wird ein Asylheim mit Steinen beworfen, in Haffkrug bei Kiel ein Flüchtlingsheim überfallen. Brandanschläge auf Asylheime und Ausländerunterkünfte werden desweiteren in Burgwedel, Chemnitz, Neumünster, Reichenbach sowie im niederrheinischen Issum und im benachbarten Kerken verübt. Insgesamt registriert die Polizei an diesem Wochenende 43 gegen Ausländer gerichtete Gewaltakte, davon 22 in Nordrhein-Westfalen. Es ist das Wochenen-

könne. Die alte Argumentation – Grundgesetzänderung bringt's – hat ihre Schuldigkeit getan. Es ist ja auch geradezu lächerlich, an der kleinsten Gruppe der sog. Zuwanderer, und das sind die AsylbewerberInnen im Laufe der letzten 10 Jahre nun mal, die „Überflutung" der Deutschen belegen zu wollen. Die „Flut" muß also sichtbar, erfahrbar gemacht werden. Die Deutschen, deren wohlhabenderer Teil die Hälfte der Weltmeere im Sommer zupisst und -scheißt, müssen vor ihrer Haustür pissende „Zigeunerkinder" haben, damit sie an die „Überflutung" glauben. Und damit sie massiver fordern, es müsse etwas geschehen. Der Bundesrepublik geht es darum, in europäischem Rahmen die internationalen Vereinbarungen so zu praktizieren, daß die Grenzen tatsächlich mit „Rodungen und Metallzäunen" (Lummer) gesichert werden können, daß Abschiebungen, bzw. Zurückweisungen an der Grenze ohne rechtsstaatlich-menschenrechtliche Behinderungen durchgeführt werden können.
Im Sommer 92 fand dieses „Spiel" der politischen Auseinandersetzung einen weiteren Höhepunkt. Während die Kommunen mit ihren Problemen vollkommen alleinegelassen wurden, wurden Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina mit bürokratischen Schikanen aller Art ferngehalten, die Visum-Pflicht wurde aufrechterhalten. Eine schnell hochgezogene „humanitäre Aufnahmeaktion" für 5000 Flüchtlinge wurde und wird praktisch behindert, wo es nur geht. Die deutschen Krankenversicherungen versichern die Flüchtlinge nicht mehr; das Innenministerium weist Aufnahmewillige auf mögliche Krankheitskosten hin. Sammellager, personell und materiell überhaupt nicht ausgestattet, wurden vollgeknallt, dezentrale Unterbringung nicht nur nicht zugelassen, sondern auch nicht finanziert.
Der exakte Vollzug dieser Politk des letzten Jahres ist das Verhalten des Innensenators Magdanz in Rostock.
Seine Weigerung, Zwischenlösungen anzubieten (Turnhallen usw.), um die Zuspitzung der Situation vor der ZAST zu verhindern, ist keinen Deut unmenschlicher als die Beschlüsse der Innenministerkonferenz und und die Diskussion um das Asylverfahrensgesetz. Er ist nur näher an den Problemen, sprich: den betroffenen Menschen dran. Es gehört ja gerade zur Definition der Schreibtischtäterschaft, daß diese Leute im Nachhinein behaupten können, sooo sei es ja nicht gemeint gewesen...Aber irgendjemand muß die Drecksarbeit ja machen.
Seiters schließt ein Abkomen nach dem anderen mit Polen, der CSFR, Bulgarien und Rumänien. Er macht Druck auf Polen, um dort für rumänische Bürger die Visumpflicht durchzusetzen. Stolz werden wachsende Zahlen über Zurückschiebungen und Einreiseverweigerungen an der polnischen Grenze berichtet.
Es gibt für Leute wie Magdanz, Innensenator von Rostock, doch überhaupt keinen Grund, Menschen, die nach den Grundsätzen deutscher Politik überhaupt kein Recht haben, hier zu sein, besonders menschlich zu behandeln.
Die Führung der SPD hat die Zeichen erkannt. Insofern ist es kein Zufall, daß sie ihre offizielle Wende in Sachen Grundgesetz an jenem Wochenende verkündet, an dem in Rostock die Zünder gelegt werden.
Wenige Tage vor dem Höhepunkt – dem Pogrom in Rostock – beweisen Staats- und Verfassungsschutz, wozu sie in der Lage sind, wenn es um Beobachtung von Mobilisierung geht. In einem seitenlangen Verbotsbescheid des Landratsamtes Bayreuth gegen die antifaschistische Demonstration anläßlich des Nazi-Aufmarsches zum Rudolf Heß Todestag, listen sie Mobilisierungszentren, Zeitschriften, Flugblätter, Anmelderadressen und deren Umfeld bis hin zur Bannmeilenverletzung der Bundestagsabgeordneten Jelpke auf, um auf die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzung hinzuweisen.
Um die Demo zu verbieten...
Bezüglich der faschistischen Szene hingegen, gibt sich selbst der kritischere Uhrlau, VS-Chef Hamburg, kleinlaut:

HELMUT KOHL VOR SEINEM AUFTRITT IM FRANZÖSISCHEN FERNSEHEN

Brennendes Asylbewerberheim, Rostock, 24.8.92

Auf eine Frage des„Spiegel, warum es solche Probleme gäbe, die Szene in den Griff zu bekommen, antwortet er: „Die qualitative Veränderung – hin zu unorganisierten Gruppen – bereitet uns großes Kopfzerbrechen. Die Abnabelung der Jugendlichen von unserer demokratischen Gesellschaft kann ganz plötzlich kommen, etwa auf Konzerten von Skinbands ..." (Spiegel, 38/92)

Pogrom und Verwertung

Routine war angesagt. Wäre nicht zufällig ein Fernsehteam im brennenden Haus gewesen (Ministerpräsident Seite: „Ich muß Ihnen aber sagen, keiner hat das ZDF-Kamerateam aufgefordert, dort hineinzugehen.") wäre nicht einmal eine Sondersitzung des Innenausschusses einberufen worden. Warum auch?

Seit einem Jahr spielen sich in kleinerem Maßstab ähnliche Szenen quer durch die Republik ab – nichts war vorhersehbarer als eine zeitweise Zuspitzung.

Das Signal wurde dann auch aufgegriffen. Der Innenausschuß beriet intensiv über weitere Maßnahmen gegen Flüchlinge, bruchlos wurde die Sommerkampagne fortgesetzt. Die Änderung des Grundgesetzes wurde als Sofortaufgabe in den Vordergrund geschoben. Beschleunigt werden sollen die Abschiebeverfahren. Konsens war, daß Sammellager in Wohngebieten nichts zu suchen hätten. Wenige Schlagzeilen lang wurde die Öffentlichkeit mit einer Scheindebatte über eine neue bundesweite Polizeisondertruppe beschäftigt – solange bis jemand auf die Idee kam, daß all das ja längst vorhanden ist.

Es ist zu erwarten, daß der Untersuchungsausschuß im Schweriner Landtag tatsächlich die eine oder andere haarsträubende, bzw. lebensgefährde Maßnahme der Verantwortlichen vor Ort aufdecken wird; möglicherweise finden sich auch noch Belege für eine ganz bewußte Zuspitzung vor Ort und für bewußtes Austobenlassen.

Zufälle, Dummheiten und Bürokratenrassismus spielen aber auch hier nur eine begrenzte Rolle.

Denn als sei nichts gewesen, wird die Kampagne gegen Flüchtlinge nach Rostock bruchlos fortgesetzt und sogar noch intensiviert. Forderungen nach Kürzung der Sozialhilfe, Konzentration auf Schlepperbanden und organisierte Kriminalität stellen alle AusländerInnen weiter ins Abseits. Die Forderungen der CDU/CSU nach der Ab-

Chronik des Terrors

de, an dem die DVU mit Fraktionsstärke in das Bremer Landesparlament einzieht und in Bremerhaven 10,26 % der Stimmen erhält. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91, Chronologie; konkret 11/91, Chronologie; und Searchlight, November 91)

30.9. In Cottbus werden Passanten von Rechtsradikalen attackiert; ein Mann wird durch Messerstiche schwer verletzt. In Bochum wird ein Brandanschlag auf einen Wohncontainer verübt. (konkret 11/91 – Chronologie)

In Saarbrücken werden Wohnungen von AsylbewerberInnen mit Axthieben demoliert. In Schwerin wird ein Brandanschlag auf eine Ausländerwohnung verübt. In Dresden verüben Neonazis einen Anschlag auf ein vorwiegend von Linken besuchtes Café. (Searchlight, November 91)

In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind bundesweit 506 Angriffe auf AsylbewerberInnen und deren Unterkünfte registriert worden. Von den insgesamt 99 Brandanschlägen gegen Wohnheime entfielen 72 auf die Monate August und September. Allein im September wurden mehr als 200 Anschläge auf AusländerInnen und deren Unterkünfte gezählt. (konkret 11/91 – Chronologie)

Oktober 91

1.10. In Rostock-Schmerl greifen 40 Jugendliche ein vorwiegend von Rumänen bewohntes Ausländerheim an. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

In Hamburg und Herford werden Brandanschläge auf AusländerInnenheime verübt. In Freiburg (Breisgau) erleidet ein und dieselbe Ausländerunterkunft bereits den fünften Brandanschlag innerhalb weniger Wochen, in Schwerin ein Asylheim den zweiten Brandanschlag in drei Tagen. In Dortmund, Duisburg und Frechen werden Flüchtlingsheime mit Steinen beworfen. In Bad Honnef durchschlagen zwei Bleikugeln die Fenster einer Asylunterkunft. In Ibbenbühren werden zwei Ausländer mit Schreckschußpistolen beschossen. In Recklinghausen wird ein Brandanschlag auf das Gebäude des deutsch-türkischen Vereins verübt. (konkret 11/91 – Chronologie)

2.10. In Dresden schleudern Unbekannte aus einem Auto Brandsätze gegen ein Ausländerheim. Ein Brandsatz entzündet sich im Vorraum (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie).

In Mönchengladbach wird ein Türke in einer Fußgängerzone niedergestochen und schwer verletzt, ohne daß einer der Passanten eingreift. Anschläge und Überfälle auf Ausländer werden auch aus Reutlingen, Reilingen (Rhein-Neckar), Bonn, Bad Salzuflen und Dresden gemeldet. (konkret 11/91 – Chronologie)

Fünf britische Neonazis werden in Cottbus festgenommen, nachdem sie Ausländer angegriffen und einen Deutschen mit einem Messer bedroht haben. (Searchlight, November 91)

3.10. In Hünxe erleiden bei einem Brand-

CHRONIK DES TERRORS

anschlag zwei libanesische Kinder lebensgefährliche Verbrennungen. In Krefeld sticht ein Deutscher einen Türken vor den Augen zahlreicher Zuschauer nieder. Auch in den schleswig-holsteinischen Orten Tornesch und Lübbersdorf werden Asylbewerber auf offener Straße mißhandelt. In Bergen (Rügen) wird eine Holzbaracke, in der 21 AsylbewerberInnen wohnen, von mehr als 30 Jugendlichen angegriffen und angezündet. Zwei Bewohner werden leicht verletzt, zwei Täter festgenommen. Angegriffen werden auch die Streifenwagen der Polizei. Das Ausländerheim in Rostock-Schmerl wird erneut von ca. 150 Jugendlichen mit Steinen und Brandflaschen angegriffen. Die Polizei bleibt untätig. In Luckenwalde werfen 30 Randalierer die Scheiben eines Flüchtlingsheimes ein. In Kassel greifen Jugendliche ein Asylheim mit Eisenstangen an. In Bremen-Schwachhausen werden zwei Ausländer bei einem Brandanschlag, in Amminkeln vier Asylbewerber bei einem Angriff auf ihre Unterkunft verletzt. In Görlitz wird ein Pole verletzt, als Jugendliche am Grenzübergang einreisende Polen mit Steinen bewerfen. Weitere Brandanschläge und Überfälle auf Flüchtlings- und Ausländerheime finden in Norderstedt (bei Hamburg), Kühlingsborn (Ostsee), Oststeinbek, Preetz (Schleswig-Holstein), in den baden-württembergischen Orten Karlsruhe, Pforzheim und Königsbach und in den nordrhein-westfälischen Orten Gelsenkirchen, Issum und Straehlen statt. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91, Chronologie; und konkret 11/91, Chronologie)

4.10. Offiziell ist dies der „Tag des Flüchtlings": In Zwickau stürmen ca. 100 Randalierer ein Flüchtlingsheim und brennen es nieder. Es gibt 7 zum Teil schwer Verletzte und 11 Festnahmen. In Meißen stürmen 70 Teilnehmer einer DVU-Gründungsversammlung ein Flüchtlingsheim. Eine Vietnamesin wird verletzt. In Gatersleben (Sachsen-Anhalt) überfallen 15 Jugendliche die Wohnung eines rumänischen Asylbewerbers. In Pasewalk (Vorpommern) zerschlagen ca. 30 Jugendliche die Eingangstür eines Asylheims, in Bocholt versucht ein ungefähr gleich starker Trupp mit Knüppeln ein Asylheim zu stürmen. In Halberstadt attackieren ca. 50 Skinheads ausländische Händler auf dem Marktplatz. In Seesen wird ein Brandanschlag auf ein von zwei türkischen Familien bewohntes Reihenhaus verübt; zwei Erwachsene und drei Kinder erleiden Rauchverletzungen. In Eberswalde schlagen Jugendliche die Fensterscheiben sowjetischer Familien ein. In Ostberlin verprügeln Skinheads einen Passanten unter „Heil-Hitler"-Gegröhle. In Hasperde (Niedersachsen) wird ein russischer Jude auf offener Straße zusammengeschlagen. In Pielenhofen (Bayern, bei Regensburg) und Essen werden Brandanschläge auf Asylheime verübt. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91, Chronologie)

5./6.10. In Eisenhüttenstadt wird ein Asylbewerber auf offener Straße von Skinheads zusammengeschlagen und schwer verletzt. In Gotha werfen unbekannte Täter einen Sowjetsoldaten aus einem Fenster im dritten Stockwerk. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91, Chronologie)

schaffung des individuellen Anspruchs auf Asylprüfung zugunsten eines staatlichen Gnadenaktes sichern die Ausgrenzung ab. Die Übernahme dieser Forderung durch Teile der SPD (Lafontaine z.B.) garantieren zumindest die Grundgesetzänderung und führen die SPD weiter in die reine Scheinopposition.

Als sei nichts gewesen, wird die Politik der Inneren Sicherheit neu ausgerichtet auf den Kampf gegen den „Extremismus". Im Prinzip ist das nichts neues. Neu ist aber, daß tagtäglich in der ganzen Republik Leib und Leben der AusländerInnen gefährdet werden unter dem mehr oder weniger deutlichen Beifall einer nicht ganz kleinen Öffentlichkeit und Widerstand dagegen auf dieselbe Ebene gestellt wird wie die Brandstiftung selbst. Mit einem entscheidenden Unterschied freilich: den Beweggründen der Brandstifter und ihrer Sympathisanten wird Verständnis entgegengebracht; sind sie doch im Kern mit den Zielen der herrschenden Politik identisch.

Logischerweise wird auch im Bereich des Neofaschismus das Wirken einer undefinierbaren, spontanen Bewegung behauptet, die quasi aus dem Nichts aufgetaucht sei. Den „Jugendlichen" werden zwar soziale Probleme und „Orientierungslosigkeit" oder Entwurzelung zugestanden – warum sie sich aber in solch mörderischer Weise auswirken, soll ein Rätsel bleiben. Der Hamburger VS-Chef Uhrlau fällt hier, wie sein Vorgänger Lochte in RAF-Fragen, etwas aus dem Rahmen (Spiegel, 38/92), was die Beschreibung der faschistischen Szene betrifft: im Unterschied zum Verfassungsschutzbericht aus dem Hause des Innenminister Seiters, weist er daraufhin, daß die faschistische Szene hierzulande längst nicht mehr nur aus tumben Draufschlägern besteht, sondern längst ein intellektuelles Umfeld von modernen Burschenschaftlern bis hin zu den sogenannten Geschichtsrevisionisten hat. Aber auch Uhrlau kappt und verschweigt jeden Zusammenhang zwischen der neofaschistischen und rassistischen Offensive und der staatlicherseits praktizierten Politik.

Die Berufung der herrschenden Politik auf den Volkszorn, dessen praktische Folgen nicht immer gebilligt werden, der aber wohl beweise, wie groß die Probleme geworden seien, hat fatale Folgen für das politische Klima.

Alternativen zur herrschenden Politik, differenzierte Ansätze werden vollständig diskreditiert und sind an den Rand gedrängt. Auch hier muß mensch sich ständig die Situation vor Augen halten: tagtäglich werden seit Wochen zwischen 5 und 15 AusländerInnenwohnheime angegriffen, Menschen auf der Straße überfallen oder in ihren Wohnungen... Faschistische Banden sind täglich im Einsatz ... Und die herrschenden Parteien berufen sich auf diesen „Volkszorn" und werfen sich gegenseitig Tatenlosigkeit vor, Behinderung und Untätigkeit bei dem Geschäft, dem Volkszorn das Objekt – die fremden Menschen – aus den Augen geschafft zu haben. Wer diese Logik nicht teilt, ist out. Gefragt sind nurmehr „einfachen Lösungen" (in jedem Schulbuch als ein Charakteristikum faschistischer und neofaschistischer Ideologie nachzulesen). Die herrschende Politik hat sich heute angesichts von Hoyerswerda, Rostock, Wismar, Hünxe, Quedlinburg, angesichts überfüllter Sammellager, krimineller Schlepperbanden und scheißender Kinder auf die simple Alternative reduziert: „An den Kragen und dann raus damit" oder die AsylbewerberInnen dem Volkszorn überlassen.

Das ist nicht mehr platter Wahlkampf„populismus", hier erfüllt sich die Sonthofener Rede von Franz-Josef Strauß (Es muß alles tiefer sinken, ehe unsere Rezepte gefragt sind – sinngemäß). Allerdings nicht mit Schaum vor dem Mund vorgetragen, sondern in der kühlen Bürokratensprache, die sich sicher sein kann, daß die Probleme weit genug gebracht worden sind.

Asyl – Katalysator zur Neuausrichtung deutscher Politik

CSU-Waigel hat angekündigt, daß seine Partei die „Asylfrage" am Kochen halten würde, wenn nicht endlich gehandelt werden wird.

Die Forderungen ufern inzwischen aus und reichen weit über den Bereich des Asylrechts hinaus. Mit der sog. Asyldebatte ist die zukünftige innen- und außenpolitische Debatte der BRD untrennbar verbunden.

- Grundgesetzänderung auf jeden Fall.
- Streichung des individuellen Asyl(antrags)rechts, weitere Einschränkung der Rechtswegegarantie, Länderlisten. Sicherung der Grenzen, bis hin zum Einsatz der Bundeswehr. Auch die Nato übt im Mittelmeer schon Situationen, deren Vorlage die Massenflucht der AlbanerInnen nach Italien abgaben.
- Einsatz der Bundeswehr im Inneren und Änderung des Grundgesetzartikels 87 – auch das kam schon als Vorschlag aus den Reihen der CDU.
- Neue Sondergesetze für die soziale Lage der AsylbewerberInnen im Lande, wie Kürzung der Sozialhilfe.
- Bi-, bzw. internationale Abkommmen, v.a. mit den ehemaligen RGW-Staaten über unmittelbare Polizeikooperation. Mit Rumänien wurde erst jetzt gerade ein Abkommen geschlossen, daß auch ohne entsprechende Papiere rumänische BürgerInnen von Rumänien „zurückübernommen" werden. Begründung: die niedrig gehalten Asylanerkennungsquote und vernichtete Ausweispapiere. Befürchtet werden müssen Massenabschiebungen von rumänischen Roma.

Geradezu klassisch ist es mit der „Asyldebatte" gelungen, innerstaatliche Mobilisierung der Bevölkerung mit außenpolitischem Druck zu verbinden. Nationaler Größenwahn ist speziell in Deutschland am sichersten zu entwickeln, wenn das Bild des Deutschen mit dem Rücken an der Wand intensivst vermittelt wird.

Wie gelänge das besser als damit:

„Ein Dorf flüchtet vor den Flüchtlingen – In Hinrichshagen bei Rostock kommen 600 Asylbewerber auf 100 Einwohner" (GT, 18.9.)

Die Deutschen – Vertriebene im eigenen Land?! Da ordnen „wir" vorher doch die ganze Welt neu.

Jelpke/Maurer

RASSISMUS IST KEIN VORURTEIL

ZU DEN URSACHEN DER AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Vorurteile

In Deutschland gibt es wieder Pogrome. Tag für Tag werden in Ost und West Flüchtlingswohnheime mit Brandsätzen angegriffen, AusländerInnen werden täglich beleidigt, zusammengeschlagen, sexuell genötigt, wie erst jüngst beim Überfall von Skinheads auf ein vietnamesisches Wohnheim. In der Bundesrepublik starben in den vergangenen zwölf Monaten mindestens sechs, andere Quellen sprechen gar von elf Menschen als Folge ausländerfeindlicher Gewalt. Im Jahre 1992 hat es mehr als 190 Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund allein in Niedersachsen gegeben. Diese Welle der Gewalt ist nur die Spitze des Eisberges. In einer Telefonumfrage bekannten sich mehr als die Hälfte der Befragten zu der These, daß es in Deutschland zu viele Ausländer gäbe, ein Viertel der Befragten befürworteten die These Ausländer raus. Sollte diese Umfrage tatsächlich repräsentativ sein, dann heißt es nichts anderes, als daß ein Viertel der Bundesdeutschen sich für *ethnische Säuberungen* ausspricht – sich wohl nur noch nicht ganz schlüssig ist, mit welchen Methoden diese durchgeführt werden müssen.

Die These vom angeblich überfüllten Boot Bundesrepublik Deutschland ist Allgemeingut. Hans Magnus Enzensberger hat im Spiegel vom 7. August 1982 unter der Überschrift *„Im Fremden das Eigene hassen"* (1) darauf hingewiesen, daß dieses „Phantasma", das die Deutschen heimsucht, auf eigentümliche Weise mit einem anderen kontrastiert. Eine ähnlich große Gruppe von Menschen stimmt der These zu *Die Deutschen sterben aus.* Der Enzensbergersche Befund eines – scheinbaren – Widerspruchs im Bewußtsein der Bevölkerung legt es eigentlich nahe, diesem Widerspruch mit Aufklärung zu begegnen. Man kann, und Enzensberger tut dies, darauf verweisen, daß der von den Nazis gepriesene Arier ein Treppenwitz ist, man kann darauf hinweisen, daß die Deutschen Produkt einer ausgesprochen vielfältigen Vermengung unterschiedlicher Kulturen und Ethnien darstellt. Man kann darauf verweisen, daß allein nach dem Krieg rund 12 Millionen Flüchtlinge und AussiedlerInnen aus Osteuropa als Deutschstämmige in die Bundesrepublik einwanderten, daß allein aus der DDR bis 1989 5 Millionen Menschen in den Westen 'rübermachten. Und schließlich darf der Hinweis nicht fehlen, daß seit Mitte der 50er Jahre damit begonnen wurde, systematisch Arbeitsmigranten aus Südeuropa anzuwerben – mit dem Ergebnis, daß in Deutschland weit mehr als 6 Millionen AusländerInnen einen legalen Wohnsitz haben. Alle Erfahrung, auch die Erfahrung, die wir mit verschiedenen Aufklärungskampagnen gemacht haben, zeigt, daß eine solche Argumentation die wirklichen Träger fremdenfeindlicher Grundüberzeugungen nicht erreicht. Bestenfalls führen solche Argumentationen zu einem Streit mit Vertretern etwa der CDU, welche beredt darauf verweisen, daß es sich bei den Aussiedlern um Deutsche handele und daß man nicht gegen Ausländer, aber sehr wohl etwas gegen Scheinasylanten habe. Was natürlich Quatsch ist, inzwischen schlagen Skinheads Italiener ebenso zusammen wie Rumänen oder Türken. Und genauso wie gegen Flüchtlingswohnheime klagen Deutsche gegen den Bau von Aussiedlerwohnungen. Ausländerfeindlichkeit differenziert nicht nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Der Feind ist immer der andere.

Thesen

Antirassistische Strategien, die in traditioneller Weise Rassismus zur therapierbaren Verirrung erklären, welcher mit Aufklärung und moralischen Appellen zu begegnen ist, greifen notwendig zu kurz. Sie verfehlen Ursache und Funktionsweise des Rassismus. Rassismus ist kein Vorurteil. Ich will dies an einigen Thesen erläutern, und diese dann ausführen:

- Rassismus ist keine Verhaltensstörung, sondern ein politisches Programm, dessen Wurzeln bis in die Zeit der Aufklärung zurückreichen.
- Rassismus ist kein von der herrschenden Moral abweichendes Verhalten, sondern die Zuspitzung des Ideologems der Leistungsgesellschaft. Die aus der Krise dieser Gesellschaft erwachsenden Haßgefühle werden aggressiv gegen die Fremden als Sündenböcke gewendet.
- Rassismus ist ein zentraler Bestandteil der Legitimation des globalen Wohlstandgefälles, von dem saturierte wie unterprivilegierte Deutsche profitieren.
- Rassismus ist kein Problem besonders Benachteiligter, sondern eher Ausdruck von Wohlstandschauvinismus.
- Wohlstandschauvinismus befördert

CHRONIK DES TERRORS

Bei einem Straßenfest in Brühl (Baden-Württemberg) werden vier Afrikaner mit Bierflaschen und Bänken zusammengeschlagen; einer erleidet lebensgefährliche Schädelbrüche. Brandanschläge werden verübt auf Ausländerheime in Karlsruhe, Osnabrück, Bremen, Bad Liebenwerda und Buchholz (Niedersachsen), auf ein von Türken bewohntes Haus in Krichheim/Teck und auf ein portugiesisches Restaurant in Hamburg. In Hamburg-Harburg wird ein Asylwohnschiff, in den brandenburgischen Orten Storkow, Treuenbrietzen und Struwenberg Asylheime überfallen. In Rostock greifen 30 Jugendliche ein Wohnheim von Rumänen an. In Schwalmtal (bei Mönchengladbach) wird eine Gasflasche gegen einen Wohncontainer geschleudert. In Halstenbek (Schleswig-Holstein) und in Schwedt werden Fensterscheiben von Asyl- bzw. Ausländerheimen eingeworfen. Insgesamt werden an diesem Wochenende 49 ausländerfeindliche Gewalttaten gemeldet, davon 18 in Nordrhein-Westfalen, und 9 in Niedersachsen und 9 in Brandenburg. (konkret 11/91 – Chronologie)

7.10. In Grünberg (Hessen) wird ein von 90 AusländerInnen bewohntes Heim überfallen. Weitere Brandanschläge und Überfälle werden in Mücke-Atzenhain, Baunatal (bei Kassel) und Michelstadt (Odenwald) gegen Ausländerwohnheime, und in Empfingen, Nagold und Seitingen-Oberflacht gegen Aussiedlerunterkünfte und –wohnungen verübt. In Schöneck werden zwei dunkelhaarige Deutsche angegriffen und durch Messerstiche verletzt. (konkret 11/91 – Chronologie)

Weitere rassistische Überfälle werden aus Karlsruhe, Ensdorf, Schwalmtal und Bad Oeynhausen gemeldet. In Saarbrücken werden zwei Flüchtlinge von Neonazis mit Messern angegriffen, nachdem ein Busfahrer sich geweigert hatte, ihnen die Tür zum Entkommen zu öffnen. (Searchlight, November 91)

8.10. Im hessischen Schöneck wird eine deutsche Frau von zwei Männern mit dem Ausruf „Drecksausländerin" niedergestochen. In Karlruhe werden drei Rumänen krankenhausreif geschlagen. In Ensdorf (Saarland) mißhandeln Skinheads einen Italiener schwer mit Fußtritten. Bei mehreren Brandanschlägen auf Ausländerheime in Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen werden insgesamt vier Menschen verletzt. Die Polizei registriert an diesem Tag insgesamt 40 ausländerfeindliche Anschläge. (konkret 11/91 – Chronologie)

9.10. In Hückeswagen (NRW) werden durch einen Brandanschlag gegen ein Asylheim die Schlafräume zerstört; ein Asylbewerber muß mit Schock in ein Krankenhaus eingeliefert werden. In Bad Säckingen (Baden-Württemberg) wird ein Flüchtlingsheim mit Steinen, in Unna-Massen (NRW) eine Aussiedlerunterkunft mit Eisenstangen angegriffen. Brandanschläge werden auf Asyl- und AusländerInnenheime in Troisdorf (bei Bonn), Bochum und Wächtersbach (Hessen) verübt. (konkret 11/91 – Chronologie)

Chronik des Terrors

10.10. In Leipzig überfallen ca. 20 vermummte Jugendliche ein Ausländerwohnheim und brechen einem Bewohner den Arm. In Lübben (Brandenburg) wird eine Asylunterkunft mit Steinen beworfen und mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. (blick nach rechts, Nr. 22, 21.10.91 – Chronologie)

Brandanschläge werden auf das Auto einer Ausländerin in Künzell bei Fulda, auf ein von Asylbewerbern bewohntes Haus in Plattensee bei Hannover und auf Ausländerwohnheime in der Nähe von Naumburg (Sachsen-Anhalt), in Bonn-Poppelsdorf, und in Ense bei Soest verübt. Das Heim in Ense brennt dabei aus. Auf zwei Asylbewerberunterkünfte im rheinischen Hürt-Fischenich werden acht Schüsse abgegeben. Sechs Projektile durchschlagen ein Fenster. Im Übergangswohnheim für russische und polnische Übersiedler im Kreis Hersfeld-Rotenburg wird eine Bombenattrappe deponiert. In der Nähe eines Wohnheimes bei Sontra (Werra-Meißner-Kreis) fallen Schüsse. Später in der Nacht wird das Gebäude mit Steinen und Flaschen beworfen. Die Bewohner eines Flüchtlingswohnheimes in Hochheim/Taunus werden von Maskierten in Angst und Schrecken versetzt. Der Geistesgegenwart der Flüchtlinge ist es zu verdanken, daß nicht Schlimmeres passiert. In der Gemeinde Erntebruch (Kreis Siegen) werden Steine gegen drei Wohnwagen geworfen, in denen Asylbewerber untergebracht sind. (Konkret 12/91 – Chronologie)

Das Bundeskriminalamt teilt auf Anfrage mit, daß seit Jahresanfang bundesweit 600 bis 650 Straftaten „mit rechtsradikalem Hintergrund" gegen AusländerInnen verübt worden seien, darunter 185 Brandanschläge auf Sammelunterkünfte und Wohnungen (konkret 11/91 – Chronologie)

11.10. In Rangsdorf (Kreis Zossen) werfen zwei Skinheads eine Fensterscheibe in einem Ausländerwohnheim ein. In Erlensee bei Hanau bewerfen drei junge Deutsche einen Asylbewerber mit Steinen. In Saarbrükken wird ein Flüchtling aus Sri Lanka nach eigenen Angaben nach Verlassen eines Busses entführt, betäubt und auf Bahngleise geworfen. In der Nähe der Gleise wird er abends von der Polizei gefunden. Blutspuren weisen nach, daß er von einem Zug überrollt worden sein muß. In einer Notoperation wird der rechte Oberschenkel amputiert. Am selben Tag wird ein Nigerianer ebenfalls in Saarbrücken von einem 19-jährigen Deutschen zusammengeschlagen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

12.10. In Biebersgemünd (Main-Kinzig-Kreis) versuchen sechs Männer, in ein Flüchtlingsheim einzubrechen. Brandanschläge werden auf Asylunterkünfte in Mannheim und in Springe bei Hannover verübt. Bei einem Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Gebäude in Kaufbeuren springen zwei türkische Familien in Panik aus dem Fenster. Vier Türken werden schwer verletzt. In Brandenburg werden gleich zwei Ausländerwohnheime überfallen. Bei einer Schlägerei zwischen 50 Skinheads und Türken in Geesthacht (Schleswig-Holstein) werden zwei Personen verletzt. In Greifswald schlagen 30 rechtsradi-

langfristig einen gesellschaftlichen Wertewandel, der innergesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozessen und autoritären Verhaltensweisen Vorschub leistet.

- Der von den herrschenden politischen Eliten produzierte und instrumentalisierte Rassismus ist das eigentliche Problem dieser Gesellschaft.
- Antirassistische Strategien müssen sich mit den Ursachen von Flucht- und Wanderungsbewegungen auseinandersetzen. Dies setzt eine Internationalisierung der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik voraus.
- Der Politik der Abschottung gilt es, eine differenzierte Öffnung entgegenzusetzen. Statt der Einschränkung der Rechte von Flüchtlingen wird nur eine Legalisierung von Einwanderung die Zuwanderung human steuerbar machen.

Vom Befremden zum Terror

In einer Debatte zum erstmaligen Einzug der Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus profilierte sich der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht mit der Aussage, Fremdenfeindlichkeit sei genetisch bedingt. In dieser Aussage ist nahezu die gesamte Programmatik des Rassismus zusammengefaßt: Von der biologischen Determiniertheit menschlicher Verhaltensweisen bis hin zur aggressiven Ablehnung des anderen. Es fehlt, und darum ist die Aussage nicht rassistisch, nur die Beschreibung des anderen als minderwertig.

Ein, gerade in radikaldemokratischen Kreisen, verbreiteter Reflex auf solche Aussagen ist es, das Fremde für gut zu erklären. Der von Albrecht praktizierten biologistischen Legitimation von Fremdenfeindlichkeit wird eine idealistische Fremdenfreundlichkeit entgegengesetzt. So demagogisch bestimmte Darstellungsweisen sind, wonach eine solche, von „Nach 68er Gesamtschullehrerinnen" verbreitete Fremdenfreundlichkeit eine der Ursachen für die Ausländerfeindlichkeit unter Schülern sei, so sicher ist es, daß dieser Idealismus vor dem Hintergrund der konkreten Probleme einer Einwanderungsgesellschaft wenig überzeugt.

Der, ich meine von Karl Valentin stammende Satz *Der Fremde ist uns fremd*, bringt die Realität gerade in seiner Schlichtheit auf den Punkt. Die Begegnung mit dem Fremden löst Be-Fremden aus. Was tun wir, wenn wir befremdet sind? Wir sind vorsichtig. Wir schauen uns um, wir sind neugierig, denn nur ein Mehr an Informationen kann unser Befremden mindern.

Anders gesagt, die zum Befremden gehörenden Eigenschaften sind von Widerspruch zwischen Regression und Neugier geprägt. Nur eins finden wir im Befremden nicht: Aggression und Feindlichkeit.

Daraus folgt, daß die Biologie die Fremdenfeindlichkeit nicht erklären kann. Es liegt eben nicht in der Natur des Menschen, Menschen anderer Hautfarbe, anderer Volkszugehörigkeit oder anderer Kultur mit Brandflaschen zu bewerfen. Es gilt, den historischen, politischen und ökonomischen Wurzeln des Rassismus nachzugehen.

Zur Geschichte des Rassismus

Rassismus ist, wie es Manfred Budzinski und Karin Clemens in ihrem Buch *Raus Land*, (2) beschreiben, ein Grundpfeiler europäischer weltbeherrschungssehnsüchtiger Wesen. Dieser entwickelte sich im krassen Widerspruch zu dem Gedanken von der Freiheit und der Gleichheit der Menschen in der Aufklärung.

Von der Anatomie über die Ästhetik, die insbesondere in der Phase des Klassizismus die Orientierungen in Schönheitsmerkmalen der Antike die europäische Gedankenwelt durchdrang, wurden die Menschen immer weiter aufgeteilt und selektiert. Ende des 19. Jahrhunderts erschienen in fast allen europäischen Ländern Zeitschriften zur Erbgesundheitspflege. In Großbritannien wurde die These entwickelt, daß aufgrund des Umstandes, daß sich die oberen und begabteren Schichten der Bevölkerung schwächer fortpflanzen als die unteren Schichten, daß es Maßnahmen bedürfe, um die – im Kern nach Äußerlichkeiten und sozialer Stellung definierte – Rasse vor Entartung zu schützen. Der als Vater der Eugenik bekanntgewordene Galton warnte vor einer *„völlig unvernünftigen Sentimentalität gegenüber der schrittweisen Auslöschung einer minderen Rasse"*.

Von diesen „wissenschaftlichen" Erkenntnissen hin zum Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses von 1933 und der terroristischen Umsetzung der Bevölkerungspolitik durch den deutschen Nazifaschismus war es nur ein kleiner Schritt.

Gibt es eine nahezu ungebrochene wissenschaftliche Tradition der Eugenik, geltend von den Experimenten von Himmlers Lebensborn bis hin zu Programmen zur Reduzierung der „Überbevölkerung" in den Ländern der Dritten Welt, so gibt es eine bis heute anhaltende Kontinuität gerade des politischen Rassismus. Wenn sich Edmund Stoiber gegen eine *„multinationale Gesellschaft auf deutschem Boden, durchmischt und durchrasst"* wendet, dann ist dies nur ein Ausdruck rassistischer Denkensweise. Allerdings hat sich gerade in der Ideologie der sogenannten Neuen Rechten ein Wandel in der Rhetorik vollzogen. Von der plump biologistischen Rassenideologie der Nazis wurde sich zugunsten des Konzepts „des Ethnopluralismus" verabschiedet. Den Standardsatz, den Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingswohnheime jeder Resolution voranstellen: Wir sind keine Ausländerfeinde, können die Ethnopluralisten „'rauf und 'runter beten".

Sie schreiben jedem Volk spezifische Eigenschaften zu, diese könne es aber nur erhalten, wenn es unter sich bliebe. Der spezifische Charakter Deutschlands kann demnach nur bei Abwesenheit ausländischer Gruppen erhalten bleiben. Gleichzeitig gefährden die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer auch ihre eigene Identität als Volk, es ist also auch in ihrem Interesse, daß es nicht zur Vermengung unterschiedlicher Völker kommt.

Im Ergebnis läuft dieses Konzept genau auf die vom südafrikanischen Staat über Jahre hinweg praktizierte Apartheid heraus – die Aufteilung in Siedlungsgebiete nach Rassen. Aktuell wird ein solches Konzept im ehemaligen Jugoslawien in Form der ethnischen Säuberungen brutal durchgesetzt.

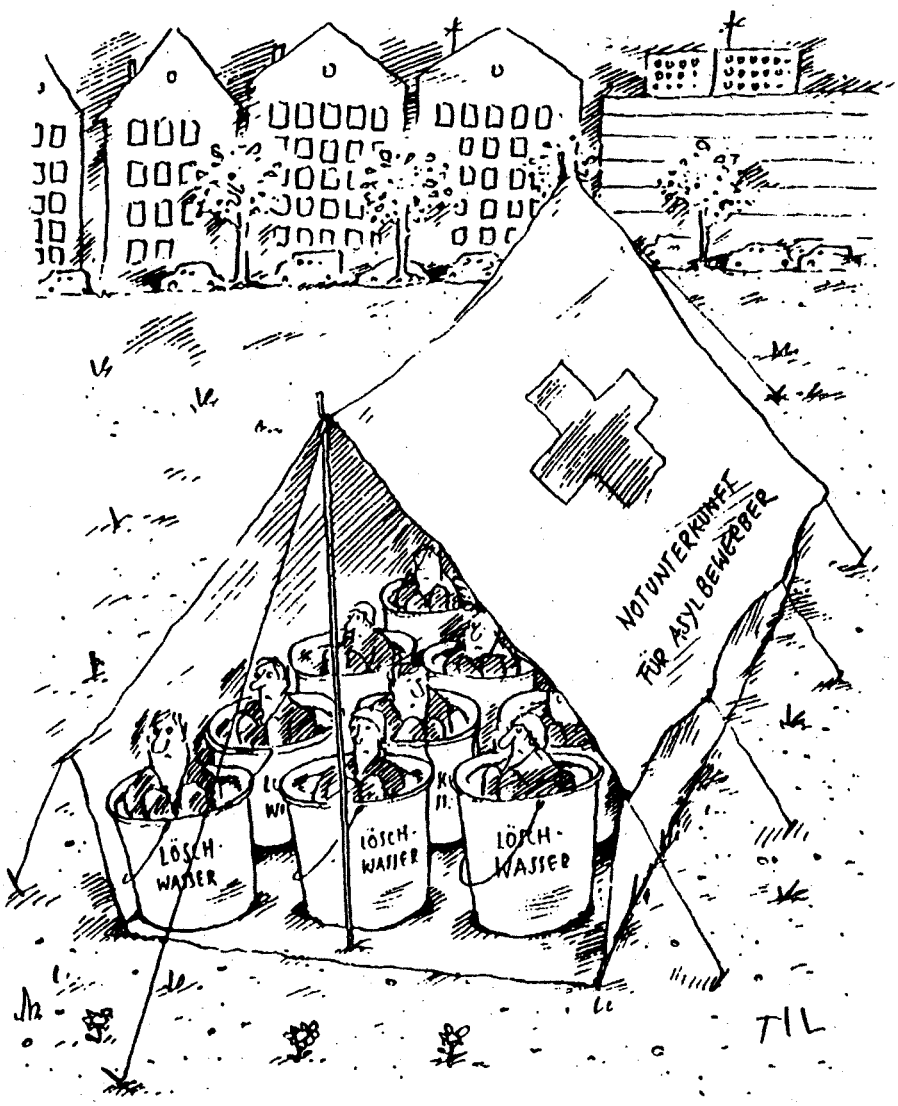
Kein Wunder, daß sich führende Militante der bundesdeutschen Neonazi-Szene dort außerordentlich wohl fühlen.
Budzinski und Clemens weisen zu Recht darauf hin, daß auch dieser an der kulturellen Identität anknüpfende Ethnopluralismus letztlich nur der alte Rassismus sei. Wenn die genetische Verschiedenheit zur Klärung historisch gewachsener politischer und sozialer Strukturen herangezogen wird, dann wären dies Fragen der Biologie und damit unveränderbar.

Funktion und Funktionsweise des Rassismus

Im folgenden soll, anknüpfend an die Beschreibung der Kontinuität des Rassismus in Wissenschaft und Politik, der Frage nachgegangen werden, wie dieser funktioniert, und welche Funktion er zur Legitimation von politischer Herrschaft heute im Rahmen des ökonomischen Reproduktionsprozesses hat.

Sozialpsychologische Funktionsweise

Zu Recht weist der Berufsverband Deutscher Psychologen in einer Stellungnahme unter der Überschrift *„Die Asyldebatte fördert einen unerwünschten kulturellen Wandel"* (3) in der FR vom 18.10.92 auf die klassische Sündenbockfunktion der Asyldebatte hin. Hiernach erzeugt gerade die politische Definition von Minderheiten als alleiniger Problemquelle ein Wir-Gefühl. Dieses Wir-Gefühl produziert im Zusammenhang der Versagung elementarer Bedürfnisse Haß und Aggressionen gegen jene, die sich vermeintlich oder faktisch vom eigenen gesellschaftlich sanktionierten Lebensstil unterscheiden.
Auf Kosten der Opfer wird vor dem Hintergrund nicht gelöster und innerhalb dieses politisch-gesellschaftlichen Systems wahrscheinlich nicht zu lösender Probleme eine asylpolitische Massenhysterie geschürt. Mit Kampagnen, wie etwa der von dem damaligen CDU-Generalsekretär inszenierten Asylkampagne wird eine Sündenbockstrategie verschärft, mit der Asylsuchende und Ausländer in einem erpresserischen Politkalkül funktionalisiert werden.
Denn Feindbilder werden umso skrupelloser und hemmungsloser ausgelebt, je mehr die Vorwürfe gegen die Fremdgruppe als „Allgemein anerkannte These" (Budzinski/Clemens) gelten.



CHRONIK DES TERRORS

kale Jugendliche einen marokkanischen Studenten zusammen. Er erleidet mehrere Platzwunden am Kopf und Brüche zweier Finger. Am selben Tag wird in Greifswald ein Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim der Siemens AG verübt. Die vietnamesischen Bewohner können das Feuer löschen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

13.10. Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Immenstadt im Allgäu werden zwei Kurden schwer verletzt, als sie in Panik aus dem Fenster springen. Das Wohnheim wird vollständig zerstört. In Tornow (Kreis Altentreptow) greifen 15 Maskierte ein Ausländerwohnheim an. Sie schlagen Außentüren und Fenster ein und schießen mit Schreckschußpistolen. In Drebkau (Kreis Cottbus) greifen 15 Skinheads eine Unterkunft für Ausländer mit Steinen und Eisenstangen an. Vor einem Flüchtlingswohnheim in Bad Karlshafen bei Kassel werden mehrere Schüsse abgegeben. In der Nähe von Darmstadt bewerfen drei Jugendliche Asylbewerber mit Steinen und beschmieren ein Ausländerwohnheim. Überfälle auch auf zwei Asylbewerberheime in Mecklenburg-Vorpommern. In der S-Bahn von Rostock nach Warnemünde greifen Skinheads einen Uruguayer an und fügen ihm Stich- und Schnittwunden zu. (Konkret 12/91 – Chronologie)

14.10. Bei einem Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim in Oberteuringen am Bodensee wird ein Afghane aus dem Fenster des ersten Stockwerks gestoßen. Er bricht sich das Nasenbein. In Nienburg/Weser und Pforzheim werden Brandanschläge auf Flüchtlingsheime verübt. In Ziegenort (Trzebiez) im Bezirk Stettin greifen mehrere Jugendliche polnische Zoll- und Grenzbeamte an. In Berlin prügeln und treten drei jugendliche Skinheads einen Vietnamesen so, daß er sich tagelang in Lebensgefahr befindet. Der Überfall fand tagsüber auf einer belebten Straße statt, ohne daß jemand eingriff. In Welzow (Brandenburg) beschießen etwa 30 Jugendliche Sowjetsoldaten mit Schreckschuß- und Gaspistolen. Als der diensthabende Posten zwei Warnschüsse abfeuert, ergreifen sie die Flucht. (Konkret 12/91 – Chronologie)

15.10. In Ober-Mörlen (Wetterau-Kreis) überfallen zwei Männer die Lebensgefährtin eines Asylbewerbers. Die Frau muß mit Schnittverletzungen im Krankenhaus behandelt werden. In Wächtersbach (Hessen) versuchen Jugendliche, auf dem Flachdach eines Asylbewerberheims Feuer zu legen. In Sandesneben (Schleswig-Holstein) werden Asylbewerber aus Bulgarien angegriffen. Weitere Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden werden in Hückeswagen, Bergkamen, Bochum und Troisdorf bei Bonn verübt. (Konkret 12/91 – Chronologie)

Mitte Okt. In Hochheim/Taunus wird die Wohnung des Priesters und Sprechers der bundesweiten AG „Pro Asyl" mit einem Pflasterstein beworfen. Im Briefkasten findet er ein Schreiben der „Aktionsgemeinschaft Novembersturm", die auch für einen Überfall auf das Flüchtlingsheim am 10.10. verantwortlich zeichnet. (Konkret 12/91 – Chronologie)

Chronik des Terrors

16.10. In einem Mehrfamilienhaus in Bad Vilbel (Hessen), das vorwiegend von ausländischen Familien bewohnt wird, wird ein Brand gelegt. Fünf Personen türkischer und zwei Personen syrischer Staatsangehörigkeit sowie ein deutsches Kind müssen wegen schwerer Rauchvergiftung behandelt werden. In Lilienthal (Niedersachsen) werden in einem Wohnheim für Flüchtlinge Fensterscheiben eingeworfen und Brandsätze in ein Haus geworfen, das von einer türkischen Familie bewohnt wird. Im Oranienburger Schloßhof in Potsdam wird ein Wohnheim für ausländische Arbeitnehmer mit Steinen beworfen. In Schwedt (Brandenburg) und Kelkheim/Taunus werden Brandanschläge auf Asylheime verübt. (Konkret 12/91 – Chronologie)

17.10. In einem Vorort von Kassel überfallen ca. 25 junge Männer zwischen 18 und 22 Jahren ein Wohnheim für Asylbewerber. Sie sind mit Äxten und Eisenstangen bewaffnet. In München wird die Kirche St. Willibrod verwüstet, nachdem der Pfarrer ein Transparent mit der Aufschrift „Gott liebt die Fremden, darum sollt auch ihr sie lieben" aufgehängt hatte. In Fulda (Hessen) und Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern) werden Brandanschläge auf Asylunterkünfte verübt. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Diederich, gibt an, daß es seit Jahresbeginn 40 Angriffe auf Ausländerwohnheime gab. Dabei seien sieben Asylbewerber verletzt worden. Drei Ausländer seien auf offener Straße angegriffen und verletzt worden. (Konkret 12/91 – Chronologie)

18.10. In Marzahn/Ost-Berlin ziehen 15 Skinheads vor ein Wohnheim, in dem jüdische Einwanderer leben. Bei dem Versuch der Skins, das Gebäude zu stürmen, gehen Fensterscheiben zu Bruch. Die Pförtnerin erleidet einen Schock. Unklar ist die Rolle von Rias-TV bei diesem Überfall. Ein Filmteam war anwesend, die Getränke der Skins wurden angeblich von Rias-TV bezahlt. In einem Haus in Berlin, das ausschließlich von Türken bewohnt wird, brennt es. Brandstiftung kann nicht ausgeschlossen werden. (Konkret 12/91 – Chronologie)

19.10. Skinheads überfallen in Schwedt (Brandenburg) vier polnische Reisende, schlagen eine Autoscheibe ein und verletzen drei Personen mit Messern und Fußtritten. Am selben Tag löst die Polizei in Schwedt eine Ansammlung von etwa 30 Skinheads auf, die einen türkischen Händler bedrohen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

19./20.10. In Burg (Fehmarn) werfen Unbekannte zwei schwere Mauersteine durch die Scheibe einer Asylunterkunft. Ähnliche Fenstereinwürfe gibt es in den schleswig-holsteinischen Orten Lübeck, Mölln und Preetz (Kreis Plön). Dabei werden z.T. erhebliche Beschädigungen an Wohncontainern und ausländerfeindliche Wandschmierereien angerichtet. In Wahlstedt (Kreis Segeberg) fordern nach Mitteilung der Polizei Unbekannte „zum Töten von Asylbewerbern" auf. Auf eine Unterkunft für Asylsuchende in Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern) wird erneut ein Brandan-

Ökonomische Funktion

Diese politischen Strategien verweisen auf die dahinter stehenden wirtschaftlichen Interessen. Wenn es so etwas wie eine Ökonomie des Rassismus gibt, dann ist sie im anhaltenden und wachsenden Wohlstandsgefälle dieser einen Welt zu finden. Res Strehle weist unter dem Titel *„Der blinde Fleck im Antirassismus"* (4) in der WOZ vom 14. August 1992 darauf hin, daß es zwischen den Tiefst- und Höchstlohnregionen dieser Welt ein Verhältnis von 1 : 30 gibt. In seiner Berechnung bleibt mindestens ein Faktor 3 im weltweiten Lohngefälle, der sich nicht durch unterschiedliche Arbeitsproduktivität, sondern allein durch „die ethnisch-begründete Positionierung in der Weltwirtschaft erklären läßt".
Der produzierte Alltagsrassismus, wonach sich etwa der deutsche Arbeitnehmer durch besonderen Fleiß auszeichnet, während Süd- und Osteuropäer sich durch eine andere, gemeint ist schlechtere, Arbeitsmentalität auszeichneten, stellt nichts anderes dar, als den Versuch der kollektiven Einbindung der nationalen Arbeitnehmerschaft ins weltweite Ausbeutungssystem. Der ethnisch separierte Arbeitsmarkt spiegelt sich dann in erster Linie und vor allem in unterschiedlichen Zutrittsrechten zum Sozialstaat wider. Die politische Rechte weiß, daß sie auf Dauer angesichts des zitierten Lohngefälles Wanderungsbewegungen nicht unterbinden kann. Wo die territoriale Ausgrenzung nicht möglich ist, soll an ihre Stelle die soziale und gesellschaftliche treten.

Wohlstandschauvinisten oder Unterprivilegierte

Im *Spiegel* und in verschiedenen anderen Zeitungen war im Zusammenhang mit dem Rostocker Pogromen das Foto eines der Zaungäste abgebildet. Ein Mann, Mitte dreißig, Bierbauch unter dem WM-T-Shirt, in der linken Hand die Bierflasche, die rechte zum Führergruß erhoben, bekleidet mit jener für Ostdeutschland typischen Jogginghose, in die sich der begeisterte Deutschnationale beim Anblick der brennenden Asylunterkunft eingeschifft hatte.
Welch ein Bild aggressiver Regression, welch ein Symbol impotenter Potenz. Sich selber nicht trauen, andere zu ermuntern, freudig, daß endlich etwas passiert und gleichzeitig sich vor Angst über die Sanktionen in die Hosen machend. Wer etwas über das neue Deutschland wissen möchte, der findet es in diesem Bild.
Dennoch führt das Bild bei der Frage, wer sind eigentlich die Träger des Rassismus, wer sind die Rassisten, in die Irre. Tatsächlich wird man sich auf der Suche nach den Trägern des Rassismus eher in bestimmten Mittelschichten, so wie bei den politischen Eliten dieser Republik umschauen müssen. Und es ist weniger der Rostocker Plattenbaubewohner, der uns Sorgen machen sollte, sondern vielmehr sind es ganz renommierte reputierliche Politiker.

Benachteiligte

Herrschende Erklärungen für den Rechtsdruck in der Gesellschaft bemühen immer wieder die These von den Modernisierungsverlierern. Diese etwa von Heitmeyer in Talkshows und Seminaren popularisierte These greift erheblich zu kurz. Bei Untersuchungen etwa von Infratest ergab sich, daß die (überdurchschnittlich männliche) Anhängerschaft der Republikaner im Einkommensniveau über dem Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung lag. Bei den vergangenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg fanden sich Hochburgen der Republikaner in Gebieten mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und geringem Ausländeranteil. Gerade dieses Wahlergebnis, bei dem in dem reichsten Bundesland die höchste Stimmzahl für eine rechtsradikale Partei seit langem erreicht wurde, unterstreicht die Hinfälligkeit der These vom Rassismus als Phänomen von Unterprivilegierten.
Selbst die militanten Schlägertrupps sind keine homogene Gruppe von Deklassierten. Nach Auswertung von 700 Ermittlungsakten der Polizei sind mehr als 95 % der Gewalttäter junge Männer von nicht gemeinsam zu definierender sozialer Herkunft.(5) Wie das In-den-Tod-Treiben eines Behinderten im Wohlstandsvorort Großburgwedel belegt, sind eigene negative Erfahrungen und die persönlichen Lebensbedingungen nicht für Gewalttaten gegenüber Minderheiten determinierend. (6) Tatsächlich handelt es sich bei dieser Form von Rassismus um handfesten Wohlstandschauvinismus, oder um Budzinski/Clemens zu zitieren: „Die Abwehr von Flüchtlingen als 'Wirtschaftsasylanten' drückt die unverhohlene Angst, relative Besitzstände zu verlieren, wenn international die vorhandenen Güter neu verteilt würden" aus.
Es ist nicht erlittene soziale Deklassierung, erlebte Arbeitslosigkeit, die Soldaten und Polizisten, Unternehmer und Handwerker zu den Republikanern und ihre Söhne zu den Stoßtrupps der Neonazis gehen läßt. Es ist die Ablehnung des Teilens, verbunden mit der Erkenntnis, daß dies auf Dauer nicht gutgehen wird.
Interessant ist, daß gerade nichtbenachteiligte Jugendliche zu rassistischen Positionen neigen. In ihre Untersuchung *„Du mußt so handeln, daß du Gewinn machst ..."* (7) (Diss-Texte Nr. 18, Duisburg 1992) belegen Held/Horn/Leiprecht/Marvakis diese These eindrucksvoll. Hiernach fanden 27 % der nichtbenachteiligten Jugendlichen das Wahlergebnis der Republikaner bei den Kommunalwahlen prima, hingegen nur 18 % der benachteiligten. 50 % der Benachteiligten stimmten der These Ausländer rein zu, während 18 % der Nichtbenachteiligten dies taten. Für ein Ausländerwahlrecht sprach sich die Hälfte der Benachteiligten aus, jedoch nur jeder 5. der Nichtbenachteiligten. Selbst dort, wo die benachteiligten Jugendlichen im besonderen Maße mit Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren, sprachen sie sich dennoch mit sehr viel größerer Mehrheit für ein gleiches Arbeitsrecht für Ausländer aus (72 %), während dies nur 60 % der Nichtbenachteiligten taten.
Der Wohlstandschauvinismus entpuppt sich so als Inkarnation des Leistungsprinzips, das den Benachteiligten, denen die auf der Strecke bleiben, die Schuld für ihre Lebenslage ebenso zuschreibt, wie er aggressiv das Erreichte verteidigt.

Politische Eliten

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß gerade konservative Politiker erhebliche Anteile am Wiederhoffähigwerden des Rassismus hatten. Ich meine hiermit weniger jene Äußerungen, wie ich sie von Stoiber zitiert habe. Nein, in dieser Republik erleben wir seit geraumer Zeit den Versuch, alle gesellschaftlichen Probleme monokausal dem Zugang von Flüchtlingen zuzuschreiben. Es sind nicht die Fehler bei der Finanzierung der Deutschen Einheit, die für die Knappheit staatlicher Kassen verantwortlich gemacht werden, sondern es sind die Sozialhilfekosten für Flüchtlinge. Und es ist nicht der anhaltende Trend zur Umwandlung von Wohn- in Geschäftsräume, von Miet- in Eigentumswohnungen, es sind nicht die Disparitäten in der zahlungskräftigen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die auf der einen Seite die Quadratmeterzahl pro Person sprunghaft steigen lassen, während auf der anderen Seite die Zahl der Wohnungssuchenden wächst, sondern es sind die Flüchtlinge, die jungen Familien die Wohnungen wegnehmen.

Und es ist nicht, um eine moderne Variante des Ökofaschismus anzusprechen, der anhaltend wachsende Autoverkehr mit seinen Emmissionen, sondern es ist die aufgrund der Zuwanderung wachsende Bevölkerungsdichte, die uns immer tiefer in die ökologische Krise treiben.

Konservative geraten dabei in ein mehrfaches Dilemma. Auf der einen Seite ist die Bundesrepublik als extrem exportabhängiges Land auf eine Offenheit auch für andere Nationen angewiesen. Wenn aber in Deutschland zwischen einem Fidschi, der als Samstagsvergnügen geklatscht wird und einem japanischen Geschäftsmann, der eine wichtige Industrieansiedlung plant,

Chronik des Terrors

schlag verübt. (Konkret 12/91 – Chronologie)

20.10. Ein Heim für Asylbewerber in Weißenburg (Mittelfranken) wird mit Steinen beworfen. Bei vier Tätern stellt die Polizei u.a. einen Stahlhelm mit Hakenkreuz, Gaspatronen und einen Schlagring sicher. Vor einem Wohnheim ungarischer Arbeitnehmer in Schwarzheide (Kreis Senftenberg) und einem Asylbewerberheim in Jüteborg versammeln sich Jugendliche, die ausländerfeindliche Parolen rufen und mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffnet sind. In Schwedt (Brandenburg) wird ein Vietnamese bei einem Überfall von drei Jugendlichen mißhandelt und mit einer Pistole bedroht. In Gütersloh wird ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verübt. In Magdeburg und Reiskirchen (Kreis Gießen) greifen Jugendliche von Aussiedlern bewohnte Gebäude mit Stein- bzw. Eierwürfen an. (Konkret 12/91 – Chronologie)

22.10. In Trier schlagen fünf Skinheads in einem Linienbus zwei deutsche Fahrgäste zusammen, die sich schützend vor zwei Schwarze gestellt haben. In Delmenhorst und in Giesen bei Hildesheim werden Scheiben von Asylbewerberunterkünften mit Bierflaschen beworfen. In Laatzen bei Hannover wird im Eingangsbereich eines provisorischen Asylbewerberheims ein mit Benzin gefüllter Behälter ausgekippt. In Frankfurt/Oder werfen Unbekannte mit Schottersteinen mehrere Fensterscheiben eines Übersiedlerheimes ein, in dem sowjetische Bürger leben. Nach Angaben des hessischen Ministerpräsidenten Eichel gab es in Hessen im September neun gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und Ausländer, seit Anfang Oktober bereits 50. (Konkret 12/91 – Chronologie)

23.10. In Glückstadt (Schleswig-Holstein) versuchen Unbekannte, eine türkische Moschee in Brand zu setzen. Das Feuer kann rechtzeitig gelöscht werden. In Kiel und Unatten (Kreis Schleswig-Flensburg) werden Steine bzw. Molotow-Cocktails gegen Ausländerunterkünfte geschleudert. In Waldenbuch (Kreis Böblingen) werfen unbekannte Täter einen Brandsatz gegen einen Wohncontainer, der von Asylbewerbern bewohnt wird. Zwei Libanesen werden verletzt. In Preetz (Schleswig-Holstein) wird ein Italiener von zwölf Jugendlichen angepöbelt und bedrängt. An der Oder-Neiße-Grenze häufen sich Überfälle junger deutscher Rechtsradikaler auf polnische Touristen. Das BKA gibt bekannt, daß bundesweit in diesem Jahr 1.331 Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund gemeldet worden seien, die meisten davon seit August. Darunter sind 255 Brandanschläge und 130 Übergriffe gegen Personen. Dem BKA zufolge gab es die meisten Angriffe gegen Personen in NRW. An zweiter Stelle der Statistik folgt Sachsen-Anhalt, an dritter Sachsen, an vierter Hessen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

24.10. Bei einem Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Cottbus wird ein Rumäne verletzt. In München wird ein Brandanschlag gegen ein Heim versucht, in dem 20 Asylbewerber untergebracht sind. Ein Flüchtlingsheim in der Nähe von Kiel wird beschmiert. (Konkret 12/91 – Chronologie)

Chronik des Terrors

26./27.10. In Berlin wird der türkische Schüler Mete Eksi von drei jungen Männern lebensgefährlich verletzt. In Koblenz werden drei chinsesische Asylbewerber von Unbekannten zusammengeschlagen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

29.10. Vertreter von Flüchtlingsgruppen in Berlin teilen mit, daß in den letzten zwei Monaten sechs Ausländer an den Folgen von Mißhandlungen gestorben sind. Zehn Flüchtlinge schwebten noch in Lebensgefahr, 40 hätten durch Angriffe bleibende Gesundheitsschäden erlitten. (Konkret 12/91 – Chronologie)

November 91

1.11. Innenminister Bull teilt in Kiel mit, daß zwischen dem 15. September und dem 29. Oktober 48 Aktionen gegen Ausländer in Schleswig-Holstein bekanntgeworden seien. Darunter waren fünf Brandanschläge und 32 Sachbeschädigungen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

2.11. In Dresden stürmen etwa 30 rechte Schläger das Kulturzentrum, in dem das bundesweite Antifa-Treffen stattfindet. Mitarbeiter des Zentrums werden angegriffen, als sie versuchen, zwei Ausländer zu schützen. In Magdeburg bewerfen Jugendliche ein Aussiedlerwohnheim mit Steinen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

3.11. Im Anschluß an ein Fußballspiel randalieren ca. 200 Berliner Hooligans und greifen ein Asylbewerberheim in Greifswald (bei Schwerin) an. Mehrere Asylbewerber werden verletzt. In Frankfurt/Main hetzen zwei Männer in einer Bar lautstark gegen Ausländer und greifen den kurdischen Barmann an. Sie kehren später noch einmal zurück und zerschlagen die Scheiben des Lokals. In Bad Honnef bei Bonn wird ein Brandanschlag auf eine von Kurden bewohnte Ausländerunterkunft verübt. Zehn Bewohner müssen wegen Rauchvergiftungen behandelt werden. Ein russischer Asylbewerber in Heide (Schleswig-Holstein) wird von zwei Männern entführt. In Kiel wird erneut ein Asylbewerberheim von einer Gruppe von Skinheads angegriffen. (Konkret 12/91 – Chronologie)

5.11. In Nürnberg wird in einem überwiegend von ausländischen Familien bewohnten Gebäudekomplex zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen ein Brand gelegt. Sieben Hausbewohner werden verletzt, 21 müssen evakuiert werden. (Konkret 12/91 – Chronologie)

6.11. 200 bis 300 Hooligans ziehen nach einem Fußballspiel in Düsseldorf in Richtung des Roma-Lagers. Es kommt nicht zu Übergriffen, da die Polizei frühzeitig eingreift. 166 Hooligans werden vorläufig in Gewahrsam genommen. (Konkret 12/91 – Chronologie) In Berlin verzeichnet der erste Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz einen „dramatischen Anstieg von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ostdeutscher Skinheads". Künftig müsse überprüft werden, ob gewalttätige und rechtsextremistische Skinhead-Gruppen von Verfassungsschützern beobachtet werden sollten.

nicht mehr unterschieden wird, schädigt dieses direkt die ökonomischen Interessen der Bundesrepublik. Auf der anderen Seite ist ein bestimmter Rassismus offensichtlich zur Legitimation der Großmachtpolitik des neuen Deutschlands notwendig.
Auf der einen Seite erscheint der Rückgriff auf die Flüchtlinge als Sündenbock notwendig, um der CDU, ungeachtet des Scheiterns ihrer Politik, den Verbleib an der Macht zu garantieren, auf der anderen Seite untergräbt das Setzen auf die rassistische Karte gleichzeitig ihre Mehrheitsfähigkeit, wählen viele dann doch lieber gleich das Original in Gestalt von Herrn Schönhuber. Vor dem Hintergrund in einer einsetzenden globalen ökonomischen Abschwungphase zu erwartender, sich verschärfender Verteilungskämpfe zwischen der ersten und der dritten Welt, aber auch unter den G-7-Staaten sowie innerhalb der Gesellschaft zerreißt so der gesellschaftliche Grundkonsens in Deutschland. Die Zweidrittelgesellschaft wird neu definiert. Hierbei geht es vorerst weniger darum, vom System der sozialstaatlichen Einbindung wichtiger Teile der Arbeitnehmerschaft Abschied zu nehmen. Es geht eher darum, den sozialen Wohlstandsstaat auf zwei Drittel der Gesellschaft zu konzentrieren.
Im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzungen steht hierbei der Ausstieg aus der gemeinsamen gesellschaftlichen Grundsicherung für alle. Die Ausgrenzung der Flüchtlinge aus der Sozialhilfe, wie sie Bundesfamilienministerin Rönsch noch für Ende dieses Jahres ankündigte, befördert nicht nur Einstellungen, wonach es sich hierbei um Menschen zweiter Klasse handele, sie ist auch der Modellfall, wonach Menschen pauschal, lediglich aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status unter das definierte Existenzminimum gedrückt werden. Nicht mehr individuelle Lebenslagen, sondern Statusfragen regeln das Ausmaß staatlicher Fürsorge. Damit ist Sozialhilfe nicht mehr subsidiär. Was hier mit Flüchtlingen gemacht wird, läßt sich, je nach Bedarf, auch auf andere, seien es EG-Bürger, seien es Inländer, seien es sonst wie definierte Gruppen übertragen.

Strategien gegen Rechts

Antirassistische Strategien müssen aus der Defensive heraus entwickelt werden. Sie haben gefälligst zur Kenntnis zu nehmen, daß Rassismus heute als politisches Programm ernst zu nehmen ist, und daß er in bestimmter Weise dabei ist, in dieser Gesellschaft so etwas wie eine politisch kulturelle Hegemonie zu gewinnen.
Nicht mehr therapeutische Empathie gegenüber den Tätern, sondern die politische Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden politischen Konzepten ist angesagt. Endlich handelt es sich hierbei um einen Kampf für mehr statt weniger Demokratie. Wobei der Kampf um mehr Demokratie nicht ausschließt, vom Staat durchaus die Einhaltung der eigenen Legalität zu verlangen. Mit der *Rostocker Linie* des klammheimlichen Tolerierens rassistischen Terrors muß gebrochen werden zugunsten einer ebenso rechtstaatlichen wie effektiven Strafverfolgung.

Internationalisierung statt Innenpolitik

Dennoch ist es die erste Aufgabe für eine antirassistische Politik, das Thema Flucht- und Wanderungsbewegungen der Innenpolitik zu entreißen. Die Ursachen von Flucht- und Wanderungsbewegungen müssen benannt und bekämpft werden.
Dies fängt an beim Stopp aller Rüstungsexporte. Es ist schlicht und ergreifend unerträglich, wenn die gleichen Politikerinnen und Politiker, welche hier über eine unzumutbare Belastung durch Einwanderer und Flüchtlinge schwadronieren, sich an vorderster Front bei der Ausrüstung etwa der Türkei mit Schützenpanzern und Phantomjägern beteiligen. Wer das türkische Militär in Kurdistan hochrüstet, hat jedes Recht verloren, sich über Fluchtbewegungen von Kurden in die Bundesrepublik zu ereifern.
Das Problem der Rüstungsexporte wird national nicht lösbar sein. Während in einer geradezu absurden Verkennung der politischen Gewichtungen über die Notwendigkeit einer europäischen Flüchtlingsabschreckungspolitik geredet wird, hat es die Europäische Gemeinschaft bis heute strikt abgelehnt, die Frage der Rüstungskontrolle zu vergemeinschaften. Im Zusammenhang mit dem am 1. Januar 93 geltenden Europäischen Binnenmarkt heißt dies nichts anderes, als daß die schwächsten Kontrollen künftig der europäische Standard sein werden.
Zu thematisieren ist in diesem Zusammenhang auch, welche Entwicklungschancen wir den ost- und südosteuropäischen Ländern überhaupt zugestehen wollen. Wer ihnen nicht wenigstens einen Zugang zum europäischen Agrarmarkt einräumt, wird sich nicht wundern dürfen, wenn der alte Satz der DDR-Bevölkerung über die D-Mark (mit dem diese die Wirtschafts- und Währungsunion erzwangen), sich in sehr viel größerem Maßstab bewahrheiten wird: *Kommt sie nicht nach hier, gehen wir zu ihr.* Und schließlich dürfen wir diese Länder nicht in eine neue Schuldenfalle hineinlaufen lassen. Durch Schuldenstreichungen muß gerade auch den armen Ländern des Trikont eine Entwicklungschance gegeben werden. Die Szenen von Bari 1991, wo verelendete Albaner auf überfüllten Schiffen Einlaß in das gelobte Land begehrten, waren nur Vorboten von Entwicklungen ganz anderer Dimensionen.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik

Weil das so ist, ist eine Politik der Abschottung nicht nur inhuman, sondern zum Scheitern verurteilt. Selbst Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl werden Menschen nicht davon abhalten, vor Kriegen, ökologischen Katastrophen, Hungersnöten (und niemand sage, dies wäre ein Problem ausschließlich Afrikas) oder schlicht zur Verbesserung der eigenen ökonomischen Lage in die Bundesrepublik und ins reiche Westeuropa zu fliehen. Abschottung heißt nur Illegalisierung von Einwanderung, Militarisierung und Brutalisierung der politischen und sozialen Beziehungen hier im Inland bei sehr wohl anhaltenden Einwanderungs- und Fluchtbewegungen.
Wenn dies aber so ist, ist es dann nicht klüger, anstatt die Schotten dicht zu machen, differenzierte Antworten auf die unterschiedlichen Einwanderungs- und Flucht-

gründe und -motive zu geben. Anders gesprochen, ist es nicht klüger, anstatt eine Tür vergeblich zuzuhalten, zu versuchen, verschiedene Türen offenzuhalten?
Und wenn es richtig ist, daß unter denen, die sich auf Asyl, das heißt auf politische Verfolgung berufen, viele sind, welche nicht individuell verfolgt sind, sondern etwa vor einem Bürgerkrieg vorübergehend Schutz hier suchen, muß man dann nicht den befristeten Status für Bürgerkriegsflüchtlinge schaffen? Und wenn unter ihnen ebenfalls viele sind, die sich nur deshalb auf politische Verfolgung berufen, weil sie keine anderen Möglichkeiten haben, hier einzuwandern, um ihre politische und soziale Lage zu verbessern, ist es dann nicht klüger, Einwanderung, die bisher nur auf der Basis des Bundesvertriebenengesetzes stattfindet, zu entnationalisieren und zu legalisieren, um sie auf diese Weise auch steuerbarer zu machen?
Allerdings ist Voraussetzung für eine solche Politik ein nicht neurose-freies Verhältnis zur Wirklichkeit. Dazu gehört, sich ohne Verdrängung der Tatsache zu stellen, daß die Bundesrepublik, daß Westeuropa auch künftig Ziel von Flucht- und Wanderungsbewegungen sein wird. Wir waren, wir sind und wir werden ein sogenanntes Einwanderungsland sein. Ob wir das gut oder schlecht finden, ist für die Tatsache als solche ungefähr so bedeutend, wie eine Volksabstimmung über die Frage, ob eins plus eins = zwei oder vielleicht doch nur 1,9 sind.

Exkurs: Auf der Rutschbahn

An dieser Stelle sei ein kurzer Schlenker auf die aktuelle Diskussion um eine Verfassungsänderung erlaubt. So erfreulich der Widerstand vieler SPD-Bezirke und Landesverbände gegen eine Verfassungsänderung ist, so skeptisch bin ich hinsichtlich der Erfolgsaussichten dieses Widerstands. In besonderer Weise wird diese Skepsis gerade durch den Antrag aus dem SPD-Bezirk Hannover bestärkt, der Engholm angeblich unter Gesichtswahrung eine Korrektur der Petersberger Wende erlauben soll.
Sieht man einmal davon ab, daß dieser Antrag daran geht, aus einem klaren Grundrecht durch die Hinzufügung einer Reihe von Bestimmungen eine Verfahrensvorschrift zu machen und die unheilige Tendenz der Verwandlung des Grundgesetzes in eine Geschäftsordnung fortzusetzen, und läßt man hilfsweise außer acht, daß er eine unheilvolle Revision eines erst wenige Monate alten Parteiratsbeschlusses der SPD ist, in dem er das Junktim zwischen einer europäischen Lösung und dann angeblich - ich betone ausdrücklich angeblich - notwendigen Verfassungsänderung aufgibt, so ist weniger der Inhalt als die Funktion des Antrages unheilvoll:
Mit einer relativ harmlos erscheinenden Regelung zum Asylrecht bekundet die SPD-Linke damit in der Hauptsache erstmal die Bereitschaft zur Verfassungsänderung. Setzt sie sich damit auf dem Parteitag durch, wird sie diese Bereitschaft jedoch in den für eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendigen Verhandlungen mit der CSU, der CDU und FDP praktisch werden lassen müssen. Das Ergebnis wird irgend etwas zwischen Petersberg und Stoiber sein. Anders gesagt: wer sich auf die Rutschbahn der Verfassungsänderung begibt, darf sich nicht wundern, wenn er im Schlammbad der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl landet.

Demokratie und Partizipation oder: Deutschland in schlechter Verfassung

Antirassistische Strategien, die lediglich eine anständige Behandlung von Flüchtlingen einklagen, die Moral gegen Haß setzen, greifen zu kurz. An den Flüchtlingen wird zur Zeit die Frage der demokratischen Verfaßtheit der Republik entschieden. Der Kampf gegen Pogrome und Haß ist ein Kampf um Demokratie.
Der Wohlstandschauvinismus hat - anders als in den achtziger Jahren in den Thesen vom Postmaterialismus romantisch vorhergesagt - in der Bundesrepublik die politische, kulturelle Hegemonie wieder errungen. Es wäre verfehlt, dies der Vereinigung Deutschlands kausal zuzuschreiben, der Anschluß der DDR hat diese Entwicklung nur radikal offenbart.
Zur Zeit wird darüber gestritten, inwieweit dieser sich vollziehende Wertewandel hin zu einer entsolidarisierten, autoritären Republik im Grundgesetz festgeschrieben werden soll - nachdem auf der Ebene einfacher Gesetzlichkeit vom Planungsrecht bis zum Strafverfahrensrecht die Rückkehr in die fünfziger Jahre (und noch früher) schon vollzogen ist. Jene, die für eine Gesellschaft mit verbesserten Partizipationsmöglichkeiten, die für mehr statt weniger Demokratie stehen, sind in der Minderheit.
Ob sie so in der Minderheit sind, daß auf sie bei der Formulierung des gesellschaftlichen Grundkonsenses des neuen Großdeutschland keinerlei Rücksicht genommen werden muß, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten entscheiden.

Jürgen Trittin, Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten
(Vortrag an der Uni Hildesheim, 24.10.1992)

Quellenangaben:

(1) Der Spiegel, 7.8.1982
(2) M. Budzinski/K. Clemens: RAUSLAND oder: Menschenrechte für alle, 1991, 3. Aufl., Göttingen
(3) FR vom 18.10.1992
(4) WOZ vom 14.08.1992
(5) „Gefahr von rechts erkannt, aber warum geschieht nichts?" dpa-Meldung von R. Grimm vom 14.10.1992
(6) HAZ vom 15.10.1992
(7) J. Held u.a.: Du mußt so handeln, daß du Gewinn machst. 1992, 2. Aufl., Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Chronik des Terrors

7.11. Auf das Heim für Asylsuchende in Ladebow/Greifswald und eine in der Stadt gelegene Unterkunft für Asylbewerber werden Brandanschläge verübt. (Konkret 12/91 - Chronologie)

8.11. In einem Wohnheim für Asylbewerber in Kelkheim (Hessen) werden Scheiben eingeworfen. (Konkret 12/91 - Chronologie)

9.11. In Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) kommt es zu schweren Schlägereien zwischen etwa 40 ausländischen Studenten und 30 deutschen Jugendlichen. In Weimar wird einem Mosambikaner mit einem Luftdruckgewehr ins Gesicht geschossen. Dem Mann muß ein Geschoß aus der linken Schläfe operiert werden. Die Polizei nimmt drei Jugendliche fest. Auf ein Flüchtlingsheim in Greifswald wird ein Brandanschlag verübt. (Konkret 12/91 - Chronologie)

9./10.11. Rund 300 Rechtsradikale ziehen durch Halle und skandieren ausländerfeindliche Sprüche. Nach der Demonstration kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen. Die Polizei nimmt insgesamt 234 Personen fest - vorwiegend AntifaschistInnen. (Generalanzeiger 11.11.91)

10.11. Mit Steinen, Flaschen und Leuchtkugeln gehen rechtsradikale Jugendliche gegen Personen vor, die sich schützend vor ein Asylantenheim in Seeheim-Jugenheim (Kreis Darmstadt-Dieburg) gestellt haben. (Konkret 12/91 - Chronologie)

11.11. In Worms werden drei Männer festgenommen, die das Auto eines Ausländers beschädigen. Wie die Polizei mitteilt, waren sie auch an einem Anschlag gegen eine Ausländerunterkunft in Bensheim (Kreis Bergstraße) am 1.11. beteiligt. (Konkret 1/92 - Chronologie)

12.11. In Berlin stirbt der 19jährige Schüler Mete Eksi an den Folgen eines Angriffs von Jugendlichen am 26.10., bei dem er mit einer Baseballkeule niedergeschlagen worden war. Er war bis zu seinem Tod nicht mehr zu Bewußtsein gekommen. (Konkret 1/92 - Chronologie)

13.11. In Leipzig überfallen Skinheads ein vietnamesisches Ehepaar in seiner Wohnung, bedrohen es mit Gaspistolen und Baseballschlägern und demolieren die Wohnung. Ebenfalls in Leipzig dringen sechs vermummte Männer in die Wohnung einer vietnamesischen Familie ein. Der Vater wird geschlagen, getreten und mit Messern schwer verletzt. Außerdem erleidet er mehrere Knochenbrüche. In Berlin beginnen ca. 40 der 60 Asylbewerber, die seit drei Wochen mehrere Seminarräume der Technischen Universität besetzt halten, einen Hungerstreik. Die Asylbewerber, die aus Angst vor rechtsradikaler Gewalt aus Heimen in den neuen Bundesländern geflüchtet waren, fordern, in Berlin bleiben zu dürfen. In Stuttgart besetzen 20 bulgarische Flüchtlinge eine Kirche, um aus Angst vor Angriffen ihre Verlegung nach Ostdeutschland zu verhindern. Laut Angaben des BKA haben Straftaten gegen Ausländer und Asylbewerber im Laufe des Jahres 1991 bundesweit erheblich zugenommen. Im Januar 1991 wurden drei Angriffe gegen Personen, vier Brandanschläge und 19 „sonsti-

ge Straftaten" registriert. Im Oktober waren es 54 Angriffe gegen Personen, 167 Brandstiftungen und 683 „sonstige Straftaten". Falsch sei die Annahme, die Gewalt gegen Ausländer zeige sich besonders in den neuen Bundesländern. Zum Vergleich wurden die Brandanschläge genannt, von denen es in den ersten zehn Monaten des Jahres 68 in den neuen und 211 in den alten Bundesländern gab. (Konkret 1/92 – Chronologie)

15.11. In Schierling bei Regensburg wird ein Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft verübt. Es entsteht ein Sachschaden von 10.000 DM. (Konkret 1/92 – Chronologie)

16.11. In Salzgitter beschimpfen 50 Skinheads eine Hochzeitsgesellschaft und werfen einen Molotow-Cocktail in die Menge, der jedoch niemanden verletzt, weil er nicht explodiert. Nach Angaben der Polizei wird bei der anschließenden Massenschlägerei einer der Hochzeitsgäste durch einen Messerstich schwer verletzt. In Wismar randalieren rund 50 Jugendliche in der Innenstadt und vor der Mensa der Technischen Hochschule, rufen ausländerfeindliche Parolen und verschießen Signalmunition. In Stadthagen (Niedersachsen) versuchen Neonazis ein Flüchtlingsheim in Brand zu setzen. Eine Gruppe von Punks stellt sich dazwischen, um die Flüchtlinge zu schützen. Es kommt zu einer Schlägerei zwischen Punks und Neonazis. (Konkret 1/92 – Chronologie)

In Hoyerswerda versammeln sich Mitglieder der „Deutschen Alternative" zu einem „Gautreffen". Sie feiern nach den Angriffen auf Asylbewerber in den letzten Wochen lautstark ihren „Sieg zur Rettung des Reiches in der ersten ausländerfreien Stadt Deutschlands". (Berliner Zeitung, 18.11.91)

In München demonstrierten 1.000 Mitglieder der rechtsextremen „Republikaner" gegen das „Versagen der Altparteien in der Asylpolitik". (taz, 18.11.91)

17.11. Ein Asylbewerberheim in Saßnitz auf Rügen wird von rund 30 Jugendlichen mit Steinen angegriffen. 80 Prozent der Fenster werden zerstört. (Konkret 1/92 – Chronologie)

18.11. Eine Gruppe von Asylbewerbern (die Zahlenangaben schwanken zwischen 30 und 80) in der Hessischen Gemeinschaftunterkunft für ausländische Flüchtlinge in Schwalbach beginnt einen Hungerstreik aus Protest gegen eine mögliche Verlegung in die neuen Bundesländer. Die meisten der Hungerstreikenden sind sogenannte Rückkehrer, die bereits ostdeutschen Ländern zugewiesen waren. (Konkret 1/92 – Chronologie)

20.11. In Hofheim (Hessen) schleudern Unbekannte mit Farbe gefüllte Gläser und Steine gegen eine Unterkunft von Asylbewerbern. In Bad Schwalbach (Hessen) werden ein Bauwagen auf dem Parkplatz des Jugendamtes und das Landratsamt mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. (Konkret 1/92 – Chronologie)

21.11. Unbekannte beschmieren ein Flüchtlingswohnheim im hessischen Heidenrod-Kemel. (Konkret 1/92 – Chronol.)

ANTISEMITISMUS, UND DIE »WIEDERVER

Glaubt mensch den Meinungsumfragen, so gibt sich mittlerweile eine Mehrheit der Deutschen nationalistisch; eine starke Minderheit ist offen rassistisch eingestellt. Nach einer Erhebung von infas (Oktober 92) hielten 51 Prozent der Befragten die Parole „Deutschland den Deutschen" für richtig; 26 Prozent befürworteten die Parole „Ausländer raus", 37 Prozent meinten, daß die Deutschen sich „im eigenen Land gegen die Ausländer wehren müssen". Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gab es dabei kaum. Solche Meinungsbilder sind allerdings nicht neu. Der folgende Artikel von Jürgen Elsässer, der auf einem Vortrag des Autors aus dem letzten Jahr basiert, zeigt Kontinuitäten im rassistischen Weltbild der Deutschen auf.

Die sogenannte SINUS-Studie[1] hat schon 1981 all die Verhaltensdispositionen ermittelt, die sich heute pogromartig zusammenballen. Insofern kann auch die Behauptung als widerlegt gelten, die jüngsten Ereignisse seien bedauerliche Entgleisungen, die wesentlich die schlecht sozialisierten „Ossies" in unsere ansonsten plurale und liberale Demokratie gebracht hätten. Einige Ergebnisse aus der SINUS-Studie:

„Wir sollten streng darauf achten, daß wir das Deutschtum rein erhalten und Völkervermischung unterbinden": teilweise richtig 25%, völlig richtig 11%

„Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt": teilweise richtig 17%, völlig richtig 11%.

„Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Volk von Anfang an geschadet": eher falsch 18%, völlig falsch 9%.

„Gäbe es bei uns wieder Arbeitslager, kämen Zucht und Ordnung von allein": teilweise richtig 20%, völlig richtig 8%.

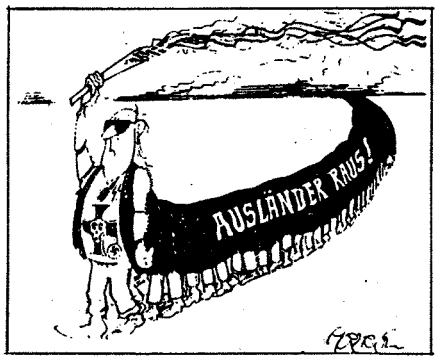
Mit 7000 Befragten war die SINUS-Studie die größte Erhebung zu diesem Fragenkomplex. Die Auswertung der Fragebögen erbrachte einen Anteil von insgesamt 13% der Befragten, die ein „geschlossen rechtsextremistisches Weltbild" haben, daß heißt mit anderen Worten – so übertitelten die Forscher selbst ihre Auswertung – „5 Millionen Deutsche wollen einen Führer". Obwohl diese – wie gesagt schon 10 Jahre alte! – Zahl erschreckend genug ist, könnte das Fazit noch untertrieben gewesen sein. Denn als Person mit einem „geschlossen rechtsextremen Weltbild" wurde nur der- oder diejenige definiert, der von 23 Fragen mindestens 7 zustimmend beantwortete. Meiner Ansicht genügt aber bereits die Zustimmung zu einer Frage, beispielsweise zur Wiedereinführung von Arbeitslagern, um die jeweilige Person als latent rechtsextrem zu erkennen, abrufbereit für einen entsprechende Partei, einen entsprechenden Führer, ein entsprechendes Regime. Damit sind wir schon bei einem methodischen Hauptproblem, das nicht nur die Erforschung des Rechtsextremismus wie im Falle des SINUS-Instituts, sondern auch die Antisemitismusforschung im engeren Sinne betrifft: Die Maßstäbe, wann ein Befragter als „antisemitisch" eingestuft und daraus letzten Endes ein antisemitisches Potential in Prozenten errechnet wird, differieren stark. Diese Einschränkung macht die Studien sehr schwer vergleichbar. Als Einstieg scheint es mir dennoch nützlich, die Überblickszahlen der wichtigsten Umfragen kurz darzulegen:

1946, Studie der alliierten Militärbehörde OMGUS: 40% Antisemiten, davon 19% „harte".
1952, Allensbach-Studie: 34% Antisemiten
1974, Allensbach-Studie: 30% Antisemiten
1986, Allensbach-Studie: 15% Antisemiten, davon 8% „harte"
1987, Allensbach-Studie: 15% Antisemiten, davon 7% „harte"
1989, Emnid-Studie: 14% Antisemiten, davon 4% „harte".

Auch wenn wir die unterschiedlichen Maßstäbe der einzelnen Studien in Rechnung stellen, läßt sich daraus doch ein vorläufiges Fazit ableiten:

1. Obwohl in Deutschland der Antisemitismus in seiner furchtbarsten Form, dem Vernichtungsantisemitismus, geherrscht hat, ist er auch nach 1945 nicht aus den Köpfen verschwunden.
2. Trotz eines minimalen Anteils der jüdischen Bevölkerung, er betrug in der BRD etwa 0,5 Promille und war damit 20mal niedriger als in Frankreich, hat sich das antisemitische Potential bei 15% eingependelt.
3. Der Rückgang des Potential von circa 30% auf die erwähnten ca. 15% geschah vor allem Mitte/Ende der 70er Jahre und kam dann zum Stillstand.
4. Zu der Gruppe der Antisemiten bzw. „harten" Antisemiten tritt noch hinzu ein unentschiedener Bevölkerungsteil, der antisemitischen Aussagen zumindest schwach zu-

RASSISMUS EINIGUNG«



stimmt. Dieser Anteil der – nennen wir sie „Anfällige" – beträgt 1974 46,4%, 1987 33,2%, wobei wiederum unterschiedliche Maßstäbe angelegt wurden.
Welche Art Menschen gehören zum antisemitischen Potential, gibt es so etwas wie einen „antisemitischen Charakter" und was sind seine Hauptelemente? Hier haben die Umfragen große Übereinstimmungen gebracht. Mit starkem Antisemitismus korrelieren positiv:
– forschreitendes Alter, weil die Älteren im Deutschen Reich antisemitisch geprägt wurden und diese Prägung nicht mehr verloren haben;[2]
– mangelnde Schulbildung, weil hier wichtige Informationen über die Nationalsozialismus fehlen;[3]
– persönliche Unzufriedenheit und Frustration, weil hier oft nach Sündenböcken und Aggressionsventilen gesucht wird;[4]
– ländliches und kleinbürgerlich-bäuerliches Milieu, weil dort antimodernistische Einstellungen und Ethnozentrismus stärker tradiert worden sind;[5]
– bürgerlich-konservatives oder noch weiter rechtsstehendes Wahlverhalten: doppelt soviele CDU/CSU-Wähler wie SPD-Wähler wurden in der 1987er Umfrage als Antisemiten ermittelt, bei FDP und Grünen halbiert sich der Anteil im Vergleich zur SPD noch einmal.[6]

Bei den Motiven des Antisemitismus gibt es nach 1945 bedeutende Veränderungen. So ist beispielsweise der religiös motivierte Antisemitismus stark zurückgegangen. Daß die Juden Schuld am Tod Jesu seien und deshalb bis heute soviele Schwierigkeiten hätten, wollten 1987 nur noch 8% bejahen, 75% lehnen diese Aussage ab.[7]
Gehalten hat sich dagegen der wirtschaftlich motivierte Antisemitismus, also das Vorurteil vom Juden als dem Händler, Feilscher, Raffer, der geizig, berechnend und trickreich ist. Dies sehen zwischen 20% und 30% der Deutschen so, und dieser Wert hat in der Nachkriegszeit kaum variiert.[8]
Auf zwei Motivverflechtungen möchte ich etwas ausführlicher eingehen, weil sie in der politischen Debatte diesen Jahres eine große Rolle gespielt haben. Das eine ist die Verbindung zwischen Antisemitismus und Antizionismus, was infolge des Golfkrieges kontrovers diskutiert worden war. Das andere ist die Verbindung zwischen dem Antisemitismus und dem gerade jetzt explodierenden Rassismus gegenüber Flüchtlingen, Immigranten usw.
Zunächst zum Antizionismus (also zur Feindschaft gegenüber Israel). Die INFAS-Umfrage von 1987[9] ergibt hier folgendes Bild: Die Überschneidung von Antisemitismus und Antizionismus ist desto größer, je radikaler der Antisemitismus wird. Es gilt also: je stärker die antisemitische Überzeugung, desto wahrscheinlicher schließt sie auch eine antizionistische Einstellung ein.
Das gleiche gilt umgekehrt, wenn man vom Antizionismus ausgeht: Mit der Stärke der antizionistischen Überzeugung steigt auch der Antisemitismus-Wert an. Die in der Publizistik immer wieder vorgenommene Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus findet in diesem Ergebnis eine Bestätigung. Andererseits läßt sich aber innerhalb der Antizionisten eine Minderheit von 36% isolieren, die nur geringe oder Null-Werte auf der Antisemitismus-Skala aufweisen. Vermutlich sind das Menschen, die sich den Grünen oder Linken zuordnen. Sie müssen sich weiterhin fragen lassen, ob sie – ohne selbst unbedingt Antisemiten zu sein – mit der Propagierung des Antizionismus nicht eines der zentralen Motive der Antisemiten befördern, quasi als „Türöffner des Antisemitismus" fungieren.
Zur Überschneidung mit dem Rassismus. Hier sind zwei Ergebnisse bemerkenswert.[10] Einerseits ist die Ablehnung von Juden mit 20% geringer als die von Türken mit 33%, Sintis (51%) und Asylbewerbern (52%, Werte von 1987). Nicht jeder Rassist ist offensichtlich gleichzeitig Antisemit. Umgekehrt gilt aber, daß jeder Antisemit Rassist ist und weiterhin, daß „harte" Antisemiten und „harte" Rassisten praktisch dekkungsgleich sind.[11] Dies wird auch in den Äußerungen eines Stuttgarter Skinheads deutlich, die er gegenüber der „Stuttgarter Zeitung" gemacht hat:
„Ich kenne keine Juden, aber die Polen konnte der Hitler auch nicht leiden. Im Prinzips gehts ums gleiche. Wenn immer noch mehr Zigeuner und Kanaken kommen, brauchen sie sich doch nicht zu wundern, wenns irgendwann knallt."[12]
Der neonazistische Gewalttäter exerziert also an den Flüchtlingen, was er von Hitlers Umgang mit den Juden gelernt hat. Es handelt sich folglich nicht um eine Ablösung des Antisemitismus durch den Rassismus, sondern um eine Aufladung des Rassismus mit antisemitischen Motiven. Darauf werde ich noch zurückkommen.

*

Ich möchte an dieser Stelle eine Zäsur machen und darauf hinweisen, daß alles bisher Referierte eigentlich der Brisanz der augenblicklichen Situation nur begrenzt gerecht wird. Alle bisher von mir dargestellten Untersuchungsergebnisse betreffen nämlich

CHRONIK DES TERRORS

22.11. Etwa 20 Asylbewerber in der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft in Schwalbach wollen ihren Hungerstreik fortsetzen. In einer Pressekonferenz lehnen sie die Rückkehr nach Sachsen-Anhalt ab. (Konkret 1/92 – Chronologie)

23.11. Bei Auseinandersetzungen zwischen mehreren Türken und einer Gruppe Skinheads in Ost-Berlin wird einer der Skinheads lebensgefährlich verletzt. Nach Angaben der Polizei wurde die türkische Gruppe von den Skinheads überfallen. (Konkret 1/92 – Chronologie)

23./24.11. In Wedel bei Hamburg wird ein Brandanschlag auf ein Asylheim verübt. Unbekannte dringen in 21 für Aussiedler bestimmte Wohnungen im Stadtteil Lütten-Klein von Rostock ein und zerstören das Mobiliar. In Heidenrod-Kemel (Hessen) wird die Fensterscheibe eines Hauses, in dem eine Flüchtlingsfamilie wohnt, eingeworfen. (Konkret 1/92 – Chronologie)

Unbekannte überfallen am frühen Morgen ein Wohnheim von Vietnamesen in Wittgensdorf bei Chemnitz. Die mit Knüppeln bewaffneten Faschisten werfen Fensterscheiben des Heimes ein und zerstören Autos. (FR, 25.11.91)

24.11. Fünf unbekannte Personen greifen ein Ausländerheim in Bahlen (Kreis Hagenow) an und werfen Fensterscheiben des Gebäudes ein. In der Nähe von Halle werden Anschläge auf zwei Flüchtlingsheime verübt. Mit Knüppeln bewaffnete Rechtsradikale überfallen ein Wohnheim von Vietnamesen in Wittgensdorf bei Chemnitz. Dabei werden Fensterscheiben eingeschlagen und Autos beschädigt. (Konkret 1/92 – Chronologie)

26.11. Auf der Landstraße zwischen Bad Schwalbach und Langenseifen in Hessen wird ein Türke, der zu Fuß unterwegs ist, von mehreren Personen, die mit dem Auto vorbeikommen, überfallen. Ihm werden Tränengas in die Augen gesprüht und Schnittwunden im Gesicht, an Händen und Beinen zugefügt. (Konkret 1/92 – Chronologie)

27.11. Einer der rund 20 Asylbewerber, die sich in Schwalbach (Hessen) seit zehn Tagen im Hungerstreik befinden, wird aufgrund seines stark verschlechterten Gesundheitszustandes ins Kreiskrankenhaus Bad Soden eingewiesen. (Konkret 1/92 – Chronologie)

28.11. In einem Supermarkt in Brandenburg greifen zwei Skinheads zwei israelische Touristen mit „Ausländer raus"-Rufen an. Auf eine türkische Moschee in Merzig (Saarland) wird ein Brandanschlag verübt. Es entstanden mehrere Tausend Mark Sachschaden. (Konkret 1/92 – Chronologie)

29.11. Mit Rufen wie „Sieg heil" und „Rote raus" überfallen vier Neofaschisten eine PDS-Veranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit in Dessau. Sie schlagen mit Mobiliar auf die Veranstaltungsteilnehmer ein. Dabei werden vier Personen verletzt, darunter drei so schwer, daß sie sofort ärztlich behandelt werden müssen. (Neues Deutschland, 2.12.1991)

Drei polnische Staatsbürger werden von

Chronik des Terrors

deutschen Zollbeamten und Polizisten auf dem Gebiet der früheren DDR nahe der polnischen Grenze schwer geschlagen, nachdem sie ihnen Handschellen angelegt hatten. (Polnische Nachrichtenagentur PAP, 30.11.91)

30.11. Drei Vermummte überfallen einen syrischen Asylbewerber in Gerblingerode (Kreis Göttingen). In Northeim (Kreis Göttingen) kam es vor einer Diskothek zu einer Massenschlägerei, als 15 Skinheads unter ausländerfeindlichen Rufen mit Gewalt Einlaß begehren. (Neues Deutschland, 6.12.91)

Ende Nov. Auf ein Wohnheim für Übersiedler in Egling a.d. Paar (Bayern) wird ein Anschlag verübt. (Konkret 1/92 – Chronologie)

Dezember 91

1.12. Unbekannte werfen mit Pflastersteinen zwei Fensterscheiben in einer Flüchtlingsunterkunft in Heidenrod (Hessen) ein. (Konkret 1/92 – Chronologie)

Laut Generalbundesanwalt Stahl stellt der Rechtsterrorismus derzeit „keine aktuelle erkennbare Gefährdung" dar. (Neues Deutschland 1.12.91)

2.12. In Northeim (Kreis Göttingen) brennt ein Wohnhaus für Asylbewerber und Obdachlose völlig ab. (Neues Deutschland, 6.12.91)

Das Bundesverteidigungsministerium ist besorgt über rechtsradikale Tendenzen in der Bundeswehr. An den Generalinspekteur Naumann gingen Meldungen aus vier Standorten, daß „Soldaten nach Dienst und in zumeist angetrunkenem Zustand mit radikalen und ausländerfeindlichen Parolen in Erscheinung getreten sind". In einem Fall seien ausländischen Seeleute, die in einem deutschen Hafen zu Gast waren, körperlich angegriffen worden. Die Vorfälle wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. (Konkret 1/92 – Chronologie)

3.12. In Waldkirchen im Kreis Freyung-Grafenau werden faustgroße Steine auf ein Flüchtlingswohnheim geworfen. Dabei werden Fensterscheiben zerschlagen. Ein Afrikaner wird am Kopf verletzt. (Konkret 1/92 – Chronologie)

Bundesweit werden in 32 Städten 114 Wohnungen von Rechtsradikalen durchsucht. Der Aktion liegen 15 Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in Sachsen zugrunde. 107 Beschuldigte, von denen die meisten der Skin-Bewegung zugehörig seien, werden gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer, Landfriedensbruch, Raubüberfälle und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. (taz, 4.12.91)

4.12. Ein 30jähriger Mann aus Hohenselchow (Kreis Angermünde) stirbt an den Folgen einer Schlägerei mit vermutlich rechtsradikalen Jugendlichen. Das Kreisgericht Bautzen verurteilt einen 19jährigen Marktverkäufer wegen Beteiligung an den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda zu einer Jugendstrafe von 15 Monaten auf Bewährung. (Berliner Zeitung, 5.12.91)

Die Flüchtlinge in der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft in Schwalbach beenden

den Zeitraum vor der deutschen Einigung. Die deutsche Einigung hat die Lage dramatisch verschärft und negative Trends katalysiert. Vor allem hat sie die Faktoren neutralisiert, die bisher den Antisemitismus latent gehalten haben. Ich darf das an drei Punkten verdeutlichen, die ich unter anderem mit Beispielen aus zwei Ende 1990 gemachten Studien illustriere, und zwar der Studie des „Zentralinstituts für Jugendforschung" in Leipzig[13] und des „Lehrstuhls für Soziologie" in Nürnberg[14].

1. These:

Die „Wiedervereinigung" hat den „sekundären" Antisemitismus stimuliert

Der Antisemitismus hat immer wieder Transformationsprozesse durchlaufen. Nach dem christlichen Antijudaismus des Mittelalters trat in der Neuzeit der moderne Antisemitismus mit seiner rassisch-völkischen Argumentation in den Vordergrund. Der jüngste Formwandel dieses uralten Hasses wird von der Fachwissenschaft „sekundärer Antisemitismus" genannt. Er bezeichnet das Phänomen, daß die Nazi-Täter und ihre Erben möglichst wenig an ihre antisemitischen Verbrechen erinnert werden möchten, aber die bloße Existenz von Juden oder auch vom Staat Israel diese Schlußstrich-Absicht durchkreuzt. Die Opfer des Holocaust können und wollen nicht vergessen, was ihnen geschehen ist, und genau das nimmt man ihnen übel. Man bezeichnet den sekundären Antisemitismus deshalb auch als Antisemitismus wegen Auschwitz – also nicht trotz Auschwitz, sondern wegen Auschwitz. Dieser neuartige Antisemitismus äußert sich beispielsweise in der „Ausbeutungsthese": Israel wolle „mit den Schuldgefühlen der Deutschen ein Geschäft machen", in der daraus resultierenden Ablehnung der Wiedergutmachung und vor allem in der Forderung, endlich „in Ruhe gelassen zu werden", nichts mehr hören zu müssen von der deutschen Schuld. Diese Schlußstrich-Forderung hat sich von 1958 bis 1989 auf 68 % verdoppelt.[15] Gleichzeitig behaupten 21 % eine Mitschuld der Juden am Holocaust,[16] und 38,8 % verweigerten die Zustimmung zu der Aussage: „Mich beschämt, daß Deutsche so viele Verbrechen an Juden begangen haben."[17] Interessant ist nun, und hier kommt der Bezug zur Wiedervereinigung ins Spiel, daß diese Prozentzahlen ansteigen, je stärker national gesinnt der jeweilige Befragte ist.[18] Wer „stolz ist, ein Deutscher zu sein", empfindet es als störend, daß die Wertigkeit der von ihm gewählten kollektiven Identität immer wieder durch die Erinnerung an die Vergangenheit gemindert wird. Von den zwei Reaktionsmöglichkeiten auf diesen Widerspruch – einerseits den Nationalstolz aufgrund der geschichtlichen Tatsachen zurückzunehmen, andererseits am Nationalstolz festzuhalten und die geschichtlichen Tatsachen zu relativieren oder zu leugnen – wird in der Regel die zweite gewählt. Dieses Phänomen hat sich im Zuge der „Wiedervereinigung" auf breiter Front durchgesetzt. In der Jugendstudie auf dem Gebiet der Ex-DDR waren 64 % der Schüler und Lehrlinge „stolz darauf, ein Deutscher zu sein".[19] Gleichzeitig hat eine Zeitung wie der SPIEGEL, die im Historikerstreit 1986/87 vehement gegen die Verharmlosung der NS-Verbrechen aufgetreten war, die deutsche Einigung gegen z.B. israelische Kritik scharf verteidigt und explizit die Schlußstrich-These propagiert.

2. These:

Die „Wiedervereinigung" hat das auf dem Antisemitismus lastende Tabu stark abgebaut

Kennzeichnend an der politischen Kultur der „alten" Bundesrepublik war die Tabuisierung des Antisemitismus. Zwar wurde ein Großteil der alten Nazi-Eliten umstandslos in das politische und wirtschaftliche Personal der Bundesrepublik übernommen, doch geschah dies im wesentlichen stillschweigend. Wer sich offen antisemitisch äußerte, dessen Position war im öffentlichen Leben gefährdet, wie beispielsweise die Affäre Jenniger zeigte. Die staatsoffizielle Absage an den Antisemitismus verschleierte allerdings die gesellschaftliche Realität, die weiterhin antisemitisch geprägt war. Ein besonders krasses Beispiel ist die sogenannte Wiedergutmachung, die vom Bundestag gegen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt werden mußte (nur 11 % waren damals dafür). Die eben schon erwähnte weitgehende Durchsetzung der Schlußstrich-Mentalität sowie der völlige Wegfall der alliierten Kontrolle im Zuge der „Wiedervereinigung" führten zu einem Abbau des Tabus gegenüber dem Antisemitismus. Dies äußert sich nicht nur in den antisemitisch gefärbten Polemiken des SPIEGEL gegen Ellie Wiesel oder Gregor Gisy, nicht nur in der dokumentierten Welle der Grabschändungen. Dies alles könnten je trotzdem Einzelfälle oder minoritäre Phänomene sein. Nein, das eigentlich Erschreckende ist die generelle Zunahmen des Antisemitismus in der jungen Generation, wie sie sich beispielsweise in der erwähnten Umfrage in der Ex-DDR Ende letzten Jahres zeigt. Dort wurden 6 % „harte Antisemiten" in der Gesamtbevölkerung und 8,8 % „harte" Antisemiten unter den Jugendlichen der Klassenstufe 9-13[20] ermittelt. Diese nackten Zahlen verlieren ihre Nüchternheit, wenn man berücksichtigt, daß als „harte Antisemiten" nur definiert wurden, wenn jemand mindestens 9 von 12 Stereotypen zustimmte (Sie erinnern sich, in der SINUS-Studie lag die Auswahlgrenze bis 7 von 23). Das endlich Entscheidende aber ist die erstmalige Zunahme des Antisemitismus in den jüngeren Altersgruppen. Damit ist ein Trend gebrochen, der in der gesamten Nachkriegszeit geherrscht hat. Bisher waren es die alten Jahrgänge, die vor 1945 politisch-kulturell geprägt worden sind, die das Gros der Antisemiten stellten, während sich bei den Jüngeren ein kontinuierlicher Rückgang des Antisemitismus ergeben hatte, der sich bei den sogenannten „Nach-68ern" sogar noch verstärkte. Dieser Trendwechsel könnte sich durch zwei Faktoren weiter verstärken:
Zum einen nimmt die Israelfreundschaft in der Bundesrepublik rapide ab. Dabei muß man berücksichtigen, daß diese Israelfreundschaft auch bisher schon nicht der Scham oder Trauer über die deutschen Verbrechen entsprungen war, sondern einer cleveren Berechnung der deutschen Inter-

essenslage. Ein Beispiel: Bis zum Jahr 1965 gab es in der deutschen Bevölkerung eine klare Mehrheit gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel. Diese Mehrheit ist erst in der Phase gekippt, als Nasser den damaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht nach Kairo einlud. Der dann einsetzende pro-israelische Stimmungsumschwung mit Spitzenwerten beim 6-Tage-Krieg 1967 und beim Yom-Kippur-Krieg 1973 resultierte also weniger aus einem Zurückdrängen des Antisemitismus durch den Philosemitismus, sondern aus einem konjunkturellen Überflügeln des Antisemitismus druch den Antiarabismus. Israel wurde von den Deutschen gemäß der Blocklogik als Bündnispartner gegen den Warschauer Pakt und die mit diesem verbündeten arabischen Staaten geschätzt – weiter nichts. So labil dies Israelfreundschaft also war, so hat sie trotzdem – quasi als Nebeneffekt – den Antisemitismus zurückgedrängt. Zum Beispiel brachen bestimmte Stereotype wie „die Juden sind feige", „die Juden sind zu körperlicher Arbeit unwillig" angesichts des israelischen Beispiels in sich zusammen.[21] Wichtiger als die Hinterfragung dieser deutschen Israelfreundschaft scheinen mir deswegen die fatalen Folgen des Endes dieser Freundschaft zu sein. Seit 1989 sind die Sympathiewerte für Israel in der deutschen Bevölkerung auf den niedrigsten Stand seit 1945 zurückgegangen, halb so hoch als in den 50er Jahren und um drei Viertel tiefer als in den 70ern.[22] Das Ende der bipolaren Weltordnung wird diese Tendenz weiter forcieren, denn Israel gilt jetzt nicht mehr als *der* westliche Vorposten im Nahen Osten, sondern – selbst in den USA – als lästiger Störfaktor eines Friedensprozesses und teurer Kostgänger. Unabhängig von der sachlichen Beurteilung dieser Vorwürfe bleibt festzustellen, daß die Israelfreundschaft als zumindest indirekte Barriere gegen den Antisemitismus durch die beschriebene Entwicklung destruiert ist. Zum anderen werden künftig mehr Jüdinnen und Juden in Deutschland leben. Die Umbrüche in Osteuropa bedrohen die dort lebenden Minderheiten, insbesondere auch die jüdische. Auf der Flucht werden sie in Deutschland zumindest als Transitland verweilen. Bisher war der Antisemitismus hier zwar nicht signifikant höher als beispielsweise in Frankreich,[23] aber vor dem Hintergrund einer weit geringeren jüdischen Population. Anders gesagt: Der Rückgang des Antisemitismus-Anteils in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ging zu einem gewissen Teil nicht auf Lernprozesse zurück, sondern auf mangelnde Gelegenheit. Mit der Einreise osteuropäischer Juden wird dieser Faktor neutralisiert. Schon die 200 sowjetischen Juden, die z.Z. um ihr Bleiberecht in Berlin kämpfen, haben laut eines Berichts der Stuttgarter Zeitung zu vermehrten antisemitischen Reaktionen in der Bevölkerung geführt. Der Regierungsbeschluß vom April 1991, jüdische Flüchtlinge genauso restriktiv zu selektieren wie Asylbewerber generell, könnte zu einer Vermischung von Anti-Asyl-Stimmung und Antisemitismus führen. Die Folgen sind unschwer auszumalen.

3. These:

Die „Wiedervereinigung" schwächt den Wohlstand der Deutschen, der bisher dämpfend auf Antisemitismus und Rassismus gewirkt hat.

Die Deutschen als Exportweltmeister und Weltmarktgewinner konnten über mehrere Jahrzehnte ihre Überlegenheit über andere auskosten, ohne zu rabiatem Rassismus oder Antisemitismus zu greifen. Die Stärke der DM machte dies möglich, deshalb sprach man hier auch vom sogenannten DM-Chauvinismus.
Mit der Wiedervereinigung ist die deutsche Wirtschaft in eine Turbulenzzone geraten, wobei die Folgen auf die Bevölkerung und hier besonders auf die ostdeutsche Bevölkerung abgewälzt werden. Vor allem in den neuen Bundesländern greift deswegen, nach der Abwendung vom Sozialismus, auch die Enttäuschung über den Kapitalismus um sich. Damit ist die ideale Verhal-

Chronik des Terrors

ihren Hungerstreik, nachdem sich der Hessische Ministerpräsident Hans Eichel und der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Werner Münch, darauf verständigt hatten, daß die Gruppe in Hessen bleiben darf. (Konkret 1/92 – Chronologie)

5.12. Unbekannte werfen Brandflaschen auf ein von Rumänen bewohntes Asylbewerberheim in Drebkau (Landkreis Cottbus). Die Täter können unerkannt flüchten. (Berliner Zeitung, 5.12.91)

6.12. In Greifswald werfen zwei Jugendliche Brandsätze gegen ein Flüchtlingsheim. Der Brand kann von den Bewohnern gelöscht werden. (Konkret 1/92 – Chronologie) Die beiden Jugendlichen werden von der Polizei festgenommen, gegen sie wird Haftbefehl erlassen. Sie seien Sympathisanten der „Greifswalder Nationalsozialisten". (FAZ, 9.12.91)

8.12. In Jüterbog (Brandenburg) greifen etwa 15 der rechten Szene zuzurechnende Personen zwei türkische Dönerverkäufer an. (Berliner Zeitung, 10.12.91)

9.12. In Fürstenstein (Niederbayern) verüben ein 18jähriges NPD-Mitglied und ein Fünfzehnjähriger Brandanschläge auf drei Autos von CSFR-Bürgern, ein weiteres Auto aus der CSFR wird von ihnen mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert und beschädigt. (Konkret 2/92 – Chronologie)

10.12. In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Gewalttaten gegen Ausländer von 246 im vergangenen Jahr auf 1823 bis Mitte November dieses Jahres mehr als versiebenfacht. Bundesjugendministerin Merkel (CDU) sieht als mögliche Ursache, „daß die Jugendlichen im DDR-System keine legitime und menschenwürdige Rechtsordnung erfahren hätten" (FR, 11.12.91)

In München stirbt ein Rumäne an seinen schweren Verletzungen. Er war am 29.9. von 10 Personen überfallen worden, erlitt einen Schädelbruch mit Gehirnblutung und lag seither im Koma. (Konkret 2/92 – Chronologie)

11.12. Nach Schätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz gibt es bundesweit mindestens 4.500 militante Rechtsextremisten in Deutschland. Dies wurde von der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS/LL) erklärt. Die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen wird auf 40.000 geschätzt. In ihrer Antwort teilt die Bundesregierung ferner mit, daß es 1991 bis zum 3. Dezember 2074 fremden- und ausländerfeindliche Straftaten im Bundesgebiet gegeben habe, darunter 325 Brandanschläge und 188 Angriffe gegen Personen. Die Polizei habe 387 bekanntgewordene Straftäter vorläufig festgenommen. (Agenturmeldungen dpa/ap/afd/Reuter, 11.12.91, und Neues Deutschland, 12.12.91)

13.12. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beziffert die Zahl rechtsextremer Gewalttaten im bisherigen Verlauf des Jahres 1991 in den alten Bundesländern auf 790 (Vergleichszahl 1990: 128), in den neuen Bundesländern auf 362. (Agentur Reuter, 13.12.91)

Brand in einer ehemaligen Gaststätte in

Chronik des Terrors

Taufkirchen/Landkreis München, in der ausschließlich Asylbewerber wohnen. Die Brandursache ist unklar. (Konkret 2/92 – Chronologie)

14.12. In Eppstein (Hessen) werden bei Schlägereien zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen sechs Personen verletzt. Die Deutschen geben an, sie hätten die ausländischen Jugendlichen aus einer Gastwirtschaft „schnell hinausgeworfen". Die Polizei nimmt zwei ausländische Jugendliche vorübergehend fest. In Frankfurt/Main schießen Unbekannte mit Leuchtmunition auf eine Asylbewerberunterkunft. (taz, 16.12.91)

Mit Rufen wie „Ausländer raus" und „Heil Hitler" stürmen 30 Neofaschisten die Polizeihauptwache in Senftenberg (Brandenburg). Zwei Polizisten werden verletzt, vier Neofaschisten werden festgenommen. Die Polizisten haben Warnschüsse abgegeben. (FR, 17.12.91)

In Buxtehude kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration. (Konkret 2/92 – Chronologie)

Mitte Dez. Die Landrätin des Kreises Zeulenroda (Thüringen), Martina Schweinsberg, plant, Asylbewerber im Gefängnis Hohenleuten einzuquartieren, da sie sie „nicht anderweitig unterbringen" könne. (Konkret 2/92 – Chronologie)

16.12. Die Zahl der registrierten Straftaten gegen Ausländer in Niedersachsen hat sich nach Angaben des niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten, Jürgen Trittin (Grüne), innerhalb eines Jahres mehr als verfünffacht. Von Januar bis November 1991 seien 342 derartige Straftaten ermittelt worden, gegenüber 62 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Als Ursache benennt Trittin einen „Wohlstandschauvinismus", der sich breit mache und der vielleicht „nichts anderes als die konsequente Umsetzung des Grundprinzips unserer kapitalistischen Ellenbogengesellschaft" sei. (FR, 17.12.91)

18.12. Das Innenministerium von Baden-Württemberg teilt mit, daß in der Zeit vom 1.1.91 bis 30.11.91 insgesamt 97 gewaltsame Übergriffe gegen Ausländer, Asylbewerber und Aussiedler begangen worden sind. 24 Neofaschisten konnten wegen dieser Übergriffe festgenommen werden. (Antwort auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Günter Schrempp vom 18.12.91)

22.12. In Ansbach schleudern Unbekannte nach Polizeiangaben zwei Molotow-Cocktails gegen ein Wohnhaus, in dem auch ein Vietnamese und ein amerikanisches Ehepaar wohnen. Die Brandsätze explodieren jedoch nicht. (General-Anzeiger, 23.12.91)

Eine Gruppe von rund 30 Skinheads zieht randalierend durch Oberhausen. Sie greifen ein Asylbewerberheim an und zerschlagen Fensterscheiben und die Eingangstür. Eine Heimbewohnerin muß mit einem schweren Schock ins Krankenhaus eingeliefert werden. Gegen Mitternacht pöbeln die Skinheads an einer Bushaltestelle Passanten an und schlagen einen jungen Türtensdisposition für eine Rechtsradikalisierung gegeben. Schon die eingangs erwähnte SINUS-Studie ermittelte dazu ein interessantes Ergebnis. Die Behauptung „Was uns fehlt ist wieder eine echte Volksgemeinschaft, also weder Kommunismus noch Kapitalismus" wurde von 19 % als „völlig richtig" und von 34 % als „teilweise richtig" bezeichnet. Dieses klare Mehrheitsvotum für eine Volksgemeinschaft ist – wie gesagt – 10 Jahre alt, würde aber heute, vor allem in der Ex-DDR, wohl kaum anders aussehen. Es deutet sich eine brisante Mischung an aus einerseits DM-Chauvinismus, der sich zum Wohlstandsrassismus steigert, und andererseits nationalistisch deformiertem Antikapitalismus, der sich im Antisemitismus ausdrückt. Diese Mischung manifestiert sich z.B. in einem Flugblatt, das „autonome Nationalisten" – schon allein diese Begriffskombination ist interessant – in Leipzig verteilt haben. Ich zitiere: „Wir scheißen auf die frei-soziale Marktwirtschaft und nehmen uns unser Eigentum aus den multikulturellen Judenläden."[24] Hier ist beides drin: Die rassistische Absage an das Zusammenleben verschiedener Kulturen und die Biologisierung der kapitalistischen Übel im Feindbild des Juden.

Ein kurzes Fazit:
Wir leben seit zwei Jahren in einer implodierenden Weltordnung. Der marktwirtschaftliche Mythos von Fortschritt und Wohlstand hat sich am Elend des Südens blamiert und wird sich am Elend des Ostens blamieren, der Sozialismus als Gegenpart ist aber ebenso diskreditiert. Scheinbar stabile Staaten wie die DDR oder Jugoslawien scheitern an der Transformation zur Demokratie, kapitulieren stattdessen vor dem Nationalismus. In einer solchen Epoche zusammenbrechender Sicherheiten und Hoffnungen hat die Barbarei eine neue Chance. Religiöser und völkischer Fundamentalismus ist nicht nur im Osten und Süden, sondern auch im Westen auf dem Vormarsch, was sich u.a. an der Tatsache zeigt, daß der neonazistische Schlachtruf „Deutschland den Deutschen" in der jüngsten Umfrage in den neuen Bundesländern von der Hälfte der Befragten bejaht wurde.[25] Das verheißt nichts Gutes für alle, die nicht zur Volksgemeinschaft gehören wollen oder gehören können. Eine entscheidende Weichenstellung auf diesem Weg war die „Wiedervereinigung". Günter Grass blieb mit wenigen anderen isoliert, als er den Zusammenhang „Deutschland denken heißt Auschwitz denken" herstellte. Die Intelligenz, die Gewerkschaften, die Liberalen und die Linken haben versäumt, auf die fatalen Zwangsläufigkeiten dieser Renationalisierung hinzuweisen, sich stattdessen mit der Illusion betrogen, die Prozesse mitgestalten zu können. Die achselzuckende Rechtfertigung dafür lautete: „Der Zug ist abgefahren." Das erinnert mich an ein Essay von Hanna Arendt über die Vorbedingungen totalitärer Herrschaft:[26] „Die Frage der Moral taucht erst mit dem Phänomen der Gleichschaltung auf. Die Gleichschaltung war keine von der Angst genährte Heuchelei, sondern der früh an den Tag gelegte Eifer, ja nicht den Zug der Geschichte zu verpassen." Hanna Arendt resümiert: „Kurz gesagt: Was uns verstörte, war nicht das Verhalten unserer Feinde, sondern das Verhalten unserer Freunde (...). Sie waren unfähig, ihr eigenes Urteil gegen den, wie sie es sahen, Urteilsspruch der Geschichte zu setzen."
Diese Prostitution der Moral, diese Kollaboration mit der Macht, dieses Aufspringen auf den angeblich angefahrenen Zug Richtung Wiedervereinigung haben die Resistenz der Gesellschaft gegen die Verschärfung von Rassismus und Antisemitismus signifikant geschwächt.
Was jetzt zu tun bleibt? Natürlich, jeder vernünftige Mensch muß das Denken in den Kategorien von Volk und Nation blamieren und jede Politik in dieser Richtung nach Kräften sabotieren. Doch was das konkret heißt, angesichts der dargestellten Stimmungslage der Deutschen? – Ich muß gestehen, ich bin ohne klares Konzept, schwanke zwischen dem Rat von Woody Allen, den Fanatikern mit dem Baseballschläger zu kommen, dem Rat von Chaika Grossmann und Heinz Galinski, auf gesetzliche Verbote hinzuarbeiten, und der Tat von Lea Fleischmann, dieses Land zu verlassen.

Jürgen Elsässer

Jürgen Elsässer ist Autor der Zeitschrift „konkret". Sein Buch „Antisemitismus. Das alte Gesicht des neuen Deutschland" ist im Oktober 1992 im Dietz- Verlag, Berlin, erschienen (157 Seiten, 19.80 DM).

Anmerkungen

1 Sinus-Institut, 5 Millionen Deutsche „Wir wollen wieder einen Führer haben", Reinbek 1981
2 Bergmann/Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublikanischen Gesellschaft, Ergebnisse der empirischen Forschung 1946-1989, Opladen 1991, S. 69f.
3 ebenda, S. 75f.
4 ebenda, S. 222f.
5 ebenda, S. 103
6 ebenda, S. 87f., SAS-Schaubild S. 92
7 ebenda, S. 97
8 Bergmann, Sind die Deutschen antisemitisch?
9 Bergmann/Erb, S. 191f.
10 ebenda, S. 207/208
11 Index ebenda, S. 210
12 St.Ztg., 20.9.91
13 Befragung von 2.700 Jugendlichen in Sachsen, Ergebnisse abgedruckt in der FR vom 22.7.91
14 Befragt wurden knapp 1.000 BürgerInnen der Ex-DDR, zusätzlich 2.380 SchülerInnen der Klassenstufe 9-12 in Jena; kommentiert u.a. in der „konkret" vom Juli 1991
15 Bergmann/Erb, S. 238
16 ebenda, S. 243
17 ebenda, S. 239
18 ebenda, S. 218
19 Leipziger Studie
20 Erlanger Studie
21 Bergmann/Erb, S. 180, S. 122, S. 119
22 Übersicht b. Michael Wolffsohn, Deutsch-Israelische Beziehungen, München 1986, sowie „konkret" 1/91
23 Bergmann/Erb, S. 13 (Tumin-Studie von 1961), sowie S. 126 (IfD, 1986)
24 FR, 22.7.91
25 Leipziger Studie
26 Hanna Arendt, Persönliche Verantwortung unter der Diktatur, „konkret" 8/91

ASYL

VOM GRUNDRECHT ZUM ALTPAPIER

Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute versuchen den Nachweis zu erbringen: das „Asylproblem" steht bei den Bürgerinnen in Ost und West Deutschland an vorderster Stelle. Das des Rechtsextremismus an hinterster.
Allein mit diesen Umfragen wird untermauert, was nicht stimmt:
Das Problem sind nicht die Asylbewerberinnen, Flüchtlinge und Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sondern das Problem ist die Deutsche Politik.
Das „Asylproblem" ist nicht von selbst und auch nicht durch die zu uns kommenden Menschen entstanden, sondern, wie die im Anhang aufgeführte Chronologie zeigt, Bestandteil einer politischen Entwicklung in Deutschland, die heute von einem deutlichen Rechtsruck geprägt ist. Den an der Regierung beteiligten Parteien und auch Teilen der Opposition fehlt der politische Wille, den aufkeimenden Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in seinen Ursachen zu bekämpfen.
Die Eingrenzung der Diskussion durch Politiker und Medien auf die Frage der Abschaffung des Grundrechts aus Artikel 16 GG, um das Asylproblem zu bewältigen, hat Konsequenzen: Zum einen wird damit denjenigen Recht gegeben, die sich die Losung „Ausländer Raus" und „Deutschland den Deutschen „ auf die Fahnen geschrieben haben. Das heißt, der Boden für weitere Anschläge auf das Leben der hier lebenden Flüchtlinge und Zuwanderer wird weiter genährt. Zum zweiten findet durch die versuchte Aushebelung mehrerer Grundgesetzbestimmungen ein Frontalangriff auf die Demokratie in unserem Land statt.

Artikel 16, II, 2 Grundgesetz

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".

Dieser Artikel des Grundgesetzes ist unmittelbar mit Artikel 1 Absatz 1 verbunden: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." und Artikel 3 Satz 3 führt aus: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." Obwohl Artikel 19 Absatz 2 festhält, daß „In keinem Falle ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf" stehen heute nicht nur Artikel 16 sondern auch Artikel 19 Absatz 4: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen." ... zur Disposition. Die Formulierung des Artikel 20 Absatz 4 sollte Schutz vor einer neuen faschistischen oder diktatorischen Machtergreifung bieten: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Die Instrumentalisierung des Artikel 16 II 2

Von den Verfassungsgebern wurde das Grundgesetz, und insbesondere die zitierten Artikel, vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus formuliert. Seitdem aber wird der Artikel 16 II 2 GG mißbraucht, um die Zuwanderung von Nicht-Deutschen – je nach den Interessen

CHRONIK DES TERRORS

ken zusammen. Ein Neofaschist wird festgenommen. (FR, 24.12.91)

23.12. Sachsens Innenminister Heinz Eggert kündigt an, daß die Sonderkommission Rechtsextremismus auch über das Jahresende hinaus ihre Arbeit fortsetze. Bis Ende Oktober wurden mehr als 70 Überfälle auf Ausländerunterkünfte registriert. (Konkret 2/92 – Chronologie)

24.12. In Jüterbog (Brandenburg) überfallen 25 Neofaschisten zwei Asylbewerberheime und werfen Scheiben der Heime ein. Ein davor parkendes Auto wird umgestürzt. Auf eines der Heime schleudern sie eine Brandflasche. Auch in Sömmerda (Thüringen) werden in einem Heim für Asylbewerber Fensterscheiben von Neofaschisten eingeschlagen. (FR, 27.12.91)

25.12. Das Asylbewerberheim in Sömmerda (Thüringen) wird erneut von Neofaschisten angegriffen. (FR, 27.12.91)

Rechtsradikale Jugendliche überfallen im Stau an der polnischen Grenze vier PKWs und zerschlagen mit Knüppeln und Steinen die Scheiben. Zwei Neofaschisten können festgenommen werden. Der polnische Grenzschutz kritisiert, daß die Polizei erst sehr spät eingegriffen habe. (Berliner Zeitung 27.12.91)

26.12. Erneut wird das Asylbewerberheim in Sömmerda (Thüringen) von Neofaschisten angegriffen. (FR, 27.12.91)

Eine noch unbewohnte Unterkunft für Asylbewerber brennt in Sangershausen (Kreis Nebra) nieder. Nach Angaben der Polizei besteht der Verdacht auf Brandstiftung. Am 30.12. sollten Asylbewerber in den Barakkentrakt einziehen. In Burgscheidungen (Kreis Nebra) schleudern unbekannte Täter einen selbstgebastelten Brandsatz aus einem fahrenden Auto gegen ein Haus, das von zwei asylsuchenden jugoslawischen Familien bewohnt wird. Es kommt niemand zu Schaden. (Neues Deutschland, 28.12.91)

27.12. In Frankfurt/Main versuchen Verwandte mit Gewalt die Beziehung zwischen einer 18jährigen Deutschen und einem jungen Türken zu beenden. Vater, Onkel und weitere Familienmitglieder stürmen mit Baseballschlägern und einem Fleischmesser bewaffnet die Wohnung der jungen Frau. Es gelingt ihnen jedoch nicht, in die Wohnung einzudringen. Die Polizei kann den Onkel festnehmen, gegen den bereits ein Haftbefehl vorlag, weil er den türkischen Freund der Nichte bereits im Oktober zusammengeschlagen und niedergestochen hatte. (Konkret 2/92 – Chronologie)

28.12. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1991 wurden in Berlin rund 60 Übergriffe von Skinheads bekannt, von denen sich ca. 70 Prozent im Ostteil der Stadt ereigneten. Vorfälle mit rechtsextremistischen Hintergrund richteten sich vor allem gegen Ausländer und Andersdenkende. (Neues Deutschland, 28.12.91)

In Wartin (Kreis Angermünde) greifen Jugendliche ein Asylbewerberheim an. 35 Fensterscheiben werden zerstört, ein Brandsatz gezündet und mehrere PKW beschädigt. (Konkret 2/92 – Chronologie)

Chronik des Terrors

31.12. Eine Versammlung des „Deutschen Jugendbildungswerkes" in Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze wird von der Polizei aufgelöst. Nach Angaben der Behörden haben sich etwa 35 Jugendliche aus der rechtsradikalen Szene, ausländerfeindliche Parolen grölend, auf dem Bahnhofsvorplatz versammelt. In Sömmerda greifen 40 Rechtsradikale mit Feuerwerkskörpern das Asylbewerberheim an. Nach Angaben des Thüringer Innenministeriums sind „dank eines massiven Polizeiaufgebots" keine Ausländer verletzt worden. Anklage werde allerdings laut Innenministerium nicht erhoben, da keine ernsthaften Verletzungen vorliegen. In Löbau wird ein 25jähriger pakistanischer Mann von drei Unbekannten auf der Straße angegriffen und durch Faustschläge sowie Messerstiche in den Oberkörper verletzt. In Magdeburg wird eine Silvesterfeier der PDS von 20 Neofaschisten angegriffen, Fenster und Inventar zerschlagen, Personen mit Reizgas attackiert. Es gibt vier Verletzte. (Neues Deutschland, 2.1.92)

Auf das Asylbewerberheim in Haldensleben nahe Magdeburg werden drei Schüsse aus einer Pistole abgegeben. Eine Fensterscheibe wird getroffen, glücklicherweise niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 3.1.92) In Schwerin werden drei Asylbewerber aus Zaire auf der Straße von Neonazis angegriffen. (Konkret 2/92 – Chronologie)

In Rathenow randalierten einige Dutzende Neofaschisten in der Innenstadt. In den vergangenen Monaten waren mehrmals Skins vor das Asylbewerberheim in dem nahegelegenen Mögelin drohend und randalierend aufmarschiert. (Neues Deutschland, 11.3.1992)

Das Dokumentenhaus der Holocaust-Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen wird mit neonazistischen Parolen und Zeichen beschmiert. (Welt, 3.1.92)

Ende Dez. Eine Gruppe von Skins verprügelt in Berlin eine farbige Frau. (Berliner Zeitung, 5.2.1992)

Januar 92

1.1. Bei einem Anschlag auf ein türkisches Imbißgeschäft im mittelfränkischen Ansbach entstand ein Schaden von 150.000 DM. (taz, 3.1.92)

In Hamburg-Harburg bedrängen 15 Skinheads vier Aussiedler, die in einen Bus einsteigen wollen und sprühen ihnen Reizgas ins Gesicht. Auch der Busfahrer wird getroffen. Der Täter wird fetsgenommen. (Arbeiterkampf, 8.4.1992)

In Erlangen werden bei einem Brand in einem AsylbewerberInnenheim drei Menschen verletzt und 40 müssen evakuiert werden. Die Brandursache ist ungeklärt. (Konkret 2/92 – Chronologie)

2./3.1. In Kremmen (Kreis Oranienburg) bewerfen Unbekannte die Asylbewerberunterkunft mit Steinen beworfen. In Nebra wird ein Brandanschlag auf die Wohnung jugoslawischer Bürger verübt. Der Täter, der später festgenommen werden kann, hat

der jeweiligen Regierung – zu steuern und zu behindern. Denn im Umkehrschluß wird von Artikel 16 II 2 abgeleitet, daß es ein Recht auf Freizügigkeit, d. h. der freien Entscheidung eines jeden Menschen, wo er leben will, (offene Grenzen), nicht gibt, da das ausdrückliche Recht nur politisch Verfolgte haben.
Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte ist die einzige legale Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen.

Aushöhlung des Artikel 16 ...

Näheres regeln die Gesetze und Verordnungen.

Die Anwendung und Durchführung des Grundgesetzartikels wird – je nach Bedarf der Politiker – im Ausländergesetz, im Asylverfahrensgesetz und unzähligen Verwaltungsvorschriften sowie Durchführungsverordnungen geregelt. Der Dschungel der Paragraphen ist selbst für Rechtsanwälte schwer durchschaubar. Ein Flüchtling ist dem Rat von Anwälten und den Entscheidungen von Gerichten ausgeliefert.
Verordnungen und Gesetze sind Instrumente einer strukturell ausländerfeindlichen Regierungspolitik. Sie schaffen die Möglichkeit, mit einfachen parlamentarischen Mehrheiten oder mit Hilfe von Verwaltungsvorschriften und Durchführungsverordnungen, die nach Belieben erlassen oder aufgehoben werden können, die Aushöhlung des Grundgesetzes zu betreiben, ohne den Artikel selbst mit einer dafür verfassungsmäßig vorgeschriebenen 2/3 Mehrheit ändern zu müssen. Der Artikel 16 II 2 ist durch diese Instrumentarien längst zur Sprechblase geworden, zu einem Feigenblatt.

Ausländergesetz

Das Ausländergesetz legt Rechte und Pflichten von Nicht-Deutschen fest. Der Status der AusländerInnen wird darin ebenso festgeschrieben, wie die Abschiebungsvoraussetzungen. Das Ausländergesetz ist eine Beschneidung des Grundrechts aus Artikel 16 und gehört daher abgeschafft. An seiner Stelle würde es vollkommen ausreichen, ein Niederlassungsrecht für AusländerInnen zu beschließen.

Spannen

Asylverfahrensgesetz:

Das Asylverfahrensgesetz regelt u.a. den Ablauf des Asylverfahrens und den behördlichen sowie rechtlichen Umgang mit den Anträgen von AsylantragstellerInnen. Allein in den letzten 10 Jahren wurde das Asylverfahrensgesetz acht Mal geändert. Die Begründung blieb immer die gleiche: die bestehenden Instrumente und Regularien reichten nicht mehr aus, um mit der Asylantenflut fertig zu werden. Zur jüngsten Errungenschaft dieses Szenarios gehört der sogenannte Allparteienkompromiß, auch Beschleunigungsgesetz genannt. Wo auch Verordnungen und Gesetze nicht mehr ausreichen, um Regierungsinteresse durchzusetzen, bedient man sich der Diffamierung und Lüge. Einige der Asyllügen sollen hier aufgezeigt werden:

Maßnahmen zur „Einschränkung des Asylproblems"

Abschreckung nach Innen: Die Asyl-Lügen

Lüge Nummer 1: die Kosten

Es gibt zuviele Ausländer in Deutschland. Die Asylantenflut, die von Jahr zu Jahr steigt, frißt den Etat von Kommunen, Ländern und Bund auf. Es fehlen inzwischen die Gelder, um Alten, Kranken und Schwachen soziale Sicherheit zu garantieren.

Richtig ist: Die Kosten für die Unterbringung und Sozialhilfe für Flüchtlinge in Deutschland betrug 1991 ganz 4 Milliarden DM. Damit hatte jeder Bundesbürger im Jahr 1991 ganze 52,-- DM für Flüchtlinge aufgebracht. Verrechnet man dann noch die Beiträge der von hier arbeitenden AusländerInnen in die gesetzliche Arbeitslosen- und Krankenversicherung, ergibt sich ein vollkommen anderes Bild.
Im gleichen Zeitraum mußte jeder Bundesbürger 43,-- DM allein zur Begleichung des Schuldendienstes für die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf aufbringen.
Die vier Milliarden für die Versorgung der Flüchtlinge in Deutschland 1991 sind nur ein Fünftel dessen, was die Bundesrepublik allein 1991 als Kriegsanteil an die Golfkriegsallianz zahlen mußte (20 Mrd. DM).
Der „Jäger light", der nun doch gebaut wird, wird ein Vielfaches von dem verschlingen, was für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge ausgegeben wird.
Die rund 50 Mrd. DM für den „Verteidigungsetat 93" stehen wie ein Fels in der Brandung, unangerührt, mit fester Zielrichtung der zukünftigen Bundeswehrstrategie: Sicherung deutscher Interessen, wenn notwendig militärisch – weltweit.

Lüge Nr. 2; AsylbewerberInnen betrügen

Die Mehrzahl der AsylbewerberInnen sind Wirtschafts- und Scheinasylanten, die es allein darauf abgesehen haben, sich auf Kosten der Steuerzahler in Deutschland doppelte Sozialhilfe zu erschleichen. Um die

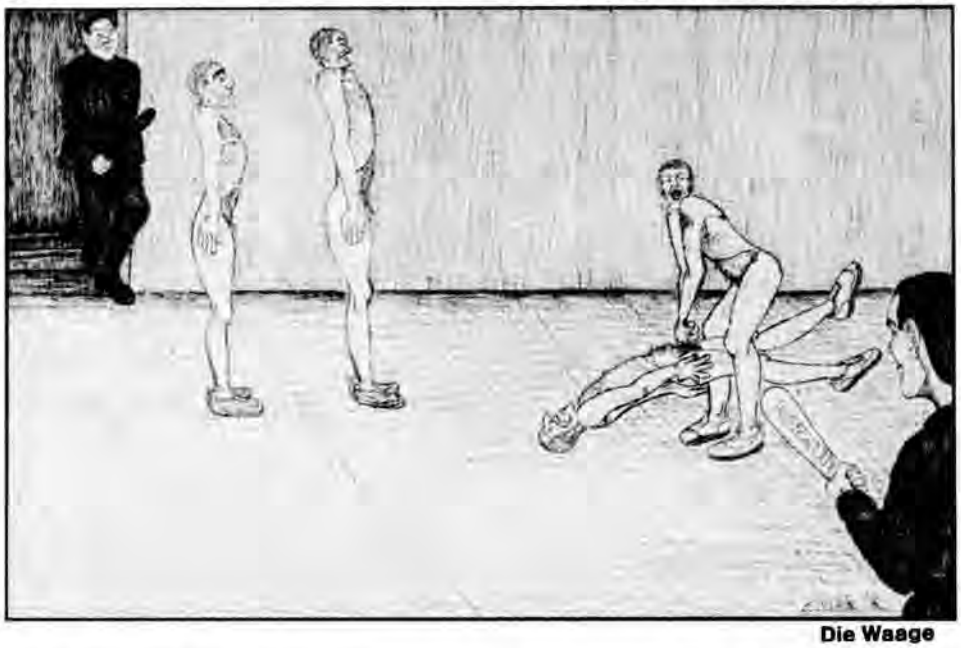
Betrüger ausfindig zu machen, ist es notwendig, einen Zählappell durchzuführen.

Richtig ist: Das Instrument des Zählappells dient der Kriminalisierung von AusländerInnen und schürt Vorurteile in der deutschen Bevölkerung. Der Schleswig-Holsteinische Sozialminister Jansen blies im Herbst 91 zum Zählappell und wollte damit bundesweit ein Signal setzen. Insgesamt 11.090 Überprüfungen haben zu 2 Strafanzeigen geführt.

Lüge Nr. 5: „das Boot geht unter"

Deutschland könne keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen, da das Boot voll ist und droht, unterzugehen. Deutschland habe bereits wegen seiner Freizügigkeit im Vergleich zu anderen Ländern die Hauptlast zu tragen.

Richtig ist: Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen schätzte die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf 18 Millionen. In Deutschland halten sich zur Zeit ca. 1,4 Millionen ausländischer Flüchtlinge mit oder ohne Rechtsstatus nach der Genfer Konvention auf. Das sind ca. 7,8 %. Laut Schätzung der Bundesregierung sind hiervon ca. 520.000 bis 550.000 AsylantragstellerInnen. Von diesen Anträgen stapeln sich zur Zeit nach Angaben des Bundesamtes in Zirndorf 418.000 unerledigte Asylanträge. Nicht das Boot geht unter, sondern jene Menschen, denen die Flucht vor Folter, Mord, Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg verweigert wird. Im Falle Türkei und Irak produziert Deutschland durch anhaltenden Rüstungsexport nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern verschließt ihnen dann auch noch die Tür.



Die Waage

Lüge Nr. 3: alles Scheinasylanten

Die Mehrzahl der zur Zeit in Deutschland lebenden AusländerInnen sind Scheinasylanten.

Richtig ist: Die größte Gruppe der Zuwanderer sind Aussiedler die sich auf Artikel 116 GG berufen können. Die größten Gruppe der AsylbewerberInnen kommen aus Ex-Jugoslawien, Rumänien und der Türkei. Sie werden von der Bundesregierung in das Asylverfahren gezwungen, weil Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge nicht mit eigenem Status Bleiberecht erhalten. Einige Zahlen:
1990 betrug der Zuzug von AussiedlerInnen 397.000 Menschen
1991 kamen von insgesamt 256.112 AsylbewerberInnen aus:
Jugoslawien: 29,2 % = 76.321 Menschen
Rumänien: 15,8 % = 40.465 Menschen
Türkei: 9,3 % = 23.818 Menschen

Lüge Nr. 4: „Das Boot ist Voll"

Deutschland ist nicht mehr in der Lage, Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in unbegrenzter Zahl aufzunehmen.

Richtig ist: es wird die Zahl der Zuwanderungen genannt, die der Abwanderungen aber verschwiegen. Eine Übersicht über Zuwanderungszahlen der letzten Jahre für die BRD zeigt, daß keineswegs alle bleiben, die kommen:

Jahr	Zuwanderung	Abwanderungsrate
1989	872 000 Menschen	422 000
1990	590 000 Menschen	545 000

Lüge Nr. 6: bestehende Probleme in Deutschland

Die Flut von Asylbewerbern ist verantwortlich für die zunehmenden Probleme in Deutschland. Sie sind Ursache für Wohnungs- und Arbeitsplatznot, Einschränkung der sozialen Leistungen und vielem mehr. Die Zuwanderung von Flüchtlingen muß drastisch reduziert werden, damit das Geld für die Verbesserung der Lebensverhältnisse vor allem in den Ostdeutschen Ländern verwendet werden kann. Nur so könne man soziale Ursachen des zunehmenden Ausländerhasses bekämpfen. Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land, Damit diejenigen, die den guten Ruf selbst im Ausland beschmutzen, zur Verantwortung gezogen werden können, müssen Gesetzte verschärft werden, die Demonstrationsfreiheit eingeschränkt werden, der Landfriedens-

Chronik des Terrors

zwei mit brennbaren Flüssigkeiten gefüllte Schraubgläser gegen die Hauswand geworfen. Die Brandsätze entzündeten sich jedoch nicht. (Neues Deutschland, 6.1.92)

3.1. In Bestensee (Kreis Königs Wusterhausen) sprühen junge Rechtsradikale einem Mann Reizgas ins Gesicht und beschädigen unter Rufen wie „Deutschland den Deutschen!" einen Wohnblock. Im nicht weit entfernten Pätz beschädigen junge Rechtsradikale abermals ein Einfamilienhaus. Der Sohn des Mieters hatte sich oftmals gegen die Hatz auf Ausländer gewandt. (Berliner Zeitung, 28.1.92)

4.1. In Stadthagen (Niedersachsen) wird ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verübt. Die rasch eintreffende Feuerwehr kann eine Katastrophe verhindern, es wird niemand von den 48 dort lebenden Asylbewerbern verletzt. Während der Löscharbeiten skandieren drei anwesende Neofaschisten „Hurra, das Asylantenheim brennt!", „Ausländer raus" und „Deutschland den Deutschen". (Neues Deutschland, 7.1.92)

4./5.1. Ein 27jähriger Asylbewerber aus Nigeria ist nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek in Augsburg aus zunächst noch ungeklärten Gründen gestorben. Nach Angaben der bayerischen Landespolizei soll der Nigerianer mit 10 weiteren Asylbewerbern Fahrzeuge vor der Diskothek beschädigt und versucht haben, in die Diskothek „einzudringen". Sie seien von zwei Türstehern „abgewehrt" worden. Der Nigerianer sei später schwerverletzt in dem Asylbewerberheim gefunden worden. Nach Einlieferung ins Krankenhaus sei er gestorben. (taz, 6.1.92)

In mehreren thüringischen Städten (Jena, Moderwitz, Rudolstadt) überfallen Skinheads Jugendliche und Flüchtlinge. Acht Menschen werden zum Teil schwer verletzt. (Konkret 2/92 – Chronologie)

5.1. In Sömmerda werden Tränengasgranaten in den Hof eines Asylbewerberheims geworfen. (Konkret 2/92 – Chronologie)

In Baunatal (bei Kassel) dringen Unbekannte Täter in einen türkischen Lebensmittelladen ein und überschütteten die Regale, die Theke und den Boden mit Benzin. Nur durch puren Zufall werden die Täter gestört. Die türkischen Ladeninhaber wurden schon zu Weihnachten 1991 Opfer eines Anschlags und erhielten laufend Drohanrufe. (HNA, 14.1.1992)

6.1. Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Waldkirch im Breisgau wird ein Brandanschlag verübt. Dabei erleidet ein 18jähriger libanesischer Asylbewerber Verbrennungen dritten Grades und schwebt in Lebensgefahr. 20 weitere Asylbewerber müssen mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Sachschaden beläuft sich auf 100.000 DM. (FR, 7.1.92)

7.1. Erneut werden in Halberstadt ausländische Bürger von einer jugendlichen Bande angegriffen. Drei Ghanesen werden auf offener Straße einzeln von den Tätern abgepaßt und niedergeschlagen. Die Ausländer erleiden Verletzungen, die ärztlich versorgt werden müssen. (Berliner Zeitung, 8.1.92)

Chronik des Terrors

In Berlin-Lichtenrade wird die 12jährige Nicole S. erneut von Skinheads überfallen und niedergeschlagen. Die Schülerin erlitt Verletzungen und einen Schock. Nicole wurde bereits am 11.12.1991 von drei angetrunkenen Skins beschimpft und geschlagen. (Berliner Zeitung, 19.3.1992)

Nach Angaben des Innenministeriums in NRW registrierten die Landesbehörden im vergangenen Jahr insgesamt 725 Straftaten gegen Ausländer und Asylbewerber. In 200 Fällen laufen inzwischen Strafverfahren gegen rechtsradikale Skinheads. (General-Anzeiger, 7.1.92)

8.1. In Dinslaken schießen Unbekannte am frühen Morgen mit einer Faustfeuerwaffe mittleren Kalibers auf ein Heim für Asylsuchende. Zum Glück wird nur eine Zimmerdecke im Erdgeschoß getroffen. (taz, 9.1.92)

In Geske (Westfalen) wird das neben einem Asylbewerberheim geparkte Auto eines Flüchtlings in Brand gesetzt. (Konkret 2/92 – Chronologie)

In Arnstadt wurde in einem Jugendclub ein umfangreiches Waffenarsenal sichergestellt. Zehn Jugendliche, die nach Angaben der Polizei rechtsradikalen Kreisen angehören sind überprüft worden. Die Polizei, die Anzeige wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz erstattet hat, war auf die Gruppe anläßlich eines Einsatzes gegen „Randalierer" vor einer Kaufhalle auf den Jugendclub aufmerksam geworden. (FAZ, 9.1.192)

9.1. Das Bundesjugendministerium bewilligt 20 Millionen DM für die fünf neuen Länder für ein „Aktionsprogramm gegen Rassismus und Gewalt". (taz, 9.1.92)

11.1. In Werder wird ein Soldat der ehemals sowjetischen Streitkräfte von drei Jugendlichen zusammengeschlagen. Er wird mit Gesichtsverletzungen ins Militärhospital eingeliefert. (Konkret 2/92 – Chronologie)

11./12.1. Auf ein Ausländerwohnheim in Salzhausen (Kreis Harburg) werden zwei Anschläge verübt: Scheiben eingeworfen, mit einem Gasrevolver in die Wohnräume geschossen. (Konkret 2/92 – Chronologie)

14.1. Bei einem Brand in Trier wird ein Wohnhaus für Asylbewerber zerstört. Ein Bewohner springt aus dem Fenster und verletzt sich dabei schwer. Der „äußere Anschein" spricht für Brandstiftung. (taz, 15.1.92)

15.1. In der Region Frankfurt/Oder werden 61 Anklagen wegen rechtsradikaler Delikte aus dem Jahr 1991 bearbeitet. Die Täter, von denen erst die Hälfte ein Urteil erhalten haben, richteten ihre Aktivitäten – nach Angaben des Pressesprechers der Staatsanwaltschaft – vor allem gegen polnische Bürger, Asylbewerber und Andersdenkende. (Berliner Zeitung, 15.1.92)

Mehrere kurzgeschorene Jugendliche bedrohen auf dem Bahnhofsvorplatz in Frankfurt/Oder Ausländer und gehen tätlich gegen sie vor. Zwei Ausländer müssen daraufhin ambulant behandelt werden. Einem der Angegriffenen wird Geld gestohlen. (Berliner Zeitung, 17.1.92)

Mitte Jan. Der Oberste Gerichtshof in London hat einen Ausweisungsbeschluß

bruch-Paragraph wieder eingeführt und der Lauschangriff legalisiert werden.

Richtig ist: Freiheit und Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit werden nicht durch extremistische Gewalttäter und Ausländer bedroht, sondern durch die gewählten Repräsentanten dieses Staates, die mit ihrer Ausländerhetze Rechtsradikalismus und Ausländerhaß schüren und dies dann als Vorwand nehmen, um demokratische Grundrechte weiter abzubauen.

Lüge Nr. 7: Die Europäische Integration erfordert die Änderung des Grundgesetzes:

Richtig ist:
Die von den Altparteien ins Feld geführte „Zwangslage", im Falle einer europäischen Integration das Asylrecht ändern zu müssen, ist nicht vorhanden. Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen einen nationalen Vorbehalt festgeschrieben, daß spezifische Abmachungen für sie nicht gelten. In der Frage der „Harmonisierung des Europäischen Asylrechts" hat sie aus freien Stücken darauf verzichtet, die EG-Regierungen auf das in Deutschland bestehende Individualrecht auf Asyl zu verpflichten.

Abschreckung nach Außen: die Visumspflicht

Das Instrument der Einführung der Visumspflicht ist Bestandteil der bundesdeutschen Abschreckungspolitik nach Außen, um Flüchtlingen erst gar nicht den Weg nach Deutschland zu ermöglichen.
Die Visumspflicht wurde 1980 für die damaligen Hauptfluchtländer Afghanistan, Bangla Desh, Indien, Pakistan, Türkei und Sri Lanka eingeführt. Die Bundesregierung wußte, daß es für politisch Verfolgte in jenen Ländern ein viel zu hohes Risiko sein würde, in den Verfolgerstaaten selbst ein Visum zu besorgen.
Parallel zu dieser Maßnahme wurde den Fluggesellschaften mit dem Entzug der Landeerlaubnis gedroht für den Fall, daß sie Menschen ohne Sichtvermerk transportieren sollten.

Weltwirtschaftsordnung oder: Wem nutzen die Asyllügen?

Die Lügen der Bundesregierung sollen die öffentliche Diskussion über Fluchtursachen und Hintergründe verhindern. Opfer werden zu Tätern gemacht, um die Wohlstandsinsel Deutschland nicht zu gefährden. Solange diese Lügen aufrechterhalten werden können, wird es gelingen davon abzulenken, daß die Zweidrittelgesellschaft unseres Landes immer weiter auseinanderbricht, daß die Umverteilung von unten nach oben immer größeren sozialen Sprengstoff in Deutschland erzeugt. Die Enttäuschung der ehemaligen DDR-BürgerInnen über die noch immer fehlenden Lebensqualitäten der alten Bundesrepublik, der Unmut der gesamtdeutschen Bevölkerung über immer höher ansteigende Lebenshaltungskosten und Einschränkungen der sozialen Leistungen wird auf die Flüchtlinge und AsylbewerberInnen umgelenkt.
Die Bundesregierung Deutschlands weiß sich hier in einer Interessensgemeinschaft mit den europäischen Regierungen.
Mit dem „Schengener Abkommen" wird die Festung EG ein Stück mehr gegen Flüchtlinge und Nicht-West-EuropäerInnen abgeschottet. Das Abkommen stärkt die Regierungsgewalten, schwächt die demokratischen Rechte der Parlamente und Menschen in Europa, schottet sich mit Visa gegen Einreisewillige ab und legt den Grundstein für einen Überwachungsstaat. Die grausame Massenabschiebung der albanischen Flüchtlinge aus Bari, Italien, im Sommer 1990 gab einen Vorgeschmack darauf, was unter einer „europäischen Flüchtlingspolitik" zu verstehen ist.
Die Vorschläge , das Asylrecht auf die Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zu reduzieren, zielen darauf ab, das geltende Recht qualitativ einzuschränken. Obwohl die GFK auch die subjektive Befürchtung von Verfolgung als Asylgrund anerkennt, bietet sie Flüchtlingen keine Rechtsweggarantie, d.h. Flüchtlinge könnten ihre Rechte nicht mehr vor Gerichten einklagen.
Der Bundesregierung wäre es dann möglich, Flüchtlinge, die über ein sogenanntes sicheres Drittland kommen, dorthin zurück abzuschieben. Der Festung Deutschland folgt so die Festung Europa.
Das Ziel der europäischen Interessensgemeinschaft ist die Aufrechterhaltung des Status Quo. Der Zugriff auf Ressourcen in der dritten Welt soll aufrechterhalten werden, die Ausbeutung der Nicht-Europäischen Länder sichergestellt werden, notfalls auch durch militärische Einsätze.
Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung soll aufrechterhalten bleiben ohne den Opfern dieser Ordnung das Recht zuzugestehen, vor Hunger, Armut und Bürgerkriegen zu fliehen und in Europa Schutz zu suchen.

Die Rolle der Parteien:

Alle Jahre wieder

Seit Anfang der 70ger Jahre dient die Infragestellung des Asylrechts in Deutschland dem Profilierungsversuch einzelner Politiker aller Parteien, als „Sommertheater" und der Wahlkampfführung. In immer kürzeren Zeitabständen wiederholte sich die Inszenierung des vollen Bootes.

Ein menschenverachtendes Spiel mit verteilten Rollen

Sommer 91: Pause im Bonner Parlament. Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein steht vor der Tür.
Der ehemalige CDU-Generalsekretär Volker Rühe schnürt ein Paket mit Musteranträgen, Pressemitteilungen und Anfragen für die bundesweite Verschickung an alle Parteigliederungen und organisiert damit generalstabsmäßig eine rassistische Kampagne gegen Flüchtlinge.
Volker Rühe empfahl wirkungsvolle Maßnehmen gegen die weitere Asylantenflut auf allen Ebenen vorzunehmen. Die Bilanz: wer Haß sät, erntet Gewalt. Die rassistischen Anschläge auf AsylbewerberInnen und Flüchtlinge stiegen an. Brennende Flüchtlingsheime fanden den Beifall der Zuschauer.
Die so angeheizte Stimmung war genau

das, was die CDU/CSU erreichen wollte: das geeignete Druckmittel, um die SPD und FDP zur Mittäterschaft bei der Aushöhlung des Grundgesetzartikel 16 zu bewegen.
Rühes Erfolg: Die rechtsextremen Parteien REP und DV haben ihre Positionen in und außerhalb der Parlamente ausweiten können; im Herbst 91 stimmten SPD und FDP in einem „Allparteiengespräch" dem neuen Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, nach dem Ausländer und Ausländerinnen ab 1. Juli 92 innerhalb von 6 Wochen erfasst, interniert und abgeschoben werden können, zu; im Sommer 92, nach erfolgreicher Landtagswahl in Schleswig-Holstein, signalisiert Engholm die Bereitschaft zur Grundgesetzänderung und überschlägt sich in seinem Eifer, dem Druck von Rechts nachzugeben. Die Beschlüsse der SPD-Spitze auf dem Petersberg (Änderung des Grundgesetzes Artikel 16 und weltweiter, auch militärischer Einsatz deutscher Soldaten unter Befehlsgewalt der UNO) dürfte Volker Rühe mit einer Flasche Sekt gefeiert haben.
Der Preis für diese Flasche Sekt: 13 Todesopfer durch rassistische Überfälle.

Die Oppositionsparteien

Als einzige Parteien lehnen Die GRÜNEN, Bündnis 90 und PDS/Linke Liste jegliche Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes ab.
Doch auch innerhalb dieser Opposition gibt es Differenzen.

Offene Grenzen für alle oder quotierte Einwanderung?

Mensch, der heute die Forderung nach offenen Grenzen in der Öffentlichkeit erhebt, muß mit einem Ansturm von Vorwürfen der Nichtzurechnungsfähigkeit oder puren Böswilligkeit rechnen, zumindest aber der Unfähigkeit, politische Verantwortung zu übernehmen. Diese Erfahrung müssen vor allem die GRÜNEN machen, die auf ihrem Bundesparteitag im Mai 91 die Forderung erneuert haben, daß jeder Mensch ein Recht auf Freizügigkeit haben muß. Die, die kommen, sollen das Recht auf Arbeit, Wohnung und Wahlrecht haben. Mit einer aktiven Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik soll wirksam gegen rassistische Gewalt vorgegangen werden.
Die weltweite Migrationsbewegungen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Ein Fünftel der Menschheit ist trotz weltweit ausreichender Nahrung vom Tod bedroht. Weder eine Festung Europa, noch eine Festung Deutschland wird die Menschen davon abhalten können, das trügerische Ziel zu erreichen. Die Einführung von Quoten, gesetzlichen Regularien zur Eindämmung der Flucht und Migrationsbewegung wäre das Rumdoktern an Symptomen. PDS und GRÜNE fordern, das Übel an der Wurzel zu packen: Beseitigung der Ausbeutung der sog. 3. Welt und Beendigung der ökologischen Zerstörung und der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Den Preis hierfür hätten nicht die Flüchtlinge und MigrantInnen zu zahlen, sondern die bisherigen Nutznießer.
Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/die GRÜNEN versucht, mit einem Gesetzentwurf für Einwanderung Problemlösungen anzubieten. Durch eine Quotenregelung für Einwanderung wird aber nicht verhindert, daß Menschen sich andere Wege suchen um nach Deutschland zu kommen, wenn ihnen die Einwanderung versagt wird. Unter den bestehenden politischen Machtverhältnissen und steigendem Ausländerhaß muß sich diese Gesetzesinitiative fragen lassen, ob nicht auch sie dem Druck von Rechts und dem von den anderen Parteien immer wieder geforderten Nachweis der Bereitschaft, Mitverantwortung zu tragen, nachgibt, statt mit aller Kraft die Verantwortlichen für Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen immer wieder zu benennen.

Der Minimalkonsens der Demokraten reicht nicht als Gegenwehr

Mit der Zustimmung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hat die SPD ihre Oppositionsrolle aufgegeben. Wer fordert,

Menschenkot aus dem Mülleimer

Chronik des Terrors

des Innenministers gegen einen Sudanesen aufgehoben, der sich weigerte, nach Deutschland zurückzukehren, nachdem er in Goslar Opfer neonazistischer Angriffe geworden war. (FR, 17.1.92)

17.1. Ein 19jähriger Pole wird in Berlin-Moabit von drei Männern überfallen und mißhandelt. Die Täter ziehen den jungen Mann in eine öffentliche Parkanlage direkt an der Straße, schlagen ihn zusammen und bedrohen ihn mit einem Messer. Einer der Männer reißt dem Opfer den Mund auf und drückt eine Betäubungsspritze in die Zunge. Dann nimmt er eine Gartenschere und schneidet ihm ein Stück der Zunge ab. (Berliner Zeitung, 20.1.92)

Nach Angaben der Sicherheitsbehörden haben Neofaschisten im vergangenen Jahr bundesweit 2.368 Straftaten gegen Asylbewerber oder andere ausländische Bürger verübt. Damit hat sich die Zahl dieser Gewalttaten verzehnfacht. Zu den „fremdenfeindlichen Straftaten" gehören 338 Brandanschläge und 241 Angriffe gegen Menschen. Schwerpunkte der Anschläge seien in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. (taz, 17.1.92)

18.1. Skinheads versuchen in Speyer auf dem Balkon und im Treppenhaus einer Aussiedlerwohnung ein Feuer zu entfachen. Zwei der Täter werden festgenommen. (taz, 20.1.92)

Drei Polen werden an der Autobahnausfahrt Stoekow Opfer eines Überfalls. Sie werden in ihrem liegengebliebenen PKW von fünf Männern angegriffen. Unter Rufen wie: „Weg mit euch polnischen Schweinen!" zerstören die Angreifer das Auto und mißhandeln zwei Insassen. (Berliner Zeitung, 21.1.92)

19.1. In Saalfeld schießt ein 50jähriger mit einer Pistole auf Angehörige der Streitkräfte der ehemaligen Sowjetarmee. Als drei Soldaten den Mann stellen wollen, fährt dieser mit seinem Wagen frontal in die Gruppe. Zwei Soldaten werden schwer, einer leicht verletzt. Der 50jährige Täter wird von der Polizei festgenommen. In Jena schlagen mehrere Skinheads einen 20 Jahre alten Chilenen mit einem Baseballschläger zusammen. Sie brechen ihm dabei die linke Hand. Der Mann muß in ein Krankenhaus gebracht werden. In der Innenstadt von Eisenach verfolgen nach Polizeiangaben fünf Rechtsradikale einen 31jährigen Kubaner, jagen ihn durch das Stadtgebiet und prügeln so stark auf ihn ein, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden muß. Die fünf Neofaschisten werden festgenommen. In Erfurt bedrohen bisher unbekannte Täter einen Asylbewerber aus Vietnam mit einer Waffe und nehmen ihm seine Ersparnisse von rund 3.000 DM ab. (FR, 20.1.92)

In Frankfurt/Oder kommt es zu einer Schlägerei zwischen Asylbewerbern und Deutschen. Nach Schätzungen der Polizei sind daran auf jeder Seite etwa 20 Personen beteiligt. Zwei Ausländer werden verletzt. Der Grund der Schlägerei war offenbar, daß den Ausländern der Zutritt zu einer Diskothek verwehrt wurde. (Neues Deutschl., 20.1.92)

Das Asylbewerberheim in Pätz wird aus Au-

Chronik des Terrors

tos mit einer Schreckschußpistole beschossen. Anschließend fliegen vier Brandsätze über die Umzäunung, richten aber keinen großen Schaden an. (Berliner Zeitung, 20.1.92)

24.1. In Lauter – in der Nähe von Hoyerswerda – findet eine Gemeindeversammlung zum Thema AusländerInnen statt. Wie vor wenigen Tagen bekannt gemacht wurde, sollen dort in Kürze 70 Flüchtlinge in einem ehemaligen Kinderheim untergebracht werden. Auf der Versammlung drohen viele BürgerInnen mit Gewalt gegen ausländische Flüchtlinge. Den Reden folgen Taten: Das Kinderheim wird verwüstet. Der materielle Schaden beträgt rund 10.000 DM. (Neues Deutschland, 27.1.92)

In Mackenrode (Kreis Göttingen) versammeln sich 30-40 Neonazis, die mit Parolen „Rot Front verrecke" und „Wir wollen unseren Karl wiederhaben" gegen die Abschiebung des FAP-Funktionärs Karl Polacek protestierten. (Extra-Tip, 26.1.92)

25.1. Bei einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen den Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten in Frankfurt/Main werden 10 AntifaschistInnen von der Polizei festgenommen. In einem zerstörten Wagen der Neofaschisten befinden sich T-Shirts mit Hitler-Portraits und der Aufschrift „Wir sind wieder da!" (Neues Deutschland, 27.1.92)

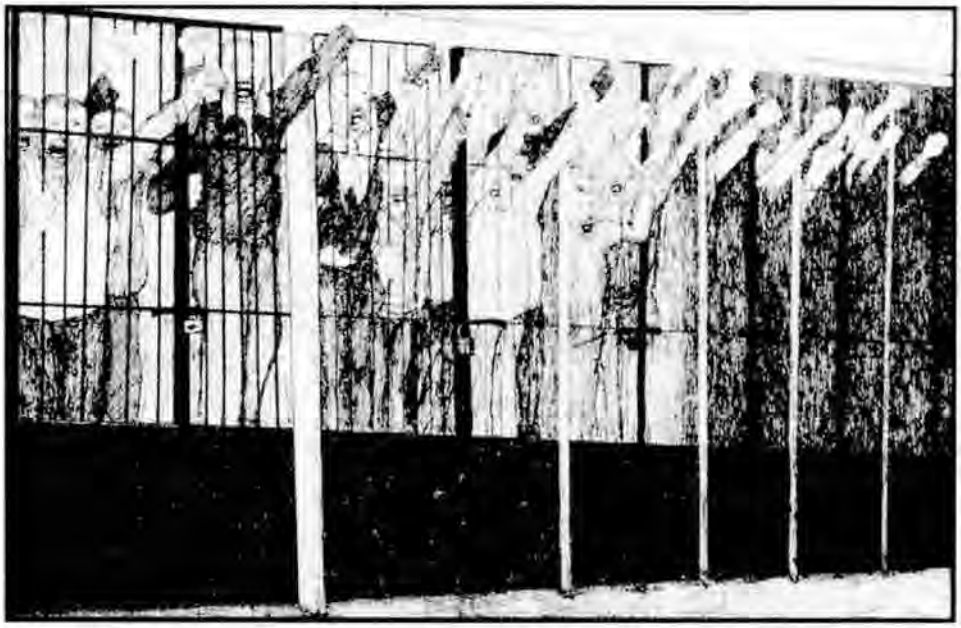
26.1. Etwa 20 Skinheads provozieren in einer Gaststätte der Gemeinde Kahsel-Golzig (Kreis Luckau) eine Schlägerei. Einige Personen werden leicht verletzt. (Berliner Zeitung, 28.1.92)

28.1. Drei Männer überfallen in Kirchditmold (bei Kassel) eine türkische Gaststätte, mißhandeln die iranische Wirtin und legen im Restaurant ein Feuer. Die Iranerin muß mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. (HNA, 30.1.1992)

31.1. In Lampertheim (Landkreis Bergstraße) verbrannten drei Asylsuchende bei einem Feuer in einem Flüchtlingswohnheim. Eine Person mußte mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei vermutet einen Unfall. Dies obwohl bereits im September 1991 Täter aus dem rechtsradikalen Spektrum in der Gemeinde mehrere Wohncontainer in Brand gesetzt hatten, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Im benachbarten Bensheim waren Ende 1991 Skinheads bei einem Brandanschlag auf das dortige Asylbewerberheim gefaßt worden. (taz, 1.2.92)

Ende Januar In Rendsburg vergewaltigen sechs rechtsextreme Skinheads ein 15jähriges Mädchen über mehrere Stunden. (Antifaschistische Nachrichten 8/1992)

Im Januar wurden laut Bundesregierung dem BKA insgesamt 212 fremden-/ausländerfeindlich motivierte Straftaten bekannt, darunter 25 Brandanschläge, 37 Angriffe gegen Personen und 150 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Raubdelikte u.a.). Regional verteilen sich diese Straftaten wie folgt:



Widerstand

Menschen in Internierungslagern zusammenzufassen um sie dann im Hau-Ruck-Verfahren wieder abzuschieben, legt Hand an die Würde des Menschen. Der Artikel 16 II 2 ist damit faktisch ad absurdum geführt. Meines Erachtens war die Berliner Demonstration anläßlich der Reichspogromnacht mit über 350 000 TeilnehmerInnen kaum ein Gewinn für unsere Demokratie, kein Gewinn für die hier bedrohten Ausländer und Flüchtlinge, sondern ein Alarmzeichen. Es ist ein Warnsignal an die antifaschistischen, radikaldemokratischen Kräfte in unserem Land, weil es den politischen Brandstiftern aus Bonn gelungen ist, mit der plakativen Forderung nach Erhalt der Würde des Menschen die eigenen Verantwortung für die Verletzung eben dieser Würde zuzudecken. Es ist uns bisher nicht gelungen, den Lügenschleier zu zerreißen.

Die Bonner Groß-Demonstration mit ca. 200.000 TeilnehmerInnen anläßlich des Sonderparteitages der SPD hat ein deutliches Signal gesetzt: Hände weg vom Grundgesetz! Grundrechte verteidigen!

Wer sich jetzt nach dem Sonderparteitag entspannt zurücklehnt, weil die SPD-Führung die Petersberger Wende in der Partei nicht durchsetzen konnte, sondern „nur" einer Grundgesetzergänzung zugestimmt hat, begibt sich auf einen Pfad der trügerischen Ruhe.

Die Asyldebatte wird weitergehen. Die CDU/CSU hat keinen Grund, ausgerechnet jetzt, nachdem Engholm auf dem Petersberg seine Erpressbarkeit deutlich gemacht hat, mit der Hetze aufzuhören. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis aus dem jein ein ja wird. Diese müssen wir nutzen – wir wollen von der moralischen Empörung zur Aktion gegen Alltagsrassismus übergehen und immer dann unsere Stimme erheben, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe herablassend behandelt, diskriminiert oder gewalttätig bedroht sind. Wir wollen Farbe bekennen, wir wollen Zivilcourage zeigen und Solidarität leben.

Farbe bekennen heißt: Rassismus ächten – überall dort, wo er anzutreffen ist. Grundrechte verteidigen heißt: auch diejenigen zu bekämpfen, die es wagen, Grundrechte abzubauen.

Den Worten und dem Sonnenspaziergang am 14.11. müssen jetzt Taten folgen. Nicht nur Asyl – auch Bleiberecht ist Menschenrecht.

Angelika Beer, November 92

Angelika Beer ist Mitglied des Bundesvorstands der Grünen.

Die Zeichnungen, die diesen Artikel illustrieren, stammen aus der Broschüre „Foltermomente / Foltermethoden. Das Militärgefängnis von Diyarbakir." Praktiken des türkisch kolonial-faschistischen Staates in Kurdistan, Oktober 1989, Union der Patriotischen Intellektuellen aus Kurdistan. Bezug: YRMK, Maxstr. 50-52, 5300 Bonn 1

Chronologie der Asylrechtsdebatte in Deutschland:

1970: Die zentrale Aufnahmestelle in Zirndorf ist erstmals überfüllt
1973: Die Bundesregierung beschließt eine Zugangssperre für Ausländer.
1976: Die Anzahl der AsylbewerberInnen hat sich auf 33.000 erhöht. Die Schlagzeilen waren bereits 1978 die gleichen wie 1990: „Mißbrauch des Asylrechts gerät zu sozialem Sprengstoff"
1978: Der Deutsche Bundestag führt die erste Diskussion über den Artikel 16 GG. Zum ersten Mal überlegt man Wege zur Beschleunigung der Asylverfahren.
Die Bundeländer einigen sich auf einen Verteilerschlüssel wonach die Ankommenden nach Quoten auf die Bundesländer verteilt werden.
Das Wort Asylant zieht sich erstmals durch die Debatte
1980: Militärputsch in der Türkei
Statistiken melden erstmals über 100.000 AsylbewerberInnen.
Erstmals wird der Artikel 16 GG in Frage gestellt.
Ein einjähriges Arbeitsverbot für alle AsylbewerberInnen wird beschlossen.
Das Bundesverfassunggericht entscheidet, daß die Bürgerkriege keinen Anspruch auf poltiisches Asyl rechtfertigen.
Erstmals wird der „Asylant" zum Wahlkampfthema. Nach dem tödlichen Brandanschlag auf zwei VietnamesInnen wird die schmutzige Instrumentalisierung ausländischer Menschen für Parteienkalkül beendet.
Mit Asylverfahrensgesetzen, Verordnungen und Zwischenstaatlichen Verträgen wird Artikel 16 weiter ausgehöhlt.
Visumspflicht wird eingeführt für Menschen aus Bürgerkriegsregionen (Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka
1982: Das Arbietsverbot wird auf 2 Jahre erhöht, das 2. Asylverfahrensgesetz verabschiedet. Unterkunft von Flüchtlingen in Sammellagern, Kürzung der Sozialhilfe, die als Sachleistungen bewilligt werden soll. Alle anderen sozialen Leistungen werden gestrichen (Kindergeld, Wohngeld, Weihnachtsgeld, Sprachkurse)
Die AsylbewerberInnen dürfen den ihnen zugewiesenen Wohnort nicht verlassen.
1983: Cemal Altun stürzt sich aus Angst vor drohender Abschiebung an die Türkei aus dem Fenster.
Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, daß Anhänger von separatistischen Bewegungen, die von der staatlichen Armee verfolgt werden, keinen Anspruch auf Asyl haben.
1985: Es wird entschieden, daß auch die Zivilbevölkerung, die Opfer staatlicher Vergeltungsschläge gegen Befreiungsbewegungen wurde, kein Anrecht auf Anerkennung als Asylberechtige haben.
Folter wird durch die Entscheidung eines Oberverwaltungsgerichtes nicht mehr als Asylgrund anerkannt.
1986: Die Abschreckungspolitik treibt Blüten. Das Arbeitsverbot wird auf 5 Jahre verlängert. Sämtliche Maßnahmen verfehlen das Ziel: die Zahl der AsylbewerberInnen nimmt zu.
Der Bundestagswahlkampf ist geprägt von der Schlagzeile „Das Boot ist voll", „Raus mit den Scheinasylanten". Die CSU unter Frank Josef Strauß fordert von der CDU die Änderung des Grundgesetztes
1989: Fall der Mauer: die AsylbewerberInnenzahl schnellt in die Höhe.
Bundestagswahlkampf mit den Parolen „Asylanten raus"
1991: Fluchtwelle vor dem Bürgerkrieg in Jugoslawien zwingt die Fliehenden, in Deutschland einen Antrag auf Asyl zu stellen, weil es keine andere legale Möglichkeit gibt, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu erhalten.
1991: Der Golfkrieg, der Krieg der Türkei gegen die Kurden im Südosten führt ebenso zum Anstieg der Statistiken in Deutschland wie die anhaltende Diskriminierung der Roma und Sinti in Rumänien.
1991: Das Arbeitsverbot wird wieder aufgehoben, weil die dadurch entstandene Belastung d. Sozialhilfe zu hoch geworden ist.
1991: Volker Rühe schürt die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland durch ein Paket mit Musteranträgen und hat Erfolg:
Die SPD läßt sich von Rechts unter Druck setzen und willigt in den „Allparteienkompromiß" ein: künftig sollen AsylbewerberInnen registriert, kaserniert und im Schnellverfahren wieder abgeschoben werden.
Herbst 91: Rechtsradikale, Skinheads, Hooligans, Neofaschisten ziehen brandschatzend durchs Land um selbst gegen die „Asylantenflut" Hand anzulegen.
Die Änderung, sogar die Abschaffung des Artikel 16 wird von den politischen Brandstiftern gefordert.
Juli 92: Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz tritt als „Allparteienkompromiß" in Kraft.
Herbst 1992: Die FDP und die SPD kippen um. Engholm führt mit den Petersberger Beschlüssen die Wende herbei.
Der Deutsche Bundestag beschließt die 25 % Kürzung der Sozialhilfe für AsylbewerberInnen, Sachleistungen statt Bargeld werden wieder eingeführt, mit Erkennungsdienstlicher Behandlung wird die Registrierung der Hilfesuchenden vorgenommen.
Ein Vertrag zwischen Deutschland und Rumänien führt ab 1.11.92 die Legalisierung der Massenabschiebung von Sinti und Roma nach Rumänien ein. Damit wird das Grundgesetz offen unterlaufen und ethnische Säuberungen in Deutschland fast 50 Jahre nach der Vergasung von Sinti und Roma in Deutschen KZs wieder möglich.
Jüdische Gedenkstätten und Synagogen brennen.
November 92: Der Kanzler entdeckt den Staatsnotstand und spricht von Notstandsgesetzen gegen AusländerInnen. Der Sonderparteitag der SPD beschließt eine Grundgesetzergänzung.

Angelika Beer, November 92

Chronik des Terrors

Länder	Brand anschläge	Angriffe gegen Personen	sonstige Straftaten
Baden-Würt.	6	2	24
Bayern	–	1	4
Berlin	1	1	3
Brandenburg	2	5	9
Bremen	1	–	–
Hamburg	–	1	–
Hessen	2	–	14
Meck.-Vorp.	–	–	1
Niedersachs.	3	1	28
NRW	5	4	39
Rheinl.-Pfalz	3	3	12
Saarland	–	–	–
Sachsen	–	2	3
Sach.-Anhalt	1	13	7
Schlesw.-Hol.	–	2	3
Thüringen	1	2	3
Gesamt	25	37	150

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke über „Ausländerfeindliche u. rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Januar 1992", Drucksache 12/2440, 14.4.1992)

Februar 92

Anfang Feb. In Rendsburg verletzen Neonazis einen 17jährigen mit einem Gasrevolver am Auge; das Opfer mußte mehrere Tage im Krankenhaus liegen. (Antifaschistische Nachrichten 8/1992)

1.2. In Jütchendorf (Zossen) verübten 25 Vermummte einen Anschlag auf eine Gaststätte. Die Täter, die mit zwei LKW vorfuhren, zerschlugen Fensterscheiben und warfen einen Rauchkörper in die von etwa 80 Gästen besuchten Diskoveranstaltung. Bei den Tätern soll es sich vermutlich um Skinheads handeln. (Berliner Zeitung, 3.2.92)

3.2. In Senftenberg schießen Unbekannte in die Schaufensterscheibe eines türkischen Imbißrestaurants. (taz, 12.2.92)

4.2. In Senftenberg schießen abermals Unbekannte in die Schaufensterscheibe eines türkischen Imbißrestaurants. Bereits zwei Tage vor Weihnachten 1991 wurde die Scheibe des Imbißrestaurants zerstört. Wenig später fanden die Imbißbesitzer ihre Katze stranguliert und mit einem Brief um den Hals an der Tür: „Das ist die letzte Mahnung!" (taz, 12.2.92)

In Seevetal (Landkreis Harburg) brennt ein ehemaliges Schulhaus bis auf die Grundmauern ab. Nach Angaben der Polizei sollten in diesem Gebäude AsylbewerberInnen untergebracht werden. Dagegen hatte es Proteste in der Bevölkerung gegeben. (Berliner Zeitung, 5.2.92)

6.2. In Rielasingen wird ein Anschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen verübt. (Konkret 5/92 – Chronologie)

Unbekannte Täter werfen die Fensterscheiben des Wohnheims für AsylbewerberInnen in Gottmadingen mit schweren Steinen ein. Um einen Stein ist ein Zettel gewickelt: „Beim nächsten Mal fliegen Brandbomben." (Konkret 5/92 – Chronologie)

8.2. In Bonn rotteten sich ca. 100 Anhänger der neofaschistischen FAP zu einer rassistischen Demonstration unter dem Motto „Ausländerflut stoppen – Deutschland den Deutschen" zusammen. 500 entschlosse-

Chronik des Terrors

ne AntifaschistInnen stoppten den Faschistenaufmarsch bereits nach einigen hundert Metern. Die Polizei ging mit brutaler Härte gegen die AntifaschistInnen vor und brachte die Neonazis mit Bussen in Sicherheit. (Neues Deutschland, 10.2.92)

In Rendsburg schlagen mehrere bewaffnete Neonazis einen jungen Mann mit Baseballschlägern zusammen. (Antifaschistische Nachrichten 8/1992)

9.2. In Berlin-Friedrichsfelde haben Unbekannte die sozialistische Gedenkstätte für die 1919 ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit Hakenkreuzen und Davidsternen geschändet. (Neues Deutschland, 10.2.92)

12.2. In Spalt (Mittelfranken) verübten Unbekannte einen Brandanschlag gegen eine Asylunterkunft, in der 14 Flüchtlinge einquartiert waren. Eine sechsköpfige Familie aus Rumänien mußte mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die örtlichen Zeitungen sprachen sofort von einem „technischen Defekt" als Brandursache; das LKA mußte dies als Brandursache ausschließen. (taz, 14.2.92)

13.2. In Jüterbog (Brandenburg) griff ein Gruppe von vermutlich neofaschistischen Jugendlichen ein Asylbewerberheim an. Mit Baseballschläger zerschlugen sie eine Scheibe der Eingangstür und eine Jalousie. Bei Eintreffen der Polizei flüchteten die Neofaschisten. (Neues Deutschl., 15.2.92)

15.2. In Hersbruck (Kreis Nürnberg) entging ein kurdischer Flüchtling nur knapp einem Anschlag auf einem Flüchtlingsheim. Ein bislang Unbekannter feuerter aus einer kleinkalibrigen Waffe durch das Fenster eines Waschraumes auf den Kurden. (taz, 18.2.92)

In Quedlinburg (Harz) kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen 60 Neonazis und 60 AntfaschistInnen. (Neues Deutschland, 17.2.92)

In Cottbus werden sowjetische Kriegsgräber geschändet. Die Öffentlichkeit wird erst eine Woche später unterrichtet. (Berliner Zeitung, 22.2.1992)

In Mönchengladbach zerstören etwa zehn männliche Personen die Fensterscheiben bzw. Mobilheime einer Unterkunft für Asylsuchende. (Konkret 5/92 – Chronologie)

Mitte Feb. In Rathenow überfielen Skinheads unter „Heil Hitler"-Rufen und anderen faschistischen Parolen einen Sexshop. Die Skins griffen die Geschäftsinhaberin an und zerstörten die Auslagen. (taz, 26.2.1992)

16.2. In Cottbus attackierten etwa 100 Hooligans nach einem Spiel der Amateuroberliga Anhänger des Fußballvereins Türkspor Berlin. Die Polizei drängte die Angreifer schließlich zurück. (Neues Deutschland, 18.2.92)

17.2. In Geesthacht überfallen etwa 20 mit Baseballschlägern und Reizgas bewaffnete Skinheads eine „Rock gegen Rechts"-Veranstaltung. Drei Skins wurden festgenommen. (taz, 18.2.1992)

19.2. In Neu-Isenburg/Hessen kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen Skin-

März 1993: Nicht nur Emigrantinnen aus Deutschland waren in Frankreich unerwünscht. Auch republikanische Flüchtlinge aus dem spanischen Bürgerkrieg wurde mit knapper Mühe aufgenommen und von einem Internierungslager ins andere geschleppt.

»Als ginge es um die Invasion eines Feindes!«

1938: Deutsche als »Unerwünsch

In der heutigen Asyl-Diskussion wird als historische Parallele zuweilen die Zeit des deutschen Faschismus zitiert: als eine Zeit, in der deutsche Exilanten die Hilfsbereitschaft anderer Staaten schätzen gelernt hätten. Dieses Argument ist ebenso gutgemeint wie historisch falsch. In Wahrheit es sich genau anders herum: Aus jener Zeit ist – neben anderem – zu lernen, daß ein Asylrecht gesetzlich uneingeschränkt fixiert werden muß, weil ansonsten Vorurteile, politischer Opportunismus und nationale Egoismen es gerade dann aushöhlen, wenn es von Asyl-Suchenden am dringendsten gebraucht wird.
Die oft bitteren Erfahrungen deutscher Exilierter werden nur selten öffentlich thematisiert. Zum einen waren meinungsbildend eher jene, die im Exil noch zu den Privilegierten gehörten und von den Gaststaaten so behandelt wurden: prominente Intellektuelle oder materiell Betuchte. Zum anderen ist das ganze schon deshalb ein heikles Thema, weil man „als Deutscher" in erster Linie Täter und nicht Opfer war und sich angesichts des Blutzolls der damaligen Alliierten zu Recht schwertut mit Kritik an ihnen.
Dennoch ist die Beschäftigung mit dem Thema heilsam für die aktuelle Asyl-Debatte. Die Motive und die Not derer, die aus Deutschland rauswollten, ist uns bekannt und einigermaßen vertraut. Die Argumente, mit denen sie von anderen Staaten zurückgewiesen wurden, wirken demgegenüber grotesk, kleinkariert und menschenfeindlich. Doch auch diese Argumente sind uns vertraut Es sind die gleichen, mit denen heute – in vertauschten Rollen – Asylsuchende von Deutschland abgewiesen werden.

Die Evian-Konferenz

Es war das Jahr 1938. Die westlichen Staaten arbeiteten noch an den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Anti-Semitismus war ein nicht nur in Deutschland verbreitetes Phänomen. Hitler-Deutschland hatte die Tschechoslowakei einkassiert und Österreich „angeschlossen". Die Judenverfolgung nahm dramatischere Formen an und mündete später in den November-Pogromen („Kristallnacht"). Der Emigranten-

EMIGRANTINNEN TE ELEMENTE«

strom aus Deutschland und den okkupierten Gebieten schwoll dramatisch an, doch die Vertriebenen und Fluchtbereiten hatten zunehmend Probleme, Aufnahmeländer zu finden. Die meisten westlichen Staaten hatten die Aufnahme von Flüchtlingen stark reglementiert und mit niedrigen Quoten begrenzt. In dieser Situation lud US-Präsident Roosevelt zu einer internationalen Flüchtlingskonferenz in den französischen Kurort Evian ein, auf der die Flüchtlingswelle kanalisiert und organisiert werden sollte.

Schon die Ankündigung der Konferenz löste unter den NS-Verfolgten große Hoffnung aus. Die Leiterin des Schweizer Hilfswerks für Emigrantenkinder beschrieb die Stimmung: *„Kein Unbeteiligter kann ahnen, mit welcher Spannung die ganze deutsche Emigration auf das Ergebnis von Evian wartete. Das Unerträgliche wurde erträglich, denn 'bald beginnt die Konferenz von Evian'. Roosevelt wird 'uns helfen'. Auch das verzagteste Gesicht eines Familienvaters hellte sich auf, von den Jungen gar nicht zu reden: Evian! Evian!"*

Die Hoffnung war, wie sich bald zeigte, völlig unbegründet. Schon in der Einladung zur Konferenz hatte Roosevelt die übrigen Staaten wissen lassen, er wolle sie keineswegs zu höheren Aufnahmequoten für Flüchtlinge drängen. Die Vertreter von Flüchtlingsorganisationen wurden zur Konferenz nur als Beobachter eingeladen. Als sich im Juli 1938 schließlich die – zum Teil drittrangigen – Delegierten von 31 Staaten in einem Luxushotel von Evian trafen, war die Sache im Grunde schon gelaufen. Die Delegierten machten Ausflüge, feierten Banketts, spielten Golf und versicherten sich im übrigen, ihre Staaten hätten schon genug für die Flüchtlinge getan. Vor allem die kontinentaleuropäischen Staaten erklärten kategorisch, ihre Aufnahmekapazitäten seien längst erschöpft. Die Vertreter der Juden aus Deutschland und Österreich kamen gar nicht erst zu Wort, und ein amerikanischer Publizist konstatierte für die Sitzungen „einen hohen Grad an dummer, scheinheiliger, herzloser Wichtigtuerei und Langeweile". Bitter resumierte eine deutsche Exilzeitung: *„In Sachen der politisch Vertriebenen leidet diese Welt peinlich an ihrem schlechten Gewissen. Sie weiß durchaus, daß die Aufnahme einiger Hunderttau-*

CHRONIK DES TERRORS

heads und einer Gruppe von Ausländern. Eine unbeteiligte Frau wird angeschossen. (Konkret 5/92 – Chronologie)

20.2. In Frankfurt/Oder wurden zwei Ausländer Opfer von Überfällen. Ein Asylbewerber aus Gambia wurden von sechs männlichen Personen im Stadtzentrum überfallen und ausgeraubt. Ein polnischer Bürger wurde von drei Personen zusammengeschlagen und ausgeraubt.

21.2. In Wolfegg (Landkreis Ravensburg) verübten Unbekannte einen Brandanschlag gegen ein Asylbewerberheim, in dem 14 Flüchtlinge leben. An mindestens vier Stellen des ehemaligen Ferienhauses wurden Brandsätze gelegt. Die anwesenden sechs Flüchtlinge wachten durch die starke Rauchentwicklung auf und konnten das Feuer selber löschen. (taz, 24.2.92)

22.2. In Pfaffenhausen wird eine afghanische Familie wiederholt von Jugendlichen bedroht. Vor ihrem Haus werden ausländerfeindliche Parolen gerufen, nachts wird an die Tür gehämmert. (Konkret 5/92 – Chronologie)

23.2. In Blankenfelde (Kreis Zossen) haben 20-30 neofaschistische Skinheads ein Asylbewerberheim überfallen. Sie bewarfen das Gebäude mit Steinen und zerschlugen Fensterscheiben. Die Täter konnten vor dem Eintreffen der Polizei fliehen. (FR, 26.2.1992)

In Spremberg kam es zwischen 40 und 50 Neonazis und AntifaschistInnen zu handfesten Auseinandersetzungen. (Neues Deutschland, 25.2.1992)

In Finsterwalde kam es zwischen 15 Neonazis und AntifaschistInnen zu Auseinandersetzungen. Gegen vier Personen wird wegen Landfriedensbruch ermittelt. (Neues Deutschland, 25.2.1992)

In Senftenberg ist ein Denkmal für sowjetische Kriegsopfer mit Hakenkreuzen sowie Parolen „Heil Hitler" und „Tod den Roten" beschmiert worden. (Neues Deutschland, 25.2.1992)

In Cottbus wurden zahlreiche Schaufenster mit Hakenkreuzen beklebt, die die Unterschrift „Deutsche Alternative" trugen. (Neues Deutschland, 25.2.1992)

24.2. In Heiligenstadt (Landkreis Göttingen) überfallen zwei Skinheads eine Taxifahrerin, mißhandeln sie eine Stunde lang und lassen sie dann gefesselt zurück. Die Taxifahrerin kann sich selbst befreien. Die herbeigerufene Spurensicherung der Polizei „vergaß" die Lederfesseln der Skinheads im Taxi. Die Skinheads konnten von der Taxifahrerin identifiziert werden. Sie wurden von der Polizei festgenommen und später wieder laufengelassen. Gegen die Skins wurde nicht einmal Haftbefehl durch die Staatsanwaltschaft beantragt. (Blick/Allgemeiner Anzeiger für Südniedersachsen und West-Thüringen, 4.3.1992)

26.2. In Berlin-Lichterfelde bestieg ein Jugendlicher im Kampfanzug, mit Stahlhelm und Gewehr einen Bus. Den Busfahrer und die herbeigerufene Polizei bedrohte er mit der Waffe. (Berliner Zeitung, 28.2.1992)

29.2. In Rathenow brachen Skinheads in

Chronik des Terrors

eine Bäckerei sowie in eine Wohnung ein. Zwei der Skins, die durch Hinweise aus der Bevölkerung gestellt worden waren, griffen in der Polizeiwache Beamte an und beschädigten Diensträume. (Neues Deutschland, 2.3.1992)

In Plankstadt (Baden-Württemberg) griffen 150 Skinheads 350 Gäste einer türkischen Hochzeit an. Es entstand eine mehrere Stunden lang dauernde Schlägerei. Drei Personen wurden festgenommen. (Neues Deutschland, 2.3.1992)

In Chemnitz versuchten rund 30 bis 40 junge Neofaschisten eine Demonstration von über 250 AntifaschistInnen in dem Neubaugebiet „Fritz Heckert" gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialabbau zu stören. (Neues Deutschland, 2.3.1992)

Ende Feb. Ende Februar wird bekannt, daß die neofaschistische „Nationalistische Front" (NF) ein terroristisches „Nationalistisches Einsatzkommando" (NEK) aufgestellt hat. Das NEK soll nach Vorstellungen der NF den „Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen" können. Beim Bundeskriminalamt „wird nach Angaben einer Sprecherin nicht ermittelt". (Berliner Zeitung, 27.2.1992)

Im Februar wurden laut Bundesregierung dem BKA insgesamt 176 fremden-/ausländerfeindlich motivierte Straftaten bekannt, darunter 17 Brandanschläge, 14 Angriffe gegen Personen und 145 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Raubdelikte u.a. Regional verteilen sich diese Straftaten wie folgt:

Länder	Brand-anschläge	Angriffe gegen Personen	sonstige Straftaten
Baden-Württ.	3	1	22
Bayern	1	1	2
Berlin	-	-	-
Brandenburg	1	1	8
Bremen	-	-	-
Hamburg	-	-	-
Hessen	3	-	15
Meck.-Vorp.	-	-	1
Niedersachs.	5	1	24
NRW	2	3	43
Rheinl.-Pfalz	1	3	13
Saarland	-	-	-
Sachsen	-	1	10
Sachsen-Anh.	-	3	2
Schlesw.-Hol.	1	-	3
Thüringen	-	-	2
Gesamt	17	14	145

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke über „Ausländerfeindliche u. rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Februar 1992", Drucksache 12/2441, 14.4.1992)

März 92

1.3. In Frankfurt/Main werden zwei Kurden durch Angestellte gewaltsam am Betreten eines Lokals gehindert. Sie erleiden Nasenbrüche und Blutergüsse. (Konkret 5/92 - Chronologie)

3.3. In Kremmen (Kreis Oranienburg) wird von einer rechtsradikalen Gruppierung ein

send Auswanderer durch eine Menschheit von mindestens ebensoviel Millionen tatsächlich kein Problem ist, sondern eine Miniatur-Angelegenheit. ... Aber trotz allen schlechten Gewissens hat keiner den Willen, es selbst von nun ab anders zu halten".

Keine Frage: Kanzler Kohl hätte gut nach Evian gepaßt mit seiner Litanei, wie viel Deutschland schon für die Flüchtlinge aus aller Welt tue und wie wenig demgegenüber die übrigen europäischen Staaten. Auch die übrigen Argumente, die seinerzeit gegen die „Asylantenflut" angeführt wurden, stecken heute wieder im rhetorischen Köcher der Europäer. Sorgen um die „heimischen Arbeitsplätze", Gefahren für die Staatsfinanzen, Angst vor „Überfremdung" - und schließlich das Argument aller Argumente: Noch mehr Fremde im eigenen Haus stachelten den Fremdenhaß nur noch mehr auf. Dieses Argument richtete sich seinerzeit vor allem gegen Juden und wurde von Politikern benutzt, die ihren eigenen Antisemitismus kaschieren wollten.

Die tatsächliche, hoffnunglose Lage der Flüchtlinge interessierte die etablierte Öffentlichkeit nicht sonderlich. Praktisch alle Regierungen sahen in den Flüchtlingsströmen lediglich ein brisantes innenpolitisches Problem, das man besser vor der Tür hielt. So und nicht anders wurde das Thema in der Öffentlichkeit rezipiert, und es ist kein Wunder, daß 1938/39 die „öffentliche Meinung" vor den Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland oft mehr Angst hatte als vor den Nazis selber. Kurze Beispiele aus der Asylpraxis verschiedener Staaten belegen das vielschichtig.

Schweiz

Auf der Evian-Konferenz hatte der Schweizer Vertreter erklärt: „Angesichts der geografischen Lage, ihrer Überfremdung (!) und der seit Jahren bestehenden Arbeitslosigkeit könne die Schweiz für die Flüchtlinge aus Deutschland nur ein Transitland sein. Sie könne deshalb auf ihrem Gebiet einen Zustrom von Flüchtlingen ohne Kontrolle nicht aufnehmen." Konkret bedeutete das: Ab März 1938 brauchten Österreicher, ab Januar 1939 Deutsche für die Einreise ein Visum. Personen, die ohne Visum an der Grenze erwischt wurden, wurden - notfalls mit Gewalt - zurückgeschickt. In der Regel wurden nur noch Transitvisa erteilt, und zwar dann, wenn eine bezahlte Fahrkarte und ein gültiges französisches Einreisevisum vorlag. Zumeist durfte dann Schweizer Boden gar nicht erst betreten werden.

Gegenüber Juden war die Praxis noch rigider. Das Justiz- und Polizei-Departement hatte in einem (angenommenen) Antrag an den Bundesrat die Marschrichtung genannt: *„Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht berechtigten Boden schaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wenn nötig, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren."* Und so geschah es denn auch. Noch vor Einführung der Visumspflicht einigte sich die Schweiz mit Hitler-Deutschland dahingehend, daß Juden in ihrem Reisepaß ein „J" eingedruckt wurde. Solchen Reisenden wurde die Einreise in die Schweiz verweigert. Juden, so der lakonische Ansatz, seien keine politischen Verfolgten. Die Schweizer Praxis hatte Erfolg: Während der Nazi-Jahre hielten sich in dem kleinen Nachbarstaat nie mehr als 12.000 Emigranten auf. Der Schutz vor Überfremdung war gelungen.

Frankreich

Nach dem Ende der Volksfrontregierung 1938 folgten zahlreiche Versuche, die Einwanderungswelle durch bürokratische Erschwernisse zu stoppen. Die Flüchtlinge mußten eine „Carte d'Identité" beantragen, deren Zuteilung und Verlängerung vom Verhalten der Exilierten bzw. vom Wohlwollen regionaler Bürokraten abhing. Zugleich begann man, zentrale Sammellager zu errichten und den Flüchtlingen die Weiterreise in ein anderes Asylland „nahezulegen". Viele waren von Abschiebung bedroht oder betroffen. Die schikanöse Behandlung sollte den Ausländern klarmachen, daß sie in Frankreich unerwünscht seien. Ein Exildeutscher bemerkte in jenen Tagen des Frühjahrs 1939 in Paris „eine Flut von Pamphleten, von Büchlein und Broschüren gegen Ausländer und Juden, die an allen Zeitungskiosken der Boulevards aushängen".

Belgien

Die Einreise war für Deutsche und Österreicher visumspflichtig; Visa wurden nur in Ausnahmefällen erteilt. Generell herrschte die Furcht (so ein Kommentar), daß „ein vermehrter Zufluß von Juden eine antisemitische Bewegung auslösen könnte". Nach dem „Anschluß" Österreichs und nach den Novemberpogromen wurden die Grenzkontrollen verschärft und illegal Eingereiste teilweise abgeschoben. Im August 1939 wurden 150 Juden, die von der Gestapo über die Grenze getrieben worden waren, von der belgischen Grenzpolizei zurückgejagt.

Niederlande

Bereits im Mai 1938 hatte das Justizministerium in einem Rundschreiben festgelegt: *„Ein Flüchtling wird ab sofort als ein in der niederländischen Gesellschaft unerwünschtes Element betrachtet. Folglich wird ihm die Einreise verweigert. Wird er innerhalb der Grenzen des Landes angetroffen, ist er ohne Verzug über die Grenze zurückzustellen."* Und Ministerpräsident Hendrich Colijn lieferte die bekannte Begründung: *„Würde eine unbegrenzte Anzahl deutscher Juden aufgenommen, so würde sich die Volksmeinung in Holland zuungunsten der Juden entwickeln."*

Die Praxis war danach. Nach der Annexion Österreichs und nach den Novemberpogromen kam es jeweils zu vorübergehenden Grenzschließungen, um die ersten Flüchtlingswellen abzublocken. Im November 1938 wurde eine Flüchtlingsquote festgelegt: 8.000. Darüber hinausgehende Aufenthaltsgenehmigungen wurden vom sozialen Status der Antragsteller abhängig gemacht. Zu Abschiebungen illegal Eingereister kam es in der Praxis nicht automatisch, aber doch in vielen Einzelfällen. In einem Fall sollen sogar 200 Flüchtlinge nach Deutschland ausgeliefert worden sein.

Dänemark

Auch Dänemark wehrte sich nach den Novemberpogromen gegen einen „weiteren Strom von Flüchtlingen". Faktisch waren die Grenzen dicht; Dänemark verstand sich lediglich als Transitland für Flüchtlinge, die Visa für Drittstaaten besaßen. Vereinzelt kam es zu Auslieferungen an Deutschland, insbesondere von Kommunisten.

Schweden

In Schweden herrschte für Deutsche kein Visumszwang, aber ab 9.9.38 die Verfügung: *„Diejenigen Asylsuchenden sind an der Grenze abzuweisen, die weder Unterhaltsgarantien noch Weiterwanderungsmöglichkeiten besitzen".* Ein Kritiker urteilte im Februar 1939 über die schwedische Praxis: *„Viele Schweden erklären sich selbst für frei von Antisemitismus – fürchten aber, diese Krankheit würde sich bei uns ausbreiten, wenn man ein paar Tausend Juden hereinläßt. Gerade diese Furcht bereitet am leichtesten den Weg für den Antisemitismus".*

Großbritannien

Im März 1938 führt GB den Visumzwang gegen deutsche Flüchtlinge ein. Visa, so die Richtlinien, sollen in erster Linie an „distinguished persons" vergeben werden, die einen „asset" (einen „Aktivposten") für GB bedeuteten. Keine Chance dagegen hatten „small shop-keepers or persons likely to seek employement". Im Zuge der Visums-Erteilung, die bis zu einem Jahr dauern konnte und daher in einer akuten Bedrohungssituation gar nicht mehr infrage kam, mußten die Antragsteller u.a. den Nachweis eines gesicherten Lebensunterhalts in GB erbringen. Im November 1938 stellten dennoch täglich 1000 Deutsche Visaanträge; die meisten von ihnen gelangten nicht mehr nach GB. Dennoch herrschte dort eine vergleichsweise großzügige Asylpraxis: Bei Kriegsbeginn befanden sich ca. 50.000 deutsche und österreichische Exilierte in GB.

USA

Noch in den 20er Jahren verfügten die USA über liberale Einwanderungsbestimmungen. Nachdem das Land aber nunmehr ausreichend besiedelt und mit Arbeitskräften versehen war, begann man die Grenzen zu schließen. 1929 wurden Einwanderungsquoten festgelegt (insgesamt 154.000 Einwanderer jährlich, davon 26.000 deutsche), an denen in den Folgejahren starr festgehalten wurde. Die Antragsteller mußten nachweisen, daß sie dem US-Staat nicht „zur Last" fallen würden. Die Versorgung mußte durch Freunde oder Verwandte gewährleistet sein, nicht durch eigene Arbeit (Ausnahme: Wissenschaftler) und auch nicht durch Hilfsorganisationen. Darüber hinaus wurden polizeiliche Führungszeugnisse der Herkunftsländer verlangt, auch von Deutschen, die in einem Transitland ein US-Visum beantragten. Ab 1938 gab es keine Besuchervisa mehr an Juden. Kommunisten war die Einreise eh verboten.

In der amerikanischen Öffentlichkeit kam es zum Teil zu grotesken Diskussionen, in denen Zeitungen und rechte Kongreßabgeordnete gegen den „Mißbrauch der Einwanderungsregeln" hetzten. 70% der Bevölkerung erklärte sich gegen die weitere Auf-

Chronik des Terrors

Flugblatt mit ausländerfeindlichen Parolen an alle Haushalte verteilt. (Konkret 5/92 – Chronologie)

4.3. In Dingolfing ist ein Afrikaner bei einem Brand in einem Asylheim verletzt worden. Die Polizei teilte mit, daß „nach ersten Erkenntnissen" durch einen technischen Defekt das Feuer im Obergeschoß ausbrach. Der Ghanaer, der sich zum Zeitpunkt des Feuers allein in dem von vier Afrikanern bewohnten Zimmer befand, war aus dem Fenster gesprungen. (Neues Deutschland, 6.3.1992)

5.3. In Nörten-Hardenberg (Landkreis Göttingen) bedrohten drei junge Männer, von denen zwei der Skinheadszene zuzurechnen sind, Ausländer mit einem Beil, weil aus deren Wohnung angeblich großer Lärm gekommen sei. Gegen die Nazis wird Anzeige wegen Nötigung und Bedrohung erstattet. (Göttinger Tageblatt, 7.3.1992)

7.3. In Mainz wollten die neofaschistischen Organisationen „Deutsche Alternative" und „Deutsches Hessen" eine Demonstration unter dem Motto „Multikulturell? – Nein danke!" veranstalten. Nach angekündigten antifaschistischen Aktionen wurde die Demonstration der Nazis verboten. Trotz des Verbots rotteten sich 100 Neofaschisten auf einem Ausflugsdampfer zusammen, wo offener Antisemitismus und Rassenhaß gepredigt werden. An einer antifaschistischen Aktion beteiligen sich 600 DemonstrantInnen. (Mainzer Rhein-Zeitung, 9.3.1992)

In Rendsburg stürmt eine größere Gruppe von faschistischen Skins mit Baseballschlägern bewaffnet eine Wohngemeinschaft und verletzt einen 17jährigen schwer. (Antifaschistische Nachrichten 8/1992)

8.3. In Groß Gaglow bei Cottbus wurde nach einem vorwiegend von Skinheads besuchten Konzert ein Passant von sechs Unbekannten angegriffen und ins Gesicht getreten. Die Täter, die von der Polizei unter den Skinheads vermutet werden, flüchteten bei Eintreffen einer Streife. (Berliner Zeitung, 9.3.1992)

Das BKA bestätigt, daß deutsche Neofaschisten am Aufbau einer Söldnertruppe („Schwarze Legion") und an Waffenlieferungen nach Kroatien beteiligt sind. (Neues Deutschland, 9.3.1992)

9.3. In Ahlten (bei Hannover) haben unbekannte Täter einen Brandanschlag auf Asylbewerber aus Vietnam verübt. Nach Auskunft eines Polizeisprechers schleuderten sie in eine als Flüchtlingsunterkunft genutzte Turnhalle einen Molotowcocktail, der zwei Schlafmatrazen in Brand setzte. In der Turnhalle waren sechs Asylsuchende untergebracht, es wurde niemand verletzt. (FR, 10.3.1992)

10.3. In Altwarmbüchen entdeckte ein Taxifahrer an zwei Holzhäusern, in denen 63 Flüchtlinge untergebracht sind, ein Feuer, das um einen Flüssiggastank loderte. Der Taxifahrer konnte das Feuer löschen. Nach Angaben der Polizei hatten unbekannte Täter Brandbeschleuniger über den Hausgastank ausgeschüttet und angezündet. (taz, 11.3.1992)

Chronik des Terrors

11.3. In Kremmen tauchten Handzettel mit ausländerfeindlichen Parolen auf. Der Bürgermeister erstattete Anzeige. (Berliner Zeitung, 14.3.1992)

12.3. In Hamburg werden in einem Ausländerwohnheim Kinderwagen angezündet. Mehrere Bewohner müssen über Feuerleitern gerettet werden. (Bild, 13.3.1992)

13.3. In Leisnig bei Leipzig ziehen maskierte und mit Eisenstangen bewaffnete Skinheads vor einer Asylunterkunft auf. (Neues Deutschland, 20.3.1992)

14.3. In Passau rotteten sich 4.000 Anhänger der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) in der Nibelungenhalle zu einer Kundgebung zusammen. Im Vorfeld nahm die Polizei 83 Personen – vorwiegend AntifaschistInnen – fest. Gegen ca. 6 AntifaschistInnen erging Haftbefehl wegen Landfriedensbruch. (FR, 16.3.1992)

In Gifhorn gedachten auf einer Trauer-Demo 200 AntifaschistInnen dem 23jährigen Matthias Knabe, der einem Skinhead-Überfall zum Opfer gefallen ist. Matthias erlag vor kurzem den schweren Gehirnverletzungen, die er im Mai vergangenen Jahres bei einem Überfall erlitten hatte. Er war damals aus einer Gruppe von 15 an einem Lagerfeuer „feiernden" Skinheads angegriffen worden. Auf der Flucht vor weiteren Schlägen soll er über die Leitplanke einer nahen Bundesstraße gestoßen und von einem Auto erfaßt worden sein. Die Staatsanwaltschaft Hildesheim hat jetzt die zwischenzeitlich bereits eingestellten Ermittlungen gegen die Hauptverdächtigen wiederaufgenommen, da es nunmehr um ein Tötungsdelikt geht. (taz, 17.3.1992)

In Rostock durchsuchten 25 mit Steinen, Baseballschlägern und einer Gasdruckpistole bewaffnete Jugendliche ein Flüchtlingsheim und prügelten einen 18jährigen Rumänen zu Tode. Ein zweiter Flüchtling mußte im Krankenhaus behandelt werden. Bei dem brutalen Verbrechen soll es sich um einen Racheakt nach einer Schlägerei zwischen rumänischen und deutschen Jugendlichen in einer Discothek gehandelt haben. Die Polizei sei zu spät bei dem Heim eingetroffen, weil es angeblich „Probleme mit dem Telefonnetz" gegeben habe. Drei Tatverdächtige konnten festgenommen werden. Die Polizei sieht „keine Hinweise auf politische Hintergründe oder Ausländerfeindlichkeit". (taz und FR, 18.3.1992)

15.3. In Bayreuth wurden bei einer Massenschlägerei zwischen 50 deutschen Anwohnern sogenannter städtischer Verfügungswohnungen und 15 albanischen Flüchtlingen zwei Albaner verletzt. Die Schlägerei wurde mit Zaunlatten, Tischbeien und Würgehölzern ausgetragen. Auch ein 30 Zentimeter langes Schlachtemesser sowie mehrere mit Nägeln bewehrte Axtstiele wurden von der Polizei sichergestellt. Die Polizei nahm 10 Albaner vorläufig fest, obwohl nach ersten Erkenntnissen der Polizei die Anwohner der städtischen Siedlung sich vor den Asylwohnungen „zusammenrotteten". Ein Polizeisprecher: „Die Albaner haben sich mehr oder weniger verteidigt." Trotzdem ermittelt die Kripo gegen alle Beteiligten wegen Landfriedensbruch. (taz, 17.3.1992)

nahme von deutschen Juden; es gab zahlreiche Gesetzesinitiativen zum völligen Einwanderungsstop. Der US-Filmindustrie wurde die „Überflutung durch Refugees" vorgeworfen. Als – in Reaktion auf die Novemberpogrome – die Aufnahme von 20.000 Flüchtlingskindern aus bedrohten deutschen Familien angeregt wurde, fiel der Antrag schon in den Kongreß-Ausschüssen durch. Die New York Herald Tribune kommentierte: *„Die Einreise der Kinder wird bekämpft, als ob es sich um die Invasion eines Feindes handele."*

Die klägliche Einwanderungsquote für deutsche Flüchtlinge – 26.000 jährlich – wird in den meisten Jahren nicht einmal ausgefüllt. Schuld daran sind vor allem bürokratische Schikanen mit Antragsbearbeitungszeiten von bis zu 10 Monaten. Kein Wunder: Die Visa-Abteilung des State-Departements unterstand dem ehemaligen US-Botschafter in Rom, der sich dort offen als Freund der Faschisten gezeigt hatte. Zugleich zeigt die Zahl der Anträge, in welchem Umfang hätte Hilfe geleistet werden können. Allein dem Stuttgarter Konsulat lagen Ende 1938 110.000 Anträge vor – monatlich nur 850 Visa durfte es erteilen. Im Frühjahr 1940 lagen den US-Konsulaten in Deutschland insgesamt 300.000 Anträge vor. All diese Menschen, vor allem Juden, hätten Deutschland verlassen können, denn zu diesem Zeitpunkt setzten die Nazis noch darauf, sich der deutschen Juden durch den Exodus zu entledigen. Doch wer jetzt noch kein Aufnahmeland gefunden hatte, hatte kaum noch eine Chance, den KZ's zu entgehen. Mit einem Federstrich wurde die 300.000-köpfige Warteliste durch die US-Administration gestrichen. Mit Kriegsbeginn hatte nämlich in den USA eine hysterische Angst vor der „5. Kolonne" eingesetzt, die in jedem deutschen Emigrant einen Spion oder Saboteur vermutete. Als besondere Sicherheitsrisiken galten Direkt-Asylanten aus Deutschland. Die Überprüfung dieser Antragsteller wurde daher verschärft. Alte Anträge waren hinfällig; zum Teil wurden sogar erteilte Visa wieder storniert. Als Folge fiel die Ausnutzung der deutschen Visaquote von 95% (1940) über 48% (1941) und 18% (1942) auf 5% (1943 und 1944).

Die Flüchtlinge saßen fest, in Deutschland und in Transitländern, die ihrerseits von deutscher Okkupation bedroht waren. Niemand wollte sie aufnehmen und vor den Nazi-Henkern retten. Bitter notierte ein deutscher Journalist, der in Rom vergeblich nach Ausreisemöglichkeiten gesucht hatte, in seinem Abschiedsbrief: *„Wir alle vier werden heute freiwillig-unfreiwillig sterben. Das tiefe Meer dürfte uns freundlicher aufnehmen als die hohen Regierungen der Länder ringsherum."*

Und hier und heute?

Sicherlich ist die Situation 1938/39 nicht einfach mit der heutigen vergleichbar. Es ging bei den Flüchtlingen zwar um einen großen, aber doch fest definierbaren und überschaubaren Personenkreis, und ihre Bedrohung an Leib und Leben war nicht zu leugnen (auch wenn von Auschwitz noch niemand etwas ahnte). Zugleich aber gibt es eine Vielzahl von Parallelen. Die identischen Argumentationsmuster gegen die „Asylantenflut" damals und heute zeigen, daß diese Muster unabhängig von den jeweiligen konkreten Bedingungen eingesetzt werden. Sie sind weitgehend vorgeschoben, sollen oftmals von anderen innenpolitischen Problemen ablenken und haben einen rassistischen Hintergrund, der sich 1938 vor allem gegen die Juden richtete und heute (in Deutschland) gegen Roma, Kurden und Osteuropäer. Deren verzweifelten Fluchtmotive und ihre oft Monate dauernden, erniedrigenden Fluchtwege interessieren nicht bzw. werden, weil die Menschen unwillkommen sind wie einst die Juden, unter Scheinasylantentum abgehakt. Damals wie heute werden die dümmsten Vorurteile auf sie projeziert: Flüchtlinge verschärfen die ökonomische Krise, nehmen Arbeitsplätze weg, verschärfen die Wohnungsnot. 1940 verdächtigte man sie der Spionage und Sabotage, heute der hohen Kriminalitätsrate.

Parallelitäten finden sich auch in dem Umstand, daß Visumspflicht und diverse Schikanen gegen Flüchtlinge eben dann eingeführt werden, wenn sich deren Lage im Heimatland verschärft. Der Vergleich drängt sich auf: 1938 wurden nach den Novemberpogromen gegen Juden viele Grenzen dichtgemacht; heute, wo es in Rumänien zu pogromartigen Angriffen auf Roma kommt, schließt die Bundesrepublik mit Rumänien ein Abkommen über die beschleunigte Aus- und Abweisung von Roma. Wer kann schon ausschließen, daß ihnen in Rumänien nicht ein ähnliches Schicksal droht wie den Juden dereinst in Deutschland? Auch 1938 waren schließlich die Vergasungsöfen noch nicht gebaut.

Die Argumentation, Wohlstand, innerer Friede und nationale Identität der Deutschen seien durch die Flut von Immigranten gefährdet, hat heute keine höhere moralische Qualität als seinerzeit die identischen Sprüche der Westalliierten gegen Emigranten aus Deutschland. Da zieht auch der Hinweis nicht, die Bundesrepublik habe schließlich in Sachen Asyl schon mehr geleistet als alle anderen europäischen Länder zusammen. Nicht nur, daß Deutschland qua Geschichte dazu verpflichtet ist, mehr zu tun. Vielmehr reflektierte, im lichten Moment der Nachkriegszeit, der liberale Grundgesetzartikel 16 ja gerade die bitteren Erfahrungen, die deutsche Asylsuchende gemacht hatten. Artikel 16 wurde in Abgrenzung zu jenen Regelungen geschaffen, die heute als europäischer Standard und Hort des Augenmaßes gefeiert werden.

Die Lehren aus Krieg und Faschismus sind längst vergessen. 1945 sollte kein Deutscher mehr eine Waffe in die Hand nehmen dürfen, jeder Asylsuchende sollte Asyl erhalten. Ersteres ist schon kaum noch erinnerlich; letzteres dürfte die erste ernsthafte Prüfung kaum überstehen. Wenn es, heute wie 1938, zuviele werden, die Zuflucht brauchen, kriegt der Biedermeier kalte Füße und der Brandstifter reibt sich die Hände warm.

Bernd B.

Die meisten zitierten Fakten sind dem Buch entnommen: Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Band 2: Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis, Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1984

KATHOLIKENPROBLEM LÖSEN

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholiken. Im Gegenteil, jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen. Wir wehren uns nur dagegen, daß wir Norddeutschen durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren.
Leider ist es den meisten Katholiken aufgrund ihrer fundamentalistischen Einstellung bisher nicht gelungen, ihre naturreligiöse Vorstellung von Sexualität, nach der sexuelle Handlungen nur zum Zwecke der Fortpflanzung ausgeübt werden dürfen, abzulegen. Das führt dazu, daß diese Bevölkerungsgruppe, die wir einst als Gäste in unser Land riefen, sich vermehrt wie die Karnickel in der Geest. Sind es nicht jene Katholiken, die durch ihre beharrliche Ablehnung jeder Form von Empfängnisverhütung in erheblichem Umfang zur Verschärfung von Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigetragen haben?
Nach Untersuchungen des Landeskriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,47 Prozent aller bayerischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht schon deutlich, daß der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem Norddeutschland eine Minderheit dar, doch alleine in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22 Prozent erhöht. Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz, ist beredtes Zeugnis einer latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst so weit kommen, daß sich keine norddeutsche Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?
Nach wie vor stehen eine Vielzahl der Rituale im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die katholische Kirche ihren Priestern kategorisch die Eheschließung und Familiengründung. Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es Frauen in der katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden.
Muß es erst so weit kommen, daß der Erzbischof von Köln die Macht an sich reißt, um das Grundgesetz außer Kraft zu setzen und seinen sogenannten Gottesstaat zu errichten?
Besonders besorgniserregend ist für Fachleute die Tatsache, daß zwischen der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1961 und dem Anstieg der Katholikenzahl in Norddeutschland direkte Zusammenhänge vermutet werden können. Hier ruhen sich die Katholiken ganz offensichtlich in der Hängematte unseres Wohlfahrtsstaates aus. Zwar sind wir noch eines der reichsten Länder der Erde, aber wie lange können wir uns diesen Mißbrauch noch leisten?
Bereits jetzt sind die negativen Einflüsse auf die deutsche Wirtschaft erkennbar. Die hohe Anzahl ihrer religiösen Feiertage führt zu Produktionseinbußen in Milliardenhöhe. Dies hat die Konkurrenzfähigkeit zum Beispiel zur japanischen Industrie, in der so gut wie keine Katholiken arbeiten, erheblich beeinträchtigt. Muß die deutsche Wirtschaft erst völlig am Boden liegen, bis die Katholikenflut eingedämmt wird?

Die Katholiken haben ihren eigenen Staat, eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, geschieht das in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Prokopfeinkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen?
Nein, wir können das Katholikenproblem dieser Welt nicht allein lösen, und die zunehmende Katholikenfeindlichkeit in Norddeutschland erfordert sofortiges Eingreifen und Handeln.
Wir schlagen deshalb vor:
- Abweisung aller Katholiken an der Grenze Norddeutschlands
- Sofortige Abschiebung aller kriminellen Katholiken in den Vatikan
- Erteilung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung nur bei Nachweis eines Arbeitsplatzes
- Ausweisung aller Katholiken bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit
- Unterbringung aller Katholiken in Gemeinschaftsunterkünften
- Ausweisung der Katholiken bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten.

Das Boot ist voll! Stoppt die Katholikenflut!

Flugblatt aus Norddeutschland, Sept. '92

CHRONIK DES TERRORS

In Essen verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein noch im Bau befindliches Wohnheim für Asylsuchende. Es entstand ein Sachschaden von rund 10.000 Mark. (FR, 17.3.1992)

18.3. In Eilenburg bei Leipzig haben 30 Neofaschisten ein Asylbewerberheim überfallen. Die Neofaschisten warfen Brandflaschen gegen ein vor dem Haus abgestellten PKW und gegen einen Streifenwagen. Etwa 100 Polizeibeamte seien im Einsatz gewesen. Elf Personen wurden vorläufig festgenommen. (Neues Deutschland, 20.3.1992)

19.3. In Flensburg hat ein 21 Jahre alter Skinhead einen Obdachlosen zusammengeschlagen und in das Hafenbecken gestoßen. Der Obdachlose ertrank. Das Opfer hatte mit dem Skinhead zuvor heftig über dessen politische Ansichten gestritten. (FR, 20.3.1992)

21.3. In Leipzig rotteten sich 500 Neofaschisten zu einer Demonstration gegen Drogendealer und Ausländer zusammen. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) und die „Nationale Liste" (NL). Redner forderten, die „Ausländer aus Deutschland hinauszuwerfen", um das Drogenproblem zu lösen. Die Ansprachen wurden von „Sieg Heil"-Rufen begleitet. Die Polizei schritt gegen die Neofaschisten nicht ein, dafür aber mit brutaler Härte gegen 2500 antifaschistische GegendemonstrantInnen. 67 AntifaschistInnen wurden festgenommen, die Zahl der Verletzten wurde nicht bekannt. Die Polizei leitete 15 Ermittlungsverfahren ein. (FR, taz, Neues Deutschland, 23.3.1992)

In Itzehoe überfielen Skinheads eine Gastwirtschaft und schlugen die Fensterscheiben ein. Eine Frau wurde leicht verletzt. Etwa 80 bis 100 Skinheads hatten sich in Itzehoe versammelt. Sie hatten angekündigt in einer Racheaktion drei Gastwirtschaften in Brand zu stecken. Die Polizei konnte acht Skinheads festnehmen. (taz, 23.3.1992)

In Frankfurt/Oder zerschlitzten Zöllner in einem polnischen Reisebus Sitzpolster. Dem protestierenden Busfahrer wurde geantwortet: „Wenn Ihnen das nicht gefällt, fahren sie doch nach Polen zurück." Der diensthabende Zolleiter soll sich geweigert haben, den Schaden anzusehen. Wenige Tage später mußte sich die Präsidentin der Oberfinanzdirektion für das Verhalten der Beamten beim polnischen Botschafter entschuldigen. (Berliner Zeitung, 23. 3.1992 und 25.3.1992).

22.3. In Drebkau (Landkreis Cottbus) verwüsteten 30 bis 40 Neofaschisten das Heim für Asylsuchende. Vor dem Angriff marschierten die Neofaschisten durch die Stadt, riefen ausländerfeindliche Parolen und schossen mit Schreckschußpistolen. Die Nazis zerschlugen Fensterscheiben und Türen der Unterkunftsbaracke, drangen in die Räume, überraschten die BewohnerInnen im Schlaf und demolierten Mobiliar. Die Bewohner wehrten sich. Beim Eintreffen der Polizei waren die Nazis bereits geflüchtet. (Neues Deutschland und taz, 23.3.92)

In Buxtehude nahm die Polizei zwei Skin-

Chronik des Terrors

heads unter dem Verdacht des Todschlags fest. Die beiden 19 und 25 Jahre alten Männer sollen aus Wut einen Mann erschlagen haben, der ihnen gegenüber Adolf Hitler als großen Verbrecher bezeichnet hatte. Der jüngere Skinhead soll die Tat bereits gestanden haben. (FR, 24.3.1992)

23.3. In Senftenberg werden abermals Grabstellen sowjetischer Soldaten geschändet. (Neues Deutschland, 24.3.1992)

28.3. In Worms haben zwei Jugendliche mit Naziabzeichen einen jungen Türken auf offener Straße niedergestochen. Der 15jährige mußte schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. (taz, 30.3.1992)

29.3. In Leipzig überfielen rund 30 neofaschistische Schläger das besetzte Haus in der Sternwartenstraße und steckten es in Brand. Die BewohnerInnen flüchteten auf das Dach, wo sie von der Feuerwehr gerettet werden konnten. Das Haus und mehrere abgestellte Autos wurden durch das Feuer zerstört. (Leipziger Volkszeitung, 7.4.1992)

30.3. In Leipzig beschiessen Neofaschisten BewohnerInnen der Sternwartenstraße mit Leuchtpistolen, die gerade aus den Brandtrümmern des von Nazis abgefackelten Hauses ihre Habseligkeiten suchen. (Leipziger Volkszeitung, 7.4.1992)

31.3. Ein tschechischer Reisebus wird auf der Autobahn München-Degendorf aus einem grauen Opel Omega Caravan heraus beschossen. Die Spurensicherung stellt elf Einschüsse fest. Die Insassen des Busses hatten von den Schüssen nichts bemerkt. (Konkret 5/92 – Chronologie)

Ende März Schwere Mißhandlungen von Asylbewerbern hat das ARD-Fernsehmagazin „Monitor" Beamten eines Bremer Polizeireviers vorgeworfen. In dem Bericht kamen u.a. ein Kurde und Schwarzafrikaner zu Wort, die über Tritte in die Nieren, Elektroschocks an verschiedenen Körperteilen, Schlägen mit Stöcken und Fäusten dowie Mißhandlung mit Tränengas in verschlossenen Zellen klagten. Die Bremer Generalstaatsanwaltschaft ermittelt.

Die Gewalt gegen Ausländer in Deutschland wächst. Laut Angaben des BKA wurden in den ersten drei Monaten 600 ausländerfeindliche Straftaten verübt – das sind 400 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1991. Motiv ist nach der BKA-„Analyse" in den meisten Fällen „eine diffuse Fremdenfeindlichkeit" – eine „rechtsextreme Steuerung sei nicht erkennbar". (FR, 6.4.1992)

Nach Angaben des jüngsten Verfassungsschutzberichts wurden 1991 in Baden-Württemberg 341 „fremdenfeindliche Straftaten" verübt, darunter 30 Brandanschläge und 27 „Straftaten gegen das Leben". Aufgeklärt wurden bisher 48 Taten.

Im März wurden laut Bundesregierung dem BKA insgesamt 141 fremden-/ausländerfeindliche Straftaten bekannt, darunter 20 Brandanschläge, 14 Angriffe gegen Personen und 107 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Raubdelikte u.a.). Regional verteilen sich die Straftaten wie folgt:

1392 – 1992: von Sinti und Ro

„Bevorzugte Ziele der Bettel-Zigeuner in Hannovers City sind auch Straßen-Cafés oder Restaurants, die Tische oder Stühle vor die Tür gestellt haben". „Die aggressive Bettelei der Zigeuner hat auch auf die Markthalle übergegriffen" ... „Zugleich häuften sich Diebstahl und Betrügereien" ... Zeitungs-Zitate aus dem Herbst 1992. Genau 600 Jahre, nachdem die „Zigeuner" – das Wort provoziert geradezu Assoziationen an „Ziehende Gauner"- in Deutschland erstmals urkundlich erwähnt wurden, haben in Norddeutschland vor allem die Hannoversche Allgemeine Zeitung, die Springer-Blätter BILD und Welt und der Göttinger Extra-Tip eine regelrechte Hetz-Kampagne gegen diese Volksgruppe entfacht.

Erst seit wenigen Jahren haben sich in einer breiteren Öffentlichkeit die Bezeichnungen „Rom" bzw. als Plural „Roma" durchgesetzt – Begriffe aus dem „Romanes", der traditionellen Sprache dieser Volksgruppe, die sich aus dem indischen Sankskrit entwickelt hat. Das Volk der Roma besteht aus zahlreichen verschiedenen Gruppen; eine davon sind die „Sinti". Die ursprüngliche Heimat der Roma ist der Punjab im Nordwesten Indiens. Seit dem 8. und 9. Jahrhundert zogen sie, zunächst in kleineren Gruppen, nach Westen. Ihr langer Marsch führte über Pakistan, Persien, die Türkei und den Balkan nach Europa. Die ersten Züge erreichten im 14. Jahrhundert Deutschland, die erste urkundliche Erwähnung der Roma datiert aus dem Jahr 1392 im Raum Hildesheim. Ihren Lebensunterhalt verdienten die Roma vor allem mit handwerklichen Tätigkeiten – als Schmiede, Werkzeugmacher, Kesselflicker, Scherenschleifer, Korbflechter, aber auch als Pferdehändler.

Schon damals erließen nahezu sämtliche europäischen Regierungen roma-feindliche Gesetze. Die Polizei- und Landesverordnungen für Thüringen, Sachsen und Meißen sahen zum Beispiel vor, den Roma und Sinti Hab' und Gut wegzunehmen und sie selbst „samt Weib und Kind außer Landes" zu treiben. Aus dem Jahr 1725 ist ein Erlaß des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I bekannt, nach dem alle Zigeuner, die älter als acht Jahre waren, ohne Gerichtsverfahren am Galgen aufgehängt werden sollten. Bis zum 18. Jahrhundert wurden die Roma in sämtlichen deutschen Ländern für vogelfrei erklärt.

Mit der Aufklärung änderten sich die Methoden der Unterdrückung. Durch den Zwang zur Assimilation und entsprechende Gesetze – Sprachverbot, Zwangsehen mit Nicht-Roma, Wegnehmen der Kinder – versuchten die Machthaber, die Roma ihrer ethnischen Identität zu berauben. Mitte des 19. Jahrhunderte begannen die deutschen Behörden mit der vollständigen Erfassung und Registrierung aller Roma-Familien; ähnliche Verordnungen erließen die skandinavischen Länder, Frankreich und Ungarn. Weil sie im Grunde nirgendwo geduldet waren, wurde das Reisen zur Überlebensstrategie der Roma.

Chronologie des Völkermords (1931 bis 1940)

1931
Beginn der Erhebungen über die beiden "außereuropäischen Fremdrassen" in Deutschland (Juden und "Zigeuner") durch die "NS-Auskunftei" des "SD des Reichsführers SS" in München.

1933
Forderung des "Rasse- und Siedlungsamtes" der SS in Berlin, die "Zigeuner und Zigeunermischlinge" zu sterilisieren.

15. September 1935
Verkündung der "Nürnberger Rassegesetze". Die juristischen Kommentare 1936:" Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur die Juden und Zigeuner". Die Heirat von Sinti mit Nicht-Sinti wird verboten.

November 1936
Einrichtung des "Rassehygieneinstituts" unter Leitung von Dr. Robert Ritter im Reichsinnenministerium.

1937 und 1938
Berufsverbote für Selbständige und Beamte. Auflage der "Rassensondersteuer" bei der Lohnsteuer, "da die Zigeuner gewisse rassische Ähnlichkeiten mit den Juden aufweisen" (Parteikanzlei der NSDAP).

13. - 18. Juni 1938
Verstärkte Deportationen nach dem Kriterium " Zigeuner, männlich, erwachsen und standesamtlich nicht verheiratet" in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und später auch Mauthausen.

August 1938
Himmlers "Rassenforscher" Dr. Adolf Würth: "Die Zigeunerfrage ist uns heute in erster Linie eine Rassenfrage. Sowie der nationalsozialistische Staat die Judenfrage gelöst hat, so wird er auch die Zigeunerfrage grundsätzlich regeln müssen."

1. Oktober 1938
Übernahme der NS-"Zigeunerpolizeistelle" München in das Reichskriminalpolizeiamt (ab 27.9.1939 Amt V des Reichssicherheitsheuptamtes, RSHA) unter Leitung von SS-Oberführer Arthur Nebe, dem nun auch Ritter untersteht. Die Deportation der Juden und "Zigeuner" führt Adolf Eichmann im Amt IV, B24 durch. Die Gestapo zieht das bei den Deportationen geraubte Vermögen der Sinti und Roma ein.

8. Dezember 1938
Himmerlers "Runderlaß": Es sei "die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus in Angriff zu nehmen". Die "Feststellung" der "Zigeuner"-Zugehörigkeit treffe das RSHA aufgrund Ritters "Rassegutachten".

21. September 1939
Besprechung des Amtschefs der Sicherheitspolizei und der Leiter der Einsatzgruppen unter Vorsitz Heydrichs zur Vorbereitung der Deportation der "restlichen 30 000 Zigeuner" aus dem Reichsgebiet nach Polen.

16. Oktober 1939
Der "SD Donau" teilt SS-Oberführer Nebe mit, dem ersten am 20. Oktober 1939 von Wien abgehenden "Judentransport können drei bis vier Waggons Zigeuner angehängt werden."

17. Oktober 1939
Himmlers "Festschreibungserlaß". Die dem Reichssicherheitshauptamt unterstellten 21 "Zigeunerleitstellen" von Königsberg, Prag, Wien, München bis Hamburg haben KZ-ähnliche Sammellager zur Vorbereitung der Abtransporte in die Vernichtungslager einzurichten.

30. Januar 1940
Konferenz Heydrichs mit SS-Führern zur Deportation von "sämtlichen Juden der neuen Ostgaue und 30 000 Zigeunern aus dem Reichsgebiet und der Ostmark als letzte Massenbewegung in das Generalgouvernement".

16. Mai 1940
Verhaftungen und erste Deportationen ganzer Familien. Die Deportationszüge mit 2 800 deutschen Sinti und Roma in das "Generalgouvernement" gehen im Mai von Hamburg, Köln und Hohenasperg bei Stuttgart ab.

VERFOLGUNG MA HAT TRADITION

Roma-Verfolgung bei den Nazis...
Höhepunkt der menschenverachtenden Behandlung, die den Roma und Sinti in Europa widerfuhr, war ihre Verfolgung und Vernichtung durch den Hitler-Faschismus.

Chronologie des Völkermords (1940 bis 1945)

1940
Im KZ Lackenbach südlich von Wien ermordete Sinti und Roma werden auf dem jüdischen Friedhof in Massengräbern beerdigt, die anderen 1941 über das Ghetto von Lodz in das Vernichtungslager Kulmhof deportiert.

7.August 1941
Erlaß Himmlers: Für weitere KZ-Deportationen deutscher Sinti und Roma "entscheidet das Reichskriminalpolizeiamt aufgrund eines Rassegutachtens". Das "Rassehygieneinstitut" erstellt bis Ende 1944 rund 24 000 "Gutachten".

10.Oktober 1941
Besprechung "über die Lösung der Judenfrage" und "die zu evakuierenden Zigeuner" im Protektorat Böhmen und Mähren mit den SS-Führern Heydrich, Frank, Eichmann und Günther.

Januar 1942
5 000 Sinti und Roma aus dem Ghetto von Lodz werden im Vernichtungslager Kulmhof in Vergasungswagen ermordet. Alle ostpreußischen Sinti-und Romafamilien, meist Bauern mit Höfen und Vieh, werden in das KZ Bialystok und von dort 1943 nach Auschwitz deportiert.

7.Juli 1942
Der Reichskommissar für das Ostland über die "Zigeuner": "Ich bestimme, daß sie in der Behandlung den Juden gleichgestellt werden."

29.August 1942
Aufzeichnung der deutschen Militärverwaltung in Serbien: Dort sei mit Hilfe von Vergasungswagen die "Judenfrage und die Zigeunerfrage gelöst".

18.September 1942
Vereinbarung zwischen Reichsjustizminister Thierack und Himmler: Das Programm des Reichsführers SS zur "Vernichtung durch Arbeit" betrifft neben Juden, Russen, Ukrainern und anderen auch die "Zigeuner".

16.Dezember 1942
Himmlers "Auschwitz-Erlaß" für die Deportationen von 22 000 Sinti und Roma aus Europa, davon die letzten 10 000 aus dem Reichsgebiet, in den als "Zigeunerlager" bezeichneten Abschnitt des KZ Auschwitz-Birkenau ab März 1943.

Mai 1943
Dr.Josef Mengele wird SS-Lagerarzt von Auschwitz. Als erstes schickt er mehrere hundert Sinti und Roma ins Gas. Seine von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Kaiser-Wilhelm-Institut geförderte "Zwillingsforschung" setzt er durch Tötung von Juden- und Sinti-Kindern fort.

2.August 1944
Auflösung des "Zigeunerlagers" in Auschwitz-Birkenau. Von den im Juli 1944 noch lebenden 6000 Sinti und Roma werden 3000 in andere Konzentrationslager deportiert, die anderen 3000 in der Nacht auf den 3.August ermordet.

Mai 1945
Die Zahl der in Europa bis Kriegsende in Konzentrationslagern und von SS-Einsatzgruppen ermordeten Roma und Sinti wird auf eine halbe Million geschätzt. Von den durch die Nazis erfaßten 40 000 deutschen und österreichischen Sinti und Roma wurden über 25 000 ermordet.

15.September 1947
SS-Einsatzgruppenleiter Otto Ohlendorf im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zur Vernichtung Zehntausender "Zigeuner" hinter der Ostfront: "Es bestand kein Unterschied zwischen den Zigeunern und Juden, für beide galt damals der gleiche Befehl."

Mehr als eine halbe Million „Zigeuner", unter ihnen zehntausende Kinder, wurden in den Konzentrationslagern zu Tode gequält. Bereits zu Beginn der 30er Jahre waren fast alle Angehörigen dieser Volksgruppe in sog. „Zigeunerlagern" zusammengepfercht worden. 1939 erschien Himmlers Erlaß zur „Bekämpfung der Zigeunerplage", der zum Ziel hatte, „die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen." 1942 ordneten die führenden Nationalsozialisten dann die Deportation aller „zigeunerischen Personen" in die polnischen Todeslager und damit ihre Ermordung an. Tatsächlich waren aber schon Anfang 1940 erste Überführungen von Sinti und Roma aus verschiedenen grenznahen Regionen in das „Generalgouvernment" Polen erfolgt.
Der Nazi-Völkermord an den Roma und Sinti, den Himmler und die NS-Politik dem gesamten Volk zugedacht hatten, blieb auch nach dem Untergang des „Dritten Reiches" weitgehend unbekannt. Während es in Deutschland und Europa mehr oder weniger gelang, die NS-Verbrechen und den am jüdischen Volk begangenen Holocaust in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurde die Unterdrückung der Roma und Sinti unterschlagen.

...und heute

Schlimmer noch, die Diskriminierung ging weiter. So richtete das Land Bayern nach dem Krieg als Nachfolge-Institution der NS-„Zigeunerzentrale" eine „Landfahrerzentrale" ein, die bis 1970 mit den Akten der NS-Zigeunerzentrale operierte. In Hessen und Hamburg erließen die Behörden Verordnungen, welche die Grundrechte dieser Volksgruppe praktisch außer Kraft setzten. Zahlreichen Sinti und Roma wurde die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen, die meisten von ihnen so um die Wiedergutmachungshilfen betrogen. Noch 1956 leugnete der Bundesgerichtshof die „Zigeuner"-Verfolgung während des Faschismus.
Auch im Alltag blieben Sinti und Roma ständigen Repressionen ausgesetzt. So verwehrten Gemeindeverwaltungen und die Polizei ihnen mit Schildern und Sonder-Erlassen den Zugang zu Campingplatzen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker fand heraus, daß Familien von KZ-Opfern häufig „in Baracken und in die Nähe von Schutthalden, Kläranlagen, Gleisdreicken und Autbahnkreuzen abgedrängt" wurden. Für die Polizei war damit die Überwachung gesichert.
In enger geistiger Nähe zu den nationalsozialistischen „Zigeunerforschern" Ritter und Justin, die für den Völkermord mitverantwortlich waren, etablierte sich in der BRD als anerkannter „Zigeunerfachmann" Dr. Hermann Arnold. Er verstand sich selbst

CHRONIK DES TERRORS

Länder	Brand-anschläge	Angriffe gegen Personen	sonstige Straftaten
Baden-Würt.	3	1	24
Bayern	-	-	4
Berlin	-	-	-
Brandenburg	2	-	3
Bremen	-	-	-
Hamburg	-	-	1
Hessen	-	3	9
Meck.-Vorp.	1	2	3
Niedersachs.	4	-	13
NRW	4	-	34
Rheinl.-Pfalz	1	4	8
Saarland	-	-	-
Sachsen	2	2	3
Sach.-Anhalt	2	2	-
Schlesw.-Hol.	1	-	4
Thüringen	-	-	1
Gesamt	20	14	107

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke über „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im März 1992", Drucksache 12/2439, 13.4.1992)

April 92

Anfang April In Eberswalde zertrümmern Skinheads die Wohnungseinrichtung einer Deutschen, die mit einem Schwarzen zusammenlebt. (taz, 23.4.1992)

2.4. Im Hugener Ortsteil Inheiden (Landkreis Gießen) verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine zweigeschossige Unterkunft für AsylbewerberInnen. Eine mit Benzin gefüllte Bierflasche wurde durch das geschlossene Fenster in den Aufenthaltsraum des Wohnheimes geworfen. Der Brand konnte von den Bewohnern rasch gelöscht werden. Von den 35 Asylsuchenden wurde niemand verletzt. Es entstand geringer Sachschaden. (FR, 3.4.1992)

3.4. In Potsdam überfielen vier bis fünf Skinheads einen kubanischen Staatsbürger, schlugen ihn zu Boden und traten auf ihn ein. Das Opfer mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei nahm drei Tatverdächtige fest. (FR, 7.4.1992)

4.4. Im Bahnhof von Jena stürmte eine Gruppe von 20 Skinheads den Waggon eines Personenzuges und schlug mit Baseballschlägern und Eisenstangen auf eine Frau und einen Mann ein. Die Frau mußte mit Platzwunden am Kopf und Nierenprellungen ins Krankenhaus gebracht werden. (Neues Deutschland, 6.4.192)

In Erfurt warfen drei Skinheads einen Brandsatz unter das Auto eines Vietnamesen. Der Wagen brannte völlig aus. Von den Tätern fehlt jede Spur. (Neues Deutschland, 6.4.1992)

In Jena warfen Skinheads auf einer Tankstelle die Scheibe eines Autos ein und demolierten es. Der Fahrer aus Libyen blieb unverletzt. (taz, 6.4.1992)

Rund 800 Neofaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten in Dresden gegen den Freispruch der beiden Bordellbetreiber, die den Dresdner Neonazi-Chef Rainer Sonntag in Notwehr erschossen hatten. Die Polizei eskortierte zurückhaltend den genehmigten Nazi-Aufmarsch.

CHRONIK DES TERRORS

Weder gegen „Sieg-Heil"-Rufe noch gegen die Aufforderung, die freigesprochenen Bordellbesitzer „zur Strecke zu bringen" bewegte die Polizei zum Einschreiten. (Neues Deutschland, taz, FR, 6.4.1992)

Bei einem Feuer in einem Asylbewerberheim in Steinfurt bei Münster kam ein 45-jähriger Deutscher ums Leben. Sechs Mitglieder einer tamilischen Familie, die aus dem zweiten Stockwerk des brennenden Gebäudes gesprungen waren, kamen mit Verletzungen ins Krankenhaus. Die Ursache des Brandes ist unklar. (Welt und Neues Deutschland, 6.4.1992)

Bei einem Feuer in einem Wohnhaus im saarländischen Neunkirchen starben neun Menschen, darunter eine kroatische Familie mit drei Kindern. Die Brandursache war noch nicht geklärt, ein Anschlag auf das Haus, in dem Kroaten und Deutsche wohnten könne aber nach Auskunft der Polizei ausgeschlossen werden. (Welt, 6.4.1992)

5.4. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erhalten die rechtsextremen REPs 10,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zusammen mit der NPD und der Deutschen Liga kamen die neofaschistischen Parteien über 12 Prozent. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zog die neofaschistische DVU mit 6,3 Prozent in den Landtag ein. Die REPs erhielten hier 1,2 Prozent.

6.4. In Brandenburg wird die Leiche eines bulgarischen Asylbewerbers gefunden, der offenbar schon seit Ende März erstochen in einem Waldstück lag. Nach Mitteilung der Polizei wurde der Mann Opfer eines Verbrechens. (Konkret 7/92 – Chronologie)

7.4. In Frankfurt/Main wird ein Brandanschlag auf eine von Iranern betriebene Bäckerei verübt. (Konkret 7/92 – Chronologie)

8.4. In Dresden hatte der sächsische Justizminister unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschneiden der neofaschistischen Parteien bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein vor der „Fülle der Ausländer" und einer „Überfremdung" gewarnt und die „Bewahrung deutscher Identität" gefordert. (taz, 9.4.1992) Im gleichen Zusammenhang forderte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Erich Riedl (CSU) in München, daß der Süden Münchens „ab sofort zur asylantenfreien Zone erklärt werden müsse". (FR, 10.4.1992)

Am ersten Jahrestag des visafreien Reiseverkehrs zwischen Deutschland und Polen randalierten 50 Neofaschisten am Grenzübergang in Frankfurt/Oder. Anschließend zogen die Neofaschisten unter Parolen „Polen raus" und „Deutschland den Deutschen" durch die Stadt, wo ein Skinhead ein polnisches Auto anhielt und die Scheinwerfer eintrat. Die Polizei nahm 14 Personen fest. (Neues Deutschland und taz, 10.4.1992)

9.4. Ein noch nicht bezogenes Heim für AsylbewerberInnen ist in Ingolstadt von einem Feuer zerstört worden. Nach Angaben der Polizei liegt allem Anschein nach Brandstiftung vor. Die Unterkunft samt Inneneinrichtung wurde vernichtet. Der Schaden

FORTSETZUNG SINTI UND ROMA

als „Rassenhygieniker" und „Eugeniker" und war als langjähriger Berater sowohl der katholischen „Zigeunerseelsorge" und des Caritas-Verbandes als später auch des Bundesinnen- und Bundesfamilienministeriums tätig.
1979 veranstaltete der „Verband Deutscher Sinti" im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen die erste internationale Gedenkkundgebung und trat mit einem Forderungskatalog an die Bundesregierung und die Länderregierungen: Öffentliche Anerkennung und ein Bedauern des Völkermordes durch den Bundeskanzler, Auflösung der Barackenunterkünfte, Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten, Einbürgerung der seit Generationen in Deutschland lebenden Roma und Sinti, Rentenregelung für die noch lebenden NS-Opfer, Anerkennung als ethnische Minderheit sowie ein Ende der polizeilichen und behördlichen Verfolgung. 1982 schlossen sich sämtliche Verbände zum „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma" zusammen, und im selben Jahr erkannten Bundeskanzler Helmut Schmidt und der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl den Völkermord öffentlich an.
In der Bundesrepublik leben heute etwa 40.000 Sinti und 80.000 Roma. Von einer wirklichen Gleichberechtigung sind diese Volksgruppen allerdings immer noch weit entfernt. Nur ein Teil der rund 20.000 deutschen und – nach Aberkennung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft – staatenlosen Roma ist beruflich und sozial einigermaßne abgesichert. Von den ausländischen Roma und Sinti verfügen nur diejenigen, die Anfang der siebziger Jahre als Gastarbeiter aus Jugoslawien in die Bundesrepublik kamen, über eine Arbeits- und Aufenthaltberechtigung. Die große Mehrheit der hier lebenden ausländischen Roma sind Flüchtlinge. Ihre Asylanträge werden in aller Regel abgelehnt, das zuständige Bundesamt will eine „Gruppenverfolgung" bislang nicht erkennen. In der Öffentlichkeit werden den Roma ohnehin meist wirtschaftliche Fluchtmotive untergeschoben. Dabei werden Erkenntnisse von Menschenrechtsorganisationen ignoriert, nach denen osteuropäische Roma – vor allem in Rumänien und in den Republiken des zerfallenden Jugoslawien – nach wie vor von regelrechten Pogromen betroffen sind.

Roma in Jugoslawien

In den Republiken des zerfallenen Jugoslawien werden die Roma bis heute nicht als nationale Minderheit anerkannt. Sie sind im öffentlichen und politischen Leben ebenso benachteiligt wie im Alltag. Die meisten von ihnen hausen am Rand der größeren Städte, meistens ohne Zugang zu fließendem Wasser, Kanalisation und elektrischem Strom. Medizinische und soziale Versorgung ist praktisch nicht gewährleistet, Drangsalierungen durch die Behörden und die Polizei sind an der Tagesordnung. Roma haben in den ehemals jugoslawischen Republiken kaum Chancen auf eine geregelte Berufsausbildung, den meisten Kindern wird der Schulbesuch verwehrt.

RADOM

Bericht von der Erschießung der Sinti in der Nähe von Radom:

"Es waren dorthin viele Sinti verschleppt worden, die auf den Straßen, auf Flugplätzen, in den Munitionsfabriken arbeiten mußten - ich nenne die Namen: Winterstein, Weiß, Wagner, Eckstein, Reinhardt und viele andere.

Eines Tages, im März 1943, kam der Befehl von der SS. Viele Sinti - Frauen, Kinder, Männer, Junge und Ältere - mußten in das Gestapo-Gefängnis und wurden später in Autos verladen. Außerhalb der Stadt mußten sie ihre Gräber machen. Und die SS stand schußbereit.

Meine Verwandten waren dabei, eine Kusine und ein blindes Mädchen, ein junges Mädchen von der Familie Weiß und ein Bruder vom alten Winterstein, dem Geigenbauer, der war noch ein junger Mann mit seiner Frau, und viele, viele andere Familien: Adel, Reinhardt, Winter... Die mußten ihre Gräber machen.

Danach wurde angelegt. Sie wurden erschossen.

Sie waren nicht alle gleich tot. Viele haben noch gelebt und um ihr Leben gekämpft - aber sie waren schon zugeschüttet.

Ein großes Geschrei hörten die Polen da in der umliegenden Gegend und den Dörfern."

Richard Reinhardt

Roma in Rumänien

In Rumänien lebt die größte Gruppe der osteuropäischen Roma. Bis zum Sturz Ceaucescus wurden sie nicht als nationale Minderheit anerkannt. Nach dem Umsturz durften die Roma erstmals eigene kulturelle Einrichtungen gründen, Zeitungen in Romanes herausgeben und sich in beschränktem Umfang politisch organisieren. Bei den Wahlen im Mai 1991 konnte ein Vertreter der Internationalen Roma-Union als Abgeordneter in das neue Parlament einziehen. Seitdem hat sich, verursacht vor allem durch das Aufbranden nationaler Konflikte, die Lage der Roma aber wieder dramatisch verschlechtert. Gewalttätige Übergriffe nehmen ständig zu; allein seit Mitte 1991 sind 18 progromartige Ausschreitungen gegen Roma aus rumänischen Städten und Dörfern dokumentiert. Mehrere deutsche Verwaltungsgerichte haben deshalb inzwischen eine „Gruppenverfolgung" der Roma und Sinti in Rumänien konstatiert. Die Polizei ist bestenfalls überfordert, oft unterstützt sie die Progrome aber tatkräftig.

Roma in den übrigen osteuropäischen Staaten

In fast allen osteuropäischen Ländern stellen die Roma zahlenmäßig starke Minderheiten dar: In Rußland, in Ungarn, der Tschechoslowakei und Bulgarien leben jeweils etwa 800.000 Roma, in Polen rund 50.000. Politisch angemessen repräsentiert sind sie allerdings nirgendwo. Aus Ungarn und der Tschechoslowakei wurden in den letzten Monaten immer wieder gewalttätige Übergriffe von Skinheads auf Roma gemeldet. R.

ANZEIGE

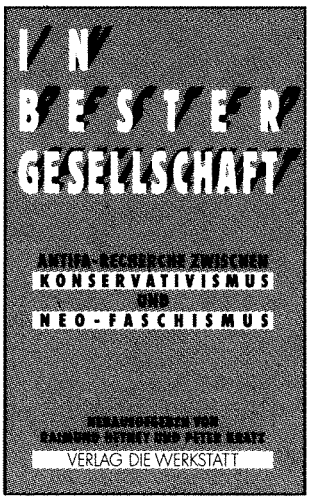
Materialien gegen Rassismus und Neofaschismus

KALENDER '93 GEGEN DEN STROM

Dieser seit nunmehr acht Jahren erscheinende Taschenkalender wird von der Göttinger Redaktion der atom herausgegeben. Er enthält Materialien, Infos und Adressen zu den Themen: Anti-Atom, Antifa, Repression, Internationalismus. Außerdem: Kalendarium mit historischen »Bewegungsdaten«, Terminplaner, Ferientermine, Jahresübersicht etc.

256 Seiten A6, mit Lesebändchen
ISBN 3-923478-62-3. Preis: 12,– DM

IN BESTER GESELLSCHAFT. ANTIFA-RECHERCHE ZWISCHEN KONSERVATIVISMUS UND NEOFASCHISMUS



Das Buch enthält wichtige Beiträge über die Grauzone zwischen etablierten Konservativen, Neurechten und Neonazis. Untersucht werden u.a. so honorige Vereine wie die Siemens-Stiftung, die Humboldt-Gesellschaft, die Liga für das Kind, diverse Ökofaschistische Gruppen und New Ager. Außerdem ein Beitrag über Regionalismus-Konzepte und den Begriff Heimat.

304 Seiten, Paperback.
ISBN 3-923478-46-1. Preis: DM 28,–

AUFKLEBER & ANSTECKER GEGEN DEN RASSISMUS

Diverse Motive gegen den Neofaschismus und Rassismus, aber auch zu: Anti-Atom, Ökologie, Verkehr, Repression, Internationalismus, Frauenpolitik etc. Bitte den Gesamtkatalog anfordern!

VERLAG DIE WERKSTATT

Lotzestr. 24a · 3400 Göttingen · Direktbestellungen oder über den Buchhandel

Chronik des Terrors

wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. (Welt 10.4.1992)

10.4. Vor dem Ausländerheim in Bad Langensalza rotteten sich ca. 10 Neofaschisten unter ausländerfeindlichen Parolen zusammen. Gegen die Tür des Hauses wurde eine Brandflasche sowie eine Eisenkugel geworfen. (Neues Deutschland, 13.4.1992)

11.4. Im brandenburgischen Treuenbrietzen (Kreis Luckenwalde) überfielen 15 Vermummte ein Heim für Asylsuchende. Die Täter zerschlugen Fensterscheiben, die Eingangstür und demolierten einen PKW. Die Polizei konnte nur zwei Verdächtige ermitteln. (Neues Deutschland und taz, 13.4.1992)

In Hoyerswerda schlugen Neofaschisten die Fensterscheiben des Jugendclub „Linksabbieger" ein. (Neues Deutschland, 13.4.1992)

In Weißenfels überfielen ca. 15 Neofaschisten ein Wohnhaus mocambiquanischer Arbeiter. Sie bewarfen das Haus mit Pflastersteinen und Bierflaschen und demolierten in den drei Etagen Inneneinrichtungen. Die Polizei stellte von mehreren Neofaschisten die Personalien fest. (Neues Deutschland, 13.4.1992)

In der Gemeinde Großensee (Kreis Eisenach) wurden die Eingänge zu einer früheren Kaserne, die künftig als Unterkunft für Asylsuchende genutzt werden soll, mit Lade- und Güllewagen verstellt. An dem Objekt wurden Zettel mit ausländerfeindlichen Zosungen angebracht. Laut Polizeidirektion Gotha hat das Landratsamt Eisenach der Polizei die Ermittlungen aus der Hand genommen. (Neues Deutschland, 13.4.1992)

In Sangershausen protestierten rund 20 AsylbewerberInnen gegen „die unmenschlichen Bedingungen im Eschentaler Wohnheim". (Neues Deutschland, 13.4.1992)

14.4. Eine Gruppe von sechs bis sieben Neofaschisten terrorisierte im Berliner Bezirk Friedrichshain eine 27jährige Vietnamesin. Die Frau wurde zur Herausgabe von Zigaretten aufgefordert; als sie dies verweigerte wurde sie geschlagen und getreten. Wenig später griffen die Täter einen 21jährigen Mann aus Togo an und stießen ihn vor einen vorbeifahrenden LKW auf die Straße. Der Mann wurde angefahren und verletzt. In der nahegelegenen Revaler Straße verletzten die Neofaschisten einen 24jährigen Mann aus dem Sudan mit einem Steinwurf am Kopf. Die Opfer mußten ärztlich behandelt werden. (Neues Deutschland, 16.4.1992)

Mitte April 54 asylsuchende Inder sind nach einem Irrflug über halb Europa nach ihrer Landung auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt/Main von Beamten des Bundesgrenzschutzes mit Schlägen empfangen worden. Ein Dolmetscher des Flughafensozialdienstes hatte von Tätlichkeiten einzelner Beamter gegen die AsylbewerberInnen und von Verletzungen berichtet. Der BGS hat eigenen Angaben zufolge interne Ermittlungen eingeleitet. (SZ, 16.4.1992)

17.4. In Berlin haben sechs Skinheads einen libanesischen Asylbewerber angegriffen, auf ihn eingeprügelt und eingetreten

und versucht, ihn aus der fahrenden S-Bahn zu werfen. Das Opfer wurde mit Kopf- und Gesichtsverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. (SZ, 21.4.1992)

In Berlin-Hohenschönhausen wird ein 24-jähriger Mocambiquaner von fünf Skinheads zusammengeschlagen und beraubt. (Konkret 7/92 – Chronologie)

In Nördlingen wurde ein Feuer in einem Heim für AsylbewerberInnen gelegt. 21 AsylbewerberInnen, die in den oberen Stockwerken eines Gasthofes schliefen, wurden in Privathäusern untergebracht.Es entstand Sachschaden in Höhe von rund einer halben Million Mark. Die Polizei nahm zwei Personen fest. (SZ, 21.4.1992)

In Cottbus werden zwei afrikanische Studenten in der Innenstadt von Jugendlichen in Bomberjacken beschimpft und dann tätlich angegriffen. Obwohl die Polizei sofort informiert wurde und die Kennzeichen-Nummer eines von den Tätern benutzten Mopeds erhielt, gab es bis Ende Juni keine Reaktion. (Neues Deutschland, 26.6.1992)

18.4. In Schwerin griffen ca. zehn Neofaschisten drei BürgerInnen der GUS an. Bei den tätlichen Auseinandersetzungen erlitt eine schwangere Frau Verletzungen. Vier Täter konnten festgenommen werden. (Neues Deutschland, 21.4.1992)

19.4. In Jamel (Kreis Wismar) hatten rund 30 Neofaschisten auf einem Grundstück ein Lagerfeuer entzündet und eine Hakenkreuzfahne aufgestellt. Sie verletzten einen Bürger mit einer Gaspistole, warfen mit Flaschen und beschädigten ein Haus und ein PKW. Vier Neofaschisten wurden vorübergehend von der Polizei festgenommen. (Neues Deutschland, 21.4.1992)

In Halberstadt schändeten Unbekannte das erst vor wenigen Tagen eingeweihte Mahnmal zum Gedenken an die Judendeportationen. (SZ, 21.4.1992)

Im Kreis Oranienburg zogen etwa 35 Skinheads mit Autos durch Kremmen, Hohen Neuendorf und die Kreisstadt und randalierten. (Berliner Zeitung, 21.4.1992)

Im Landkreis Gransee randalierten 40 bis 50 Skinheads und prügelten sich anschließend untereinander. (Berliner Zeitung, 21.4.1992)

20.4. In Berlin ist das jüdische Mahnmal an der Putlitzbrücke von einem 24jährigen Mann geschändet worden. Der Täter konnte festgenommen werden. Gegen ihn wird wegen Volksverhetzung ermittelt. Das Mahnmal wurde bereits im November 1991 geschändet. (Berliner Zeitung, 21.4.1992)

In Berlin-Pankow schlugen 10 Skinheads drei Vietnamesen brutal zusammen. Die Täter wurden von der Polizei festgenommen. (Berliner Zeitung, 21.4.1992)

In Berlin-Hohenschönhausen wurde ein 24-jähriger Mosambiquaner von Skinheads zusammengeschlagen und ausgeraubt. (Berliner Zeitung, 21.4.1992)

In Holzlar und St. Augustin tauchten rassistische Aufrufe der „Nationalistischen Front" auf. Die Polizei ermittelt wegen Volksverhetzung. (Bonner General-Anzeiger, 22.4.1992)

ALS TOTENGRÄBER IM

UNTERNEHMER WILL GEHEN, WENN FLÜCHTLINGE

„Die Weser – Strom und Landschaft zum Wandern, Erleben und Erholen." So wirbt das örtliche Fremdenverkehrsamt für Ferien am Fluß. „Wuchtige Wehrkirchen grüßen den von der See her Kommenden, längsseits die kühn in den Strom hineingebauten Hafenanlagen. Es ist ein Dorado für Wasserwanderer. Romantische Fachwerkhäuser, aufgereiht wie Perlen am Weserrand." Wo Werra sich und Fulda küssen, dreißig Kilometer süd-westlich von Göttingen, liegt Hann.-Münden. Schmucke Fachwerkhäuser, überragt vom wuchtigen Welfenschloß, prägen das Stadtbild. Brunnen und Denkmäler auf den kopfsteingepflasterten Plätzen laden zum Verweilen ein, die italienische Eisdiele im Zentrum lockt mit dem „besten Eis im ganzen Weserbergland." Nicht wenige der rund 15.000 Einwohner leben vom Fremdenverkehr, andere arbeiten ein paar Kilometer stromabwärts in einem der fünf oder sechs mittelständischen Betriebe, die sich in den vergangenen Jahren am Weserufer niedergelassen haben. Der sanften, hügeligen Landschaft und der beschaulichen Atmosphäre der Region haben die Industrieansiedlungen bislang nichts haben können. Und doch ist es seit einigen Wochen mit der Idylle in Hann.-Münden vorbei.

Ende August sorgte ein Brief des niedersächsischen Bundesratsministers Jürgen Trittin (Grüne) an Stadtdirektor Karl-Wilhelm Lange (SPD) für Unruhe. Die Landesregierung erwäge nämlich, schrieb der Minister, in einem Gebäudekomplex der im nächsten Frühjahr freiwerdenden Mündener Kurhessen-Kaserne eine weitere Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) einzurichten – nach Oldenburg und Braunschweig wäre das die dritte Einrichtung dieser Art in Niedersachsen; zwei weitere ZASten in Lüneburg und bei Hannover sollen noch dazukommen. Hann.-Münden gehört zu denjenigen Standorten, deren Auflösung die Bonner Militärplaner auf der Hardthöhe im Zuge der Bundeswehrreduzierung angekündigt haben. Bereits im März sollen die letzten Soldaten die Kaserne verlassen haben und 500 bis 700 Flüchtlinge dort einziehen können.

Während die in der Stadt regierenden Sozialdemokraten grundsätzliche Zustimmung zur ZASt signalisierten, hagelte es von anderer Seite Proteste. Unter Berufung auf den „Bürgerwillen" und aus nicht näher erläuterten „struktur- und wirtschaftspolitischen Gründen" erhob vor allem die CDU scharfen Einspruch gegen die Zentrale Anlaufstelle. Eine rasch gegründete (Klein-)„Bürgeriniatiative gegen die ZASt" kleisterte die Stadt unermüdlich mit Plakaten zu und schaltete Anzeigen in der Lokalpresse, in denen vor „1,8 Millionen Zigeunern, die in Rumänien auf gepackten Koffern sitzen," gewarnt wird. Skinheads aus der südniedersächsischen Neonazi-Szene kündigten in Fernsehinterviews Gewaltaktionen an, das einzige örtliche Waffengeschäft meldete Rekordumsätze an allen frei verkäuflichen Waffen.

Der Konflikt um die Flüchtlingsunterkunft, inzwischen leider alltäglich, wäre wohl kaum überregionaler Beachtung für wert befunden worden, hätte sich nun nicht auch das Management der ortsansässigen Firma Weser-Metall-Umformtechnik (WMU) eingeschaltet – eines Unternehmens, das als Zulieferer für die Automobilindustrie (u.a. VW) jährlich rund 40 Millionen Mark umsetzt und 150 MündenerInnen ein regelmäßiges Einkommen garantiert. Die WMU-Geschäftsführer Wilfried Lengert und Hermann Röver, beide vor einigen Jahren aus der ehemaligen DDR in den Westen übergesiedelt, drohten der Stadt schriftlich mit der Verlegung oder Schließung ihrer Firma, sollte die Verwaltung den ZASt-Plänen zustimmen. Es sei schließlich „hinreichend bekannt, daß nur ein verschwindend kleiner Teil (der Flüchtlinge; Anm. R.) tatsächlich als Asylanten einzustufen ist." Diesem Mißbrauch müsse schnellstens „Einhalt geboten werden, bevor wir in der Bundesrepublik total überschwemmt werden." Außerdem beabsichtige die WMU, selber „Teile der Hallen und Kaserne auf dem Gebiet der Bundeswehr für unsere Zwecke zu nutzen" – Pläne, von denen die zuständigen Behörden im übrigen noch nie zuvor etwas gehört hatten.

Einmal richtig in Fahrt, wandten sich die WMU-Manager auch gegen Überlegungen, im Dorfgemeinschaftshaus des Hann.-Mündener Ortsteils Volkmarshausen Flüchtlinge unterzubringen. Das fragliche Gebäude grenze direkt an ihr Privatgrundstück. Da könne man sich „soziale Spannungen sowohl von der Asylantenseite als auch der von einer solchen Einrichtung angezogenen Extremisten von links und rechts gut vorstellen," so die Briefeschreiber. „Wir würden nicht mehr die Ruhe und Erholung finden, die für unsere verantwortungsvolle Tätigkeit erforderlich ist," gar nicht erst zu reden „vom Verfall des Wertes unserer Objekte." Die WMU-Geschäftsführer gaben noch einmal zu bedenken, daß ihre Firma alleine in den letzten drei Jahren über fünfzehn Millionen Mark Gewerbesteuern an die Kommune bezahlt habe und drohten damit, zukünftige Überweisungen auf einem Sperrkonto zu deponieren. Daß „diese von mir vertretene Meinung auf gar keinen Fall ausländerfeindlich oder gar rechts einzustufen" ist, stellte Lengert in einem seiner Briefe heraus: „Wir, der Herr Röver und ich, haben nicht unbedeutend für Israel gespendet." Sollte die Stadt den Forderungen nicht entsprechen, drohte Lengert mit der Verlagerung des Betriebes in ein anderes Bundesland :„Die verständliche Reaktion wird dann ein Wegzug, wobei die Firma WMU entweder geschlossen wird oder

WIDERSTAND KOMMEN

mit umzieht.
Die Stadtverwaltung reagierte empört. „Ob es sich bei den von Herrn Lengert angestellten Überlegungen, unter bestimmten Umständen die Firma zu schließen oder mit der Firma Hann.-Münden zu verlassen, lediglich um persönliche Gedankenspielereien handelt oder ob Herr Lengert hierbei die Gedanken und Vorstellungen der Geschäftsführung wiedergibt," wollte Stadtdirektor Lange wissen. Und Kämmerer Klaus-Peter Lütcke erklärte, die Kommune lasse sich, „wie zu Mogadishu-Zeiten die Bundesregierung auch nicht, durch nichts und niemanden unter Druck setzen." Einen „instinktlosen Erpressungsversuch nach Gutsherrenart" nannte die Göttinger IG Metall Lengerts Brief. Die WMU-Geschäftsleitung betrachte die Stadt Hann.-Münden und die Gemeinde Volkmarshausen offensichtlich „als ihren privaten Hinterhof", auf dem sich nur das ereignen dürfe, „was das Privatleben der Herren nicht beeinträchtigt."Hier würden 150 Arbeitnehmer „praktisch als Geiseln genommen, um private Interessen durchzusetzen," schwache und wehrlose Menschen als „Munition für persönliche Rachefeldzüge mißbraucht." Der niedersächsische Flüchtlingsrat äußerte sich „entsetzt" über die „Biedermänner im weißen Kragen, die für die Brandstiftungen in Ausländerunterkünften die politische Verantwortung tragen." Und die Asylbeauftragte des Kirchenkreises Ulrike Lange-Karwitz, bekannte, ihr sei „fast das Frühstück im Hals steckengeblieben," als sie von den „rassistischen Äußerungen" Lengerts gelesen habe. Sogar die „Bürgerinitiative gegen die ZASt", als deren Sponsor Lengert gilt, distanzierte sich von dem Schreiben. Derweil versuchten sich die WMU-Chefs in bezahlten Zeitungsanzeigen und an einen ausgewählten Kreis von Journalisten lancierten Lebensläufen ins rechte Licht zu setzen. Er sei gar kein Ausländerfeind, sondern gestandener Widerstandskämpfer, ließ etwa Hermann Röver verlauten. In der DDR sei er mit Enteignung und Berufsverbot belegt worden, nur weil er gegen „Mißstände im real existierenden Sozialismus" protestiert habe. 1980 will der heutige Diplom-Ingenieur mangels beruflicher Alternativen sogar zehn Stunden täglich als Totengräber geschuftet haben. „30 Jahre DDR mit Unterdrückung der Meinungsfreiheit", so Röver, hätten ihn stark geprägt.
Am 30. Oktober erlebte Hann.-Münden dann eine der größten Demonstrationen seiner Geschichte. Knapp 2.000 Leute protestierten gegen Rechtsradikalimus und Ausländerfeindlichkeit. Für die Rassisten im Ort Wasser auf ihre Mühlen. Die Demo mit „800 roten Chaoten" habe einen „Vorgeschmack davon gegeben, was uns hier demnächst erwart," wetterte ein Mitglied der „Bürgerinitiative" bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung des evangelischen Kirchenkreises.
Scheinbar unbeeindruckt von dem Streit, bekräftigte die Landesregierung Ende Oktober ihren Willen, die Planungen für eine ZASt in Hann.-Münden voranzutreiben. Man wolle aber, so verlautete aus dem Trittin-Ministerium, vor einer endgültigen Entscheidung die Zustimmung des Mündener Rates einholen. Bei einer turbulenten Ratssitzung schmetterten SPD und Grüne Anfang November einen Antrag der Bürgerinitiative ab, ein Meinungsbild in der Bevölkerung zu eruieren. Weit über 1.000 Unterschriften gegen die ZASt, so BI-Sprecher Klaus Sauerbrey zur Begründung seines Ansinnens, seien von seiner Truppe in der Stadt gesammelt worden. Das Ergebnis der Umfrage sollte als „Denkhilfe" an die Landesregierung weitergereicht werden. Seine endgültige Entscheidung über die ZASt vertagte der Stadtrat auf den 26. November.

R

Rostock 29.8.92: AnwohnerInnen staunen über die antifaschistische Großdemo

CHRONIK DES TERRORS

In Wechselburg (Landkreis Rochlitz/Sachsen) haben etwa 150 Neofaschisten aus Sachsen und anderen Bundesländern eine Deutsch Nationale Partei gegründet. Die Polizei nahm 10 Personen wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Hitlergruß, „Sieg-Heil"-Rufen fest und leitete Ermittlungsverfahren ein. (Neues Deutschland, 22.4.1992)

Bei einer Demonstration von 25 bis 30 Neofaschisten in Neuruppin wurde ein Polizist durch ein Schaufenster gestoßen. Die Neofaschisten hatten ausländerfeindliche Parolen gerufen und den Polizisten mit einer Schreckschußwaffe bedroht. Als dieser seine Pistole zog, wurde er von sechs bis acht Neofaschisten angegriffen. (Neues Deutschland, 22.4.1992)

In Quedlinburg haben mehr als 100 – überwiegend bewaffnete – Neofaschisten Passanten angegriffen und Fensterscheiben eingeschlagen. Streifenwagen der Polizei wurden beschädigt. Zwei Personen wurden durch die Nazis erheblich verletzt. Die Polizei nahm zwei Faschisten fest. (Neues Deutschland, 22.4.1992)

In Magdeburg versuchten Skinheads, gewaltsam in ein von Autonomen bewohntes Haus einzudringen. Die Polizei nahm insgesamt 26 Personen fest. (Neues Deutschland, 22.4.1992)

In Dresden wurden rund 60 Neonazis nach einem Umzug durch die Innenstadt von der Polizei vorläufig festgenommen. Sie waren mit der Reichskriegsflagge durch die Innenstadt gelaufen und hatten faschistische Parolen gerufen. (taz, 22.4.1992)

21.4. Auf dem Ehrenfriedhof für Sowjetsoldaten in Cottbus wurden wieder Steine umgestürzt. (Neues Deutschl., 23.4.1992)

22.4. In Prag/CSFR randalierten etwa 700 gewaltbereits deutsche Fußballfans. Sie demolierten Autos und verletzten zahlreiche Passanten. Als die Polizei aufzog, wurden auch ihre Fahrzeuge angegriffen. (SZ, 23.4.1992)

24.4. In Berlin-Marzahn wurde ein 29jähriger Vietnamese Tu Nguyen Van von einem 21jährigem Deutschen, der sich dem rechten Spektrum zurechnet, mit einem Butterfly-Messer erstochen. Der Vietnamese erlag trotz Notoperation wenig später seinen Verletzungen. Das Opfer hatte mit Landsleuten Zigaretten und Textilien verkauft, als diese von einer Gruppe deutscher Jugendlicher grundlos angepöbelt und geschlagen wurde. Tu Nguyen Van wurde vor den Augen zahlreicher Passanten erstochen, von denen nicht einmal einer einen Krankenwagen rief. Die vietnamesische Regierung hat gegen Angriffe auf Vietnamesen in Deutschland protestiert und effektive Maßnahmen zum Schutz vietnamesischer Staatsbürger gefordert. (Neues Deutschland und taz, 27.4.1992)

In Weißensee beschädigten Unbekannte Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof. Die Polizei schließt eine politische Motivation aus. Vielmehr sollen die Täter in das Pförtnergebäude eingebrochen sein. Da sie dort nicht viel erbeuten konnten, hätten sie, so die Polizei, aus Frust die Grabsteine umgekippt! (Berliner Zeitung, 28.4.1992)

Chronik des Terrors

25.4. Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen etwa 500 bis 600 Skinheads und der Polizei sowie etwa 150 Autonomen kam es im Stadtgebiet von Wernigerode. Neofaschisten aus Niedersachsen hatten eine Veranstaltung organisiert, zu der Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet angereist kamen. Schon in dem Zug aus Leipzig hatten die Skins bei der Anreise die Krawalle begonnen. Nachdem die Nazis bereits in der Gaststätte erheblichen Sachschaden angerichtet hatten, wollten sie zu einem Objekt der Autonomen ziehen. Die Polizei stellte sich dem entgegen. Mehrere Personen wurden verletzt, Polizeifahrzeuge beschädigt und es gab 30 Verhaftungen. (Neues Deutschland und taz, 27.4.1992)

26.4. In München überfielen drei junge Männer einen Asylbewerber aus Ghana, nachdem sie ihn als „Nigger" beschimpft hatten. Sie schlugen ihn zu Boden und raubten ihm die Geldbörse. (SZ, 27.4.1992)

In Berlin wurde ein 26jähriger Mann in einem S-Bahn-Zug von sechs Skinheads ausgeraubt und zusammengeschlagen. (Berliner Zeitung, 28.4.1992)

In Essen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein noch in Bau befindliches Wohnheim für AsylbewerberInnen. Ein Brandsatz wurde von zwei Männern in das Innere des Gebäudes geschleudert. (Berliner Zeitung, 28.4.1992)

28.4. In Berlin-Lichtenberg ist ein 17jähriger Pole von mehreren Skinheads geschlagen und nach einem Messerstich in den Arm zur Herausgabe seines Geldes genötigt worden. (Berliner Zeitung, 30.4.1992 und 23.5.1992)

29.4. In Singwitz bei Bautzen haben rund 20 bis 30 Neonazis einen zur Rotlicht-Szene gehördenden Privatclub überfallen. Die zum Teil vermummten Täter warfen die Scheiben mit Pflastersteinen ein und versuchten mit Brandflaschen das Haus in Brand zu stecken. Eine Frau wurde verletzt und der Sachschaden beläuft sich auf 250.000 Mark. (SZ, 30.4.1992)

30.4. In Staufenberg-Treis wird die Fassade eines Wohnheims für AsylbewerberInnen mit Hakenkreuzen beschmiert. (FR, 1.7.1992)

Ende April Im April wurden laut Bundesregierung dem BKA insgesamt 173 fremden-/ausländerfeindlich motivierte Straftaten bekannt, darunter 23 Brandanschläge, 23 Angriffe gegen Personen und 127 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Raubdelikte u.a.). Regional verteilen sich die Straftaten wie folgt:

Länder	Brand-anschläge	Anriffe gegen Personen	sonstige Straftaten
Baden-Würt.	6	2	14
Bayern	1	–	5
Berlin	–	–	1
Brandenburg	–	5	11
Bremen	–	–	–
Hamburg	–	–	–
Hessen	3	–	8
Meck.-Vorp.	1	4	3
Niedersachs.	1	1	23
NRW	5	2	35
Rheinl.-Pfalz	1	2	13

Das Märchen von der

Kriminalstatistik als Instrument staatlicher

Die angebliche „Welle des Verbrechens durch Ausländer und Asylbewerber" ist eine zentrale Stereotype des bundesdeutschen Rassismus. Sie wird von Nazis und rechter Presse ausgeschlachtet, um Stimmung zu schüren. „Asylantenheime sind Anlaufstellen für Kriminelle" titelte Springers Welt am Sonntag am 23. August und überschrieb den dramatischen Appell eines deutschen Oberstaatsanwalts mit dessen Klage „Der Staat läßt uns im Stich". Als das Blatt ausgeliefert wurde, hatte ein rassistischer Mob die Sache bereits auf seine Weise in die Hand genommen und begonnen, das Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen mit Morddrohungen und Brandschatzung von Ausländern zu säubern.

Das Dauerpressekampagne zum Thema Ausländerkriminalität speist sich vornehmlich aus staatlichen Verlautbarungen. Mit Schlagzeilen wie „Kriminalität steigt alarmierend: 27 % Ausländeranteil" wird eine (interne) BKA-Studie aufgemacht (WamS, 15.3.92). CSU-Landesgruppenchef Bötsch führt ganz platt die wachsende Zahl der Verbrechen auf den wachsenden Ausländeranteil in Deutschland zurück. (FAZ, 27.7.92)

Die nicht abreißenden Tartarenmeldungen hatten vor allem in der Ex-DDR in Meinungsumfragen ermittelbare Erfolge: Ein Drittel der Bewohner der ostdeutschen Großstädte fühlt sich bedroht und hat Angst, abends allein auf die Straße zu gehen. Fast ein Drittel der Menschen in den neuen Bundesländern hält es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, in den nächsten Monaten Opfer eines Raubes oder eines Diebstahls zu werden. Das Umschlagen von derart geschürten Bedrohungsängsten in Pogromstimmung ist nicht nur Tag für Tag empirisch zu beobachten, es ist auch politisch kalkulierbar.

Was ist dran an den Zahlen?

Der Ausländeranteil in den alten Bundesländern der BRD, so wird argumentiert, habe 1991 8,5 % betragen, dagegen stellten Ausländer 26,8 % der Straftatverdächtigten. Bei der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik für 1991, die diese Zahlen ausweist, durch die Bundesregierung war von einer höheren Kriminalitätsbelastung der Ausländer die Rede. Doch werden diese als unbestreitbar und objektiv geltenden Zahlen und die scheinbar zwangsläufigen Schlußfolgerungen durch eklatante statistische Auslassungen und Kunstfehler gewonnen:

Zunächst ist die Berechnungsbasis für den genannten Ausländeranteil von 8,5 der Bevölkerung unzulässig. Ignoriert werden dabei nämlich große Ausländergruppen wie Illegale, Touristen und Stationierungsstreitkräfte. Wenn aber ein Mitglied solcher Gruppen geschnappt wird, wie es Rauschgift einführt oder sich in Diskotheken prügelt, erhöht das die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen, während es bei der Berechnung der ausländischen Wohnbevölkerung nicht mitzählt. Eine genauere Auswertung der statistischen Rohdaten des bayrischen LKA beispielsweise hat ergeben, daß mehr als die Hälfte der ausländischen Tatverdächtigen nicht in Bayern ansässig war. Schon durch die Ansetzung der Grunddaten entsteht also ein kräftig schiefes Bild.

Zum zweiten kann eine große Zahl von Straftaten, die Ausländern vorgeworfen wird, von Deutschen schlechterdings nicht begangen werden: all das, was unter Verstöße gegen das Asyl- und Ausländerrecht zusammengefaßt wird. Dazu gehört beispielsweise eine Verletzung der Aufenthaltsbeschränkung auf das Einzugsgebiet einer ganz bestimmte Ausländerbehörde, die Flüchtlingen zugemutet wird. Schon Verwandtenbesuche in der Nachbarstadt führen geradewegs in die Kriminalstatistik. Oder Arbeiten mit abgelaufener Arbeitserlaubnis, oder illegaler Grenzübertritt (Ausländeranteil: 99,2 % ...) oder ... oder ... Jedem fünften nichtdeutschen Verdächtigen werden solche ausländerspezifischen oder besser: „ausländerrechtsprovozierten" Delikte vorgeworfen. Auch der hohe Anteil im Bereich Urkundenfälschung (53,9 %) erklärt sich oft aus der Zwangslage, deutschen Behörden richtige Dokumente präsentieren zu müssen. In der Kriminalstatistik machen allein diese Posten zusammen über 60.000 Verstöße aus.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfaßt immer die von der Polizei Verdächtigten (unabhängig von späteren Verurteilungen oder Freisprüchen). Damit gehen alle polizeilichen Vorurteile in die Statistik mit ein ebenso wie dann die gleichen Vorurteile durch die Statistik wieder bestätigt werden. Ein Beispiel: Bei Eigentumsstraftaten wie Ladendiebstahl etc. hat eine gerade veröffentlichte Dunkelfelduntersuchung ergeben, daß „Angehörige niedriger Schichten eine deutlich geringere Deliktbelastung aufweisen als statushöhere Personen". Die gegenteilige Aussage der offiziellen Statistiken könne „als Ergebnis selektiver Verfolgungs- und Bestrafungspraktiken der Polizei und der Gerichte gewertet werden." (Dissertation von P. Kerschke-Risch, nach: Welt, 17.9.92) Bezogen auf Ausländer kam der unabhängige Kriminologe Prof. Dr. Villmow (Uni Hamburg) in einem Vortrag bei der BKA-Tagung Ausländerkriminalität in der BRD zu der Feststellung, daß Ausländer im Ermittlungs- und Strafverfahren Vorurteilen und besonderer Strenge unterworfen sind. Polizei und Justiz seien vielfach ausländerfeindlich. Häufig seien Kontrollnor-

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

POGROMHETZE

men einseitig gegen Ausländer gerichtet. (der kriminalist, 12/88) Besondere Polizeimaßnahmen (Razzien in bestimmten Quartieren, Kontrollen an Bahnhöfen) und die allgemein höhere Polizeipräsenz in Problemvierteln puschen die Verdächtigenzahlen weiter.
Die Bereitschaft zu Anzeigen und Denunziationen dürfte bei der zunehmend rassistisch verhetzten deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern deutlich höher liegen. Aussagen in Ermittlungsverfahren neigen zu eindeutigen Schuldzuschreibungen bis hin zur Falschbeschuldigung. Eine Untersuchung beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen stellte fest, daß die Staatsanwaltschaft bei tatverdächtigen Ausländern weit häufiger als bei Deutschen einen von der Polizei als Gewaltdelikt eingestuften Sachverhalt zu einer ‚Straftat minderer Schwere' umdefinieren oder das Verfahren gar einstellen mußte. Der Autor wertete dies als Indiz dafür, daß Polizei und Anzeigeerstatter dazu neigen, bei Ausländern erheblich stärker als bei Deutschen den Sachverhalt zu dramatisieren und als Gewaltkriminalität überzubewerten. (nach Zeit, 19.6.92)

Oft sind die ausländerspezifischen Delikte schlichtweg die Kriminalität des kleinen Mannes. So wird ein Ausländeranteil von 77,3 % bei Taschendiebstählen nachgewiesen. (Übrigens werden speziell Taschendiebstähle nach anderen polizeilichen Quellen z.T. auch von international arbeitenden Banden ausgeführt, die gezielt zu Großereignissen anreisen). Scheidung von Hand- und Kopfarbeit auch hier: Massendelikte unter der deutschen Wohnbevölkerung wie Versicherungsbetrug oder Steuerhinterziehung setzen einen gewissen materiellen Wohlstand und Vertrautheit mit dem deutschen Verwaltungs- und Rechtssystem voraus. Solche Verstöße werden in aller Regel nicht plakativ herausgestellt, sondern eher als Kavaliersdelikte behandelt und weisen weisen obendrein hohe Dunkelziffern auf.

Sozialstruktur ausgeklammert

Zurück zu der schrägen Kriminalstatistik: Sie vergleicht stillschweigend Äpfel und Birnen. Die ausländische Bevölkerung in der BRD entspricht in ihrer Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur mitnichten der zum Vergleich herangezogenen deutschen. In der Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen Männer ist die Kriminalitätsrate auch unter Deutschen erheblich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Unter den Ausländern ist jedoch gerade diese Gruppe überproportional vertreten. Sie wird statistisch mit Frauen, Kindern oder Rentnern aus der deutschen Bevölkerung verglichen. Noch krasser gilt dasselbe Muster für die soziale und regionale Struktur: Überdurchschnittlich viele Ausländer (nach der bayrischen Studie 47% gegenüber 20% bei der deutschen Bevölkerung) leben in Großstädten, wo die Kriminalitätsrate höher liegt als anderswo.
Ausländer haben statistisch gesehen weniger qualifizierte und schlechter bezahlte Jobs, höhere Arbeitslosenzahlen (vor allem die Jugendlichen der sogenannten zweiten Generation), einen geringeren Bildungsstand und beengtere Wohnverhältnisse als die zum Vergleich herangezogenen BRD-Staatsbürger. Die meisten dieser Lebensumstände haben mit dem Rassismus und der real existierenden Chancenungleichheit in der BRD zu tun. Mit der ins Extreme gesteigerten Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden, mit der Nichtanerkennung von im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen, mit der Abdrängung in Berufe im Dienstleitungsbereich, in der schmutzigen Industrie oder in graue Beschäftigungsverhältnisse. Würde man auf die zu den Vergleichen herangezogene deutsche Bevölkerung dieselben sozialen Auswahlkriterien anwenden, ließen sich vermutlich ähnlich über dem Durchschnitt liegende Kriminalitätsraten ermitteln.

Die Ghettobildung, der ausländische Familien unterworfen sind, trägt im übrigen zu einer bedrückenden Konsequenz bei, die bereits aus den USA bekannt ist: Aus Not und Perspektivlosigkeit begangene Straftaten richten sich vor allem gegen Menschen in der gleichen Situation. Über 60 Prozent aller Delikte würden zum Nachteil von Landsleuten verübt, hat der Trierer Kriminologe Kühne festgestellt. Bei Kapitalverbrechen wie Mord und Totschlag betrage der Anteil sogar bis zu 80 Prozent. (Spiegel, 12.8.91) Gerade die angebliche Bedrohung durch Gewalttaten wird zynischerweise immer wieder angeführt, wenn Ausländerkriminalität als Sicherheitsrisiko Nummer eins im Bewußtsein der BRD-Bürger verankert werden soll.
Die amtliche Kriminalstatistik reflektiert all

CHRONIK DES TERRORS

Saarland	–	–	–
Sachsen	–	1	7
Sach.-Anh.	2	3	2
Schlesw.-Hol.	1	1	3
Thüringen	2	2	2
Gesamt	23	23	127

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke über „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im April 1992", Drucksache 12/2674, 25.5.1992)

Mai 92

1.5. In Berlin-Prenzlauer Berg rotteten sich 100 Anhänger der FAP zu einer Demonstration zusammen. Als sie unter dem Schutz mehrerer Beamter von Polizei und BGS losmarschieren wollten, schleuderten GegendemonstrantInnen Steine und Leuchtmunition gegen Neonazis und Polizei. (taz, 2.5.1992)

In Büdelsdorf bei Rendsburg rotteten sich 100 Skins zusammen. Gegen diese Zusammenrottung demonstrierten 200 GegendemonstrantInnen.

2.5. In Itzehoe zogen 50 randalierende Skins Nazilieder singend durch die Innenstadt. Als die Skins ein linkes Szenelokal stürmen wollten, verhinderte die Polizei dies. Die Polizisten wurden dabei mit Steinen und Flaschen angegriffen. Drei Beamte wurden verletzt. 32 Skins wurden festgenommen. (taz, 4.5.92)

In Halle überfallen und zerstören bewaffnete Neofaschisten den Jugendclub „Völkchen". Einem Besucher wurde das Schulterblatt mit einem Baseballschläger zerschlagen. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

In Eisleben überfallen Neofaschisten ein besetztes Haus und vergewaltigen eine Frau. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

2.5./3.5. Gleich zweimal haben Unbekannte versucht das Heim für AsylbewerberInnen in Jüterbog in Brand zu stecken. Durch ein zuvor eingeschlagenes Fenster wurde gegen 22 Uhr ein Brandsatz in das Heim geworfen, der von einem Bewohner aber zurückgeworfen werden konnte. Kurz nach ein Uhr morgens wurde ein Brandsatz auf das Dach des Hauses geschleudert. Die Polizei vermutet, daß die Täter „wahrscheinlich aus der rechtsextremen Ecke" kommen. (Berliner Zeitung, 5.5.1992)

In Magdeburg zertrümmerten junge Nazis die Scheiben von vor dem Jugendzentrum „Knast" abgestellten Autos. Dies war ein Ablenkungsmanöver, mit dessen Hilfe 15 bis 20 ältere Neonazis die Öffnung der Türen erreichen wollen. Später wird ein Besucher vor dem Jugenzentrum von Neonazis zusammengeschlagen. Die Polizei schickte Kräfte zur „Beobachtung". (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

3.5. In Magdeburg überfallen Neofaschisten am frühen Morgen das besetzte Haus in der Immermannstraße. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

4.5. In Aarbergen-Panrod in Hessen wird ein Wohncontainer, in dem AsylbewerberInnen untergebracht werden sollen, mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen beschmiert. (Konkret 7/92 – Chronologie)

Chronik des Terrors

5.5. Mit Brandsätzen haben Unbekannte in Pätz bei Berlin eine Unterkunft für AsylbewerberInnen angegriffen. Dabei wurde ein Bett in Brand gesetzt. Ein Asylbewerber, der mit seiner sechsköpfigen Familie in dem Zimmer wohnte, habe den Brand löschen können. Seine Frau habe sich an einer zerbrochenen Fensterscheibe verletzt. Die Täter konnten entkommen. (Neues Deutschland, 6.5.1992)

In Halle verteilen 30 Nazis Nachmittags auf dem Markt Flugblätter mit der Überschrift „Scheinasylanten ausweisen". (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

6.5./7.5. In Halle verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf das Antifa-Cafe. Laut Pressesprecher der Polizei könnten als Täter eventuell Neonazis aus Weißenfels in Frage kommen, die sich zu dieser Zeit in Halle aufgehalten hatten. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

7.5. In München brennt ein Heim für Aussteiger nach Brandstiftung völlig aus. Elf Bewohner erlitten Brandwunden oder eine Rauchvergiftung, fünf kamen zur stationären Behandlung in Krankenhäuser. Das Feuer war über ein münzfreies Notrufgerät gemeldet worden, unmittelbar zuvor hatte es zwei Fehlalarme gegeben, in denen das Heim als „Asylbewerberheim" bezeichnet worden war. Die „Süddeutsche Zeitung" wirft die Frage auf, ob die Täter glaubten, daß hier Asylsuchende untergebracht seien. (SZ, 9.5.1992)

8.5./9.5. In Halle greifen die Nazis ein Haus in der Kellnerstraße an und bewerfen es mit Brandflaschen. Es entsteht kaum Sachschaden. Die Polizei kann zwei der neofaschistischen Täter festnehmen. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

9.5. In Magdeburg überfallen ca. 60 Neofaschisten eine Gaststätte mit äußerster Brutalität und verletzen acht Jugendliche zum Teil schwer, einer der Jugendlichen, Torsten Lamprecht, erliegt zwei Tage später seinen Verletzungen. Wahllos schlugen die Skins mit Baseballschlägern, Knüppeln und Eisenstangen auf die Jugendlichen, vorwiegend aus der linken Szene, ein, plünderten die Imbißtheke und zertrümmerten die Einrichtung der Discothek. Die Nazis flohen unerkannt mit einem Dutzend Autos. Schwere Kritik mußte sich die Polizei gefallen lassen: Der Überfall ereignete sich unter den Augen der Polizei. Sieben Beamte hielten sich zur Zeit des Überfalls in der Nähe des Tatortes auf, griffen aber nicht ein, sondern warteten Verstärkung ab. (Neues Deutschland und taz, 11.5.1992 und 13.5.1992, FR; 14.5.1992) Wenige Tage später wird gegen einen 21jährigen Skin aus Wolfsburg Haftbefehl erlassen. Nach Aussagen der eigenen Kumpane soll er mit einem Baseballschläger zum tödlichen Schlag ausgeholt haben. (Neues Deutschland, 16.5.1992)

In Itzehoe versammelten sich 60 Skins in einer Kneipe, weil sie das Itzehoer Weinfest stürmen wollten. 100 AntifaschistInnen, die gegen die Zusammenrottung der Nazis vorgehen wollten, wurden von der Polizei gewaltsam daran gehindert. Es kam zu Auseinandersetzungen. Kurz vor Mitternacht hätten die von der Polizeikette in der Gast-

die aufgezählten Faktoren nicht. Auch wenn ein kleiner Hinweis vor unzulässigen Vergleichen und Verallgemeinerungen warnt, dienen die von der Bundesregierung verbreiteten Zahlen den Ausländerfeinden aller Couleur als willkommene Munition. Es gibt für die Ermittlung und Veröffentlichung von speziell auf Ausländer bezogenen Kriminaldaten keinen positiven Grund. Die Forderung kritischer Kriminologen, die besondere Hervorhebung ausländischer Verdächtigter in der Statistik endlich abzuschaffen, wiederspricht jedoch ganz offensichtlich dem Interesse derer, die den Konflikt um die von Ausländern beherrschte „multikulturelle Kriminalität" (WamS) am Kochen halten wollen.

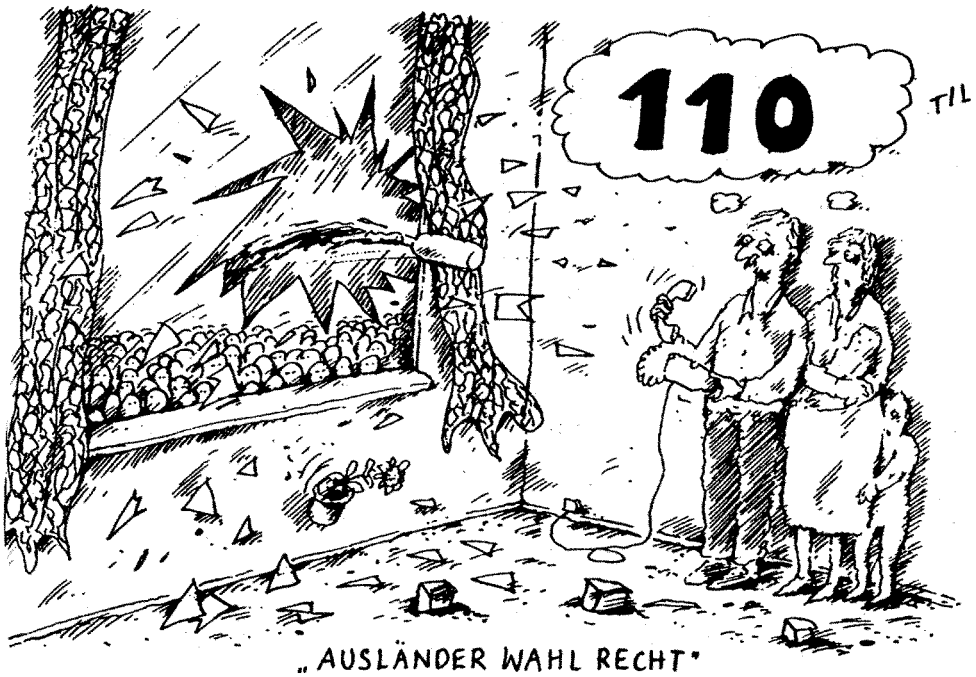
Dumpfes Ressentiment auf Amtsdeutsch

Inzwischen scheint die ausländerfeindliche Hetze eine Qualität gewonnen zu haben, in der es auf statistisch oder sonstwie begründete (Schein-)Argumente oft gar nicht mehr ankommt. In der hessischen Polizeirundschau (10/91) schildert ein Beamter des hessischen Innenministeriums seine Teilnahme an Polizeikontrollen in Frankfurt: „Die kontrollierten Personen waren meist Asylbewerber, die Taschen voller Geld, Bier trinkend (eine offenbar empfindliche Verletzung deutschen Volksempfindens), anmaßend, aggressiv, Unverständnis vortäuschend, ohne Aufenthaltsgenehmigung für Frankfurt. Die Polizei könne gegen das Potential der Bedrohung ... effektiv nichts ausrichten ... ein Sicherheitsgefühl stellt sich nicht ein. Man meinte, ständig eine unterschwellige Bedrohung zu spüren, ein gewisses Unbehagen war vorhanden."
Eine Bedrohung liegt schon allein in der Existenz von Menschen ausländischer Herkunft. Bevölkerungsstrukturen mit hohem Ausländeranteil hätten Metropolen wie Frankfurt, Hamburg und Berlin nach Erkenntnissen von Sicherheitsexperten zu Brutstätten der Kriminalität werden lassen. (WamS, 26.1.92)
Im Fachblatt Kriminalistik sind neben durchaus um Sachlichkeit bemühten Beiträgen auch schiere Hetzartikel zu finden. So ist unter dem Titel „Wie lösen wir die Ausländerfrage?" zu lesen: „Die Türken stellen ... das größte Ausländerkontingent in unserem Lande und bereiten zugleich auch am meisten Sorgen, weil sie (vom Islam geprägt) einem ganz anderen Kulturkreis entstammen und sich deshalb besonders schwer bei uns einpassen können." Zwischenüberschriften wie „Die Zuwanderungslawine" oder „Das ‚Türkenproblem'" gliedern den Artikel, die Lösungsvorschläge sind ein kaum verbrämtes Zwangsassimilation oder Ausländer raus: „Machen wir uns doch insoweit nichts vor: es gibt auch viele Ausländer, die gar nicht integriert werden wollen." (Kriminalistik 6-7/83) Im Rahmen der oben schon zitierten BKA-Arbeitstagung zählte Staatssekretär Spranger abweichende Wertvorstellungen und kulturelle Gepflogenheiten zu den Ursachen der besonderen Kriminalitätsbelastung und forderte eine Strategie der präventiven Bekämpfung der Ausländerkriminalität, die u.a. dies zum Ansatzpunkt für Einsatzmöglichkeiten macht. (Innere Sicherheit, 27.10,88) Was das nun eigentlich konkret

heißen sollte, hat vermutlich keiner nachgefragt die Botschaft war auch so deutlich genug.

Hetze gegen bestimmte Ausländergruppen

Gern treffen die allerorts zitierten Sicherheitsexperten eine Zuordnung einzelner Kriminalitätsbereiche anhand eines nationalen Rasters: Polen klauen Autos, Jugoslawen verüben Wohnungseinbrüche, junge Türken (haben) sich zu gewalttätigen Gangs zusammengerottet. (Egon Franke, Berliner Landesvorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, nach WamS, 26.1.92) Daß solche rassistischen Zuweisungen nicht einmal in sich konsistent sind, zeigen andere Veröffentlichungen: „Die Jugos beherrschen durch ihre Brutalität den ganzen Bereich der Prostitution", zitiert Bild (14.8.91) eine weitere Polizeistellungnahme. Für Einbruch und Diebstahl sind diesmal Rumänen zuständig – was soll's. Türken und Kurden, wahlweise auch Schwarzafrikaner dealen mit Heroin, Albaner verdienen beim Hütchenspiel. Die Frankfurter Szene verfüge beispielsweise „über einen schier unerschöpflichen Nachschub an potentiellen Kriminellen aus der jugoslawischen Provinz Kosovo," habe der Frankfurter Inspektionsleiter Hans Kraushaar festgestellt. (WamS, 12.1.92) Für die Pflege rassistischer Vorurteile wird das Organisierte Verbrechen offenbar als besonders geeignet angesehen. In einem Lagebild „Organisierte Kriminalität" werden ausländische Straftätergruppierungen nacheinander abgehandelt. Den Abschnitt Italiener leitet die angebliche Aussage italienischer Sicherheitsbeamter ein: „Wo Sizilianer sind, ist auch die Mafia." (nach WamS, 12.1.92) Begriffe wie Jugo-Banden, Kurden-Mafia, Polen-Gangs sind in der Berichterstattung alltäglich geworden und vermitteln gezielt den Eindruck, daß die neue Kriminalität in Deutschland von Ausländern beherrscht wird. (WamS, 21.1.92) Unterschlagen wird regelmäßig die enge Verquickung von deutschen Behörden, halbseidenen Unternehmen und offen kriminellen Aktivitäten z.B. im Bereich der Bauspekulation und –korruption, des lukrativen Subventionsschwindels und der illegalen Devisentransaktionen, aber auch der traditionellen Rotlichtviertel. Bei der organisierten Großkriminalität übertreffen deutsche Rüstungsproduzenten, Waffenhändler und Giftmüllschieber die Schäden an Leib und Leben bei weitem, die jeder noch so hoch dramatisierte, angeblich ausländerdominierte Rauschgifthandel anrichten kann.
Etwas konjunkturabhängig kocht das Thema Ausländerextremismus hoch. Beliebtes Motto: Ausländische Konflikte würden in unseren Städten ausgetragen. Mal ist es die kurdische PKK (deren Entlarvung als Terrororganisation vor Gericht gerade grandios gescheitert ist), mal die türkische Dev Sol (Anhaltspunkte für geheime Waffenlager in Deutschland), mal wird die Gefahr irakischer Anschläge beschworen (während des Golfkriegs), mal über zu erwartenden Jugoslawen-Terror in Deutschland orakelt. (Hamburger Abendblatt, 13.9.91). Immer wieder findet sich irgendein Polizei- oder Verfassungsschutzchef, der Anzeichen für verstärkte Aktivitäten ausländischer Terror-



gruppen ausgemacht hat und ordentlich trommelt.

Zielscheibe Asylanten

Die Stigmatisierung trifft gezielt solche Ausländergruppen, die zahlreiche Flüchtlinge stellen. Wo die Propaganda vom Schmarotzertum der Asylsuchenden nicht ausreicht, um den Volkszorn zu schüren, bezeichnen die aufgeführten polizeilichen Zuordnungen bevorzugte Ziele rassistischer Angriffe.

Noch weniger als bei ausländischen Arbeitnehmern scheren sich die Agitatoren bei den Asylsuchenden um Fakten, etwa wenn Bild hetzt: „Schon jeder zweite Asylbewerber in Stuttgart raubt, stiehlt, handelt mit Rauschgift." Der angeblich dramatische Anstieg der Kriminalität unter Asylbewerbern entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Anstieg von aus der Not geborenen Bagatelldelikten. Mehr als zwei Drittel aller Straftaten von Asylbewerbern, ergab eine Untersuchung der renommierten Stuttgarter Kriminologin Monika Traulsen, sind Verstöße gegen Ausländer- und Asylrecht, Ladendiebstähle oder Schwarzfahren. Bei der Gewaltkriminalität liegen die Kriminalitätsraten deutlich unter denen der Deutschen, bei Mord und Totschlag ebenso wie bei Raub oder Vergewaltigung. Und selbst beim Rauschgifthandel: Prozentual verstoßen deutlich weniger Asylbewerber gegen Drogengesetze als Deutsche. (nach Stern, 31.10.91)

Doch die Polzei wird nicht müde, Flüchtlinge pauschal zu diffamieren. „Um manche Asylantenheime gedeihe die Kriminalität ‚überproportional'," wird ein führender Berliner Kriminalbeamter zitiert. (WamS, 19.1.92) Die Berliner Polizei gewann Erkenntnisse, „daß die Sowjet-Mafia ‚besonders gern' mit Asylanten zusammenarbeitet". (ebd.) Die angeblichen Erkenntnisse sind so neu nicht. Nach den Feststellungen der baden-württembergischen Polizei haben sich großstädtische Asylantenwohnheime zu bevorzugten Umschlagplätzen für Heroin und andere harte Drogen entwickelt, behauptete schon 1988 der damalige Staatsekretär im Bundesinnenministerium Spranger.

Innerhalb des Sicherheitsapparats hat allerdings nur die „Gewerkschaft der Polizei" die sich aufdrängende Schlußfolgerung gezogen, die Einrichtung von Sammelunterkünften abzulehnen (und sich im übrigen auch gegen die Änderung des Asylartikels ausgesprochen).

Die baden-württembergische Landesregierung verfolgt eine genau entgegengesetzte Politik: sie war und ist Vorkämpferin bei der Konzentration von Flüchtlingen in großen Lagern. In dem ebenso klaren wie perfiden Kalkül, damit Kristallisationspunkte für soziale Probleme und rassistische Empörung zu schaffen, wurde dieses Konzept im Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt. Zusammen mit dem Arbeitsverbot für Flüchtlinge und der aus derselben politischen Ecke forcierten Umwandlung der Sozialhilfe in Sachleistungen und ihrer Kürzung auf ein lächerliches Taschengeld wurde und wird alles nur Erdenkliche getan, um die Flüchtlinge in eine ausweglose Lage zu bringen. Wenn daraus sozialer Sprengstoff entsteht, ist das staatlich geplant und gewollt.

Die Erfolge seiner menschenverachtenden Politik nahm der baden-württembergische Innenminister Schlee mit „wachsender Sorge" zur Kenntnis: die „Asylbewerberkriminalität" steige sogar „überproportional zur wachsenden Flut der Asylbewerber". Um dann endlich verkünden zu können: straffällige Ausländer hätten „ihr Gastrecht verwirkt" und müßten „-- unabhängig vom Stand eines etwaigen Asylverfahrens -- konsequent abgeschoben werden". (Welt, 25.11.91)

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Quellen:
Die Ausführungen zur Kriminalstatistik stützen sich auf Artikel der Zeit vom 19.6.92, der Süddeutschen Zeitung vom 11.3.92 und des Stern vom 31.10.91

Chronik des Terrors

stätte festgehaltenen Skinheads auf die Polizisten eingeschlagen. Die Polizei nahm 21 AntifaschistInnen und 7 Neofaschisten fest. (taz und SZ, 11.5.1992)

In den drei Erzgebirgskreisen Hainichen, Stollberg und Aue kam es durch Steinwürfe unbekannter Täter erneut zu Übergriffen auf Wohnheime von AsylbewerberInnen. Abwiegelnd teilte die Landespolizeidirektion Chemnitz mit, in allen drei Fällen sei nur Sach- und kein Personenschaden entstanden. (Neues Deutschland, 11.5.1992)

In Berlin demonstrierten 10.000 AntifaschistInnen gegen die von der rechtsextremen „Nationalen" geplante und später verbotene Veranstaltung mit dem Geschichtsrevisionisten David Irving. (Neues Deutschland, 11.5.1992)

In Wendisch Rietz/Beeskow schlugen ca. 15 Skins unter „Heil Hitler"-Rufen und „Sieg Heil" einen nigerianischen Asylbewerber in und vor einer Discothek brutal zusammen, schossen ihm Tränengas ins Gesicht, trampelten mit Springerstiefeln, nachdem er am Boden lag, auf seinen Kopf herum und verletzten ihn dabei lebensgefährlich. Gäste und Personal, die ihm helfen wollten, wurden in Schach gehalten. Dann forderten die jungen Neonazis lautstark: „Verbrennt doch das Niggerschwein". Als sich kein gefüllter Benzinkanister fand, versuchten sie die Jacke ihres Opfers mit einem Feuerzeug in Brand zu stecken. Als dies nicht ging, warfen sie ihr Opfer bewußtlos in einen See. Die Leute, die dem Ertrinkenden retten wollten wurden zuerst abgedrängt. Dann verschwand der Trupp nicht etwa, sondern ging ungenjert in die Discothek zurück. Ein 24jähriger Skin aus Beeskow wurden mittlerweile wegen versuchten Totschlags verhaftet. (taz, 12.5.1992)

In Lehde (Kreis Calau) haben etwa 20 Skins Musikanten aus der CSFR angegriffen. Die Künstler konnten unter Polizeischutz das Lokal verlassen. Nach Angaben der Polizei brachen die aus dem Raum Cottbus kommenden Skins später in einen Kiosk ein und verprügelten einen Mann. Die Besatzungen von acht Funkstreifenwagen hat dann endlich weitere Übergriffe dieser Gruppe verhindert. (taz, 12.5.192)

In Forst kam es zwischen Skins und AntifaschistInnen zu Auseinandersetzungen. Mehrere Personen wurden verhaftet. (taz, 12.5.1992)

In Halle überfallen Neofaschisten drei Personen, die auf dem Heimweg von einer Fete sind. Die Opfer werden durch Messerstiche schwer verletzt; eine Person wurde durch sieben Messerstiche verletzt und schwebt in Lebensgefahr. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

9.5./10.5. In Eisleben wird ein besetztes Haus von Neofaschisten mit Brandsätzen angegriffen. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

Mitte Mai In Berlin-Prenzlauer Berg wird der SPD-Abgeordnete Frank Poschepny von einer Gruppe von Neofaschisten zusammengeschlagen. Die Gruppe hatte Nazi-Parolen skandiert. (Berliner Zeitung, 21.5.1992)

In Göttingen protestieren BürgerInnen in Leserbriefen und Bürgerfragestunden des

CHRONIK DES TERRORS

Stadtrates gegen die Einrichtung eines Sammellagers für Asylsuchende, da man die Fußwege „gar nicht mehr sauber halten kann", wenn da so viele Flüchtlinge entlanggehen. (Neues Deutschland, 23.5.1992)

Das BKA registrierte in den ersten Monaten dieses Jahres bis Mitte Mai 979 „fremdenfeindliche Straftaten" mit rechtsextremen Hintergrund. Diese Zahl ist doppelt so hoch wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

17.5. In Berlin-Reinickendorf ist es während eines Fußballpokalspiels zu einer Massenschlägerei gekommen, als das Wort „Kanake" fiel. Insgesamt fünf Verletzte gab es als die Zuschauer eingriffen. (Berliner Zeitung, 19.5.92)

Skinheads haben in einem von Berlin nach Brandenburg fahrenden Personenzug zwei Asylbewerber aus Rumänien durch Messerstiche verletzt. Eines der Opfer mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. (Neues Deutschland, 19.5.1992)

In Hüttenrode (Landkreis Wernigerode) werden sechs jugendliche Camper von Unbekannten mit Baseballschlägern und Eisenstangen zusammengeschlagen. Ein Jugendlicher wurde lebensgefährlich, mehrere schwer verletzt. (Neues Deutschland, 19.5.1992)

19.5. In Bokholt-Hanredder (Landkreis Pinneberg) ist ein Wohnheim für AsylbewerberInnen abgebrannt. 30 der 56 BewohnerInnen wurden vorsorglich in ein Krankenhaus gebracht. Ein Mann wurde wegen einer Rauchvergiftung stationär behandelt. Die Polizei schließt Brandstiftung als Ursache des Feuers aus. (FAZ, 20.5.1992)

20.5. Die „Berliner Zeitung" berichtet von einer Berliner Schulklasse, die in Plau am See von rechtsextremen Jugendlichen terrorisiert und attackiert wurde. In einer Discothek wurden mehrere Jugendliche zusammengeschlagen, anschließend wird ein Jugendlicher ausgezogen und halbnacht davongejagt. Nachts ziehen die rechtsextremen Jugendlichen mit „Sieg Heil"-Gröhle vor der Jugendherberge auf. Nachdem die Berliner Jugendlichen am nächsten Tag wieder angegriffen werden, wird die Klassenfahrt abgebrochen.. Das sei in Plau am See mit Gästen schon öfter passiert, hatte der Herbergsvater bei der Abreise der Schulklasse noch mit auf den Weg gegeben. (Berliner Zeitung, 20.5.1992)

In Heidenrod in Hessen werden sechs Wohncontainer, in denen AsylbewerberInnen untergebracht werden sollen, mit Hakenkreuzen beschmiert. (Konkret 7/92 – Chronologie)

21.5. In Berlin-Hellersdorf mißhandelten zwei Skins einen Afrikaner. Die alarmierte Polizei konnte die Schläger überwältigen. Das Opfer mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Ein weiterer Skin versuchte die festgenommenen Skins zu befreien; er wurde ebenfalls überwältigt. Zwei Polizeibeamte erlitten leichte Verletzungen. (Berliner Zeitung und Neues Deutschland, 23.5.1992)

22.5. Etwa 150 Menschen beteiligten sich in Berlin an einer Mahnwache vor der jüdischen Gemeinde, nach dem die neofaschi-

DIE LEGENDE VOM EINZELTÄTER

DER UMGANG DER JUSTIZ MIT DEM RECHTSRADIKALISMUS

Unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker meint: *„Die Welle der Gewalt ist kein Anzeichen für eine Wiedergeburt rassistischer oder nationalistischer Ideologien, sondern eine Krise der menschlichen Verständigung."*
Die Bundesregierung meint: *„Es gibt keinen Hinweis darauf, daß sich hinter den Gewalttaten ein organisiertes Vorgehen verbirgt. Das sind spontane Taten von Einzelnen oder lokal begrenzten kleinen Gruppierungen."*
Der Hamburger Psychologieprofessor Reinhard Tausch meint: *„Die Aufnahme von Hunderttausenden Einwanderern führt naturgemäß zu deutlichen Streßreaktionen bei denjenigen, die in der Nähe großer Gruppen von Einwanderern wohnen. Diese Streßreaktionen als Ausländerhaß zu bezeichnen, bedeutet, die Realität nicht wahrzunehmen."*
Die neofaschistische „Nationale Offensive" meint: *„Wer mit den jugendlichen Rechtsradikalen spricht, stößt häufig auf orientierungslose Menschen, deren politisches Weltbild nur aufgesetzt ist, die provozieren möchten auf Teufel-komm-raus, die auf ihre mangelnden Zukunftsperspektiven aufmerksam machen möchten."*
Das Bundesamt für Verfassungsschutz meint: *„Der fremdenfeindliche Skinhead stammt im Regelfall aus kaputten Familien. Er ist ohne Perspektive und ohne Anerkennung durch die Gesellschaft. Er hat viel Langeweile im Alltag."*
Generalbundesanwalt von Stahl meint: *„Die Anschläge haben mit Rechtsterrorismus nichts zu tun. Der Rechtsterrorismus ist keine aktuelle Gefährdung. Die Anschläge sind spontane Aktionen von aufgeputschten, fehlgeleiteten Jugendlichen mit rechtsradikalem Hintergrund, werden aber nicht von Organisationen verübt."*
Fassen wir also zusammen: In unserem Land gibt es sehr viele spontan handelnde, vereinzelte Ausländerfeinde, die von den Einwanderern so gestreßt sind, daß sie gar nicht anders können, als aus Langeweile und mangels anderer Verständigungsmöglichkeiten AusländerInnen halbtot zu schlagen oder Flüchtlingsheime abzufackeln. Die Taten selbst haben natürlich keinerlei politischen, geschweige denn einen organisatorischen Hintergrund.

Der spontane Einzeltäter feiert wieder fröhliche Urstände, ein duchaus seit Jahrzehnten gängiges Erklärungsschema von Politik, Polizei und auch Justiz, wenn es um Straftaten oder Attentate von Rechtsextremisten geht. Die Rechtssprechung korrespondiert mit der offiziellen Politik. Gerade der Umgang der Justiz mit Rechtsextremisten spielt eine entscheidende Rolle, was den Spielraum und die Möglichkeiten rechtsextremistischer Aktion und Agitation betrifft. Dabei beeinflussen sich Justiz, Ermittlungsbehörde und Polizei gegenseitig.
Es ist platt, aber sehr wahr: die deutsche Justiz ist auf dem rechten Auge blind und versucht diese Blindheit durch ein Vergrößerungsglas auf dem linken Auge auszugleichen. Um Kontinuitäten nachweisen zu können, bedarf es eines kleinen Ausflugs in die deutsche Geschichte.

Von der Weimarer Republik zur NS-Zeit

Es ist November 1918. Der Kaiser dankt ab, die Richter aber bleiben. Die Kernfrage der jungen deutschen Republik lautet: Übernahme des Verwaltungsapparats und der Justiz aus der Kaiserzeit oder Aufbau einer neuen Gesellschaft mit einem neuen Apparat. Während Rosa Luxemburg eine umfassende Umbesetzung in Verwaltung und Justiz fordert, plädieren die Mehrheitssozialisten und Ebert für Kontinuität – und setzen sich durch. Struktur und personelle Besetzung der Gerichte und der Justizverwaltung bleiben und damit auch die autoritäre, monarchistische und antiparlamentarische Gesinnung der Richterschaft.
Die Weimarer Republik unterstellt damit die monarchisch geprägte Richterschaft einer monarchisch geprägten Justizverwaltung. Man ging davon aus, mit Hilfe der Gesetzgebung durch das Parlament eine loyale Haltung der Justiz gegenüber der Republik sicherstellen zu können – eine Erwartung, die enttäuscht werden sollte. Man stellte die Richter vor die Wahl, einen Eid auf die republikanische Verfassung zu leisten oder in Pension zu gehen. 99,85 % wählten den Eid, ohne deshalb auch Republikaner zu sein.

Rechte Skinheads, Hannover 1984

Ein herausragendes Beispiel für die Kontinuität in der Justizverwaltung bietet der zutiefst monarchisch geprägte Dr. Curt Joel. Er blieb als Staatssekretär im Reichsjustizministerium unter 16 Regierungen der Weimarer Republik (1920 – 1931) im Amt und wurde zur bestimmenden Person in der Reichsjustizverwaltung, insbesondere in deren Personalpolitik.

Die Richter verachten die Weimarer Republik, den Staat, der ihrer Meinung nach aus „Rechtsbruch" und „Hochverrat" hervorgegangen ist. Ihr Denken zielt auf die Wiederherstellung der alten monarchischen Autorität. Daß nur 300 von 10.000 Richtern sich im Republikanischen Richterbund organisierten, bewies den geringen Grad an Loylität, die die Richter gegenüber der Republik hegten. Der Republikanische Richterbund versuchte das überkommene Leitbild des unpolitischen Richters als Fiktion zu entlarven und stellte dagegen heraus, daß politische Vorstellungen, von dem was Recht ist, sehr wohl einen entscheidenden Einfluß auf die Urteilssprüche haben.

Gerade die politische Justiz spielte angesichts der Hetze gegen die Republik, angesichts von Putschversuchen und einer Vielzahl von politisch motivierten Morden eine große Rolle in der Weimarer Republik. Die Urteile in derartigen Verfahren sprechen eine eindeutige Sprache.

Wer das Deutsche Reich als „deutsche Schieber- und Judenrepublik" bezeichnet, mußte 100 Mark Geldstrafe bezahlen. Wer aber in einer politischen Versammlung einen Heerführer als „Schlachtmeister" und Hindenburg als „Oberschlächtermeister" nannte, kam sechs Wochen in Gefängnis.

Das gleiche Bild bei den politisch motivierten Morden. Von 1919 bis 1922 gab es 20 von links, und 354 von rechts begangene politische Morde. Betrug die Gesamtstrafe bei den von links begangenen Morden 1o Erschießungen, 248 Jahre und 9 Monate Haft, dreimal lebenslänglich Zuchthaus, betrug sie bei den von rechts begangenen nur 90 Jahre und 2 Monate Haft, 730 Mark Geldstrafe und einmal lebenslänglich. Blieben von 20 von links begangenen Morden nur vier ungesühnt, waren es bei den 354 von rechts begangenen 326.

Das gleiche Bild bei dem im Juli 1922 verabschiedeten Gesetz zum Schutz der Republik. Demnach konnte mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden, wer die Farben der Republik (schwarz-rot-gold) schändet bzw. Mitglieder der republikanischen Regierung beschimpft. Der Ausspruch „Wir brauchen keine Judenrepublik" wurde vom Landgericht Gleiwitz nicht geahndet. Der Freispruch wurde damit begründet, da die Äußerung lediglich ein Ausfluß des Antisemitismus sei, lediglich „der Jude" Gegenstand des Angriffs. Auch das Oberlandesgericht Breslau sah den Tatbestand als nicht erfüllt an, da keine Beschimpfung vorläge. Auch die Bezeichnung der Republikfahne als „Judenfahne" blieb ohne Folgen, da die Juden ja Staatsbürger seien, die die Republik besonders verehrten.

Das gleiche Bild beim Tatbestand des Hochverrats, d.h. beim juristischen Umgang mit dem rechten Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 und der linken Münchener Räterepublik im Frühjahr 1919. So betrug die Gesamtstrafe der Mitglieder der Kapp-Regierung nur fünf Jahre für den damaligen Innenminister Jagow, alle anderen blieben in Freiheit und im Amt. Kein einziger von 52 angeklagten Mitgliedern der bayerischen Räteregierung blieb in Freiheit und Amt. Die Gesamtstrafe betrug hier 135 Jahre und 2 Monate. Alle 60 angeklagten Militärs der Kapp-Regierung blieben in Freiheit, zwei davon flüchteten ins Ausland. Von den 72 angeklagten Militärs der Räterepublik blieb keiner in Freiheit. Zwei wurden erschossen, der Rest wurde insgesamt zu 276 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt.

Das gleiche Bild beim Umgang mit der NSDAP. Bestätigte im Frühjahr 1923 der Staatsgerichtshof noch das Verbot der NSDAP, sieht es nach dem Putschversuch von Hitler und Ludendorff im November 1923 ganz anders aus. Hitler wird zwar am 1.4.24 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, das Gericht gesteht ihm aber „vaterländischen Geist und edelsten Willen" zu und verzichtet auf die Anwendung des Republikschutzgesetzes. „Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des Republikschutzgesetzes keine

Chronik des Terrors

stischen „Nationalen" angekündigt hatten, hier eine Demonstration gegen den „jüdischen Einfluß in Berlin" durchführen zu wollen. (Berliner Zeitung, 21.5. und 23.5.1992)

22.5./23.5. In der Nacht zum Samstag stach in Magdeburg ein 15jähriger Skin einem Polzeikommissar mit einem Messer an einer Bushaltestelle in Brust und Wade. Der Beamte mußte ambulant behandelt werden. Der Skin und seine sechs Begleiter wurden festgenommen. Bei der Vernehmung bezeichnete sich der 15jährige als „Fascho". Gegen 22 Uhr riegelte die Polizei den Magdeburger Hauptbahnhof ab und empfing 34 Skins aus Bremen, die offenbar die Trauerdemonstration am nächsten Tag stören wollten. (taz und Neues Deutschland, 25.5.1992)

23.5. In Magdeburg beteiligten sich 5.000 Menschen an der Trauerdemonstration für den von Skinheads erschlagenen Torsten Lamprecht. Während der Demonstration kam es zu keinen Ausschreitungen, aber mindestens 100 Neonazis versammelten sich zu einem „Freudenfest". (taz und Neues Deutschland, 25.5.1992; VL, Nr. 38, 16.6.1992)

In Weißenfels drangen acht Neofaschisten in die Wohnung zweier Vietnamesen ein und forderten Geld. Als dies verweigert wurde, zerschlugen sie die Wohnungseinrichtung und verprügelten die Ausländer. (Neues Deutschland, 25.5.1992)

In Arnstadt zerschlugen unbekannte Täter Scheiben und Rolläden an einem Jugendclubhaus und Gewerberäumen. (Neues Deutschland, 25.5.1992)

In Güstrow überfielen 100 Neofaschisten ein Heim für AsylbewerberInnen. Bei den zweistündigen Auseinandersetzungen vor dem Haus wurden zwei Menschen verletzt. Eine Frau kam mit Schock ins Krankenhaus. Die rechtsextremen Jugendlichen hätten Fensterscheiben eingeschlagen und Fahrzeuge demoliert. (Neues Deutschland und FR, 25.5.1992)

Auf dem Hexentanzplatz Thale im Kreis Quedlingburg wurden mehrere Rumänen von einer Gruppe Skinheads brutal zusammengeschlagen. Die Rumänen mußten mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Zu den Tätern gehörten auch Mitglieder einer bürgerwehrähnlichen „Schutztruppe" aus Quedlingburg. Mit einem LKW und mehreren mit Funk ausgerüsteten PKW begann die Terror-Fahrt, die dann „generalstabsmäßig" zu Ende geführt wurde. Damit fanden die zur „Ausrüstung" der Bürgerwehr gehörenden asiatischen Kampfsportarten erstmals praktische Anwendung. Ebenso die Funkgeräte. Das Geld für die kostspielige Logistik soll von Geschäftsleuten gespendet worden sein. Die „Schutztruppe" hatte auch offizielle Gespräche mit der örtlichen Polizei. Nach dem Ausheben der „Schutztruppe" durch die Halberstadter Kripo dementiert die Quedlinburger Polizei, daß man mit der faschistoiden Bürgerwehr ein „internes Abkommen" geschlossen und ihr „quasi polizeiliche Befugnisse eingeräumt" hatte. (Neues Deutschland und FR, 25.5.1992; Neues Deutschland, 17.6.1992)

Chronik des Terrors

In Baunatal (Kreis Kassel) wurde zum dritten Mal auf den selben türkischen Lebensmittelladen ein Brandanschlag verübt. Bei diesem Anschlag entstand ein Schaden von 100.000 Mark. (FR, 27.5.1992)

In Frankfurt/Main überfielen sechs Skinheads einen Mann und bedrohten ihn mit einer Schußwaffe und einem Messer. Sie forderten ihn auf seine Geldbörse herauszugeben. Anschließend schlug einer der Skins auf den Mann ein. (FR, 27.5.1992)

23.5./24.5. In Halle-Neustadt zerstörten etwa 20 Neofaschisten vor einem Flüchtlingsheim mehrere Autos und skandierten rassistische Parolen. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

24.5. Im Kreis Liebenwerda schlug ein Überfall von rechtsextremen Jugendlichen auf ein AsylbewerberInnenheim fehl. Die BewohnerInnen schlugen die Nazis mit Stöcken und anderen Geräten in die Flucht. (taz, 26.5.1992)

In Potsdam schlugen Skinheads einen Asylbewerber aus dem Sudan zusammen. Er erlitt schwere Kopfverletzungen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei nahm kurz nach der Tat vier Verdächtige fest. (SZ, 27.5.1992)

25.5. In Pirna drängte sich eine Gruppe von Neofaschisten in eine Parteikundgebung der SPD, skandierte Nazi-Parolen und beschimpfte Parteichef Engholm als „Rote Sau". (Neues Deutschland, 27.5.1992)

27.5. In Berlin-Grunewald schändeten Unbekannte das Rathenau-Denkmal. Die Täter werden in rechtsextremen Kreisen vermutet. (Berliner Zeitung, 29.5.1992)

In Nordrhein-Westfalen hat die Polizei auf der Suche nach einem deutschen Ableger des Ku-Klux-Klan Wohnungen in Bielefeld, Herford, Minden und der Gemeinde Hiddenhausen durchsucht. Es wurden Unterlagen beschlagnahmt. (Neues Deutschland, 29.5.1992)

29.5. In Hannover wurde ein Schuß auf ein Heim für AsylbewerberInnen abgegeben. Die Polizei konnte einen 22jährigen Tatverdächtigen festnehmen. Bei dem Anschlag wurde niemand verletzt. (FAZ, 30.5.1992)

In Rathenow wurden drei Asylbewerber von einer Gruppe Neofaschisten überfallen, ausgeraubt und geschlagen. (Berliner Zeitung, 1.6.1992)

30.5. In Schwerin wurden auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof 20 Grabsteine umgestürzt. Die Täter hinterließen faschistische Schmierereien. Einen Tag später fand in Schwerin ein REP-Großkundgebung statt, die von 400 Faschisten besucht wurde. (Berliner Zeitung, 1.6.1992 und Neues Deutschland 2.6.1992)

In Ingolstadt veranstalten die REPs ihren bayerischen Landesparteitag. Die Polizei geht mit brutaler Härte gegen AntifaschistInnen vor. Betroffene Eltern minderjähriger Jugendlicher erstatteten Strafanzeige gegen den verantwortlichen Polizeichef. (taz, 5.6.1992)

30.5./31.5. In Halle-Neustadt wurde eine Person mit Baseballschlägern von Nazis zusammengeschlagen. (VL, Nr 38, 16.6.1992)

Anwendung finden." Schon Mitte Dezember 1924 wird Hitler entlassen.
Der Grund für die ungleiche Behandlung rechts- und linksgerichteter Taten liegt auf der Hand. Angriffe gegen die Republik von rechts liegen auf der nationalen Linie, zielen ab auf eine Beseitigung der Republik und eine Wiederherstellung der Monarchie und der autoritären Staatsordnung, d.h. sie entsprechen dem autoritären, monarchisch geprägten Denken der Mehrheit der Richterschaft. Angriff von links dagegen werden als drohende Bolschewisierung betrachtet, die die Nation in Gefahr bringen würde. Die Justiz verstand sich hier als Bollwerk gegen die drohende Gefahr. Diese Gesinnungs- und Wertegleichheit ist der entscheidende Faktor für solche Urteile, nicht die zunächst noch sehr seltene Mitgliedschaft der Richter in der NSDAP.
Die Situation kurz nach Hitlers Machtergreifung ist dann gekennzeichnet von Amnestien für nationale Strafttäter, der Anwendung des Strafrechts als politisches Kampfinstrument, der Gewährung rechtsfreier Räume für SA und SS und von Ergebenheitsadressen der Richtervereine an die Nationalsozialisten. Bis zum Zusammenbruch arbeitet die Justiz „pflichtgemäß". Noch im Frühjahr 1945 werden Zweifel am Endsieg von Sondergerichten geahndet. Als letzter Akt werden belastende Akten vernichtet.
Was autoritäre Gesinnung und Vorstellung von Staat und Gesellschaft anbelangt, gab es also eine Kontinuität vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus. Und danach?

Im Westen nichts Neues

Im Westen gab es nur einen einzigen gerichtlichen Versuch, die Justiz des Dritten Reiches als Ganzes strafrechtlich aufzuarbeiten: die Nürnberger Juristenprozesse gegen 14 Justizjuristen, drei ehemalige Staatssekretäre und Richter. Am 3. und 4.Dezember 1947 werden die Urteile gefällt: viermal lebenslänglich, vier mal 10 Jahre, einmal 7 und einmal 5 Jahre. Die meisten waren aber bereits 1950 wieder in Freiheit, der letzte wurde 1956 entlassen. Zum ersten und zum letzten Mal spricht ein Gericht von der aktiven Mitschuld der Justiz und der Beteiligung an den Verbrechen des NS-Regimes. In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen."
Darüberhinaus gab es keine Aufarbeitung der Geschichte der Justiz im Dritten Reich, im Falle des berüchtigten Volksgerichtshofes gab es keinen einzigen Fall einer rechtskräftigen Verurteilung. Mit dem sog. „G 131" vom Mai 1951, der den ehemaligen Beamten einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung zubilligte, war der Schlußstein zum Wiederaufbau der bundesdeutschen Justiz gesetzt. Die personelle Kontinuität, die die Entnazifizierung eigentlich hat verhindern wollen, fand damit ihre rechtliche Absicherung.
40 Jahre Verdrängen und Vergessen haben schließlich eine Amnestie für Justizverbrecher auf krummen Wegen bewirkt. Selbst Bundesjustizminister Engelhardt (FDP) hielt in einem Geleitwort für einen Austellungskatalog zum Thema „Justiz und Nationalsozialismus" 1989 diese Flucht vor der Vergangenheit „für *die* Fehlleistung der bundesdeutschen Justiz" überhaupt.

Die Frage nach der Verantwortung für die schnelle und nahezu widerstandslos erfolgte Pervertierung des Rechts nach 1933 wurde beiseite geschoben. Nach dem Schema „Gesetz ist Gesetz" und „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein" wurden die Richter entlastet. Den Rest erledigte der starke Korpsgeist unter der Richterschaft. Kein Richter verurteilt einen anderen Richter.
Nach 1945 ist die Rechtssprechung in Westdeutschland geprägt vom Kalten Krieg. Einem Kalten Krieg nicht in den Kasernen, sondern im Gerichtssaal. Westdeutschland war Frontstaat gegen den Kommunismus, Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur (und nicht nur Kommunisten) wurden erneut verfolgt. Sie mußten sich meist vor dem selben Richter verantworten, der vorher noch das Hakenkreuz an seiner Robe getragen hatte. Ehemalige Opfer wurden wieder Opfer, einstige Täter erneut Täter. Bei der rigiden Kommunistenverfolgung trat anstelle des Nachweises einer individuellen Schuld die Kontaktschuld. Nach dem KPD-Verbot 1956 wurden KPD-Mandatsträger rückwirkend verfolgt. Die bloße Mitgliedschaft wurde als Verbrechen geahndet. Erst 1961 bereitet das Bundesverfassungsgericht dieser Praxis ein Ende.

§129a? – Nicht gegen rechts!

Hervorragendes Beispiel für den Umgang der Justiz mit Rechtsextremisten in der Bundesrepublik ist die Praxis des §129 bzw. §129a, die Bildung, Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung. Weder die Wehrsportgruppe Hoffmann, noch das „Kommando Omega" oder Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" oder andere Gruppen wurden als terroristische Vereinigung strafrechtlich belangt. Bis auf die einzige Ausnahme des Manfred Roeder und der Mitglieder seiner „Deutschen Aktionsfront", die 1982 wegen Anschlägen auf Flüchtlingsheime nach §129a verurteilt worden waren, ist der §129a kein Paragraph für Rechtsextremisten.

So bemüht die handverlesenen Richter bundesdeutscher Oberlandesgerichte sind, linke Gruppen aller Art zu terroristischen Vereinigungen hochzustilisieren, so phantasievoll argumentierten sie, um den §129a nicht auf Attentäter aus neonazistischen Organisationen und militante Rechtsextremisten anwenden zu müssen. Das hat Tradition. Unter den zwölf 1950 als verfassungsfeindlich eingestuften und verbotenen Organisationen befanden sich neun kommunistische und drei faschistische. Im Gegensatz zu den kommunistischen Organisationen wurden die drei faschistischen, die „Sozialistische Reichspartei", die „Schwarze Front" und die „Nationale Front", nicht als kriminelle Vereinigung nach §129 verfolgt. Mit der Praxis des §129 und 129a wird auf der juristischen Seite unterstrichen, was aus eindeutigem politischen Interesse von offizieller Seite immer wieder betont wird: rechte Attentate werden von Einzeltätern verübt, es gibt keine national und international vernetzten rechtsextremen militanten Strukturen. Wenn dies einmal nicht mehr zu leugnen ist, wird plötzlich festgestellt, daß die terroristische Vereinigung ihren Sitz im Ausland habe und somit nicht mehr unter die Zuständigkeit der Generalbundesanwalts falle. Ein Umfeld haben diese Gruppen sowieso nicht. Begriffe wie „Sympathisant" oder „Unterstützer" finden bei Rechtsextremisten keine Anwendung. Finanzstarke Hintermänner oder Herkunft der Waffen interessieren Richter und Ermittler ebensowenig, wie sie politische Bekenntnisse als Indizien werten. Schließlich handele es sich ja um „keine politischen Prozesse".

Der Bundesgerichtshof selbst stellte mit seinem höchstrichterlichen Spruch vom 5.1.81 den rechtsterroristischen Gruppen

Quedlinburg, 12.9.92: Antifaschistische Demo gegen rechtsradikalen Übergriffe

Chronik des Terrors

In Dessau wurden drei Polizisten durch Messerstiche von Skinheads verletzt. (VL, Nr. 38, 16.6.1992)

31.5. In Bayreuth sind bei einem Brand in einem AusländerInnenwohnheim vier Menschen verletzt worden, zwei von ihnen mußten stationär behandelt werden. Alle Wohnungen in dem Heim sind vollständig ausgebrannt. Es entstand ein Sachschaden von einer halben Million Mark. Die Polizei sieht zunächst keine Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Straftat. (taz, 1.6.1992)

Drei Skinheads überfielen an der Autobahn Berlin-Dresden einen türkischen Reisenden. An der Raststätte Terpt beschimpften sie ihr Opfer und zerrissen ihm das Hemd. (Berliner Zeitung, 2.6.1992)

In Staufenberg-Mainzlar wird die jüdische Gedenkstätte vor dem Rathaus zerstört. (FR, 1.7.1992)

Ende Mai In Cottbus ermittelt die Staatsanwaltschaft derzeit gegen die Rädelsführer der sogenannten „Heeresgruppe Forst". Der 15 bis 20 köpfigen Gruppe werden in der Zeit zwischen März und Mai 1992 Straftaten wie gefährliche Körperverletzung, Raub an einem Ausländer sowie Sachbeschädigung und Einbrüche zur Last gelegt. Die Gruppe ist nach Aussage des zuständigen Abteilungsleiters der Staatsanwaltschaft „nicht unbedingt der organisierten rechtsextremistischen Szene zuzuordnen." (Neues Deutschland und Berliner Zeitung, 29.5.1992)

In Schongau veranstalteten zwei Söhne einer CSU-Kommunalpolitikerin eine Geburtstagsfeier, in deren Verlauf unaufhörlich Marschmusik spielte und „Sieg Heil" gegröhlt wurde. Die herbeigerufene Polizei fand im Garten eher zufällig Teile eines Maschinengewehrs. Eine Hausdurchsuchung brachte Kassetten mit Wehrmachtsliedern, Übungspatronen und scharfe Munition sowie Gewehrteile, Übungshelme und weitere Ausrüstungsteile ans Licht, die vermutlich aus Beständen der Bundeswehr stammen. Die CSU-Kommunalpolitikerin hatte nicht nur das Treiben ihrer Kinder an diesem Abend geduldet, sondern sich auch schützend vor sie gestellt, als die Polizei kam. Die Staatsanwaltschaft „klärt", ob nur ein Bußgeld wegen Ruhestörung erhoben wird, oder ob wegen der Nazi-Parolen und des Waffenbesitzes eine Straftat vorliegt. (SZ, 2.6.1992)

Juni 92

1.6. In Wegeleben bei Halberstadt überfielen Neofaschisten eine Gruppe Jugendlicher. Die Jugendlichen hatten ein aufgebrochenes und kurzgeschlossenes Auto gefunden und dies der Polizei gemeldet. Daraufhin seien zwei Polizisten in den Ort gefahren. Als sie gemeinsam mit den Jugendlichen auf den Abschleppdienst warteten, griffen die Neofaschisten mit Zaunlatten die Gruppe an. (Neues Deutschland, 3.6.1992)

Bei einem Überfall auf ein Wohnheim für AsylbewerberInnen in Karlsbad-Langensteinbach bei Karlsruhe sind zwei tunesi-

CHRONIK DES TERRORS

sche Asylsuchende verletzt worden. Zwei Neofaschisten hatten mit Knüppeln und abgeschlagenen Bierflaschen das Wohnheim angegriffen und Türen und Fenster demoliert. Einer der Täter konnte noch in der Nacht festgenommen werden, sein identifizierter Komplize ist flüchtig. (Neues Deutschland, 3.6.1992)

2.6. Bei Auseinandersetzungen zwischen knapp 50 Rechtsextremisten und AntifaschistInnen in Suhl sind fünf Personen verletzt worden. Der Streit in der Innenstadt begann offenbar, als ein Antifaschist von einem Trabant absichtlich angefahren wurde. Der junge Mann mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (FAZ, 4.6.1992)

In München wird ein Stadtstreicher, der hier seit 1979 als anerkannter Asylsuchender lebt, von einem Unbekannten geohrfeigt und dadurch zu Boden geschlagen. Das Opfer zieht sich dabei schwere Verletzungen zu und stirbt nach 13tägigem Krankenhausaufenthalt. (SZ, 19.6.1992)

3.6. In Sonthofen wird ein Brandanschlag auf ein Haus, in dem Familien verschiedener Nationalität leben, verübt. (Konkret 7/92 – Chronologie).

4.6. Ein erneuter Brandanschlag auf das Heim für AsylbewerberInnen wurde in Elsterwerda verübt. Unbekannte Täter warfen eine Brandflasche in einen Flur des Gebäudes. Hausbewohner konnten das Feuer löschen. (Berliner Zeitung, 5.6.1992)

Die Massengräber des Konzentrationslagers Sachsenhausen wurden geschändet. (Berliner Zeitung, 5.6.1992)

5.6. In Dresden konnte die Sonderkommission Rechtsextremismus sechs Neofaschisten ermitteln, die verdächtig und geständig sind, in der Gemeinde Beiersdorf (Kreis Grimma) drei türkische Asylbewerber überfallen zu haben. Die Neofaschisten hatten mit Parolen wie „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus" die Türken aus einer Discothek vertrieben und später angegriffen. (adn, 5.6.1992)

In Pfiffelbach (Landkreis Apolda) stürmten 15 Neofaschisten eine Tanzveranstaltung und provozierten eine Schlägerei. Vier Personen wurden verletzt, eine davon schwer. (SZ, 9.6.1992)

In Seebergen bei Gotha kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen 20 bis 25 Skinheads und Bürgern der Gemeinde. (FR, 9.6.1992)

6.6. In Liebertwolkwitz bei Leipzig haben unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein Heim für AsylbewerberInnen verübt. Ein Brandsatz durchschlug ein Fenster und entzündete ein Zimmer, in dem drei Asylbewerber schliefen. Der Brand konnte durch die Heimbewohner gelöscht werden. Personen wurden nicht verletzt. (FAZ, 9.6.1992)

In Alt Schwerin sind nach einer Schlägerei in einer Discothek 15 Skinheads festgenommen worden. Bei der Massenschlägerei gab es 13 Verletzte. Die Skins waren zunächst nach kleineren Auseinandersetzungen mit den Disco-Besuchern zu ihrem Zeltplatz am Plauer See zurückgekehrt, um sich dort mit Knüppeln und Stöcken zu bewaffnen. (Berliner Zeitung, 9.6.1992)

einen Freibrief aus. Der Haftbefehl gegen den Wehrsportgruppen-Chef Karl-Heinz Hoffmann aus Nürnberg wegen §129a wurde damit außer Kraft gesetzt. Die Begründung: die WSG-Ausland im Libanon verfüge über keine Teilorganisation in der BRD, daher dürfe der §129a nicht angewendet werden. Daß aber alle Operationen der WSG-Ausland von Hoffmanns Sitz in Ermreuth bei Erlangen aus gesteuert worden waren, daß alle Libanon-Kämpfer aus der BRD rekrutiert worden waren und alle Planungen auf Anschläge in der BRD (Befreiung von Rudolf Heß, Anschläge auf die Öl-Raffinerie in Ingolstadt, Ermordung von bundesdeutschen Staatsanwälten) abgezielt hatten, juckte den BGH nicht. Er fand „keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Teilorganisation in der BRD".
Für Hoffmann hatte dieses Urteil positive Folgen. Die kollektive Haftungskonstruktion des §129a, wonach jedes Gruppenmitglied automatisch für die Taten anderer Mitglieder verantwortlich ist, entfiel. Der individuelle Tatnachweis wurde erforderlich. Da Hoffmann aber nie nachweislich selbst mit Hand angelegt hatte, konnte ihm das Gericht in den gravierenden Fällen wie z.B. dem Mord an dem Erlanger Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen im Dezember 1980 oder dem Oktoberfestattentat im September 1980 nichts nachweisen. So wurde Hoffmann wegen kleinerer Delikte wie Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Geldfälschung oder Waffenbesitz zu neuneinhalb Jahren verurteilt.
Auch das 1981 in Paris von deutschen Neonazis gegründete terroristische „Kommando Omega" hat dem BGH zu danken. Im engsten Umkreis des Chefs der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands", Friedhelm Busse, gegründet, hortete das Kommando jede Menge Sprengstoff und beabsichtigte, Anschläge auf deutsche staatliche Stellen, Richter und Staatsanwälte zu verüben und Verräter aus den eigenen Reihen zu liquidieren. Durch Zufall kam die Polizei ihnen auf die Spur. Bei einer Schießerei in München sterben zwei Neonazis im Kugelhagel der Polizei. Busse wird festgenommen und u.a. wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeklagt. In ihren Plädoyers erinnern sich aber die Bundesanwälte des BGH-Urteils und lassen den Vorwurf des §129a fallen. Busse wird wegen Hehlerei, Waffen- und Sprengstoffbesitz zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Busses vielfältige Kontakte im In- und Ausland, insbesondere nach Belgien und Frankreich, interessierte die Richter nicht. Als strafmildernd wertete es das Oberlandesgericht München, daß Busse aus „falsch verstandener kameradschaftlicher Gesinnung" die Gruppenmitglieder bei sich habe wohnen und den Sprengstoff in seiner Garage habe lagern lassen. Heute ist der Mann mit der richterlich attestierten „kameradschaftlichen Gesinnung" der Vorsitzende der militanten „Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei" (FAP).
Besonders abstrus wird die juristische Praxis des §129a bei Rechtsextremisten im Falle der Gruppe Hepp/Kexel. Ortfried Hepp und Walter Kexel verübten mit weiteren Gesinnungsfreunden im Dezember 1982 Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten und Army-Einrichtungen im Rhein-Main-Gebiet. Während alle anderen Gruppenmitglieder festgenommen werden konnten, gelang Hepp zunächst die Flucht über Ostberlin nach Paris. Die Gruppe ohne Hepp wird zwar wegen §129a angeklagt, das Frankfurter Landgericht sieht aber im März 1985 diesen Tatvorwurf nicht als erwiesen an. Nach seiner Festnahme wird Hepp im Otkober 1987 dann wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt, deren potentielle Mitglieder allesamt im Verfahren zwei Jahre zuvor von diesem Vorwurf freigesprochen waren waren. Hepp ist damit exklusives Mitglied seiner „Gruppe".
Den Begriff des Sympathisanten gibt es in Zusammenhang mit militanten Neofaschisten anscheinend nicht. Prädestiniert dafür wäre die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG). Die HNG wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz zeitweilig als größte rechtsextremistische Gruppierung in der BRD eingestuft. Ihr Ziel ist eindeutig: sie will die „Kampfmoral inhaftierter Kameraden erhalten und stärken". Die HNG verfügt über sehr gute Kontakte nach Franreich, Belgien und in die USA. Sie ermöglichte z.B. Kühnen die Flucht nach Paris. Kein HNG-Mitglied wurde jemals wegen Werbens für oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung belangt.
(Anmerkung der Redaktion: Seit der Neufassung des §129a am 1.1.87 gilt diese Auslandsklausel nicht mehr. Damals drängte Rebmann darauf, auch vom Ausland aus agierende Gruppen verfolgen zu können, wobei er allerdings Gruppen wie IRA, ETA, PKK etc. im Auge hatte.)

Das Paradebeispiel: der Einzeltäter

Die stete Leugnung nationaler und internationaler Verflechtungen neonazistischer Gruppen zieht in letzter Konsequenz die beliebte Einzeltätertheorie nach sich, den meist psychopathischen, von jeglichen Gruppenzusammenhängen losgelösten Einzeltäter. So wurde im Falle des Oktoberfestattentats vom bayerischen Landeskriminalamt vom ersten Tag an die Einzeltäterversion favorisiert. Vielfältige Hinweise auf Hintergründe und eventuelle Mittäter wurden ausgeblendet. Das WSG-Mitglied Gundolf Köhler soll die Bombe demnach allein gelegt haben. Offizielles Motiv: Probleme mit Freundin und im Studium. Auch das WSG-Mitglied Uwe-Behrendt soll im Dezember 1980 allein und aus undurchsichtigen Motiven heraus den Doppelmord von Erlangen begangen haben. Schließlich soll Forstwirtschaftsmeister Heinz Lembke in Niedersachsen 31 Waffendepots ganz allein aus Spaß an der Freude angelegt haben. Während das LKA von einer sechsköpfigen Gruppe spricht, ändert sich mit der Übernahme das Falles durch die Bundesanwaltschaft schlagartig alles. Es wird eine Nachrichtensperre verhängt, drei erst kurz zuvor verhaftete Neonazis werden wieder entlassen, alle Verfahren werden eingestellt nur Lembke bleibt in Haft. Er erhängt sich wenig später in Untersuchungshaft.
Auch bei Josef Saller, einem 19jährigen Lehrling, den es in einer Dezembernacht

1988 „überkam", ein überwiegend von türkischen Familien bewohntes Haus in der Schwandorfer Innenstadt anzuzünden, war es nicht anders. Die polizeiliche Desinformation begann bereits, kurz nachdem die Glut erloschen war. Drei türkische Staatsangehörige und ein Deutscher kamen in den Flammen um. Die Schwandorfer Polizei schloß zwar Brandstiftung nicht aus, dementierte jedoch sofort Meldungen, wonach ein politisch motivierter Brandanschlag verübt worden sei. Einen Tag nach dem Brand fanden Ermittler den Aufkleber „Türken raus" an einem benachbarten Haus. Die Spur führte sie zu dem stadtbekannten Rechtsextremisten Josef Saller. Am 5.Januar 1989 legte der Lehrling ein umfassendes und detailliertes Geständnis ab. Sein Motiv: er habe Ausländer ärgern wollen.
Durch das Geständnis des Rechtsextremisten ist die Polizei gezwungen, eine neue Version des Tathergangs zu verbreiten. Fest stehe demnach, so die Polizei in einer Pressemitteilung kurz nach dem Geständnis, daß „an dem Verbrechen kein zweiter Täter beteiligt war, auch keine rechtsradikale Gruppierung im Hintergrund mitwisserisch oder anstifterisch tätig war". Noch bevor eine Hausdurchsuchung bei Saller umfangreiches Adressenmaterial und Propagandaschriften der militanten „Nationalistischen Front" (NF) und der FAP zu Tage gefördert hatte, noch bevor Sallers aktive Mitgliedschaft in gehobener Position bei der NF bekannt geworden war und lange bevor Kontaktpersonen aus dem rechten Spektrum überhaupt vernommen worden waren, setzte die Kripo die Version vom Einzeltäter in die Welt. Eine Version, die sie bis zum Ende der Ermittlungen konsequent durchhielt und die schließlich auch vom Amberger Landgericht übernommen wurde.
Systematisch wurden Hinweise ausgeblendet, die auf Saller als organisierten Neofaschisten hingedeutet hatten. Bei Saller gefundene Briefumschläge wanderten z.B. ungeöffnet in die Asservatenkammer. Erst auf Drängen der Nebenkläger öffnete man sie und fand revisionistisches Propagandamaterial eines der führenden österreichischen Neofaschisten. Bundesbahnfahrkarten, die darauf hindeuteten, daß Saller unmittelbar vor der Tat zum 4.Bundesparteitag der NF nach Bielefeld gefahren ist, fanden keinen Eingang in die Gerichtsakten. Die Führer von NF und FAP wurden niemals zu ihrem „Kameraden Josef", wie sie ihn nachher in ihren Publikationen bezeichnen, befragt. Kontakte zu örtlichen „Republikanern" fielen unter den Tisch, entsprechende Kontaktpersonen wurden nicht einmal vernommen.
Die Nähe zwischen der hetzerischen rassistischen Propaganda der NF zu Sallers todbringender Aktion hat weder die Kripo noch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht interessiert. Saller wird als Einzeltäter, der sich „vom Einzelgänger zum Einzelkämpfer entwickelt" habe, nicht wegen Mordes, sondern wegen schwerer Brandstiftung schließlich zu 12 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Seitdem findet sich sein Name auf der Liste der „Nationalen Gefangen" in der Zeitschrift „NS-Kampfruf" der illegalen „NSDAP-AO". In Interviews mit offen faschistischen Skinhead-Magazinen wie „Querschläger" oder „Frontal" meldet sich Saller aus der Zelle zu Wort. Sein „größter politischer Wunsch" ist demnach ein „Besatzer- und ausländerfreies Deutschland in germanisch-preußischer Tradition in den Grenzen von 1938, ein Europa ohne Neger, Rote und Hakennasen" und „vor allem, daß sich der Nationalsozialismus wieder durchsetzt". Saller gibt seine Bewunderung für den ehemaligen SS-Obergruppenführer und Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich kund.: „Das war genau ein Nationalsozialist nach meinem Geschmack. Ein SS-Führer mit Stil, Eleganz und Durchsetzungsvermögen." Der „Einzelkämpfer" Saller pflegt auch eindeutige Kontakte aus sei-

Bielefeld 1987: Mitglieder der „Nationalistischen Front" vor ihrem Zentrum

Chronik des Terrors

Etwa 60 Skinheads randalierten in Eberswalde-Finow. Sie versuchten die Discothek im Haus der Kultur zu stürmen, wurden aber von den Einlaßkräften couragiert abgewehrt. Danach zogen die Skins durch die Stadt. Zwei Passanten wurden zusammengeschlagen und mußten ins Krankenhaus schwer verletzt eingeliefert werden. Mit Steinen und Flaschen gingen die Skins auf 40 eingesetzte Polizisten los. 22 der Skins wurden zur Identitätskontrolle festgenommen. (Berliner Zeitung und Neues Deutschland, 9.6.1992)

In Elgersburg (Landkreis Ilmenau) fuhren vier Vermummte vor ein Heim für AsylbewerberInnen, gaben fünf Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab, zerschlugen eine Fensterscheibe und brüllten ausländerfeindliche Parolen. (FR, 9.6.1992)

In Mannheim ging die Polizei brutal gegen eine nicht genehmigte Demonstration von 500 AntifaschistInnen vor. 142 AntifaschistInnen wurden festgenommen, eine große Zahl verletzt. Die Demonstration richtete sich gegen rassistische Exzesse, die Skins und BürgerInnen seit ca. 10 Tagen vor dem AsylbewerberInnenheim im Stadtteil Schönau veranstalteten. Die 200 AsylbewerberInnen leben dort praktisch im Belagerungszustand. Die Straße ist durch Polizei abgeriegelt. Neofaschisten aus dem Stadtteil und der Umgebung, drohen immer wieder das Heim zu stürmen, sie finden Sympathie in der Bevölkerung. Bereits im Laufe der Woche war es zwischen Pro-Asyl-Gruppen und Neofaschisten zu Auseinandersetzungen gekommen, bei der ein Polizist schwer verletzt wurde. In Schönau hatten die REPs bei den Landtagswahlen 16,2 Prozent der Stimmen bekommen. (Bild, Neues Deutschland und SZ, 9.6.1992)

7.6. In Nudow in Brandenburg überfiel eine Gruppe aus vier oder fünf Skinheads einen Zeltplatz. Etwa 15 Jugendliche seien mit Knüppeln und Ketten bedroht, zwei Personen verletzt worden. (FR, 9.6.1992)

In Staffelde (Kreis Oranbienburg) kam es zu einem Streit zwischen Jugendlichen und Skinheads, bei dem drei Personen leicht verletzt wurden. Die Polizei nahm drei mit Schlagwerkzeugen bewaffnete Personen aus der Skinhead-Szene nach dem Vorfall vorläufig fest. (Berliner Zeitung, 9.6.1992)

In Eilenburg verhinderte die Polizei durch rechtzeitiges Eingreifen einen Überfall auf die dortige Unterkunft für AsylbewerberInnen. Als 60 Jugendliche aus der neofaschistischen Szene mit Knüppeln, Baseballschlägern und einer Brandflasche gegen die AusländerInnen vorgehen wollte, löste die Polizei die Ansammlung auf und nahm sieben Personen fest. (Neues Deutschland, 9.6.1992)

11.6. Mit einer Razzia haben um 4 Uhr früh insgesamt 70 Polizisten drei AsylbewerberInnenheime in Freiberg und Umgebung durchsucht, um angeblich nach Diebesgut zu suchen. Nach Informationen der Ausländerberaterin des Diakonischen Werkes Freiberg kam es dabei zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen die 50 Flüchtlinge in Gränitz, insbesondere gegen eine Familie verfolgter koptischer Christen aus Syri-

CHRONIK DES TERRORS

en. Ein medizinisches Gutachten stellt fest, daß Blutergüsse und Verletzungen „durchaus auf bestimmte Vorgehensweisen der Polizei zurückzuführen sein könnten." Laut der Ausländerberaterin sind Frauen in Unterwäsche im Aufenthaltsraum zusammengetrieben, protestierende Söhne von maskierten Einsatzkräften mit Waffen auf den Kopf geschlagen und ein kurdischer Vater vor den Augen seiner Kinder mit Schlagstöcken gepeinigt worden. Diebesgut wurde nicht gefunden. (Neues Deutschland und FR, 13.6.1992)

12.6. In Bonn-Tannenbusch kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der FAP auf der einen Seite und ausländischen und antifaschistischen Jugendlichen auf der anderen Seite, bei der ein Jugendlicher schwer verletzt, zwei Polizisten verletzt und 10 Neofaschisten und 25 Ausländer festgenommen wurden. Die Neofaschisten hatten Ausländer vor einem Lokal beschimpft und dann durch die Straßen getrieben. Als die Ausländer Verstärkung durch AntifaschistInnen erhalten hatten, versuchte die Polizei die beiden Gruppen zu trennen. Die Neofaschisten versuchten schließlich die Kette der Polizei zu durchbrechen. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. (Bonner General-Anzeiger, 15.6.1992)

In Isen (Kreis Erding) brannte ein Asylbewerberheim völlig aus. Zum Zeitpunkt des Brandes waren neun von insgesamt 25 AsylbewerberInnen anwesend. Personen wurden nicht verletzt, es entstand ein Sachschaden von 900.000 DM. Nach den ersten Feststellungen der Polizei scheidet Brandstiftung als Ursache aus. (SZ, 15.6.1992)

In Altdorf bei Nürnberg, ist eine Unterkunft, in dem 30 AsylbewerberInnen untergebracht sind, bei einem Brand total zerstört worden. Alle Bewohner, darunter 17 Kinder, konnten unverletzt gerettet werden. Nach ersten Ermittlungen schließt die Polizei Brandstiftung als Ursache aus. (SZ, 15.6.1992)

13.6. In Mannheim demonstrierten 2500 AntifaschistInnen trotz Versammlungsverbots dagegen, daß seit über zwei Wochen ein vielhundertköpfiger Mob an jedem Abend das Flüchtlingslager im Stadtteil Schönau belagert. Die Polizei ging abermals gegen die DemonstrantInnen vor und verhaftete 250 von ihnen. (Neues Deutschland und taz, 15.6.1992)

In Rostock versuchten AntifaschistInnen, eine Veranstaltung der DVU durch eine Blockade des Tagungslokals zu verhindern. Die Polizei räumte den Eingang und nahm 40 AntifaschistInnen fest. (taz, 15.6.1992)

15.6. In Berlin-Tiergarten ist ein Brandanschlag auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus verübt worden. Noch bevor die Feuerwehr eintraf konnten die Hausbewohner sechs Kinder abseilen. Ein Bewohner erlitt eine Rauchvergiftung und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei vermutet das Unbekannte eine Brandflasche durch die Scheiben in ein Zimmer geworfen hatten. (Berliner Zeitung, 16.6.1992)

Mit Tischen und Stühlen aus einer naheliegenden Zelle heraus. Er gibt in dem Interview zu, daß Kontakte zur „HNG, Kurt Müller (Neonazi aus Mainz, B.S.) und zu anderen Kameraden der FAP" bestünden.
werden. Daß aber alle Operationen der WSG-Ausland von Hoffmanns Sitz in Ermreuth bei Erlangen aus gesteuert worden waren, daß alle Libanon-Kämpfer aus der BRD rekrutiert worden waren und alle Planungen auf Anschläge in der BRD (Befreiung von Rudolf Heß, Anschläge auf die Öl-Raffinerie in Ingolstadt, Ermordung von bundesdeutschen Staatsanwälten) abgezielt hatten, juckte den BGH nicht. Er fand „keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Teilorganisation in der BRD".
Für Hoffmann hatte dieses Urteil positive Folgen. Die kollektive Haftungskonstruktion des §129a, wonach jedes Gruppenmitglied automatisch für die Taten anderer Mitglieder verantwortlich ist, entfiel. Der individuelle Tatnachweis wurde erforderlich. Da Hoffmann aber nie nachweislich selbst mit Hand angelegt hatte, konnte ihm das Gericht in den gravierenden Fällen wie z.B. dem Mord an dem Erlanger Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen im Dezember 1980 oder dem Oktoberfestattentat im September 1980 nichts nachweisen. So wurde Hoffmann wegen kleinerer Delikte wie Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Geldfälschung oder Waffenbesitz zu neuneinhalb Jahren verurteilt.
Auch das 1981 in Paris von deutschen Neonazis gegründete terroristische „Kommando Omega" hat dem BGH zu danken. Im engsten Umkreis des Chefs der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands", Friedhelm Busse, gegründet, hortete das Kommando jede Menge Sprengstoff und beabsichtigte, Anschläge auf deutsche staatliche Stellen, Richter und Staatsanwälte zu verüben und Verräter aus den eigenen Reihen zu liquidieren. Durch Zufall kam die Polizei ihnen auf die Spur. Bei einer Schießerei in München sterben zwei Neonazis im Kugelhagel der Polizei. Busse wird festgenommen und u.a. wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeklagt. In ihren Plädoyers erinnern sich aber die Bundesanwälte des BGH-Urteils und lassen den Vorwurf des §129a fallen. Busse wird wegen Hehlerei, Waffen- und Sprengstoffbesitz zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Busses vielfältige Kontakte im In- und Ausland, insbesondere nach Belgien und Frankreich, interessierte die Richter nicht. Als strafmildernd wertete es das Oberlandesgericht München, daß Busse aus „falsch verstandener kameradschaftlicher Gesinnung" die Gruppenmitglieder bei sich habe wohnen und den Sprengstoff in seiner Garage habe lagern lassen. Heute ist der Mann mit der richterlich attestierten „kameradschaftlichen Gesinnung" der Vorsitzende der militanten „Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei" (FAP).
Besonders abstrus wird die juristische Praxis des §129a bei Rechtsextremisten im Falle der Gruppe Hepp/Kexel. Ortfried Hepp und Walter Kexel verübten mit weiteren Gesinnungsfreunden im Dezember 1982 Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten und Army-Einrichtungen im Rhein-Main-Gebiet. Während alle anderen Gruppenmitglieder festgenommen werden konnten, gelang Hepp zunächst die Flucht über Ostberlin nach Paris. Die Gruppe ohne Hepp wird zwar wegen §129a angeklagt, das Frankfurter Landgericht sieht aber im März 1985 diesen Tatvorwurf nicht als erwiesen an. Nach seiner Festnahme wird Hepp im Otkober 1987 dann wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt, deren potentielle Mitglieder allesamt im Verfahren zwei Jahre zuvor von diesem Vorwurf freigesprochen waren waren. Hepp ist damit exklusives Mitglied seiner „Gruppe".
Den Begriff des Sympathisanten gibt es in Zusammenhang mit militanten Neofaschisten anscheinend nicht. Prädestiniert dafür wäre die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG). Die HNG wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz zeitweilig als größte rechtsextremistische Gruppierung in der BRD eingestuft. Ihr Ziel ist eindeutig: sie will die „Kampfmoral inhaftierter Kameraden erhalten und stärken". Die HNG verfügt über sehr gute Kontakte nach Franreich, Belgien und in die USA. Sie ermöglichte z.B. Kühnen die Flucht nach Paris. Kein HNG-Mitglied wurde jemals wegen Werbens für oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung belangt.
(Anmerkung der Redaktion: Seit der Neufassung des §129a am 1.1.87 gilt diese Auslandsklausel nicht mehr. Damals drängte Rebmann darauf, auch vom Ausland aus agierende Gruppen verfolgen zu können, wobei er allerdings Gruppen wie IRA, ETA, PKK etc. im Auge hatte.)

Das Paradebeispiel: der Einzeltäter

Die stete Leugnung nationaler und internationaler Verflechtungen neonazistischer Gruppen zieht in letzter Konsequenz die beliebte Einzeltätertheorie nach sich, den meist psychopathischen, von jeglichen Gruppenzusammenhängen losgelösten Einzeltäter. So wurde im Falle des Oktoberfestattentats vom bayerischen Landeskriminalamt vom ersten Tag an die Einzeltäterversion favorisiert. Vielfältige Hinweise auf Hintergründe und eventuelle Mittäter wurden ausgeblendet. Das WSG-Mitglied Gundolf Köhler soll die Bombe demnach allein gelegt haben. Offizielles Motiv: Probleme mit Freundin und im Studium. Auch das WSG-Mitglied Uwe-Behrendt soll im Dezember 1980 allein und aus undurchsichtigen Motiven heraus den Doppelmord von Erlangen begangen haben. Schließlich soll Forstwirtschaftsmeister Heinz Lembke in Niedersachsen 31 Waffendepots ganz allein aus Spaß an der Freude angelegt haben. Während das LKA von einer sechsköpfigen Gruppe spricht, ändert sich mit der Übernahme das Falles durch die Bundesanwaltschaft schlagartig alles. Es wird eine Nachrichtensperre verhängt, drei erst kurz zuvor verhaftete Neonazis werden wieder entlassen, alle Verfahren werden eingestellt nur Lembke bleibt in Haft. Er erhängt sich wenig später in Untersuchungshaft.
Auch bei Josef Saller, einem 19jährigen Lehrling, den es in einer Dezembernacht 1988 „überkam", ein überwiegend von türkischen Familien bewohntes Haus in der Schwandorfer Innenstadt anzuzünden, war

es nicht anders. Die polizeiliche Desinformation begann bereits, kurz nachdem die Glut erloschen war. Drei türkische Staatsangehörige und ein Deutscher kamen in den Flammen um. Die Schwandorfer Polizei schloß zwar Brandstiftung nicht aus, dementierte jedoch sofort Meldungen, wonach ein politisch motivierter Brandanschlag verübt worden sei. Einen Tag nach dem Brand fanden Ermittler den Aufkleber „Türken raus" an einem benachbarten Haus. Die Spur führte sie zu dem stadtbekannten Rechtsextremisten Josef Saller. Am 5.Januar 1989 legte der Lehrling ein umfassendes und detailliertes Geständnis ab. Sein Motiv: er habe Ausländer ärgern wollen.
Durch das Geständnis des Rechtsextremisten ist die Polizei gezwungen, eine neue Version des Tathergangs zu verbreiten. Fest stehe demnach, so die Polizei in einer Pressemitteilung kurz nach dem Geständnis, daß „an dem Verbrechen kein zweiter Täter beteiligt war, auch keine rechtsradikale Gruppierung im Hintergrund mitwisserisch oder anstifterisch tätig war". Noch bevor eine Hausdurchsuchung bei Saller umfangreiches Adressenmaterial und Propagandaschriften der militanten „Nationalistischen Front" (NF) und der FAP zu Tage gefördert hatte, noch bevor Sallers aktive Mitgliedschaft in gehobener Position bei der NF bekannt geworden war und lange bevor Kontaktpersonen aus dem rechten Spektrum überhaupt vernommen worden waren, setzte die Kripo die Version vom Einzeltäter in die Welt. Eine Version, die sie bis zum Ende der Ermittlungen konsequent durchhielt und die schließlich auch vom Amberger Landgericht übernommen wurde.
Systematisch wurden Hinweise ausgeblendet, die auf Saller als organisierten Neofaschisten hingedeutet hatten. Bei Saller gefundene Briefumschläge wanderten z.B. ungeöffnet in die Asservatenkammer. Erst auf Drängen der Nebenkläger öffnete man sie und fand revisionistisches Propagandamaterial eines der führenden österreichischen Neofaschisten. Bundesbahnfahrkarten, die darauf hindeuteten, daß Saller unmittelbar vor der Tat zum 4.Bundesparteitag der NF nach Bielefeld gefahren ist, fanden keinen Eingang in die Gerichtsakten. Die Führer von NF und FAP wurden niemals zu ihrem „Kameraden Josef", wie sie ihn nachher in ihren Publikationen bezeichnen, befragt. Kontakte zu örtlichen „Republikanern" fielen unter den Tisch, entsprechende Kontaktpersonen wurden nicht einmal vernommen.
Die Nähe zwischen der hetzerischen rassistischen Propaganda der NF zu Sallers todbringender Aktion hat weder die Kripo noch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht interessiert. Saller wird als Einzeltäter, der sich „vom Einzelgänger zum Einzelkämpfer entwickelt" habe, nicht wegen Mordes, sondern wegen schwerer Brandstiftung schließlich zu 12 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Seitdem findet sich sein Name auf der Liste der „Nationalen Gefangen" in der Zeitschrift „NS-Kampfruf" der illegalen „NSDAP-AO". In Interviews mit offen faschistischen Skinhead-Magazinen wie „Querschläger" oder „Frontal" meldet sich Saller aus der Zelle zu Wort. Sein „größter politischer Wunsch" ist demnach ein „Besatzer- und ausländerfreies Deutschland in germanisch-preußischer Tradition in den Grenzen von 1938, ein Europa ohne Neger, Rote und Hakennasen" und „vor allem, daß sich der Nationalsozialismus wieder durchsetzt". Saller gibt seine Bewunderung für den ehemaligen SS-Obergruppenführer und Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich kund.: „Das war genau ein Nationalsozialist nach meinem Geschmack. Ein SS-Führer mit Stil, Eleganz und Durchsetzungsvermögen." Der „Einzelkämpfer" Saller pflegt auch eindeutige Kontakte aus seiner Zelle heraus. Er gibt in dem Interview zu, daß Kontakte zur „HNG, Kurt Müller (Neonazi aus Mainz, B.S.) und zu anderen Kameraden der FAP" bestünden.

Rostock-Lichtenhagen, 24.8.92: Straßenschlacht zwischen Rechtsradikalen und Polizei

Chronik des Terrors

genden Fleischerei sind zehn Vietnamesen in Weißenfels beworfen worden. Die Polizei konnte vier der Rassisten stellen. (Neues Deutschland, 17.6.1992)

Mitte Juni Nach mehreren tätlichen Übergriffen wollen die 15 ausländischen Studenten Cottbus verlassen. In einem Brief an den Deutschen Akademischen Austauschdienst begründeten sie diesen Schritt mit ausländerfeindlichen Attacken in der Stadt. So seien Kommilitonen in Supermärkten angerempelt und beschimpft worden, einige von ihnen wurden Opfer tätlicher Angriffe. Der Sicherheitsdezernent der Stadt, Dr. Bialas, kommentierte höhnisch, daß die ausländischen Studenten die Ausländerfeindlichkeit in der Stadt nicht überbewerten sollten. (Berliner Zeitung, 16.6.1992 und Neues Deutschland, 26.6.92)

16.6. In Rüdersdorf bei Fürstenwalde überfielen drei mit Gummiknüppeln bewaffnete Unbekannte zwei Vietnamesen und forderten die Herausgabe von Bargeld. Die Unbekannten erbeuteten den PKW der Opfer, 500 DM sowie einen Führerschein. (Berliner Zeitung, 18.6.1992)

17.6. In Berlin-Wedding verübten Unbekannte einen Sprengstoffanschlag auf ein Heim für AsylbewerberInnen der Arbeiterwohlfahrt. In dem Heim wohnen 150 AsylbewerberInnen. Der selbstgebastelte Sprengsatz richtete nur geringen Schaden an. (Berliner Zeitung, 18.6.1992)

In Luckenwalde warfen unbekannte Täter einen Brandsatz gegen das AsylbewerberInnenheim. Die Brandflasche brannte vor dem Zaun des Hauses aus. (Berliner Zeitung, 19.6.1992)

In Höhenkirchen folgten 250 BürgerInnen dem Aufruf der „Bürgerinitiative gegen das Wohncontainerlager" und demonstrierten gegen die vorzeitige Aufstellung der Container für rund 150 AsylbewerberInnen durch das Landratsamt. (SZ, 19.6.1992)

19.6. In Göteborg/Schweden randallierten 500 deutsche Hooligans bei der Fußball-Europameisterschaft. Sie waren mit Rauchbomben und Waffen ausgerüstet, zerschlugen Fensterscheiben und griffen niederländische Fans in Gaststätten an. Zehn Personen wurden verletzt. (Neues Deutschland, 20.6.1992)

20.6. In Berlin-Friedrichshain kam es zwischen Punks und Skins zu einer Straßenschlacht. Polizisten wollten schlichten und wurden selber angegriffen. (Berliner Zeitung, 22.6.1992)

In Berlin-Hellersdorf werden am Strand der Krausdorfer Seen fünf Personen von etwa 20 Skinheads mit Feldspaten und Baseballschlägern überfallen. Alle Opfer kommen ins Krankenhaus. (Berliner Zeitung, 22.6.1992)

In Weimar verbot der Magistrat der Stadt einen Aufmarsch der neofaschistischen „Deutsch Nationalen Partei". Trotz des Verbots kammen zahlreiche Nazis in die Stadt. Ein Großaufgebot der Polizei verhinderte ein Aufeinandertreffen von Nazis und AntifaschistInnen. (Neues Deutschl., 22.6.1992)

22.6. In Erding wird ein 25jähriger Asylbewerber aus Indien von einem Polizist durch

CHRONIK DES TERRORS

einen Schuß im Oberschenkel verletzt. Der Schuß hatte sich angeblich versehentlich gelöst. Die Polizei war gerufen worden, weil gegen den Asylbewerber eine Anzeige wegen mehrerer Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz vorlag. (SZ, 23.6.1992)

26.6. In Hamburg lieferten sich 200 Hooligans nach der Niederlage der bundesdeutschen Fußballnationalmannschaft mit Passanten und der Polizei sowohl in der Innenstadt als auch auf St. Pauli schwere Auseinandersetzungen. Die Hooligans schossen Feuerwerkskörper und Leuchtspurmunition ab und warfen mit Flaschen. In Hamburg-Altona hatten bereits zuvor rund 40 Hooligans eine Zuschauermenge gestürmt, die die Übertragung des Endspiels unter freiem Himmel auf einer Großleinwand verfolgten. Später griffen 25 Skinheads Beamte der Bahnpolizei an und schlugen zwei Beamte dienstunfähig. Insgesamt wurden 65 Hooligans in Gewahrsam genommen. (SZ, 29.6.1992)

In Neumünster randalierten rund 250 angetrunkene Holligans und rechtsgerichtete Skinheads. Sie riefen rassistische Parolen und gingen mit Biergläsern, Flaschen, Dosen und Pflastersteinen gegen Passanten und Ausländer vor. 25 Personen wurden verletzt, darunter vier Polizisten. (SZ, 29.6.1992)

26./27.6. In Basdorf dringen zehn Hooligans gewaltsam in eine Gaststätte ein, verletzen den Wirt und entwenden Wertgegenstände. (Berliner Zeitung, 29.6.1992)

28.6. In Artern dringen fünf unbekannte Täter in die Wohnung eines Pakistani ein und verletzten ihn durch zwei Schüsse aus einer Gaspistole und durch brutale Schläge mit einem Baseballschläger schwer. (Berliner Zeitung, 29.6.1992)

28.6./29.6. In Buxtehude haben Unbekannte zwei Gebäude für AsylbewerberInnen in Brand gesteckt. Personen wurden nicht verletzt. Die Gebäude brannten vollständig ab.(Neues Deutschland, 30.6.1992)

29.6. In Markee verhinderten rund 70 bis 80 antifaschistische Jugendliche einen erwarteten Angriff von Neonazis auf das dortige Heim für AsylbewerberInnen. (Berliner Zeitung, 30.6.1992)

In Pasewalk haben zwei Jäger zwei illegale Grenzgänger in einem Kornfeld nahe der polnischen Grenze erschossen. Laut Auskunft der Staatsanwaltschaft soll es sich dabei um einen Jagdunfall gehandelt haben. Allerdings seien die Schützen nach der Tat geflüchtet. Die Gruppe der illegal eingewanderten Flüchtlinge hatte in der Morgendämmerung die deutsch-polnische Grenze in Kreis Pasewalk überwunden. Als sie ein Kornfeld durchquerten, wurden sie überrascht und duckten sich. Als sich zwei der Gruppe aufrichteten, um die Lage zu prüfen, fielen die Schüsse. (Welt, 7.7.1992)

Der Kreisvorsitzende des Bundes der Vertriebenen vom Kreisverband Leipzig forderte „eine asylantenfreie Stadt Markkleeberg". Der BdV protestierte gegen die Absicht, in Markkleeberg ein Heim für Asylsuchende einzurichten. Die Gelder die für die Betreuung der Asylsuchenden ausgegeben werden, sollten nach Ansicht des BdV-

Auch im Osten nicht viel Neues

Auch im realexistierenden Sozialismus Marke DDR gab es mannigfaltige Kontinuitätslinien von der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Gegenwart. Der Verfassungsgrundsatz, daß dort „Faschismus mit Stumpf und Stiel" ausgerottet wäre, grenzt an Selbstbetrug. Es ist zwar unbestritten, daß es in der DDR insbesondere unter Führung der sowjetischen Besatzungsmacht gelungen ist, die ökonomische Basis des Faschismus zu zerstören. Es gab eine gewaltige Bodenreform, eine schonungslose Enteignung der Großindustriellen und auch eine Entnazifizierung, die mit 520.000 entlassenen Verwaltungsangestellten und mit 13.000 Urteilen gegen Nazi-Verbrecher die halbherzigen Versuche in den Westzonen erheblich in den Schatten gestellt hat. Trotzdem ist es nicht gelungen, im Bewußtsein der Bevölkerung entscheidende Veränderungen zu bewirken und damit die Möglichkeiten zum Überleben einer faschistischen Geisteshaltung zu verhindern. D.h. das Problem der DDR war nicht in dem Maße die personelle Kontinuität (die es aber auch gegeben hat), sondern das politische Klima, das rechtsextremen Ideologien nicht nur ein Überleben sondern auch Reproduktionsmöglichkeiten gesichert hat.

Hier muß die Art der Entnazifizierung der „kleinen Nazis" erwähnt werden. Schon 1947 wurden einfache NSDAP-Mitglieder pauschal entlastet. 1948 wurde das Ende der Entnazifizierung offiziell beschlossen, selbstverständlich geschuldet der geänderten politischen Konstellation (Anfänge des „Kalten Krieges") und dem Sachzwang, nach dem Zusammenbruch eine funktionierende Verwaltung wieder aufzubauen. Schon im Mai 1948 erhielten die alten NSDAP-Mitglieder und Wehrmachts-Angehörigen mit der Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NDPD) eine Plattform zur politischen Betätigung. Die NDPD war eine ganz normale, anerkannte Blockpartei und besaß 52 Abgeordnete in der DDR-Volkskammer. In ihrem Parteiprogramm 1951 fordert sie unmißverständlich „Deutschland den Deutschen" und „Deutschland muß leben". Der 3.SED-Parteitag beschloß schließlich 1950, daß die „Wurzeln des Faschismus ausgerottet" seien. Im Mai 1964 wähnte sich Walter Ulbricht „auf der historisch erprobten Straße des sicheren Siegers" und im Mai 1975, anläßlich des 30.Jahrestags der Befreiung, sah Erich Honecker sich „und uns alle bei den Siegern der Geschichte".

Diese „Sieger der Geschichte" hatten es nicht mehr nötig, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die rein ökonomistische Faschismus-Definition nach Dimitroff, wonach die Faschisten ausschließlich als Handlanger des Finanzkapitals verstanden wurden, machte es nicht mehr nötig, der Frage nachzugehen,warum denn 13 Millionen Deutsche die NSDAP gewählt hatten. Das deutsche Volk wurde in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung als „betrogen, irregeführt, belogen und verführt" dargestellt. Die Faszination, die der Faschismus auch gerade unter den Arbeitern ausgelöst hatte, blieb unberücksichtigt, die Arbeiterschaft wurde per Definition für antifa-

schistisch erklärt. Es war immer nur vom Faschismus die Rede, das Wort „Nationalsozialismus" und damit die spezifische Qualität des deutschen Faschismus mit der systematischen Vernichtung der Juden kam in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung nicht vor. Die nicht gründlich aufgearbeitete Vergangenheit, der ritualisierte, inhaltsleere und verordnete Antifaschismus schufen zusammen mit der kleinbürgerlichen, auf Aus- und Abgrenzung abzielenden Sozialisation in der DDR ein Klima, in dem rechtsextreme Ideologie gedeihen konnte.

Darüberhinaus gab es jedoch auch personelle Kontinuitäten. 1968 ging Simon Wiesenthal mit einer Liste der Namen von 39 hochrangigen Vertretern der DDR-Medien (bis hinauf zum stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschlands") an die internationale Öffentlichkeit. Diese trugen nicht nur hohen Orden der DDR, sondern wiesen auch eine bedeutsame Karriere in der NS-Zeit insbesondere in den dortigen Propagandastellen auf. Wiesenthal begründete die antisemitische und antizionistische Hetze gegen Israel in den DDR-Medien mit dieser Kontinuität. Auch General Arno von Lenski ist ein gutes Beispiel für Kon-

Quedlinburg, 12.9.92: deutsche Jugend 1992

tinuität. Lenski war Volkskammerabgeordneter für die NDPD und Träger der Medaille für „Kämpfer gegen Faschismus von 1933 bis 1945". Dieser „Kämpfer gegen Faschismus" saß aber als Beisitzer im berüchtigten Volksgerichtshof unter Roland Freisler und setzte nachweislich seine Unterschrift unter 20 Todesurteile.

Angesichts des allgemeinen Klimas und solcher Kontinuitäten ist es auch kein Wunder, daß es in der DDR schon lange vor der Wende rechtsextremistische Gruppierungen und auch Aktivitäten gegeben hat. Die nach der Wende durch Hausbesetzungen in der Ostberliner Weitlingstraße bekannt gewordene „Nationale Alternative" geht z.B. zurück auf die 1986 gegründete „Lichtenberger Front", die sich dann zwei Jahre später in „Bewegung 30.Januar" umbenannt hatte. Chef dieser Gruppierungen war Andre Riechert, bezeichnenderweise Sohn eines für Rechtsextremismus zuständigen Leutnants des Ministerium für Staatssicherheit.

Neonazistische Aktivitäten in der DDR wurden im Westen zum ersten Mal mit einem Prozeß gegen die Skinheads bekannt, die im Oktober 1987 zusammen mit Westberliner Skins ein Punkkonzert in der Zionskirche überfallen hatten. Es war dies das erste Mal, daß über ein Gerichtsverfahren gegen Rechtsextreme auch in den Medien der DDR berichtet wurde. Wegen „Rowdytum" und „Asozialität" wurden die Skins damals zu Strafen bis zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Die Tat wurde nicht als politische Tat gehandelt, Straftatbestände wie z.B. verbotene westliche Verbindungsaufnahme oder Besitz von faschistischer Literatur ließ man unter den Tisch fallen.

Kurz darauf sorgt ein weiterer Prozeß gegen jugendliche Skinheads für Aufsehen. Diese hatten zwischen November 1987 und März 1988 den Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Ostberlin insgesamt fünfmal geschändet. 222 Grabsteine wurden bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Pikanterweise gehen alle Fenster der Rückfront der Volkspolizei-Inspektion Prenzlauer Berg genau auf diesen Friedhof hinaus. Nach Aussage eines Tatbeteiligten hatten die Skins sich einen Wettbewerb daraus gemacht, wer es „unter Abspielen lauter Musik" schafft, in kürzester Zeit die meisten Grabsteine mit Hämmern zu zerstören. In der Anklageschrift steht, die Jugendlichen hätten „unter Alkoholeinfluß sich gegenseitig bestärkend faschistische und antisemitische Parolen" gegrölt. In der VoPo-Inspektion will aber niemand etwas davon gehört

Chronik des Terrors

Kreisvorsitzenden „besser zur pauschalen Entschädigung der Heimatvertriebenen" bereitgestellt werden. AsylbewerberInnenheime sollten seiner Meinung nach an den Grenzen der BRD errichtet werden. (Neues Deutschland, 30.6.1992)

30.6. In Wilhelmshaven macht der neofaschistische „Deutsche Kameradschaftsbund" mit Steckbriefen Hatz auf den dortigen DGB-Vorsitzenden. (FR, 1.7.1992)

Ende Juni In Berlin werfen Unbekannte drei Fenster des angolanischen Konsulats ein. (Berliner Zeitung, 7.10.92)

Dem BKA sind laut Auskunft der Bundesregierung im 1.Halbjahr 1992 insgesamt 1443 fremden-/ausländerfeindliche motivierte Straftaten bekanntgeworden, darunter 128 Brandanschläge, 178 Angriffe gegen Personen und 1.137 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Propagandadelikte u.a.)

Länder	Brand-anschläge	Angriffe gegen Personen	sonstige Straftaten
Brandenburg	9	23	83
Berlin	2	6	31
Ba.-Wü.	19	10	90
Bayern	4	2	51
Bremen	0	1	12
Hessen	11	3	109
Hamburg	1	5	32
Meck.-Vorp.	1	13	32
Niedersachs.	26	5	176
NRW	18	22	295
Rheinl.-Pfalz	7	19	69
Schlesw.-Hol.	7	12	45
Saarland	0	7	6
Sachsen	12	13	57
Sach.-Anhalt	8	32	34
Thüringen	3	5	15
Gesamt 1443	128	178	1137

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke über „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Monat Juli 1992", Drucksache 12/3283, 23.9.92) Anmerkung: Seit Mai 1992 weigert sich die Bundesregierung, monatlich den Abgeordneten Auskunft über den neofaschistischen und rassistischen Terror zu erteilen. Die Bundesregierung ist lediglich bereit halbjährliche Berichte zu erstellen.

Juli 92

Anfang Juli In Waßmannsdorf jagen rechtsgerichtete Jugendliche junge Ausländer aus dem neueingerichteten Asylbewerberheim regelrecht durch die Straßen. Vor der Unterkunft tauchen Neofaschisten auf und zeigten den Hitler-Gruß. (Berliner Zeitung 17.7.1992)

1.7. In Neuruppin ersticht ein Skinhead einen 50jährigen Mann. Der Skinhead gehörte zu einer Gruppe, die auf „Pennerfang" war; zuvor hatten die Neofaschisten ihr Opfer im Park mit Schlägen und Fußtritten traktiert. (Spiegel, 31.8.1992)

4.7. In Erkner schlugen in der S-Bahn 15 Neofaschisten drei Ausländer zusammen, die daraufhin stationär behandelt werden mußten. (Berliner Zeitung, 6.7.1992)

In Angermünde randalierten Skinheads auf einem Zeltplatz. Dabei wurden drei Perso-

CHRONIK DES TERRORS

nen verletzt, zwei Zelte und ein Personenwagen beschädigt. (Berliner Zeitung, 6.7.1992)

In Herborn werden vor einem Wohnheim für Asylsuchende zwei Pakistani von drei maskierten Männern mit Stangen niedergeschlagen. Die am Boden liegenden Pakistani wurden durch Fußtritte und dann mit je einem Messerstich in Brust und Oberschenkel verwundet. Die Unbekannten demolierten drei Autos und flohen dann. (FR, 11.7.1992)

4.7./5.7. In Zittau wurde ein 18jähriger Neofaschist bei einem Überfall von Neofaschisten auf Ausländer in Notwehr getötet. Mehrere Ausländer wurden bei diesem Überfall schwer verletzt. Zwei Stunden später griffen 10 bis 15 mit Baseballschlägern und Reizgas ausgerüstet Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. Vier Asylsuchende wurden dabei verletzt. Insgesamt nahm die Polizei und der BGS 15 Personen vorläufig fest. (Berliner Zeitung, 6.7.1992)

5.7. In Oranienburg wurden drei Personen bei einer von Skinheads angezettelten Schlägerei in einer Gaststätte verletzt. (Berliner Zeitung, 6.7.1992)

In Rathenow wurde ein 45jähriger Mann bei einer Schlägerei mit mehreren Skinheads schwer verletzt. (Berliner Zeitung, 6.7.1992)

In Elsterwerda kam es zwischen Bewohnern des dortigen AsylbewerberInnenheimes und etwa 40 von einer Disko heimkehrenden Jugendlichen zu tätlichen Auseinandersetzungen. (Berliner Zeitng., 7.7.1992)

8.7. In Ostfildern-Kemnat im Kreis Esslingen tötet eine Gruppe von Skinheads bei einem Überfall auf ein Arbeiterwohnheim einen jugoslawischen Arbeiter und verletzt einen weiteren schwer. Die Faschisten drangen in den frühen Morgenstunden in ein Zimmer der Arbeiterunterkunft ein und schlugen sofort ohne Vorwarnung mit Schlagwerkzeugen auf die beiden aus den Schlaf gerissenen Jugoslawen ein. Gegen fünf der sieben Täter wird noch am Abend Haftbefehl erlassen. Zwei der weitgehend geständigen Tatverdächtigen werden gegen Auflagen auf freien Fuß gelassen. Zwei der Skins gelten laut Polizeiangaben als Rädelsführer in der örtlichen Skinhead-Szene. Die weiteren Skins seien gewaltbereit und ausländerfeindlich eingestellt. Das Arbeiterwohnheim sei nach Angaben der Polizei das „zufällige gemeinsame Ziel" gewesen. (taz, 11.7.1992)

8.7./9.7. In Vetschau Kreis Calau wurde das AsylbewerberInnenheim von rechtsradikalen Jugendlichen gleich zweimal angegriffen. Ein weiteren Angriff konnten die AusländerInnen verhindern. (Neues Deutschland, 10.7.1992)

9.7. In Hamburg-Harburg zerschlug die Polizei eine kriminelle Skinhead-Bande, die sich „Sinsdorfer Skinheads" genannt hatte. Die Bande, der 12 Jugendliche angehören sollen, hatte mehrere Anschläge auf Ausländerwohnungen und ein Kulturhaus sowie Körperverletzungen begangen. (FR, 10.7.1992)

Im Zug von Fürstenwalde nach Erkner wurde ein 24jähriger Vietnamese von zwei Per-

haben, die Täter wurden erst Wochen später verhaftet. Sie wurden dann zu drakonischen Strafen verurteilt (sechseinhalb Jahre für einen 16jährigen). Dieses Strafmaß war jedoch weniger dem antifaschistischen Selbstverständnis der DDR geschuldet, sondern eher tagespolitischen Erwägungen. Zu dieser Zeit verhandelte die DDR-Staatsführung mit dem Jewish Claims Comitee über eine symbolische Wiedergutmachungszahlung an Israel, um so den Weg für US-amerikanische Wirtschaftshilfe freizumachen. Da mußte man, um ein günstiges Verhandlungsklima zu schaffen, ein hartes Durchgreifen vorspielen.

Diese beiden Vorkommnisse sind keine Einzelfälle. Die VoPo registrierte 1988 185 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, ein Jahr später bereist 300. 1.000 Skinheads waren amtlich bekannt. Man kann rassistische Überfälle in der DDR bis in die 60er Jahre zurückverfolgen. 1974 wurde eine Reihe von jüdischen Friedhöfen in der DDR geschändet. Schon damals kritisierte der „Verband jüdischer Gemeinden in der DDR", daß die antisemitischen Vorfälle nicht dadurch ungeschehen gemacht werden könnten, „daß man ihre Spuren möglichst schnell beseitigt, beziehungsweise Verhandlungen gegen gefaßte Täter unter Ausschluß der Öffentlichkeit" führt. In den 80er Jahren bildeten sich in der DDR dann die Subkulturen der Punks, Skins, Grufties und Müslies heraus. Insbesondere nach den harten Urteilen 1987 gründeten sich sog. „Fascho-Skin"-Gruppierungen, die ihr martialisches Outfit ablegten und als anerkannte Mitglieder der DDR-Gesellschaft am Arbeitsplatz oder in gesellschaftlichen Institutionen agierten. Eine VoPo-Studie kommt denn auch zu dem Ergebnis, daß diese Fascho-Skins in der Regel „unauffällige, angepaßte, ordentliche und disziplinierte Bürger" wären, die „aus gutem, stabilem Elternhaus" stammen würden.

Das ist der Knackpunkt für den Umgang der DDR-Justiz mit Rechtsextremisten. Skins waren gerade nicht die am meisten repressiv unterdrückte Systemopposition in der DDR, wie sie sich nach der Wende in den Medien so gern darstellten. So fand sich in den Prozessen gegen rechtsextreme Skins zwischen 1986 und 1989 kein einziges für das Strafmaß ausschlaggebendes negatives Gutachten eines sog. „Kollektivvertreters" (d.h. aus dem Arbeitskollektiv). Die Werte der Rechtsextremisten wie Disziplin, Fleiß, Ordnung und Sauberkeit waren auch die Werte des DDR-Sozialismus. Kein Wunder, daß selbst neofaschistische Gruppen im Westen wie z.B. die „Nationalistische Front" dem Untergang der DDR mehr als nur eine Träne nachweint. In der Oktober-Ausgabe 1990 ihrer internen Zeitschrift „Aufbruch" nahm die „Organisationsleitung" der NF Stellung zur Wiedervereinigung unter der Überschrift: „Die DDR existiert nicht mehr. Grund zur Freude? Sicher nicht!" Jetzt, so beklagte die NF, kämen die „westlichen Werte mit voller Breitseite" in die DDR. Die BRD habe „von Anfang an auch Geist, Seele und Kultur unseres Volkes zerstört". 40 Jahre realer Sozialismus waren für die NF vom Ergebnis her eine „Atempause für völkische Substanz, Kultur und Sitte unseres Volkes". Sie loben den Mauerbau als „Bollwerk gegen die zersetzenden Einflüsse des Westens", womit sie Materialismus und Liberalismus meinen. „Die sogenannte 'Wiedervereinigung' ist der Sieg der geistigen und kulturellen Entartung über einen weiteren Teil unseres Volkes."

Angesichts dieser Wertegleichheit verwundert es nicht mehr, wie hart staatliche Stellen gegen Linke und Punks, wie lasch aber gegen Skins und Rechte vorgegangen sind. So hatte zwar die DDR ein explizit politisches Strafrecht – insbesondere den §220 des DDR-Strafgesetzbuches („Öffentliche Herabwürdigung"). Demnach wurde bestraft, „wer in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder Symbole dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt". Rechtsextreme wurden aber, wenn überhaupt, nur wegen Rowdytum oder Asozialität verurteilt. Auch das Ministerium für Staatssicherheit hatte eher die spärlichen antifaschistischen Gruppierung im Visier als die rechtsextremen Gruppen. Antifaschisten wurden mit deutscher Gründlichkeit ausgekundschaftet, beschattet und verfolgt, Rechtsextremisten konnten dagegen teilweise unter dem Auge der Stasi ihre Aktivitäten weiterverfolgen. In sog. staatstragenden Organisationen wie der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik" (GST) oder den FDJ-Ordnungsgruppen fühlten sich die Rechtsextremisten wohl. Von 84 zwischen 1986 und 1989 angeklagten Rechtsextremisten waren 17 in der FDJ-Ordnergruppe, davon zehn im Rang eines Gruppen- oder Hundertschaftsführer, und 22 waren Funktionäre der GST. Gemäß dem „Handbuch der gesellschaftlichen Organisationen der DDR" bestand die Funktion der FDJ-Ordnungsgruppen darin, überall dort für eine „saubere Atmosphäre, für Ordnung und Disziplin" einzutreten, „wo die Jugend ihre Freizeit verbringt oder sich zu jugendpolitischen Höhepunkten versammelt".

Mit welcher Akribie Punks verfolgt wurden, zeigt ein Fall im August 1989. Dort wird ein Punk vom Kreisgericht Magdeburg mit einer Ordnungsstrafe von 100 Mark belegt, nur weil er als Punk gekleidet vor Gericht erschienen war. Die Staatsanwältin argumentiert in ihrem Plädoyer gegen Punks, die auf einem Rummelplatz in eine Schlägerei verwickelt worden waren, völlig linientreu: „Es gibt für solche jungen Leute in der DDR keinen Raum." So etwas werde nicht akzeptiert, weil sich „die äußere Haltung mit den inneren Wertmaßstäben verbindet und weil sich diese äußere Aufmachung und innere Haltung mit Fleiß und Anstand nicht verbinden". Es sei vorbei, daß „sich bei uns jeder so geben und kleiden kann, wie er will". Im Umkehrschluß lagen Kleidung und innere Haltung bei rechtsextremen Skins exakt auf der staatlichen Linie.

Phantasievolle Strafmilderung für Rechtsextremisten in Gesamtdeutschland

Nach dem Pogrom von Hoyerswerda, nachdem also eine gewisse Sensibilisierung der Öffentlichkeit für rassistische Überfälle eingetreten ist und sich prominente Deutsche öffentlich zu Ausländern erklären (Plakatkampagne: „Ich bin ein Ausländer"), halten gesamtdeutsche Gerichte nicht viel davon,

hart gegen die Täter durchzugreifen. Die Richter wollen beweisen, daß es gerade nicht um politische Prozesse ginge, und bemühen ihre Phantasie, um strafmildernde Gründe für die Täter zu benennen. Das Pogrom in Hoyerswerda selbst hatte bislang nur zwei Prozesse zur Folge. Anfang Dezember wurde ein 19jähriger Marktverkäufer wegen schweren Landfriedensbruch und Volksverhetzung zu fünfzehn Monaten Jugendhaft verurteilt. Nach sechs Monaten wird über seine Bewährung entschieden. Im zweiten Prozeß gegen drei Initiatoren der Ausschreitungen (drei Skins zwischen 22 und 28 Jahren) beschränkte sich das Gericht auf eine Strafe von 18 Monaten mit Bewährung. Strafmildern nahm das Gericht die Unzurechnungsfähigkeit der Angeklagten zur Tatzeit „wegen Alkoholkonsums" an. „Wir haben die politische Dimension des Verfahrens nicht zu beurteilen", bekräftigte der Richter mehrmals. Ganz nebenbei ergab die Beweisaufnahme, daß die drei Rädelsführer während der gesamten Ausschreitungen von einem Polizeifahrzeug begleitet wurden. Die Polizisten griffen nicht ein.

Der erste Prozeß gegen rechtsextreme Gewalttäter in den fünf neuen Ländern überhaupt findet im November 1991 vor dem Jugendschöffengericht in Zittau statt. Vor Gericht stehen acht Angeklagte im Alter zwischen 18 und 34 Jahren, darunter der Kreisvorsitzende der örtlichen „Republikaner". Sie müssen sich wegen schwerem Landfriedensbruch, Körperverletzung und Volksverhetzung vor Gericht verantworten. Sie hatten am Himmelfahrtstag ein Kinderheim überfallen, in dem Kinder aus Tschernobyl untergebracht waren, und dabei den sowjetischen Betreuer verletzt. Während die Verteidigung den Vorfall als „entartete Männertagsfeier" bezeichnete, liefert auch das Gericht Grund zur Freude für die im Gerichtssaal anwesenden zahlreichen Gesinnungsfreunde der Angeklagten. Ein Jahr für den REP-Vorsitzenden, zweimal 15 Monate ohne Bewährung und vier Bewährungsstrafen lauten die milden Urteile. Der Richter dazu: „Das ist schließlich kein politischer Prozeß."

Im Dezember 1991 schließlich steht mit dem in Kanada lebenden Deutschen Ernst Zündel einer der Hauptprotagonisten der „Auschwitz-Lüge" in München vor Gericht. Selbst das Bundesinnenministerium hält inzwischen den Revisionismus für eine ernsthafte Gefahr und verweist darauf, welche Klammerfunktion er für die rechtsextreme Szene hat. Zündel wird wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe in Höhe von 12.600 DM verurteilt. Strafmildernd wertet es das Gericht, daß die „Deutschen in ihrer überwältigenden Mehrheit so gefestigt sind, daß vom Angeklagten und seinen Mitstreitern keine ernste Gefahr ausgehen".

Am 12. Februar 1992 kommt ein 19jähriger Skinhead, der in Ravensburg einen Angolaner erstochen hat, mit einer Jugendstrafe von 5 Jahren davon. Das Gericht verurteilt ihn nur wegen Totschlag mit bedingtem Vorsatz, da man davon ausgehen müsse, „daß die Hautfarbe des Opfers wesentlich zu der Tat beigetragen" hätte. Zwei Wochen später muß sich das Landgericht Koblenz ebenfalls mit einem rassistisch motivierten Mord befassen. Ein 18jähriger Skinhead hatte am 28.12.1990 in einer rheinland-pfälzischen Kleinstadt einen 17jährigen Kurden mit dem Messer von hinten erstochen. Er wurde wegen Totschlag mit bedingtem Vorsatz zu sechs Jahren Jugendstrafe verurteilt. Der Skinhead hatte sich bei der Polizei als Rädelsführer der „Taunusfront" bezeichnet und war dem Verfassungsschutz bei überregionalen Aufmärschen und Skinhead-Treffen aufgefallen. Trotzdem wertete die Staatsanwaltschaft die Tat als Ergebnis von „Spannungen zwischen den Dorfjugendlichen und den Kurden" bzw. von „Reibereien in der Schule". Der 18jährige Skin sei zwar in der „Taunusfront" gewesen, sein Lebensinhalt aber habe „in der Zeit vor dem Mord aus Saufen und Rumhängen" bestanden. Das Gericht übernimmt diese Version. Man konstatiert zwar einen „gewissen ausländerfeindlichen und rassistischen, möglicherweise auch rechtsradikalen Hintergrund", aber das Mordmerkmal der niederen Beweggründe sei nicht erfüllt, weil dem Angeklagten nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden könne, daß er „zum Zeitpunkt des Messerstichs rassistische Motive verinnerlicht" hätte.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Es geht nicht darum, zu glauben, das Problem Rechtsextremismus ließe sich mittels dem Strafrecht in Griff bekommen. Es geht darum, daß die Justiz mit ihren Urteilen das nachvollzieht bzw. mit dem korrespondiert, wie Rechtsextremisten in der offiziellen Politik und Wissenschaft gehandelt werden – als Spontantäter, ohne politischen Hintergrund, gefestigte Ideologie und Organisation, als Modernisierungsverlierer, als entwurzelte Jugendliche, als Arbeitslose, als Opfer hoher Scheidungsraten, als Perspektiv- und Orientierungslose, als Opfer zu geringer Freizeitmöglichkeiten. D.h. nicht als Täter, sondern als Opfer.

Die Opfer dieser Täter interessieren genau so wenig, wie Tatsachen, die dieser offiziellen Betrachtungsweise widersprechen. Z.B. daß Führungsmitglieder des Ku-Klux-Klans durch Deutschland fahren und Wehrsportübungen mit Neonazis abhalten, daß internationale Netzwerke von ehemaligen SS-Kämpfern Jungnazis unterstützen, daß Skinheads international vernetzt sind und über festgefügte Strukturen verfügen. Da paßt es dann ins Bild, daß ein Dokumentarfilm über gerade diese internationalen Verbindungen der Neonazis dem deutschen Fernsehpublikum vorenthalten wird. Der Fernsehjournalist Michael Schmidt hatte zweieinhalb Jahre lang bundesdeutsche und internationale Neonazi-Größen begleitet, interviewt und zu geheimen Treffen begleitet. Er widerlegt in einem 60-minütigen Film detailliert die Legende vom Einzel- und Spontantäter. Während die Dokumentation mit großer Resonanz in zehn europäischen Ländern, USA und Israel im Fernsehen ausgestrahlt worden ist, bleiben ausgerechnet in den Ländern, die es am meisten betrifft, in Österreich und in Deutschland, die Bildschirme schwarz.

Bernd Siegler

Bernd Siegler ist Redakteur der taz. Er verfaßte ein Buch über Neonazis in der Ex-DDR und ist Mitautor des Buches „In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neofaschismus", Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1991.

CHRONIK DES TERRORS

sonen angegriffen. Einer der Täter schlug auf den Vietnamesen ein. (Berliner Zeitung 11.7.1992)

In Fürstenwalde wurde ein russischer Asylbewerber überfallen und niedergeschlagen. Auf den am Boden liegenden Mann wurde weiter eingetreten und eingeschlagen. Anschließend wurde der Mann ausgeraubt. Er mußte mit einem Schädelhirntrauma ins Krankenhaus gebracht werden. (Berliner Zeitung, 11.7.1992)

11.7. In Zittau veranstalteten 300 Neofaschisten einen Trauermarsch für den vor einer Woche von Asylsuchenden in Notwehr getöteten rechtsextremen Jugendlichen Holger Müller. (Neues Deutschl., 13.7.1992)

In Saarwellingen griffen Neonazis eine von 40 Flüchtlingen aus Bosnien bewohnte Turnhalle an. (Neues Deutschl., 14.7.1992)

11.7./12.7. In Schwerin haben Unbekannte den Ehrenfriedhof der Opfer des Faschismus geschändet. Am Haupteingang wurde ein Denkmal vom Sockel gestoßen und beschädigt. Neun Grabsteine von Soldaten der Roten Armee und von Widerstandskämpfern gegen den Faschismus wurden umgestoßen. (Berliner Zeitung, 13.7.1992)

14.7./15.7. In Plessow haben zehn bis zwölf Skinheads ein Lager mit ausländischen Erntehelfern aus der CSFR, Polen und Äthiopien überfallen. Die Skinheads hatten die Bewohner der Baracken mit Ketten und Messern angegriffen. Drei Ausländer wurden verletzt, die Baracken beschädigt und Einrichtungsgegenstände zerstört. Die Polizei nahm eine Stunde später sechs Tatverdächtige vorläufig fest. Gegen sie wurde ein Verfahren wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. (FR, 16.7.1992 und Berliner Zeitung, 17.7.1992)

Mitte Juli Unerwünschte Hilfe würden BGS-Beamte bei der Sicherung der deutsch-polnischen Grenze vor illegalen Grenzübertritten derzeit von rechtsradikalen Jugendlichen erhalten, die im Grenzgebiet bürgerwehrähnlich „auf Menschenjagd gehen". (Berliner Zeitung, 20.7.1992)

15.7./16.7. In Leipzig überfielen fünf maskierte Männer einen 21jährigen Vietnamesen in seiner Wohnung und schlugen ihn brutal zusammen. Der Mann mußte mit Kopfwunden und Schädelhirntrauma schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Nach Angaben der Polizei waren die Männer mit Baseballschlägern und zwei Schrotflinten bewaffnet. Drei von ihnen brachen die Wohnungstür des vietnamesischen Ehepaars auf, drangen ins Schlafzimmer ein und schlugen mit Baseballschlägern auf den im Bett liegenden Vietnamesen. Eine Nachbarin wurde mit einer Schrotflinte bedroht. (taz, 18.7.1992)

17.7. In Lynow wurden zwei Bewohner des Ausländerheims von Unbekannten mit Reizgas angegriffen. Die Täter riefen ausländerfeindliche Parolen und flüchteten in Richtung der Ortschaft. (Berliner Zeitung, 18.7.92)

18.7. In Bitterfeld überfielen zehn Neofaschisten ein AsylbewerberInneheim. Die Neofaschisten hatten mehrere Bewohner

Chronik des Terrors

des Hauses geschlagen und die Einrichtung demoliert. Zwei Asylbewerber mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (Berliner Zeitung, 20.7.1992)

In Cottbus wurde mit einem Luftgewehr auf drei türkische Asylbewerber geschossen. Der alkoholisierte Täter gab als Motiv an, die Türken hätten mit deutschen Mädchen gesprochen. (Berliner Zeitung und Neues Deutschland, 21.7.1992)

18.7./19.7. In Berlin wurde ein Polizist von einer Gruppe von 20 Skinheads zusammengeschlagen. Der Polizist wollte eine Schlägerei zwischen den Skinheads und fünf Jugendlichen verhindern. Er stellte sich vor einen Skinhead, der die Jugendlichen mit einer Gaspistole bedroht hatte. Daraufhin warfen die Skinheads den Polizisten auf den Boden und traten ihn mit Stiefeln an seinen Kopf und seinen Rücken. Erst als es dem Polizisten gelang, seine Dienstwaffe zu ziehen, flohen die Angreifer. (Berliner Zeitung, 20.7.1992)

In Buchholz verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim, bei dem eine zehnköpfige Familie mit dem Schrecken davon kam. (Neues Deutschland, 20.7.1992)

In Düsseldorf schlugen mehrere junge Männer ohne ersichtlichen Grund bei einem Straßenfest auf einen farbigen Menschen ein. Er wurde als „Kaffer" beschimpft. Obwohl viele Besucher und Organisatoren des Festes Zeugen des Überfalles gewesen seien, habe niemand eingegriffen. Lediglich zwei Frauen hätten versucht, dem Mann zu helfen. Die eine habe einen Tritt ins Becken bekommen, die andere sei gewürgt worden. Das Opfer mußte schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. (Rheinische Post, 20.7.1992)

In Eberswalde schlug ein Neofaschist einen Asylsuchenden und einen deutschen Betreuer. Anschließend zogen 20 Skins gröhlend vor die Unterkunft für Asylsuchende. (taz, 25.7.1992)

19.7. In Erfurt warfen Rechtsradikale zwei halbe Schweineköpfe in den Garten der jüdischen Synagoge. Beigefügte Zettel enthielten neben Drohungen gegen die jüdische Gemeinde auch gegen Galinski gerichtete Schmähungen. (Neues Deutschland, 22.7.1992)

20.7./21.7. In Frankfurt/Main wurde ein 27-jähriger Mann aus dem ehemaligen Jugoslawien bei einem Anschlag durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Hintergründe der Tat sind laut Polizeiauskunft unklar. (FR, 23.7.1992)

23.7. Mit lautstarken „Sieg-Heil"-Gegröhle riß ein 33jähriger Mann in Berlin-Lichtenberg seine Nachbarn aus dem Schlaf. Gegen die herbeigerufenen Polizisten ging der Mann tätlich vor. (Berliner Zeitung, 25.7.1992)

24.7./25.7. Auf eine Anlaufstelle für Asylbewerber im niedersächsischen Woltersdorf bei Lüchow ist ein Brandanschlag verübt worden. Von den 250 bis 300 Asylsuchenden, die in der Unterkunft leben, wurde niemand verletzt. Es entstand ein Sach-

Samthandschu Rambos für Au

Während die deutschen Sicherheitsbehörden im „Kampf" gegen rechte Horden nichts unversucht lassen, damit es zu keinerlei Ergebnissen kommt: rechtzeitige öffentliche Ankündigung der Razzien durch den Polizeisprecher in Mecklenburg-Vorpommern (21.9.) oder durch Bundesinnenminister Seiters (15.11.); geht es gegen AusländerInnen anders zur Sache. Hier geht es ja auch darum – in schwierigen Zeiten, in denen Deutschland weltweit Ängste an längst besiegt geglaubte Zeiten hervorruft, in denen es um eine Legitimierung der rechten Haßorgien nach innen und nach außen geht –, das Feindbild Asylanten wieder zurechtzurücken.
Im Folgenden zwei Beispiele dafür, daß der Rassismus nicht nur bei den rechten Horden zu Hause ist, sondern gerade auch in den Institutionen, die unser aller tägliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten soll.

Polizeirazzia bei Dresden

In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1992, gegen 3.30 Uhr, stürmten 90 Polizeibeamte in Kampfanzügen, maskiert, mit gezückter Waffe, im Zusammenhang mit einer Razzia gegen insgesamt drei Flüchtlingsheime (Vogelmühle/Kreis Flöha, Frankenberg), das Wohnheim in Gränitz (Nähe Freiberg/Sachsen).
Besonders in Gränitz gingen die PolizistInnen mit großer Brutalität gegen die Flüchtlinge vor. Durch die kirchliche Gruppe „Cabana" und Jost Hess (langjähriger Mitarbeiter von „terre des hommes") wurde folgendes bekannt: PolizistInnen mit heruntergeklapptem Helmvisier und Hunden umstellten das Wohnheim, in dem 50 Flüchtlinge leben, und stürmten mit Rufen wie „Scheißasylanten", „Raus hier" das Haus. Die BewohnerInnen dachten sofort an einen Überfall von Neonazis und versuchten, die Türen zuzuhalten. Zum Teil wurden diese dann eingeschlagen, mit Schlagstöcken wurden Menschen verprügelt, ein Kurde zusammengeschlagen und „erheblich verletzt". Jost Hess berichtete, Frauen seinen von ihren Kindern weggerissen und – „egal wie bekleidet" – ins Erdgeschoß des Hauses gebracht worden. Ein Kind, das seine Mutter umarmen wollte, wurde von einer Polizistin zu Boden geworfen. „Die Männer hätten sich mit gespreizten Beinen an der Wand aufstellen müssen, wobei sich die Beamten einen Spaß daraus gemacht hätten, ihnen mit den schweren Einsatzstiefeln auf die Zehen zu treten." (FR, 12.6.) Teilweise wurde die Einrichtung verwüstet.

Der Kreis-Gesundheitsdezernent Köhler bestätigte aufgrund eines amtsärztlichen Gutachtens, daß Blutergüsse und Verletzungen festgestellt wurden, „die durchaus auf bestimmten Vorgehensweisen der Polizei zurückzuführen sein könnten." (ND, 13.6.)
Der obligatorische „Verdacht auf massiv begangene Straftaten", der diese gewalttätigen, rassistischen Überfälle rechtfertigen sollte, bestätigte sich nicht. „Kein Diebesgut wurde gefunden."
Kriminaldirektor Hans Schmid, Leiter der Polizeidirektion Freiberg, hatte die Razzien angeordnet und ließ die Abläufe auf Video festhalten. Ein „erfahrener Polizeirat" habe den Einsatz geleitet; es sei „zu einer Widerstandshandlung gekommen, die durch die eingesetzten Kräfte gebrochen werden mußte". (FR, 12.6.)

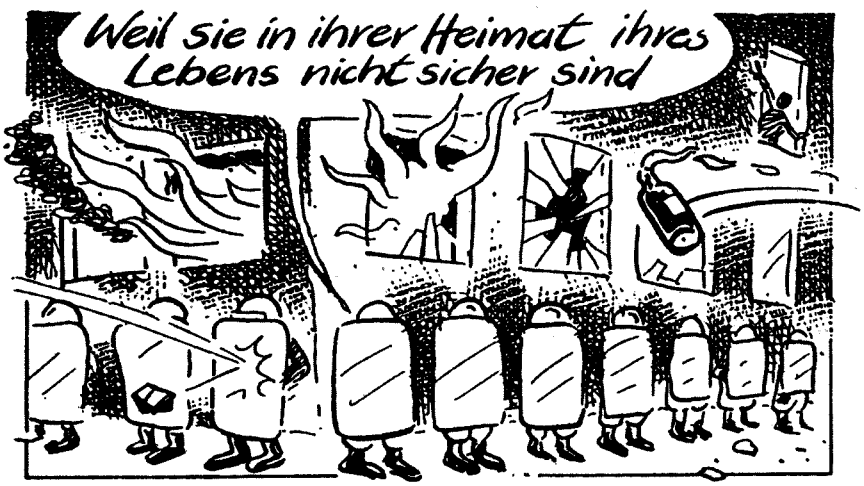
HE FÜR FASCHOS SLÄNDERINNEN

Sachsens Innenminister, Heinz Eggert (CDU), schaltete sich mit einer Wochen Verspätung öffentlich ein. Er legte einen vorläufigen Bericht über die Ereignisse vor, in dem klargestellt wird, daß die zeitgleichen Razzien notwendig geworden seien, „nachdem sich in der Gegend Straftaten gehäuft hatten". (taz, 19.6.) Wie auch sein Untergebener, Kriminaldirektor Hans Schmid, blieb er den Nachweis schuldig. „Oberster Grundsatz" der Einsätze sei „die Eigensicherung" der PolizistInnen gewesen. Und außerdem sei das Ganze „äußerst exakt" verlaufen, wie die Auswertung der Videoaufzeichnungen der Polizei belegten und die Vorwürfe seien unberechtigt. Der „ungeheuerlichen Anschuldigung" (Eggert) – Frauen wurden nur mit Unterwäsche bekleidet zusammengetrieben, mit entblößtem Oberkörper – begegnete der Innenminister mit der Verhaftung einer Frau, „die als Wortführerin auftrat". (taz, 19.6.)
Die Proteste von kirchlichen MitarbeiterInnen und des Mitarbeiters von „terre des hommes", die von den Medien kaum aufgegriffen wurden, haben dazu geführt, dieses brutale Einsatzkonzept der Polizei öffentlich zu machen. „Es wird mit Sicherheit nicht die letzte Aktion gewesen sein", kündigte der verantwortliche Kriminaldirektor in Freiberg schon an und sein oberster Dienstherr, Innenminister Eggert, stellte der Öffentlichkeit seine Initiative in der Innenministerkonferenz vor, „die Anträge kriminell gewordener BewerberInnen beschleunigt zu bearbeiten, um diese abschieben zu können." (taz, 19.6.)

aus: AK 344 vom 1. Juli 1992

POLIZEIRAZZIA IN AUGSBURG

200 Polizisten durchsuchten am 12.11.92 um 4 Uhr morgens 7 Stunden lang ein Asylsammellager in Augsburg in dem 1.300 Flüchtlinge eingepfercht sind. Dabei wurden 5 Asylbewerber aus Zaire wegen Nötigung verhaftet. Außerdem wurden 33 weitere Bewohner v.a. wegen Waffen- und Drogenbesitzes sowie Verstoß gegen das Asylverfahrensgesetz festgenommen. (FR 13.11.92)
Das Gelände war von Polizisten umstellt, auf den Dächern des Containerlagers standen Polizeibeamte zur Absicherung und im Innern wurden die Türen ohne Vorwarnung eingetreten.
Hintergrund des Ganzen: Seitdem kürzlich der Freistaat Bayern die Asylunterkunft von der Stadt Augsburg übernommen hatte, bekamen die AsylbewerberInnen seit dem 1.11. statt 435 DM monatlich, von denen sie sich selbst versorgen mußten, nur noch 100 DM monatlich plus viermal monatlich ein Essenspaket. Gegen diese Regelung gab es in der Unterkunft Widerstand. Die Menschen verweigerten die Annahme der Freßpakete. Laut Polizeiangaben erfolgte diese Auflehnungsaktion aufgrund massiven Drucks und Nötigung durch sechs Schwarzafrikaner, von denen sie jetzt 5 verhafteten. Fragt sich, wie 6 Personen 1.300 andere derart unter Druck setzen können.
Über die Art der beschlagnahmten Drogen wollten die Behörden keine Auskunft geben, bei den Waffen waren sie schon redse-



CHRONIK DES TERRORS

schaden von 50.000 DM. (FR, 27.7.1992)

25.7. In Langen gedachten knapp 80 Neofaschisten mit einem Trauermarsch ihrem „Kameraden" Gerald Hess, der sich vor zwei Jahren erschossen hatte. Die Polizei ging mit Entschlossenheit gegen AntifaschistInnen vor. (FR, 27.7.1992)

25.7./26.7. In Jena wurden drei Ausländer bei Auseinandersetzungen durch Neofaschisten auf dem Markt von Jena verletzt. Einer von ihnen erlitt außer Kopfverletzungen auch eine Stichwunde im Rippenbereich. Elf Verdächtige wurden festgenommen. (Neues Deutschland, 27.7.1991)

In Saalfeld wurden Asylbewerber in einer Bar von Jugendlichen aus der rechten Szene mit Zaunlatten geschlagen. Einer der Täter schoß mit einer Pistole. Sechs Verdächtige wurden vorläufig festgenommen. (Neues Deutschland und Berliner Zeitung, 27.7.1992)

Auf einer Straße zwischen Schwerin und Klütz stoppten mehrere jugendliche Skins Autos und bedrohten deren Insassen. Die Polizei nahm acht Personen fest. (Berliner Zeitung, 27.7.1992)

Auf einem Zeltplatz am Schwielochsee in Jessen kam es zu einer Massenschlägerei von etwa 100 Personen. Angehörige der rechten Szene, die mit Baseballschlägern und Schreckschußpistolen bewaffnet waren, hatten sich mit Jugendlichen geschlagen. Es wurden drei Personen verletzt. (Berliner Zeitung 27.7.1992).

Bei einer regelrechten Saalschlacht in Kruge im Kreis Bad Freienwalde mit rechten Jugendlichen sind neun Beteiligte verletzt worden. (Berliner Zeitung 27.7.1992)

Auf dem Zeltplatz Großkoschen am Senftenberger See sind drei junge Männer durch etwa 15 Jugendliche aus der rechten Szene tätlich angegriffen worden. Ein Überfallener ist schwer mißhandelt worden. (Berliner Zeitung, 27.7.1992)

27.7. In Seelow gingen rechte Jugendliche gegen polnische Erntehelfer vor. So seien Fensterscheiben eingeworfen und eine Brandflasche auf die Wohnunterkunft geworfen worden. Dabei seien Parolen wie „Polen raus" gerufen worden.(Neues Deutschland, 30.7.1992) Eine Woche zuvor, waren Beamte des Zoll und BGS-Beamte gegen die polnischen PraktikantInnen vorgegangen. Die Schüler wurden zum Teil in Handschellen und in Begleitung von Kampfhunden abgeführt. Während der Verhaftung sollen die Jugendlichen von Beamten mit den Worten bedroht worden sein. „Wenn Sie nicht mitkommen wollen, machen wir das Licht aus und nehmen die Knüppel." (Berliner Zeitung, 25.7.1992)

In den ersten fünf Monaten seien laut Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz 389 rechtsextreme Straftaten verzeichnet worden. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies eine Zunahme von 70 Prozent. (FR, 27.7.1992)

29.7. Vermutlich durch Brandstiftung ist in einem Wohnheim für AsylbewerberInnen in Würzburg ein Feuer ausgebrochen. 40 der insgesamt 65 Bewohner mußten evakuiert werden.

CHRONIK DES TERRORS

29.7./30.7. In Griesheim im Krewis Darmstadt-Dieburg haben Unbekannte einen Brandanschlag auf ein AsylbewerberInnenwohnheim verübt. Von den 30 BewohnerInnen wurde niemand verletzt. (Welt, 31.7.1992)

31.7. In München wurde ein Italiener gegen 13.30 Uhr auf dem Hauptbahnhof niedergestochen. Ein Unbekannter hatte den 50jährigen gefragt, ob er Ausländer sei. Nachdem der Italiener dies bejahte, wurde er durch Messerstiche am Hals, an der Schulter und an der Brust verletzt. Der Täter konnte verschwinden, ohne daß ihn jemand aufgehalten hätte. Das Opfer mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. (SZ, 3.8.1992)

Ende Juli In Gauting schänden unbekannte Täter den jüdischen Friedhof. Sie schmierten Parolen wie „Jud stirb" und Hakenkreuze auf zahlreiche Grabplatten und warfen drei Grabsteine um. (SZ, 6.8.1992)

31.7./1.8. In Jessern im Kreis Lübben randalieren 30 Neofaschisten vor dem AsylbewerberInnenheim. (Berliner Zeitung, 3.8.1992)

In Lübbenau im Kreis Calau griffen knapp 20 Neofaschisten ein AsylbewerberInnenheim an. Es wurden Steine und Flaschen geworfen. Vier Täter seien vorläufig festgenommen worden. (Neues Deutschland, 3.8.1992)

Auf dem Zeltplatz von Büssow bei Templin griffen 15 bis 20 motorisierte Skinheads etwa 30 Sinti und Roma aus Rumänien an, die sich aber zur Wehr setzten. Zwei verletzte Skins mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei konnte vier Angreifer festnehmen und 15 weitere Täter ermitteln. (Neues Deutschland und Berliner Zeitung, 3.8.1992)

In Boizenburg demonstrierten mehrere neofaschistische Jugendliche aus Ost- und Westdeutschland vor der Unterkunft für AsylbewerberInnen und warfen Scheiben ein. Die 140 Asylsuchenden flüchteten, nachdem sich die Situation für sie am nächsten Tag bedrohlich zuspitzte. (taz, 5.8.1992)

August 92

1.8. In Bad Breisig erstechen zwei 17jährige Jugendliche einen Obdachlosen. Bei der Vernehmung durch die Polizei geben die Täter rechtsextremistische Motive an. (Spiegel, 31.8.1992)

1.8./2.8. In Jessern griffen erneut ca. 30 Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. Als die Polizei kam, verschwanden die Angreifer. (Berliner Zeitung, 3.8.1992)

In Bärenklau im Kreis Oranienburg wurde das AsylbewerberInnenheim mit Flaschen- und Steinwürfen angegriffen. (SZ, 3.8.1992)

Auf dem Rastplatz Thiendorf bei Dresden überfielen Neofaschisten einen Reisebus mit dänischen Pfadfinder-Kindern und schlugen mit Knüppeln auf den Bus ein. Die Skins warfen mit Flaschen und Steinen. Die Täter entkamen. (Neues Deutschland, 3.8.1992)

liger, denn da hatten sie tatsächlich welche gefunden: Baseball-Schläger, Eisenstangen und ein Würgeholz. (taz, FR 13./14. Nov. 92)

Solche Staatsaktionen sollten uns eigentlich nicht überraschen. Von einem Land, in dem das ehemalige Mitglied der Republikaner, Hans Kupke, zum Polizeichef von GERA (FR 14.11.92), ernannt wird, oder in einem Land, in dem ein landesbekannter Neonaziführer (Hübner) 2 Wochen nach Rostock in Cottbus auf einer öffentlichen Veranstaltung mit Ministerpräsident Stolpe auftreten darf und sich dabei auch noch ungestraft als Herr der Stadt aufspielen kann (FR 4.9.92), von so einem Land ist nichts anderes zu erwarten.
Stattdessen sollten wir uns darauf einstellen, daß solche Protestaktionen von AsylbewerberInnen täglich und überall neu passieren können. Und wir sollten uns stets darauf einstellen, diese Aktionen zu unterstützen. Es als Zeichen nehmen, daß die Verfolgten nicht nur wehrlose Opfer sind, sondern handelnde, sich in ihrem Rahmen und nach ihren Möglichkeiten wehrende Menschen.
Inwieweit die Augsburger Polizeiaktion eine bayerische Delikatesse bleibt oder aber Signalwirkung für ganz Deutschland haben sollte, sie dahingestellt. Tatsache ist, mit der geplanten Streichung der eh schon viel zu geringen Unterstützungsgelder zugunsten von Sach- und Freßpaketen, mit denen den AsylbewerberInnen die Möglichkeit, sich am kulturellen Leben im neuen Land zu beteiligen, noch mehr genommen wird, wird es auch weitere Protestaktionen geben. Von daher darf mensch annehmen, daß diese Polizeiaktion bis hin zum Bundesinnenministerium als Signalaktion gedeckt war.

E.

NEUERSCHEINUNGEN
in der medico-Bibliothek

Das Kurdisch-Deutsche Wörterbuch nicht nur als wissenschaftliche Pioniertat, sondern der unterdrückten Sprache wegen als Teil unserer Kampagne «Rückgabe der geraubten Kulturgüter».

Feryad Fazil Omar

Kurdisch-Deutsches Wörterbuch
(Nordkurdisch - Kurmancî)
650 Seiten, geb., DM 89,00

Das erste Werk seiner Art, das gleichermaßen alle Kurden anspricht, aus welchem Land sie auch immer kommen, da ein wesentliches Hindernis - das der Schrift - beseitigt wurde. Es werden die Begriffe sowohl in lateinischer als auch in arabischer Schrift aufgeführt.

Die ca. 30000 kurdischen Wörter wurden in 8-jähriger Arbeit aus der klassischen und modernen kurdischen Literatur, in verschiedenen kleinen kurdischen Dialekten sowie durch intensive Feldstudien vor Ort gesammelt.

Mit diesem Wörterbuch wird erstmals eine Verständigungsbrücke zwischen der kurdischen und einer europäischen Sprache geschaffen, wie sie in solchem Umfang noch nie veröffentlicht wurde.

Herausgegeben von medico international und dem Verlag für Wissenschaft und Bildung, Berlin

Der Weltflüchtlingsbericht 1992 als komplettes Dossier & umfassender Beleg dafür, daß «Flucht» einen Weltzustand bedeutet, dessen Ursachen und Dynamik «individuell» nicht mehr verstanden werden können.

Weltflüchtlingsbericht 1992

Das ultimative Handbuch zu Fluchtursachen und Asyl, Bevölkerungsbewegungen und Entwicklungspolitik.

Erste Lieferung 1992 incl. Ordner 240 Seiten, DM 48,00. Bestellungen für Ergänzungslieferungen April und Oktober 1993 möglich.

Herausgegeben von medico international und dem Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung.

medico international
Obermainanlage 7 | 6000 Frankfurt 1 | Tel.: 069/4990041

DER FEIND STEHT LINKS

Schon im vorangehenden Artikel von Bernd Siegler ist versucht worden, die sprichwörtliche Blindheit der deutschen Justiz und Exekutive auf dem rechten Auge ausführlich zu begründen. Diese Blindheit ergreift unsere Staatsmacht nicht erst bei §129a oder ähnlichen Organisationsdelikten, sondern ist alltäglich und breit gestreut. Im Grunde ist das nichts neues, sondern eine alte Gewißheit der Linken. Gleichzeitig ist sie auf der linken Seite mit Argusaugen ausgestattet. Wir wollen sie trotzdem wegen der Aktualität an ein paar Beispielen der letzten Zeit belegen. Zuvor ein kurzer Exkurs.

Mensch sollte denken: Mord ist Mord und Mordversuch ist Mordversuch. – Ganz gewaltig getäuscht! Während ein Mitglied der RAF nach einer Aktion mit Todesfolge gleich mit einer Strafe für Mord zwischen einmal und dreimal lebenslänglich rechnen muß, liegt sie beim „Normalbürger" zwischen 15 Jahren und lebenslänglich und der Tatvorwurf schwankt schon zwischen Totschlag und Mord.
Geschieht eine solche Tat aus dem rechten Spektrum heraus, dann scheint es das Delikt „Mord" gar nicht mehr zu geben. Und der oberste Strafrahmen für Aktionen mit Todesfolge liegt, in diesem Jahr, bei 7 1/2 Jahren. In Frankfurt an der Oder ist einer zu 8 1/2 Jahren verurteilt worden, der hatte allerdings auch schon den zweiten Ausländer auf dem Gewissen.
Wer die Prozesse gegen Rechte im letzten Jahr verfolgt hat, stößt immer wieder auf eine Stereotype: ob die Prozesse in Cottbus laufen, oder in Schwerin, Hamburg oder Frankfurt, es läuft immer nach demselben Schema ab: aus Mord wird Totschlag, aus Mordversuch wird Sachbeschädigung und grober Unfug. Ganz anders hingegen das Vorgehen in Verfahren und Polizeiaktionen gegen Linke Dazu einige Beispiele:

Darmstadt, September 1992:

Wenige Stunden nach Brandanschlägen auf einen Bus und ein AsylbewerberInnenheim werden drei junge Männer von der Polizei festgenommen. Sie legen ein Geständnis ab. Verletzt wurde bei den Anschlägen niemand. Die drei Männer wurden nach ihrem Geständnis wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihre Geschichte sah so aus:
Sie gaben an, sich bisher politisch nie betätigt zu haben und keiner rechtsradikalen Organisation anzugehören. - Damit ist der Verdacht einer politisch motivierten Tat ausgeräumt. Weiter gaben sie an, sie hätten sich, nachdem sie eine vorher besuchte Feier verlassen hatten, an einer Tankstelle Bier geholt und dieses in ihrem Heimatort auf der Straße ausgetrunken. Dabei habe man sich über „Asylanten" unterhalten und sich bei zunehmendem Biergenuß gegenseitig „hochgeschaukelt". Daraufhin besorgten sie sich zu Hause Benzin, füllten es in die leeren Bierflaschen und fuhren (!) zum Flüchtlingsheim. Dort traten sie gegen Türen und Fenster, riefen ausländerfeindliche Parolen, schlugen mit Baseballschlägern die Scheiben ein und schleuderten die Brandsätze in die Wohncontainer mit den schlafenden Menschen. Die Feuer erloschen jedoch, es entstand nur Rußschaden. Nebenbei demolierten sie noch 6 PKW. Danach fuhren sie in einen Nachbarort und setzten dort mit den Mollies einen polnischen Bus in Brand, der vor einem Ausländerwohnheim für Polen stand. Dieser explodierte daraufhin und brannte völlig aus.
Der Polizei gingen die Männer in einem Darmstädter Park ins Netz, nachdem sie dort einen siebzehnjährigen massiv bedroht, geschlagen und beraubt hatten. Die Polizei gab noch an, daß es in der Gegend in der letzten Zeit des öfteren zu Brandanschlägen auf Autos mit polnischem Kennzeichen gekommen war. - Wie gesagt, die Männer wurden auf freien Fuß gesetzt. (FR, 28.9.92)
Der Freifahrtschein – bundesweit – für rechtsextreme Gewalttäter ist die immer wiederkehrende Stereotype: a) noch nie politisch tätig gewesen; b) kein Mitglied einer rechtsextremistischen Organisation; und c) der starke Alkoholkonsum. Das reicht! Da drücken Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Untersuchungsrichter nicht nur das rechte Auge sondern gleich beide zu!
Eine ähnlich gelagerte Stereotype mit fast dem gleichen Ergebnis gibt es auch in Verfahren gegen Vergewaltiger: Alkoholkonsum, die Frau habe durch ihr Verhalten provoziert und sie habe sich nicht gewehrt – das reicht mindestens zu 80 % Strafnachlaß.
Frappierende Parallelität? – Wohl kaum!

CHRONIK DES TERRORS

In der Innenstadt von Zittau kam es zu einer fast vierstündigen Straßenschlacht zwischen 50 AntifaschistInnen und ca. 30 Neonazis. (Neues Deutschland, 3.8.1992)

In Nürnberg versuchte ein unbekannter Täter, ein Heim für AsylbewerberInnen in Brand zu setzen. Es wurde niemand verletzt. (taz, 3.8.1992)

In Berlin-Hellersdorf nahm die Polizei zehn zur neofaschistischen Szene gehörenden Jugendliche zur Personalienfeststellung fest. Die Jugendlichen hatten auf einer Fete die AnwohnerInnen durch Lärmbelästigung gestört. Alarmierten Polizeibeamten gegenüber leisteten sie erheblichen Widerstand. (Berliner Zeitung, 3.8.1992

3.8. In Stotternheim im Kreis Erfurt schlagen drei Skinheads, die als Rausschmeißer in einer Zeltdiscothek arbeiten, einen Polen brutal zusammen und treten mit Füßen auf den bewußtlos am Boden liegenden Mann ein. Sie lassen ihn dann ohne Hilfe am Boden liegen. Wenig später stirbt das Opfer. (taz, 15.8.1992)

4.8. Rund 200 Polizeibeamte umstellten eine Sammelunterkunft für Asylsuchende in Schwäbisch Gmünd und durchsuchten sie. Die Polizei war mit 51 Fahrzeugen ausgerückte. Die Razzia hatte die Stadtverwaltung u.a. angeordnet, weil Asylbewerbern vorgeworfen wurde, daß sie ihren „Gestattungsbereich", das für sie vorgeschriebene Gebiet, verlassen hätten. (FR, 5.8.1992)

5.8. In Magdeburg räumten rund 300 Polizeibeamte ein Heim für AsylbewerberInnen. 170 Asylsuchende hätten sich hier laut Angaben der Polizei illegal aufgehalten; sie seien zwei Wochen zuvor aufgefordert worden, in ein Heim nach Marienborn umzuziehen, da das Magdeburger Heim renoviert werden müßte. Trotz mehrerer Mahnungen seien sie der Aufforderungen nicht nachgekommen. (Berliner Zeitung, 6.8.1992)

6.8. In Hamburg verüben Unbekannte einen Anschlag mit einer Rohrbombe auf einen Hamburger Pastor. Während die Polizei zunächst politische Motive ausgeschlossen hat, kam sie später nicht umhin festzustellen, daß der Pastor wegen seines Engagements für Flüchtlinge Feinde im rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Lager habe. (taz, Regionalteil Hamburg, 8.8.1992

8.8./9.8. In Pretsch im Kreis Wittenberg überfielen 10 Neofaschisten ein Flüchtlingsheim. Sie demolierten die Inneneinrichtung und die sanitären Anlagen. (Neues Deutschland, 10.8.1992)

In Markranstädt griffen 50 Neofaschisten eine Unterkunft für AsylbewerberInnen an. Sie zertrümmerten die Fensterscheiben und warfen Brandsätze in das Haus, wobei mehrere Brandherde entstanden, die von der Feuerwehr gelöscht wurden. (FR, 10.8.1992)

In einem Heim für AsylbewerberInnen im Kreis Malchin drangen Unbekannte ein und griffen einen Wachmann sowie Heimbewohner tätlich an. (Neues Deutschland, 10.8.1992)

Im Kreis Altentreptow gingen 10 Neofaschisten gegen ein Heim für AsylbewerberIn-

Chronik des Terrors

nen vor und griffen Asylsuchende an. (Neues Deutschland, 10.8.1992)

9.8. In Dergentin drangen 50 mit Schlagringen und Knüppeln bewaffnete Neofaschisten in eine Unterkunft für AsylbewerberInnen ein und schlugen auf die Bewohner ein. Elf Asylbewerber wurden dabei verletzt, einer davon schwer. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. (Neues Deutschland und taz, 10.8.1992)

Auf dem Bahnhof in Luckenwalde wurde ein Asylbewerber aus Ghana von vier Skinheads angegriffen und zu Boden geschlagen.

12.8. In Oelixdorf in der Nähe von Itzehoe bildet sich eine Bürgerwehr gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle. In den vergangenen Tagen streiften mit Gaspistolen bewaffnete Bürger nachts durch das Dorf. (Göttinger Tageblatt, 15.8.1992)

14.8./15.8. In Oschersleben haben Unbekannte versucht, ein AsylbewerberInnenheim in Brand zu setzen. Sie warfen einen Brandsatz auf den Innenhof der Einrichtung, der jedoch keinen Schaden anrichtete. (Neues Deutschland, 17.8.1992)

In Schildow im Kreis Oranienburg wurden drei Besucher einer Discothek von Skinheads zusammengeschlagen. Die Täter konnten fliehen. (Neues Deutschland, 17.8.1992)

15.8. In Neuruppin randalierten etwa 20 Skinheads auf einer Veranstaltung der IG-Metall und gröhlten laut „Heil-Hitler". (Neues Deutschland, 17.8.1992)

In Rudolstadt demonstrierten 2000 in- und ausländische Neonazis zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Auf dem Rastplatz Hermsdorfer Kreuz schlugen die hier wartenden Neofaschisten polnische Touristen zusammen. Ebenso wurden die Musiker der Rockband Freygang brutal zusammengeschlagen und deren Pkw demoliert. Die anwesenden 40 Polizisten sahen dem Treiben zu. (Neues Deutschland, 20.8.1992)

16.8. In Rangsdorf im Kreis Zossen zogen etwa 15 neofaschistische Jugendliche unter ausländerfeindlichen Rufen vor das AsylbewerberInnenheim. Sie verletzten durch Steinwürfe mehrere Menschen und demolierten sechs Pkws. Ein Wagen ging in Flammen auf. (Neues Deutschland, 18.8.1992)

In Gießen griffen auf einer Raststätte 50 Neofaschisten etwa 30 Türken an. Die Neofaschisten befanden sich auf dem Rückweg von der Zusammenrottung zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Bei der Schlägerei, die erst von einem Großaufgebot der Polizei beendet werden konnte, wurden drei Personen verletzt und ein Bus beschädigt. (Neues Deutschland und SZ, 18.8.1992)

17.8./18.8. In Schuld wurde eine Sinti-Familie, die zu der Zeit auf dem Schützenplatz lebte, Opfer eines Brandanschlags. Die Familie lebte mit 20 Personen in drei Wohnwagen auf dem Platz. Drei Brandsätze wurden von unbekannten Tätern in die Richtung der Wohnwagen geschleudert. Die Brandsätze schlugen etwa 10 Meter vor den Wohnwa-

Rostock, letzte Augustwoche 1992

Fünf Tage lang gelingt es der Polizei nicht, dem Mob vor dem AusländerInnenwohnheim Einhalt zu gebieten. Es gelingt nicht nur nicht, örtlich bekannte und vor den Kameras der Weltöffentlichkeit agierende Personen festzunehmen und Einhalt zu gebieten, es können angeblich nicht einmal genügend Polizeikräfte mobilisiert werden. Während der Pogrome sind es mal gerade 700-800 Polizeibeamte, die zum Einsatz kommen. Bei der bundesweiten Gegendemonstration von links am Wochenende darauf stehen dagegen 3400 bestausgerüstete und seit Jahren wohlbekannte Polizeikräfte den Gegendemonstranten gegenüber. Hierbei wurden dann auch gleich im Vorfeld 90 Personen wegen Waffenbesitz und Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen.
Zurück zu den Pogromen. Unter den insgesamt 370 Festgenommenen waren mindestens 100 Antifaschisten, die von auswärts zu Gegendemonstrationen angereist waren und zum Teil längere Zeit in U-Haft saßen und auf Anklagen wegen schweren Landfriedensbruch warten. Diese hatten u.a. eine vorher mit der Polizeileitung abgesprochene Gegendemonstration gemacht und sich danach ins linke Jugendzentrum zurückgezogen und wollten sich dort zum Schutz vor befürchteten Faschoangriffen verbarrikadieren. Statt der Faschos kam eine Sondereinheit der Polizei, die vor dem Asylheim bitter fehlte, und die jetzt keinerlei Probleme mit den Linken hatte, denn dort stimmte ja das Feindbild.

Karlsruhe, März 1992

Nachdem ein Skinhead laut faschistische Parolen gröhlend durch Karlsruhe zieht, wird er von zwei Antifaschisten nicht nur zur Rede gestellt, sondern ihm wird auch noch seine Bomberjacke samt Naziaufstickern abgenommen und diese abgerissen.
Der Skin geht daraufhin zur Polizei und zeigt den Vorfall an. Die beiden Antifaschisten werden ermittelt, unter Hilfe eines riesigen Polizeiaufgebots und Hausdurchsuchungen festgenommen und unter dem Vorwurf „schwerer Raub" und „Erpressung" in Untersuchungshaft festgehalten. Als Begründung für die Untersuchungshaft muß folgendes herhalten: Falls die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt würden, dann bestehe die Gefahr, daß sie das Corpus Delicti – die noch immer nicht gefundene Jakke – verschwinden lassen könnten. Erst nach längerer Zeit wird ihrer Haftbeschwerde stattgegeben und sie aus der Untersuchungshaft entlassen. Es wird nur noch wegen Nötigung ermittelt.

Mannheim, Juni 1992

Nachdem im Mannheimer Stadtteil Schönau das dortige AsylbewerberInnenheim zwei Wochen lang vom aufgebrachten Mob pogromartig angegriffen wurde, und die Aggression auch gegen GegendemonstrantInnen umschwenkte, ohne daß die Polizei ernstlich eingriff, kommt es am 6. Juni und am 13. Juni zu größeren Demonstrationen, u.a. unter Beteiligung des autonomen Spektrums.
Während die Polizei die Pogrome mit Samthandschuhen behandelte, langt sie bei den Gegendemonstrationen kräftig hin. Die Demo am 6. Juni wird einen Tag vorher verboten. Trotzdem versammeln sich an dem Tag knapp 200 Menschen auf einem Platz in der Innenstadt, die weiträumig abgesperrt wurde. Als sich die DemonstrantInnen schon zurückziehen wollen, ohne daß es zu irgendeiner Aktion von ihnen kam, stürmen Sondereinheiten der Polizei mit gezogenen Knüppeln und ohne eigene Defensivausrüstung auf sie zu. Es gibt mindestens 15-20 Verletzte, über 140 Festnahmen, Einkesselungen und eine anschließende Stürmung des ungeliebten linken Jugendzentrums.
Mannheim ist jetzt erst recht im öffentlichen Blickfeld. Während die ausländerfeindlichen Aktionen weitergehen, wird auch die überregionale Demonstration am 13.6. einen Tag vorher verboten. Am 13.6. herrscht polizeilicher Ausnahmezustand. Straßensperren an den Zufahrtsstraßen, Haltestellen der Busse und Straßenbahnen werden von Polizeikräften kontrolliert, der Hauptbahnhof umstellt. Eisenbahnzüge mit DemonstrationsteilnehmerInnen aus Rich-

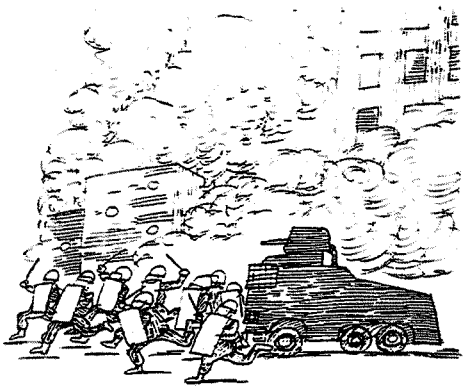
tung Frankfurt werden kurzerhand ohne Stop Richtung Karlsruhe weitergeleitet, wo dann 300 Menschen auf dem Bahnhof von dortigen Polizeikräften eingekesselt werden. In Mannheim werden an diesem nachmittag wieder über 200 Menschen festgenommen.
Ende Oktober 1992 wurde etlichen der damals Festgenommenen der Prozeß gemacht. Für das angebliche Mitführen von Reizgas, Raketen und Schlagstöcken wurden sie zu saftigen Geldstrafen und als Bewährung zu hohen Arbeitsauflagen verurteilt.

Rostock, Mitte Oktober 1992

Eine Gruppe französischer Juden, u.a. Serge und Beate Klarsfeld, kam nach Rostock und wollte dort neben einer antirassistischen Demonstration auch eine Gedenktafel aufstellen, die einen direkten Bezug der jüngsten Pogrome in Rostock und den Verfolgungen der Juden und Sinti und Roma während der Nazizeit herstellt. Der Rostokker Senat verbot beides. Daraufhin antwortete die Gruppe zuerst mit einem Sitzstreik vor dem Rathaus um danach in selbes einzudringen, Transparente anzubringen und die Gedenktafel aufzustellen.
Daraufhin schreiten Polizeikräfte ein, diesmal entschlossener als noch vor 6 Wochen bei den Pogromen, und nehmen vier junge Franzosen fest. Diese wiederum werden nach kurzen Handgreiflichkeiten befreit. Die gesamte Gruppe zieht sich in ihren Bus zurück. Dieser wird von der Polizei umstellt, und nach einigen Stunden alle Personen verhaftet und ins Polizeirevier geleitet, wo sie die gesamte Nacht über (zur Personalienfeststellung) festgehalten werden. Am nächsten Morgen werden alle, bis auf drei junge Franzosen, wieder entlassen. Denen wird „Gefangenenbefreiung" und „besonders schwerer Widerstand" gegen Vollzugsbeamte vorgeworfen, da sie bei der Befreiungsaktion Reizgas eingesetzt haben sollen. Erst 10 Tage später werden auch sie nach heftigen internationalen Turbulenzen entlassen. Der Prozeß wird ihnen später noch in Rostock gemacht werden.

Rendsburg, 2. Oktober 1991

In Büdelsdorf bei Rendsburg wird die Telefonalarmkette ausgelöst: einige Faschos feiern auf dem Dorfplatz den „Tag der Teutschen Einheit". Am Dorfplatz steht das Bürgerhaus, in dem ein Jugendtreff untergebracht ist. Die dort Anwesenden befürchten einen Faschoangriff.
M. trifft kurze Zeit später ein. In letzter Zeit war er immer wieder dem Terror von Faschos ausgesetzt, sie wußten, wo er wohnt. Anzeigen bei der Polizei blieben aber bisher ergebnislos. Am Platz angekommen, hört er Gebrüll und Geschrei, er rennt in diese Richtung. Vor Gericht wird er später sagen, er hatte sich nicht ganz unter Kontrolle, bedingt auch durch den Terror in letzter Zeit. Er gerät in eine Schlägerei und prügelt auf einen am Boden liegenden Fascho mit einem Baseballschläger ein. Der Fascho verbringt daraufhin 7 Tage mit z.T. schweren Prellungen am Kiefer im Krankenhaus.
Die Polizisten sagen später, M. hätte mit einer zweiten Person zusammen, mit „äußerster Brutalität" auf den Fascho geschlagen. Sie hätten gerufen, er sei dann vor ihnen geflohen. Er hätte dann „Widerstand gegen die Staatsgewalt" geleistet, und einen der beiden Beamten in einen Dornenbusch gestoßen.
M. dagegen sagt aus, daß er mit dem Schlagen aufgehört hätte, und nur noch von dem Platz verschwinden wollte. Dabei sei er den beiden Zivilpolizisten in die Arme gelaufen.
M. steht gut ein Jahr später vor Gericht. Die Verhandlung läuft schlecht, die Richterin unterbricht ihn andauernd, sein Anwalt ist auch nicht so toll. Der Fascho sagt aus, sie hätten friedlich gefeiert, ein paar Fahnen gehißt (Reichskriegs- und Reichspanzerflagge), und seien dann brutalst überfallen worden. Die Frage, wieso die Bullen zwei Baseball-Schläger beschlagnahmt hatten, von denen einer eindeutig einem Fascho gehörte, bleibt offen. Die Faschos haben friedlich gefeiert und Punkt.
Die Polizisten stellen es als „gemeinschaftliche schwere Körperverletzung" dar, der Überfall sei geplant und bewußt zu zweit ausgeführt worden. Auch bei ihrer Darstellung bleibt zumindest eine Frage ungeklärt:



wieso flüchtet der Angeklagte in ihre Richtung, wo er sie doch schon eindeutig als Zivilpolizisten erkannt haben soll?
M. hat keine Vorstrafen, hatte weder vor noch nach diesem Abend Streß mit der Polizei. Bereits vor der Verhandlung einigt er sich mit dem Fascho auf 1000 DM Schmerzensgeld, einen Teil hat er schon angezahlt. Der Staatsanwalt fordert sechs Monate wegen schwerer Körperverletzung plus zwei Wochen wegen Widerstands, beides auf Bewährung. Dazu 30 Tagessätze zu 15 DM Schmerzensgeld für den Polizisten und eventuell noch soziale Dienste, da der Angeklagte ja ohnehin arbeitslos sei.
Nach langer Beratung das Urteil: Sieben Monate Knast ohne Bewährung, Schmerzensgeld für den Fascho, 400 DM Schmerzensgeld für den Polizisten und noch 40 Tagessätze zu 15 DM. Dazu natürlich noch die Kosten des Verfahrens. Die Richterin begründet das Urteil mit „politischem Fanatismus", eine Wiederholung der Tat sei wahrscheinlich. Dem müsse etwas entgegengesetzt werden.
Nur dreißig Kilometer weiter nördlich tyrannisieren Faschos in einem Dorf die dort lebenden AsylbewerberInnen wochenlang mit nächtlichen Angriffen. In dem Dorf, in dem seit Jahren nachweislich der dänische Neonazi Thies Christoffersen sein Unwesen treibt. Dort gibt es weder ein Einschreiten der Polizei geschweige denn irgendwelche Urteile.

E.

Chronik des Terrors

gen auf. Es entstand kein Schaden. (General-Anzeiger, 19.8.1992)

18.8. In Brandenburg randalierten nach einem Fußballspiel 25 Skinheads. Die Skins griffen einen Besucher an und bewarfen die eingreifenden Polizeibeamten mit Steinen. Anschließend demolierten die Skins einen Jeep der russischen Streitkräfte. Acht Personen, darunter zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Die Polizei nahm 23 Skins vorläufig fest. (Berliner Zeitung, 20.8.1992).

In Köckte im Kreis Stendal wird das Heim für AsylbewerberInnen von Jugendlichen überfallen. (taz, 24.8.1992)

19.8. In Spremberg haben drei Jugendliche mehrere Schüsse auf das Heim für AsylbewerberInnen abgegeben. Personen sind nicht verletzt worden. (taz, 22.8.1992)

In Elsterwerda haben acht jugendliche Neofaschisten eine Unterkunft für AsylbewerberInnen mit Steinen beworfen und ausländerfeindliche Parolen gerufen. (taz, 22.8.1992)

20.8. In Eberswalde demonstrieren 1000 AntifaschistInnen zum Gedenken des Angolaners Amadeu Antonio, der von Neonazis totgeprügelt worden ist. Am Rande der Demonstration provozierten neofaschistische Jugendliche. Auf dem Rückweg wird eine spanische Demonstrantin von einem Schuß aus einem Luftgewehr am Hals getroffen. Der Schuß wurde aus einem Haus abgegeben. Gegen den Schützen wurde Anzeige erstattet. (Berliner Zeitung, 21.8.1992).

21.8./22.8. In einer Großdiscothek in Fehrbellin provozierten 15 Skinheads eine Massenschlägerei. Bei der Prügelei sind fünf Personen verletzt worden. In der Discothek und an einem Transporter entstand Sachschaden. Bei Eintreffen der Polizei waren die Skins bereits mit Wagen geflüchtet. (ADN, 22.8.1992)

22.8. In Rostock-Lichtenhagen versuchten mehrere hundert rechtsextreme Jugendliche, bewaffnet mit Molotowcocktails, Steinen und Feuerwerkskörpern, die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) zu stürmen. Mehr als tausend Schaulustige feuerten sie an. Rund 200 Polizeibeamte sind zum Schutz der ZAST eingesetzt. Bei den schweren Auseinandersetzungen werden 13 Polizisten verletzt. Zwei Streifenwagen brennen aus. (Berliner Zeitung, 26.8.1992)

In Köckte randalieren abermals 30 zum Teil vermummte neofaschistische Jugendliche vor dem AsylbewerberInnenheim und warfen dabei Fensterscheiben ein. Die Polizei nahm fünf Tatverdächtige fest. (Berliner Zeitung und Welt, 24.8.1992)

In München-Harlaching veranstalten rund 120 Neonazis aus der BRD sowie aus Holland, Frankreich und Italien eine Gedenkfeier für den Hitler-Stellvertreter in dem Vereinslokal des Münchner Kegelvereins e.V. (SZ 29.8.1992)

In Wolfsburg randalierten 70 Skinheads. Zwei Passanten wurden verletzt, mehrere Autos beschädigt, die Polizei nahm etliche Skinheads vorübergehend fest. (Berliner Zeitung, 24.8.1992)

CHRONIK DES TERRORS

In Neuhaus am Rennweg wurden zwei Griechen und zwei Jugoslawen innerhalb kurzer Zeit Opfer von 10 Skinheads. Ein Grieche mußte zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden. (Neues Deutschland, 24.8.1992)

23.8./24.8. In Rostock-Lichtenhagen liefern sich wieder 500 neofaschistische Jugendliche aus allen Teilen der BRD mit der Polizei schwere Auseinandersetzungen. Die Neofaschisten werden von zweitausend Anwohnern durch Sympathiebekundungen, „Heil-Hitler" und „Ausländer-raus"-Rufen unterstützt. 400 Polizisten und Angehörige des BGS sind im Einsatz. Ihnen gelingt es erst gegen 3 Uhr früh die gewalttätigen Angreifer zu zerstreuen. 140 Personen wurden festgenommen, davon sind ca. 70 aus Rostock, 27 aus Berlin und 17 aus Hamburg. Ca. 70 Polizisten wurden verletzt. (Neues Deutschland, FAZ und Berliner Zeitung, 26.8.1992)

24.8. In Koblenz auf dem Zentralplatz schießt ein mit einer großkalibrigen Pistole bewaffneter Skinhead offenbar gezielt in eine Gruppe überwiegend junger Leute. Dabei wurde ein 35jähriger Obdachloser erschossen und fünf weitere Personen schwer verletzt. Der Zentralplatz gilt als Dauertreffpunkt von Stadtstreichern, Obdachlosen und sozialen Randgruppen in Koblenz. (FR, 26.8.1992)

In Dresden ziehen acht neofaschistische Jugendliche vor ein Wohnheim, in dem polnische ArbeiterInnen untergebracht sind und gröhlen ausländerfeindliche Parolen. Die Polizei nimmt sieben Personen vorübergehend fest. (SZ, 27.8.1992)

24.8./25.8. In Rostock-Lichtenhagen kommt es erneut gegen Abend zu schweren Auseinandersetzungen. Am Nachmittag fand bereits unter Polizeischutz die Umquartierung der AsylbewerberInnen nach Hinrichshagen statt. Gegen 18 Uhr bestätigt die Polizeidirektion Rostock der PDS-Bundestagsabgeordneten Lederer, daß sich noch 150 Vietnamesen in dem Haus aufhalten. Gegen Abend kommt es erneut zu schweren Auseinandersetzungen. Um ca. 21.30 Uhr ziehen sich die Polizisten plötzlich überraschend zurück- Die Neofaschisten stürmen das Haus, zerstören die Einrichtung und setzen die unteren Stockwerke in Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr wird von den Neofaschisten am Löschen gehindert. Verzweifelte Anforderungen der Feuerwehr nach Polizeischutz bleiben ungehört. Die Lage für die 150 Vietnamesen (darunter Frauen, Kleinkinder, Kinder), einem ZDF-Team, dem Ausländerbeauftragten und einigen AntifaschistInnen im Haus wird immer bedenklicher. Sie müssen sich Stockwerk um Stockwerk vor der Rauchentwicklung auf das Dach zurückziehen. Erst nach zwei Stunden räumt die Polizei der Feuerwehr den Weg. An diesem Abend werden 50 Polizisten bei den Auseinandersetzungen verletzt, 45 Neofaschisten werden festgenommen.

In Geldern legt ein betrunkener deutscher Mitbewohner in einem vorwiegend von Asylsuchenden bewohnten Haus einen Brand. Die rund 30 vorwiegend aus Albanien und dem ehemaligen Jugoslawien

PROPAGANDA GEGEN LINKS

Weil es so schön war, so dumm dreist, daß wieder Millionen Menschen dieser Lüge zum Opfer gefallen sind: Der 1. Oktober '92 war es.
Kurz vor 7 Uhr morgens. Noch völlig müde und wieder geschockt von der Wirklichkeit des Früh-Aufstehens, setze ich mich an den Frühstückstisch, schalte das Radio ein, im Hintergrund gluckst die Kaffeemaschine, an meinen Beinen bettelt die Katze um etwas Milch. Dann die 7-Uhr-Nachrichten bei FFN, ich verschlucke mich fast: „Mordanschlag auf Kohl geplant! Linke Terroristen wollen den Kanzler bei den Einheitsfeierlichkeiten in Schwerin am 3. Oktober abservieren." Dann noch ein paar Einzelheiten, und ich denke, mich laust der Affe. – Die spinnen ja total! – Die haben doch glattweg das Flugblatt, welches ich noch 2 Tage vorher in den Händen hatte, mit dem zu Gegenaktionen in Schwerin aufgerufen wird – zum Attentatsplan hochgekocht.
Die Bildzeitung hatte den Knaller gebracht, alle Radiostationen nachgeplappert und schon ist das alte Feindbild wieder da, wo es hingehört.
Eine Wahnsinnswut steigt in mir hoch. Vera fängt an zu lachen: „Mensch, so'ne Publicity hätten sich deine Berliner Freunde garantiert nicht erwartet. Mit so'nem Scherz die Welt aus dem Angeln heben."
Weil's so schön ist, so dumm dreist, und so richtig in diese braun-schwarz verpestete Landschaft paßt, beides zur Dokumentation.

E.

FESTE FEIERN - BIS SIE FALLEN !

3. Oktober'92 in Schwerin

(Teil 3)

High Noon in Schwerin - und ER ist da!
Nachdem die Pfaffeneliten zum Leichenschmaus gebimmelt haben, versammeln sich ER, zweitausend Bonzen und IHRE Scheinheiligkeiten punkt zwölf im Schweriner Staatstheater zu Deutschland pur, Pfälzer Saumagen und satanischen Versen. Draußen soll das gemeine Volk mit einem "Deutschen Trimmfest" und Jahrmarktsbuden abgespeist werden. An allen Ecken und Enden werden Büttel in blankgewichsten Stiefeln Schmiere stehen, damit IHM kein Mißklang an die Ohren dringt. Aber ER hat sich getäuscht und wie immer die Rechnung ohne die WIRtinnen und die WIRte gemacht.
WIR sagen: gott erhalte IHN, ANDERE hat er schon erhalten.
WIR kommen alle!

IN SCHWERIN WIRD ABGEKANZLERT !
SATANISCHE VERSE ENTLARVEN !
DIE EINHEIZ-FRONT DURCHSETZEN !
DEN STIEFELN BEINE MACHEN !
KURZ: IHM DEN PFÄLZER SAUMAGEN VERDERBEN !

Höhepunkte des offiziellen Programms:

10 Uhr 15	Ökumenischer Gottesdienst im Schweriner Dom
12 Uhr 00	Offizieller Festakt der Bundesrepublik Deutschland im Schweriner Staatstheater
17 Uhr 00	Sportgala mit Spitzensportlern aus allen Bundesländern in der Sport- und Kongreßhalle

Unser Gegenprogramm:

10 Uhr 15	Wettsingen mit dem Kirchenchor. IHREN Scheinheiligkeiten über die Schwelle helfen
12 Uhr 00	ERfahrungsaustausch mit Vertretern aus Politik und WIRtschaft beim gemeinsamen Bad in der Menge. IHN sicher ins Theater geleiten
17 Uhr 00	Wettlauf und Bockspringen mit ausgesuchten Bullen rund um die Sport- und Kongreßhalle. Anschließend gemeinsames Abspritzen von Spitzensportlern

Und wenn ER dann gehen will - IHM den Heimweg erleuchten!

Antifaschistische und Autonome Gruppen
Schwerin/Berlin
Kommando ER und die ANDEREN

Bundesweites Info-Telefon
Berlin 251 05 91

Ein Volk jagt seinen Präsidenten weg (S.2) --- Ich bin ein Scheinasylant (S.2) -- (S.5) +++ Der Schalke-Boß und seine Gräfin – Scheidung (S.6) --- Madonna -

Terroristen planten Attentat auf Kohl

Donnerstag, 1. Oktober 1992 Nr. 230/40 C 6647 A 60 Pf

BILD

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

Neue Asylantenschwemme

Von EINAR KOCH

Alarmstufe 1 bei den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden. Auf Kanzler Kohl (62) ist ein Attentat geplant! Ein unbekanntes Autonomen-Kommando will den Anschlag kommenden Samstag bei den Feiern zum **Tag der Deutschen Einheit in Schwerin ausführen.** Die Polizei hat einen genauen Ablauf-Plan der Terroristen abgefangen. Außerdem bei Durchsuchungen sichergestellt: Funkgeräte, Waffen. Der ganze Attentatsplan – **Seite 2.**

Anschlag: Kommando kommt ‚gut gekleidet'

Fortsetzung von Seite 1

In dem Attentatsplan des Terrorkommandos ist exakt festgehalten, wo sich der Kanzler am Samstag nach der Landung mit dem Hubschrauber genau in Schwerin aufhält: **10.15 Uhr** Gottesdienst im Schweriner Dom, **12.00 Uhr** offizieller Festakt im Schweriner Staatstheater, **17.00 Uhr** Sportgala in der Kongreßhalle.

Ein hoher Sicherheitsexperte zu BILD: „Wir nehmen die Sache sehr, sehr ernst. Die ganze Logistik zielt auf einen Anschlag ab."

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden wollen die Mitglieder des Autonomen-Kommandos „gut gekleidet" auftreten, um möglichst dicht und unauffällig an die prominenten Polit-Gäste heranzukommen.

In dem Plan heißt es wörtlich: „In Schwerin wird abgekanzlert."

Ein Großaufgebot an Polizei und Bundesgrenzschutz wird bei den Einheitsfeiern im Einsatz sein, die genaue Zahl der Beamten wird streng geheim gehalten.

1. 10. 1982, 17.52 Uhr: Gesicht ernst, rechte Hand zum Schwur gehoben: „So wahr mir Gott helfe ..." Helmut Kohl beim Kanzlereid im Bundestag.

Chronik des Terrors

stammenden AsylbewerberInnen bleiben unverletzt. Es entstand ein Schaden von 100.000 DM. Der mutmaßliche Täter und sein ebenfalls tatverdächtiger Bruder seien vorläufig festgenommen worden. (FR, 26.8.1992)

In Berlin-Lichtenberg stachen Skins mit den Worten „Scheißausländer" auf einen 23jährigen Mongolen ein, und verletzten ihn an der Schulter. Die Täter flüchteten unerkannt. Das Opfer mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (Neues Deutschland und Berliner Zeitung, 26.8.1992)

25.8. In Rostock-Lichtenhagen lieferten wieder 1000 rechtsextreme Jugendliche der Polizei schwere Auseinandersetzungen. 65 verletzte Polizisten und 58 Festnahmen sind die Bilanz des Abends. (General-Anzeiger, 27.8.1992)

In Dresden greifen neofaschistische Jugendliche das AsylbewerberInnenheim an. Sie werfen zwei Brandflaschen gegen das Heim und flüchten sofort. Die HeimbewohnerInnen können die Brandflaschen löschen. (SZ, 27.8.1992)

In Schwanewede kann ein Polizist durch einen Zufall einen Anschlag von Skinheads auf das dortige AsylbewerberInnenheim verhindern. Er beobachtete von seinem Wohnungsfenster aus, wie acht bis zehn Skinheads brennende Lappen gegen Wohncontainer von AsylbewerberInnen warfen. Die AsylbewerberInnen konnten die brennenden Lappen löschen. Später habe der Polizist beobachtet wie erneut drei Skinheads mit einem Benzinkanister vor dem Heim auftauchten. Er konnte einen Skinhead festnehmen. (SZ, 27.8.1992)

26.8. In Eberswalde demonstrierten rund 150 Neofaschisten unter „Sieg Heil"-Rufen durch die Innenstadt. Die Polizei nahm 32 Neofaschisten vorläufig fest. Bei Kontrollen beschlagnahmte sie rund 100 Schlagstöcke, Eisenstangen und Reizgasdosen. Aufgerufen zu der Zusammenrottung hatte u.a. die NF und die Deutsche Liga. (Neues Deutschland und Berliner Zeitung, 28.8.1992 und Berliner Zeitung, 27.8.1992)

In München schänden Unbekannte einen jüdischen Friedhof. Mehrere historische Grabsteine wurden umgeworfen, an die Außenmauer ein Hakenkreuz geschmiert. (SZ, 28.8.1992)

In Schwanefeld in Sachsen-Anhalt griffen Neofaschisten ein AsylbewerberInnenheim mit Steinen und Leuchtraketen an. Personen wurden nicht verletzt. (Neues Deutschland und SZ, 28.8.1992)

Im südbrandenburgischen Hosena überfiel eine Gruppe von sechs bis acht vermummten Skinheads einen Elektromeister sowie eine Rentnerin in ihren Wohnungen überfallen. Die Einbrechen schlugen mit Baseballschlägern und Schlagringen auf den 31jährigen Mann ein und verletzten ihn erheblich. Wertgegenstände und ein Auto wurden entwendet. (Neues Deutschland, 28.8.1992)

26.8./27.8. In Rostock-Lichtenhagen randalieren wieder rechtsextreme Jugendliche, die Steine und Brandsätze gegen die Polizisten warfen und Parolen wie

CHRONIK DES TERRORS

„Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus" gröhlten. Die Polizei kann 146 Personen vorläufig festnehmen, davon werden 26 dem Haftrichter vorgeführt. Seit Mittwoch nacht hat die Polizei damit 392 Personen festgenommen. Von diesen Festgenommenen stammen etwa zwei Drittel aus Mecklenburg, die übrigen kommen vor allem aus Hamburg, Bremen und Berlin. (FR und taz, 28.8.1992)

27.8. In Rostock-Lichtenhagen versammelten sich nur noch 60 neofaschistische Jugendliche vor der ehemaligen ZAST. Es wurden vereinzelt Steine geworfen. (FAZ, 29.8.1992)

In Potsdam kan es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen neonazistischen Jugendlichen und Antifaschisten. Ein Jugendlicher erlitt Kopfverletzungen. (Berliner Zeitung, 29.8.1992)

In Frankfurt/Oder kam es zu einer Schlägerei zwischen neofaschistischen Jugendlichen und Antifaschisten. Die Polizei verhinderte eine Eskalation. Es wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 29.8.1992)

In Berlin-Pankow wurde die Außenstellen-Leiterin der ägyptischen Botschaft und ihre 14jährige Tochter von Skinheads angepöbelt und geschlagen. Wenig später mußten sie Sicherheitskräfte vor neuen Angriffen schützen. (Welt 29.8.1992)

In Stendal versuchten 40 Neofaschisten ein Flüchtlingsheim zu überfallen, was AntifaschistInnen und Polizisten verhinderten. (FR, 29.8.1992)

In Oschersleben in Sachsen-Anhalt warfen vier Unbekannte einen Brandsatz gegen das dortige Flüchtlingsheim. Die AsylbewerberInnen konnten das Feuer löschen. (FR, 29.8.1992)

In Wolfsburg warfen zwei Neofaschisten einen Brandsatz gegen das dortige Flüchtlingsheim. Sie richteten keinen Schaden an. (FR, 29.8.1992)

28.8./29.8. In Cottbus zogen 200 Neofaschisten zum dortigen Flüchtlingsheim. Auf dem Weg dorthin zerschlugen sie mehrere Scheiben und setzten Autos in Brand. Die Polizei konnte die Neofaschisten vom Heim abdrängen und nahm 15 von ihnen fest. (SZ, 31.8.1992)

In Oschersleben randalierten 100 Neofaschisten vor dem Flüchtingsheim. 23 Neofaschisten wurden festgenommen sowie Funkgeräte, Schlagstöcke und Luftdruckwaffen sichergestellt. (FR, 31.8.1992)

In Stendal griffenen 50 Neofaschisten das dortige Flüchtlingsheim an. Der Angriff habe dank eines Hubschraubereinsatzes eines Sondereinsatzkommandos beendet werden können. 17 Neofaschisten wurden festgenommen. (FR und SZ, 31.8.1992)

In Greifswald-Ladebow wurden mehrere Autos, die AusländerInnen gehörten, angezündet. Die Polizei nahm vier Täter fest. (SZ, 31.8.1992)

In Greifswald griffen 25 Neofaschisten mit Steinen und Brandsätzen das dortige Flüchtlingsheim an. (SZ, 31.8.1992)

In Sömmerda konnte die Polizei rund 30 Neofaschisten kurz vor dem Asylbewerbe-

NEONAZIS GEGEN ANTI

Nach den Pogromen in Rostock, Quedlinburg und anderen Städten fühlen sich die Neonazis gestärkt. Nach der Jagd auf AusländerInnen bereiten sie sich auf Angriffe auf politische Gegner vor. In Braunschweig fand die Polizei bei einer Hausdurchsuchung „Haß-" bzw. „Todeslisten" mit Namen von AntifaschistInnen. Bereits seit Jahren ist der niedersächsische NPD-Chefideologe Hans-Michael Fiedler bemüht, in seinem Blättchen „SSB-Nachrichten" AntifaschistInnen zu outen. Und seit kurzem versucht der Neonazi-Kreis um den Hamburger Christian Worch organisiert, alternative und antifaschistische Projekte auszuforschen.

Es ist eigentlich nichts Neues, daß Menschen, die sich in der Bundesrepublik antifaschistisch betätigen, anonymen Drohungen ausgesetzt sind. Was aber Ende September zum Teil bundesweit in diversen Briefkästen landete, ist bemerkenswert. Mit Poststempel vom 23.9.92, aufgegeben in Bonn, flatterte mit „Herzlichen Glückwunsch" ein dreiseitiges Schreiben ein, in dem die Neonazis Aktionen gegen alternative und linke Organisationen und Einzelpersonen ankündigen.

„(...) Herzlichen Glückwunsch! Sie gehören zu den ersten 100 Personen/Publikationen, denen wir die Gründung der Anti-Antifa-Bonn mitteilen. Wir, das sind Mitglieder und Sympathisanten verschiedener nationaler und nationalsozialistischer Gruppierungen und Parteien aus dem Raum Bonn-Rhein/Sieg. (...) Über gewaltbereite Autonome, bürgerliche Antifaschisten, linke Medien oder Gegner überhaupt werden wir künftig alle bekannten Daten speichern. Im Falle einer gegen uns gerichteten Aktion werden wir die Daten auszuwerten wissen und uns auf die eine oder andere Art „bedanken". Keine Provokation ohne Revanche! (...) Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Kameraden vom roten Mob angegriffen und zum Teil erheblich verletzt werden. Letztes prominentes Beispiel ist der niedersächsische Landesvorsitzende der FAP, Thorsten Heise, der von mehreren Rotfrontlern zusammengeschlagen wurde. (...) Dies nun nicht länger mehr hinzunehmen ist die Aufgabe der Anti-Antifa, die, auf Anregungen Christian Worchs hin, in mehreren Städten ihre Arbeit aufgenommen hat. (...) Ziel dieser Arbeit ist es, die kriminellen Subjekte (gemeint sind „gewaltbereite Autonome", d.R.) aus der Anonymität der Masse herauszureißen, und durch gezielte Feindaufklärung linken Angriffen vorzubeugen und diese zu verhindern. (...)"

Index, Zeitung der "Nationalen Liste" Hamburg.

Absender dieser Dreistigkeit ist eine „Anti-Antifa-Bonn" mit dem Postfach 300126 in 5300 Bonn 3. Stolzer Besitzer dieses Postfaches ist der eitle **Norbert Weidner**, seit 2 Jahren FAP-Kreisvorsitzender in Bonn.

Christian Worch (Nationale Liste Hamburg und Herausgeber der im vierten Jahrgang erscheinenden Neonaziheftchen „Index", ehemaliger Kühnen-Freund etc.pp.) ist einer der Drahtzieher der „Anti-Antifa"-Kampagne. So wird im Augustheft der Nationalen Liste (NL) „Index" am Beispiel Hamburgs aufgezeigt, wie die „Kameradinnen und Kameraden" bundesweit bei der Ausspähung und späteren Verdatung Adressen, Fotos usw. „linker Objekte und Institutionen, Treffs, Kneipen, Personen etc." vorzugehen haben.

Der frühere Göttinger und jetzige Adelebser NPD-Funktionär und Vorsitzende des Studentenbund Schlesien, **Hans Michael Fiedler**, schuf schon 1982 einen Arbeitskreis „Feindaufklärung", der „schwarze Listen" von bekannten „AntifaschistInnen, linken JournalistInnen, linken Organisationen, Buchläden, Druckereien etc." anlegte. Das neue an der Strategie der Faschisten und deren Brisanz ist die Kreation einer bundesweiten Kampagne mit einem eigenen Slogan „Anti-Antifa", einer längerfristigen Aktion, die Daten erstmals zentral sammeln und auswerten will. In der Zeitung der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) wird ein spezielles Anti-Antifa-Ma-

MACHEN MOBIL FASCHISTINNEN

gazin angekündigt. Auch der schon erwähnte **Hans Michael Fiedler** ist wieder in Sachen Anti-Antifa aktiv, nach einer Arbeitstagung 28./29. März 92 zum Thema, in der u.a. die Bekämpfung autonomer Zusammenhänge diskutiert wurde, schreibt er zur Zeit in vermeintlichem Szenejargon unter der Adresse: **Postfach 1615, 8630 Coburg** antifaschistische Adressen an, um an Informationen und Materialien zu gelangen.
Interessant hierzu auch die Mitteilung des Hamburger „Chaos Computer Club" von Ende August '92. Sie haben bei den Rechtsradikalen ein gediegenes modernes Informationssystems ausgemacht, mit dessen Hilfe sie zu schnellen und überraschenden Aktionen fähig seien. Die Neonazis verfügen laut „CCC" u.a. über eigene Datenbanken und elektronische MailBoxes, mit deren Hilfe sie sich in kürzester Zeit gegenseitig informieren und absprechen können.
Im Zusammenhang mit der forschreitenden militärischen und ideologischen Schulung innerhalb des faschistischen und rechtsextremen Lagers und dem Ausbau ihrer Infrastruktur (Zusammenarbeit und Verflechtungen von rechtskonservativen bis faschistischen Kräften) ist damit eine neue Qualität rechtsextremer Politik erreicht, deren Auswirkungen nicht absehbar sind.

Informationen aus: „Rechter Rand" und „Kasseler Stadtzeitung"

Christian Worch, 1987 in Bonn

CHRONIK DES TERRORS

rInnenheim abfangen. Auf dem Rückweg warfen die Neofaschisten zwei Brandsätze. 10 Personen wurden festgenommen. (SZ, 31.8.1992)

In Eisenach kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 25 Neonazis und Antifaschisten. (Welt am Sonntag, 30.8.1992)

In Spremberg griffen 15 Neofaschisten das Flüchtlingsheim mit Steinen an. Ein Flüchtling aus Pakistan wurde brutal zusammengeschlagen. (Welt am Sonntag, 30.8.1992)

In Lübbenau griffen 20 Neofaschisten mit Steinen das Flüchtlingsheim an. Die Flüchtlinge hatten sich zu ihrem Schutz mit Eisenstangen bewaffnet und eine Barrikade errichtet. Zwei Neofaschisten wurden vorläufig festgenommen. (Welt am Sonntag, 30.8.1992)

In Leipzig-Grünau griffen 100 Neofaschisten das dortige Flüchtlingsheim an. Der Polizei gelang es mit Schlagstöcken die Angreifer abzuwehren. Vier Neofaschisten wurden festgenommen. (Welt am Sonntag, 30.8.1992)

In Saarlois schleudern Unbekannte zwei Brandsätze auf ein Heim, in dem 60 AsylbewerberInnen aus Afrika und dem ehemaligen Jugoslawien leben. Ein Brandsatz in der Küche des Heims löste einen Brand aus. Die Feuerwehr löschte den Brand. Es wurde niemand verletzt. (Welt am Sonntag, 30.8.1992)

In Bad Lauterberg schleuderten zwei Neofaschisten drei Brandsätze auf die Rückseite des AsylbewerberInnenheimes; zwei davon durchschlugen Fenster. Ein Brandsatz landete in einem Schlafzimmer, entzündete sich jedoch nicht. Der zweite Brandsatz setzte eine Toilette in Brand. Es wurde niemand verletzt. Die Täter konnten unerkannt flüchten. (Welt am Sonntag, 30.8.1992)

In Eisenhüttenstadt randalierten 15 Skinheads, verletzten zwei Polizisten und demolierten einen Streifenwagen. (SZ, 31.8.1992)

29.8. In München randalierten Fußballfans. Sie zerschlugen die Scheibe eines Kartenhauses, gröhlten „Kauft nicht bei Juden" und zeigten den „Hitler-Gruß". Die Polizei nahm 24 Personen fest. (SZ, 31.8.1992)

In Schwerin fand der Gründungsparteitag des DVU-Landesverbandes unter der Teilnahme vom DVU-Vorsitzenden Frey statt.

29.8./30.8. In Cottbus griffen abermals 200 Neofaschisten das Flüchtlingsheim an. Durch ein starkes Polizeiaufgebot konnte der Einsatz abgewehrt werden. Ein Reporter und ein Polizist wurden verletzt. Die Polizei nahm 15 Personen fest. (taz 31.8.1992)

In Eisenhüttenstadt griffen 100 Neofaschisten die dortige ZAST an und setzten einen Teil des Gebäudes in Brand. Das Gebäude wurde so zerstört das es nicht mehr benutzt werden kann. Die Flüchtlinge konnten mit Hilfe der Polizei in Sicherheit gebracht werden. Sieben Polizisten wurden verletzt. Sieben Neofaschisten wurden festgenommen. (SZ, 31.8.1992)

In Spremberg randalierten 20 Neofaschisten und schlugen die Scheiben von einem China-Restaurant ein. (SZ, 31.8.1992)

Chronik des Terrors

In Zielitz wurde ein Brandsatz in das dortige Flüchtlingsheim geworfen. Die Flüchtlinge konnten den Brand selber löschen. (FR, 31.8.1992)

In Leipzig steckten Neofaschisten ein Zeltlager für AsylbewerberInnen in Brand. Von den 50 AsylbewerberInnen wurde niemand verletzt. Die Polizei konnte mehrere Täter festnehmen. (FR, 31.8.1992)

In Markkleeberg bei Leipzig schleuderten Neofaschisten drei Brandsätze über den Zaun einer Unterkunft für 200 Sinti und Roma. Niemand wurde dabei verletzt. Die Täter konnten entkommen. (FR, 31.8.1992)

In Pöttmes bei Augsburg schossen Unbekannte aus einem fahrenden Auto heraus auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Eine Fensterscheibe sei zertrümmert worden. Es wurde niemand verletzt. (FR, 31.8.1992)

In Henningen überfielen 12 Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim und warfen Steine. (taz, 31.8.1992)

In Potsdam-Babelsberg wurde ein Asylbewerber aus Ghana vom mehreren Rassisten beschimpft, ins Gesicht geschlagen und beraubt. Dem Asylbewerber ist es gelungen sich loszureißen und zu seinem Wohnheim zu rennen. (taz, 31.8.1992)

In Wismar griffen mehrere Rassisten zwei Asylbewerber an einer Tankstelle an und verletzten sie. (taz, 31.8.1992)

In Dessau nahm die Polizei neofaschistische Jugendliche fest, die mit rassistischen Parolen zum Flüchtlingsheim ziehen wollten. (taz, 31.8.1992)

In Groß-Bieberau im Landkreis Darmstadt-Dieburg schossen Unbekannte 15 bis 17mal auf ein Flüchtlingsheim. Es gab keine Verletzten. (SZ, 31.8.1992)

In Hannover verüben vermutlich Neofaschisten einen Sprengstoffanschlag auf dem Altstadtfest. In einem Papierkorb wurde eine Bombe deponiert. Durch die Explosion wurden 16 Menschen zum Teil schwer verletzt. Der Anschlag erinnerte in seiner Machart an den Anschlag von Neofaschisten auf das Münchner-Oktoberfest 1990, bei dem 13 Menschen getötet wurden. Tage später bekannte sich eine bis dahin unbekannte „Nationalsozialistische Freiheitsfront" zu dem Anschlag. (taz, 31.8.1992 und FR, 2.9.1992

In Berlin-Lichtenberg randalieren 60-80 neofaschistische Jugendliche. Die eintreffende Polizei wurde mit Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen. Die Polizei mußte die Straße mit Schlagstockeinsatz räumen. Die Neofaschisten flüchteten. (Berliner Zeitung, 31.8.1992)

In Berlin-Kreuzberg kam es zu Auseinandersetzungen zwischen drei Skinheads und zehn Jugendlichen. Im Verlauf der Prügelei, die mit Flaschen und Knüppeln ausgetragen wurde, wurden zehn Menschen verletzt. (Berliner Zeitung, 31.8.1992)

In Stubben im Kreis Cuxhaven zogen zehn neofaschistische Jugendliche vor das Flüchtlingsheim und gröhlten rassistische Parolen. Die kurdischen Asylbewerber vertrieben die Neofaschisten mit Besenstielen. (Göttinger Tageblatt, 31.8.1992)

BEWÄHRUNG

„Die Bundesregierung ist intensiv bemüht, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland die Ausschreitungen gegen Ausländer zu beenden. Sie wird ihre Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit konsequent fortsetzen. Die Bundesregierung hat ihre Entschlossenheit, Ausschreitungen gegen Ausländer mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen, wiederholt auch öffentlich zum Ausdruck gebracht."

Ohne den geringsten Anflug von Selbstkritik und Zweifel, stellt die Bundesregierung durch ihren Staatssekretär Lintner diese Sätze ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL zu Rostock voran. Vorbemerkung und Einzelantworten zusammengenommen, belegen den unglaublichen Zynismus, mit dem jetzt einige der Folgen jahrelanger Hetze gegen AusländerInnen und einer Asyl- und Flüchtlingspolitik, die AusländerInnen den Deutschen „mit Bedacht als Feinde vor die Nase gesetzt und zugewiesen hat"(Stefan Heym).
Die Antworten zeigen auch, daß das Gerede von einer überforderten Polizei, v.a. im Osten und den fehlenden Gesetzen zu den verschleiernden Ritualen der herrschenden Politik gehören.

ZUSAMMENWIRKEN VON DICHTUNG UND WAHRHEIT

Eine Woche nach dem Brand in der Rostokker Zentralen Aufnahmestelle, der Innenminister war einen halben Tag vor dem Brand selbst in Rostock, fand in Bonn eine Sondersitzung des Innenausschusses statt, auf der Seiters berichtete und die zehn Punkte der CDU/CSU zur Inneren Sicherheit vorstellte.
Er verließ die Sitzung mit der bahnbrechenden Erkenntnis:
„ Bei den Ausschreitungen in Rostock habe es auch erste Anzeichen für ein gemeinsames Zusammenwirken von linksextremen Autonomen und rechtsextremen Skinheads gegeben."

In der Kleinen Anfrage wurde nachgefragt. Ergebnis: alles erfunden!

Frage 30:„Worauf stützt sich die Meinung ... Seiters, in Rostock sei es zum erstenmal zu einer Zusammenarbeit von Autonomen und Rechtsradikalen gekommen"
Antwort: „Nach heutigem Erkenntnisstand kann von einer Zusammenarbeit von Autonomen und rechtsextremistischen/fremdenfeindlich motivierten Straftätern nicht ausgegangen werden. Gemeinsame Aktionen und damit ein Zusammenwirken sind nicht belegt.

Folgende erste Informationen ließen jedoch diesen Schluß zunächst zu:
- Bei den Festgenommenen wurden zahlenmäßig mehr Täter mit polizeilichen Vorkenntnissen aus dem linksextremistischen als solche mit Erkenntnissen aus dem rechtsextremistischen Bereich festgestellt vgl. Antwort zu Frage 13)

- Das Vorgehen der Störer gegen Polizeibeamte, das Werfen lebensgefährdender Brandsätze gegen Menschen war bislang nur im Zusammenhang mit Ausschreitungen durch autonome/linksextremistische Straftäter bekannt."
Seit mehr als einem Jahr sind alle Medien voll mit Berichten über rassistischem Terror, alltäglich und massenhaft, gegen Wohnheime und Unterkünfte, Wohnungen und Einzelpersonen. Darunter zahlreiche mit lebensgefährdenden Brandsätzen. Seit Monaten werden diese Gewalttaten mehr oder weniger präzise von öffentlichen und privaten Stellen gezählt und veröffentlicht. Die Bundesregierung selbst hat zahlreiche Anfragen genau danach beantwortet – unwillig zwar, aber immerhin beantwortet. Eine davon, beantwortet von demselben Staatssekretär Lintner, der auch für die aktuelle Antwort verantwortlich zeichnet, nennt für die ersten sechs Monate des Jahres 92 128 Brandanschläge. Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz spricht bis Ende September 92 von 1162 Gewalttaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremistischer Motivation, bei denen zehn Menschen getötet und über 800 verletzt wurden.Das Bundesamt für Verfassungsschutz

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG AUF EINE KLEINE ANFRAGE DER PDS/LINKE LISTE ZU ROSTOCK

spricht von 405 Brand-und Sprengstoffanschlägen bis Mitte September...

Mollies der „Linksextremen" gegen Zivilpersonen? In diesem Zusammenhang eine offensichtliche und klassische Propagandalüge.

Die Festnahmestatistik, die hier vorgelegt wird, bestätigt eindrucksvoll die Tatsache, daß die Polizei in Rostock mehr von denen festgenommen hat, die zum Schutz der AusländerInnen da waren als von den Brandstiftern und Mordbrennern.
Vom 21. August (Freitag) bis zum 26. August (Mittwoch) gab es danach 370 vorläufige Festnahmen. Das BKA wertete 272 Personendaten aus und stellte fest:
„- 27 Linksextremisten
- 2 Rechtsextremisten
- 44 Personen mit Erkenntnissen im Bereich allgemeiner Delikte
und Staatsschutzdelikten (aber nicht rechts)."
Verweigert wird eine Auskunft über die Festnahmesituation. Aus durchsichtigem Grund. Die Beschreibung der Festnahmesituation wäre mit den realen Abläufen vergleichbar. Vermutlich würde sich zeigen, daß die Polizei „vor Ort" die zum Schutz der Flüchtlinge anwesenden Linken präventiv abgeriffen hat.
Keine Erkenntnisse hat die Regierung angeblich auch darüber, ob und wann Dokumentationstrupps vor der ZAST eingesetzt worden sind. Nicht einmal Auskunft wollte sie darüber einholen. Aus denselben Gründen vermutlich.
Zu dem konkreten Ablauf der Polizeiaktionen vor der ZAST weiß die Bundesregierung auch sechs Wochen danach buchstäblich nichts. Schlimmer noch allerdings ist, daß sie in ihrer Antwort deutlich macht, daß sie all das auch gar nicht interessiert. Daß sie einfach nicht willens ist, die Frage zu beantworten.
Für ihre Kampagne nach Gesetzesverschärfungen und mehr Befugnisse für die Polizei braucht es keine Analyse der tatsächlichen Abläufe; nötig ist deren Vertuschung.
Beispiel:
Fragen 3 und 6
„Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei dem sogenannten Schichtwechsel am Montagabend, kurz bevor die Zentrale Asylbewerberstelle brannte, eine Art Verhandlung zwischen Polizei und Rechtsextremisten stattgefunden hat, bei der vereinbart worden ist, daß diese ins Haus durften?
Antwort: Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor"

Sie will (und kann?) nicht dementieren!

„Trifft es zu, daß die Hamburger Bereitschaftspolizisten am Montag, während des sogenannten Schichtwechsels und als der lebensgefährdende Brand gelegt wurde, deshalb abgezogen worden sind, weil sie am Dienstag in Hamburg wegen einer Demonstration von Kurdinnen und Kurden gegen die türkischen Massaker in Sirnak und einer antirassistischen Demonstration we-

Rolstock-Lichtenhagen, 25.8.92: Straßenschlacht zwischen Rechtsradikalen und Polizei

CHRONIK DES TERRORS

In Hanau warfen Unbekannte einen Brandsatz gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge, in der über 200 Menschen leben. Die AsylbewerberInnen konnten das Feuer selber löschen. (taz, 1.9.1992)

In Herrlisheim bei Colmar haben unbekannte Täter den jüdischen Friedhof verwüstet. Dabei wurden insgesamt 196 Grabsteine umgekippt und etwa 50 beschädigt. (taz, 2.9.92)

30.8./31.8. In Cottbus griffen abermals neofaschistische Jugendliche das Flüchtlingsheim an. Sie bewarfen die Polizisten mit Steinen und Brandflaschen. Ein Auto wurde umgekippt und angezündet. Eine Journalistin wurde durch einen Schuß aus einer Schreckschußpistole im Gesicht verletzt. 28 Personen wurden festgenommen. (SZ, 1.9.1992)

In Berlin-Tiergarten wurde ein Sprengstoffanschlag auf ein jüdisches Mahnmal durchgeführt. Das Mahnmal wurde beschädigt. (Neues Deutschland, 1.9.1992)

In einer Discothek in Stendal wurden ausländische Teilnehmer eines internationalen Jugendlagers, die gegenwärtig an einem Arbeitseinsatz in einer Gedenkstätte in Sachsen-Anhalt teilnehmen, zusammengeschlagen. Zwei Jugendliche mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. (Neues Deutschland, 1.9.1992)

In Eisenhüttenstadt wird erneut die ZAST von Neofaschisten angegriffen. (Berliner Zeitung, 1.9.1992)

In Wunsiedel überfallen Skinheads sechs polnische Arbeiter in einem Wohncontainer mit Eisenstangen und verletzen einen schwer. (Süddeutsche Zeitung, 3.9.92)

In Fulda wurde ein Asylbewerber von fünf Rassisten in einem Wohnheim verletzt. Die Rassisten waren in das Wohnheim eingedrungen und hatten mehrere Feuerlöscher von den Wänden gerissen und im Flur entleert. Als der 26jährige dazu kam, sprühte ihm einer der jungen Männer mit einem Löschgerät ins Gesicht. (FR, 1.9.1992)

31.8. In Hamburg-Ohlstedt haben Eltern einen Unterrichtsboykott durchgeführt, um damit zu verhindern, daß Wohncontainer für 100 Asylbewerber auf dem Schulhof am Waldrand aufgestellt werden. Das zuständige Bezirksamt suchte daraufhin nach einen neuen Standort. (SZ, 1.9.1992 und 2.9.1992)

31.8./1.9. In Cottbus-Sachsendorf rotteten sich wieder 50 Neofaschisten vor dem Flüchtlingsheim zusammen. Es kam zu keinen Angriffen. (Neues Deutschland, 2.9.1992)

In Vetschau bei Cottbus warfen 15 Neofaschisten Fensterscheiben im dortigen Flüchtlingsheim ein. (Neues Deutschland, 2.9.1992)

In Spremberg wurde ein Anschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt. Drei Neofaschisten wurden festgenommen. (Neues Deutschland, 2.9.1992)

In Lindenthal bei Leipzig wurde eine Asylbewerberunterkunft mit Steinen beworfen und ein davor geparktes Auto angezündet. (Neues Deutschland, 2.9.1992)

CHRONIK DES TERRORS

In Lübz warf eine Gruppe von 10 Rassisten Steine und Brandsätze gegen das dortige Flüchtlingsheim. In einem Saal des Heims brach dadurch ein Feuer aus, das von der Freiwilligen Feuerwehr gelöscht werden konnte. Beim Eintreffen der Polizei waren die Täter bereits geflüchtet. (Neues Deutschland und taz, 2.9.1992)

In Greifswald-Ladebow kam es nach Angaben der Polizei zu Zusammenstößen

September 92

1.9. In Halle erhielt die Jüdische Gemeinde „ganz scharfe, antisemitsche, volksverhetzende Briefe". Die Schreiben reichten bis zu Morddrohungen. Polizei und Verfassungsschutz hätten die Ermittlungen aufgenommen. (taz, 2.9.1992)

In Ödenstockach schleuderten rechtsradikale Jugendliche einen Brandsatz gegen ein fahrendes Auto. In der Nähe konnte die Polizei drei uniformierte Tatverdächtige festnehmen. (Süddeutsche Zeitung, 3.9.92)

In Cottbus versammelten sich erneut 100 rechtsextreme Jugendliche vor dem Asylbewerberheim. Die Polizei verhindert einen Angriff. (taz, 3.9.92)

In Flöha bei Chemnitz griffen 250 neofaschistische Jugendliche ein Heim für Asylsuchende und eine Discothek an. Die Neofaschisten warfen Steine und Brandsätze. Auch Polizisten und Passanten wurden angegriffen. Zwei Polizisten wurden verletzt. 18 Personen wurden festgenommen. (Neues Deutschland, 3.9.92)

In Spremberg schleuderten zwei neofaschistische Jugendliche Brandsätze auf eine AsylbewerberInnenunterkunft. Die Täter konnten festgenommen werden. (Neues Deutschland, 3.9.92)

In Frankfurt/Oder wurden drei polnische Bürger in ihren Autos mit Steinen beworfen. Einer erlitt Verletzungen. Drei Tatverdächtige konnten festgenommen werden. (Neues Deutschland, 3.9.92)

In Markersdorf bei Gera nahm die Polizei zwei Verdächtige in Gewahrsam, nachdem sie einen Brandsatz gegen das AsylbewerberInnenheim geworfen hatten. (Neues Deutschland, 3.9.92)

2.9. In Ketzin bei Potsdam brennen mehrere Neofaschisten eine Unterkunft für Asylsuchende nieder, dessen 44 BewohnerInnen, darunter Frauen und Kinder, sich nur in panikartiger Flucht retten können. Zwei Tatverdächtige werden festgenommen, bei denen es sich nach Polizeiangaben nicht um organisierte Rechtsradikale oder Skinheads handele. (taz, 4.9.92)

In Erfurt wird ein Wohnheim für Vietnamesen mit Steinen und Leuchtgeschossen angegriffen. (Neues Deutschland, 4.9.92)

In Bernshof bei Ückermünde wurden die Fenster des AsylbewerberInnenheims angegriffen. (taz, 4.9.92)

In Tangerhütte bei Ückermünde griffen Skins ein Heim für Asylsuchende mit Steinen an. (Neues Deutschland, 4.9.92)

In Berlin werden zwei Männer festgenommen, weil sie verdächtigt werden, einen

gen Rostock eingesetzt werden sollten? Antwort: Der Bundesregierung ist hierüber nichts bekannt."

Sprich: wir wollen es lieber nicht wissen als es zugeben.

ERKENNTNISSE, MASSNAHMEN UND IHRE BEWÄHRUNG

Keine oder weniger als oberflächliche Erkenntnisse hat die Bundesregierung angeblich auch noch sechs Wochen danach über vorbereitende Aktivitäten der Faschisten („Dem Bundesminister des Inneren sind darüber" – bei seinem Besuch in Rostock – „keine Erkenntnisse vorgetragen worden, die auf derartige Aktivitäten hindeuten könnten"), über Organisationen in und um Rostock („So verfügen angeblich die Nationaldemokratische Partei Deutschlands und die Jungen Nationaldemokraten über jeweils einen Kreisverband in Rostock")

Sofern das überhaupt möglich ist, sind Informationen und Erkenntnisse über die Aktivitäten der Faschisten zur Ausbreitung des Terrors nach Rostock noch dürftiger.

„Welche Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum tragen die Aufrufe nach weiteren Aktionen gegen Sammellager u.a. in den neuen Bundesländern?" – lautet Frage 21.
Antwort: „Über solche Aufrufe liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor"
Selbst wenn wir diese Antwort als kleine Notlüge mittels Sprachjonglererei durchgehen lassen, stehen die Fakten in offensichtlichem Widerspruch zu Frage/Antwort Nummer 17. Sie lauten:

„Sind gegen Rechtsextremisten, die sich öffentlich für weitere Aktionen gegen Ausländer/Ausländerinnen ausgesprochen haben, Ermittlungsverfahren eingeleitet worden?

Antwort: „Nein. Die Staatsanwaltschaft Rostock hat bisher lediglich ein Vorermittlungsverfahren gegen Hinterleute von rechten Gruppierungen eingeleitet, denen nach Medienberichten Äußerungen zugeschrieben werden, die auf eine Steuerungsabsicht bei den Ausschreitungen hindeuten könnten."

Die Bundesregierung weigert sich Informationen über gelaufene Übergriffe und deren Hintergründe und mögliche Drahtzieher zu veröffentlichen. Sie verschleiert – „keine Erkenntnisse" – die Mobilisierungsaktivitäten und den Einfluß neofaschistischer Organisationen und/oder „Rechtsextremisten" auf zukünftigen Terror.„ Dabei übersieht sie auch großzügig selbst die im Vorwort unserer Anfrage aufgeführte unvollständige Liste über Aufbau- und Propagandaaktionen in dieser Region.

Allen Ernstes behauptet die Bundesregierung, daß Landeslagebilder eine Spezifizierung nach örtlichen Regionen nicht vorsehen würden, daß sie deshalb in ihrer Antwort auch keine Aussage treffen könne, ob sich Schwerpunkte faschistischer Aktivitäten abzeichneten in und um Orte, in denen dann größere Übergriffe stattfanden. Einsicht oder Veröffentlichung der Lagebilder werden verweigert, mit der überzeugenden Begründung, sie seien „grundsätzlich VS-nur für den Dienstgebrauch eingestuft". Die Vorstellung, es seien keine nachweisbaren Schwerpunkte faschistischer Organisations- und Aktionstätigkeit bei BKA und VS vorhanden, die im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit abrufbar und mitteilbar gemacht werden könnten, ist hochgradig lächerlich.
Kaum vorstellbar, aber das läßt sich noch steigern. Verweist die Bundesregierung doch in Frage 23 auf folgendes:
„Im September 1991 wurde beim BKA im Anschluß an die Ereignisse in Hoyerswerda eine NASISTE (Nachrichtensammel- und Informationsstelle), eingerichtet.
Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wurde aufgrund von Beschlüssen der Kommission Staatsschutz, die von der Arbeitsgemeinschaft Kripo bestätigt wurden, verstärkt."

Der Öffentlichkeit aber wird vorgegaukelt, Rückänderung des Landfriedensbruchsgesetzes, Verschärfung des Haftrechts, Auf- und Ausrüstung der Polizei, Lauschangriff und V-Leute seien genau jetzt die einzig richtigen Maßnahmen gegen „extremistische Gewalt" zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit.
Die Strategen der Inneren Sicherheit nutzen eben auch die Gunst der Stunde und versuchen, ihre alten Lieblingsvorhaben endlich durchzubringen. Der Schwung der Pogromstimmung und die Ängste der Bevölkerung sind vielfach nutzbar ...

Gnadenlose Kaltschnäuzigkeit spricht aus der Antwort auf Frage 25. Frage: „Wie beurteilt die Bundesregierung aus heutiger Sicht die nach Hoyerswerda auf einer gemeinsamen Sitzung der Inn- und Justizministerkonferenz auf Vorschlag der AG-Kripo übernommenen Maßnahmekataloge gegen ausländerfeindliche Straftaten sowie deren Umsetzung durch die Länder (Einrichtung von Sonderkommissionen/Ermittlungsgruppen, Bereithalten von Verstärkungskräften, polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der materiellen Sicherheit der Unterkünfte)?"

Antwort:

„Der von einer Arbeitsgruppe der Kommission Staatsschutz unter Vorsitz des BKA erarbeitete Maßnahmenkatalog hat sich auch in der Praxis bewährt (Herv. d.A.). Er wird lageangepaßt aufgrund der Kompetenzverteilung in den Bundesländern umgesetzt."

Von Hoyerserda nach Rostock ...diese Phase des wachsenden rassistischen Terrors und der Aufhetztung von großen Teilen der Bevölkerung muß als Geschichte der Bewährung eines BKA-Maßnahmekatalogs noch geschrieben werden. Erst dann sind Ausmaß und Qualität der realen Gefahr der herrschenden Politik für die hier lebenden Menschen abzusehen.

Büro Jelpke

ZEITSCHRIFTEN ZUM THEMA ANTIFASCHISMUS

Antifa Jugendinfo
Friedrichstraße 165
O-1080 Berlin

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Antifaschistische Nachrichten
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
Zülpicherstr. 7
5000 Köln 1

Antifaschsistischer Informationsdienst
c/o Arbeitskreis Antifaschsimus
Postfach 100206
6800 Mannheim

Piranha
Karolinenstraße 21
Hinterhof, Haus 2
2000 Hamburg 36

Atze
Antifaschsistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel

Antifaschsistische Zeitung
c/o Akzent
Fleischhauerstr. 32
2400 Lübeck

Der Rechte Rand
Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen
Postfach 1324
3000 Hannover 1

DISS-Hefte
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Realschulstraße 2
4100 Duisburg

Antifaz
Herner Str. 43
4350 Recklinghausen

blick nach rechts
Sozialdemokratischer Pressedienst
(Hintergrundanalysen ohne Parteibrille)
Postfach 120408
5300 Bonn

Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus
Kaiserstr. 27
5300 Bonn

ak (ehemals Arbeiterkampf)
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36

1999
Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
Schanzenstr. 75-77
2000 Hamburg 36

ZAG / Antirassistische Initiative (sehr gut)
Zeitungsprojekt antifaschsistischer und antirassistischer Gruppen
Yorckstr. 59
1000 Berlin 61

Konkret
Osterstr. 124
2000 Hamburg 20

Die Brücke
Zeitschrift für ImmigrantInnen zu ImmigrantInnenpolitik
Im Stadtwald, Bau 14a
6600 Saarbrücken 3

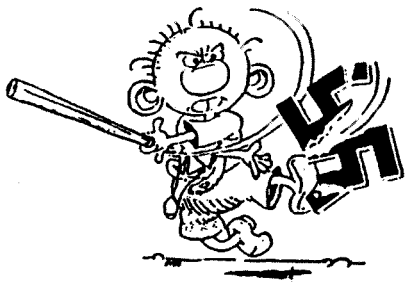
Info-Dienst Asyl in der BRD
Worringer Straße 70
4000 Düsseldorf

Grenzenlos
Zeitung für AusländerInnen- und Flüchtlingsfragen
Sandstr. 17
5900 Siegen

Peripherie
Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt
c/o Lateinamerika-Nachrichten
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Babylon
Beiträge zur jüdischen Gegenwart
Kettenhofweg 53
6000 Frankfurt/Main

Fluchtseiten
Informationsbulletin zur Asylpolitik
Postfach 1780
CH-3001 Bern



Es gibt natürlich noch viel mehr, vor allem Bücher. Einen ziemlich umfassenden Überblick dazu gibt eine vom ID-Archiv im IISG, c/o Aurora Verlagsauslieferung, Knobelsdorferstr. 8, 1000 Berlin 19 herausgegebene Literaturliste. Das Heft dürfte noch in jeder guten linken Buchhandlung erhältlich sein.

CHRONIK DES TERRORS

Brandanschlag auf ein AusländerInnenwohnheim in Hohenschönhausen verübt zu haben. (taz, 4.9.92)

In Oschersleben in Sachsen-Anhalt warfen zwei Täter einen Brandsatz in ein Fenster der dortigen Flüchtlingsunterkunft. Der Brand kann von den Bewohnern gelöscht werden. (taz, 4.9.92)

In Blankenburg werden zwei Autos angezündet, die vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim stehen. (taz, 4.9.92)

In Bad Krotzingen verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf das AsylbewerberInnenheim. (Neues Deutschland, 4.9.92)

In Bonn werfen Neofaschisten einen Brandsatz in eine Wohnung, in der AsylbewerberInnen untergebracht sind. (Neues Deutschland, 4.9.92)

In Ettenheim in Baden-Württemberg bewerfen rechtsextreme Jugendliche einen Wohncontainer, in dem Flüchtlinge untergebracht sind, mit Steinen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Northeim attackieren Neofaschisten eine Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 4.9.92

In Nörten-Hardenberg bei Göttingen greifen Neofaschisten eine Unterkunft für AsylbewerberInnen und eine Wohnung von türkischen Bürgern an. Sie warfen Flaschen, zerstörten Tür- und Fensterglas und zerstachen Reifen von Autos. (FR, 4.9.92)

In Düsseldorf wurde ein Brandsatz gegen einen Wohncontainer geschleudert, in dem überwiegend Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR untergebracht sind. Der Brandsatz zündete jedoch nicht. (FR, 4.9.92)

3.9. In Leverkusen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf einen Wohncontainer, in dem Aussiedler aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion untergebracht waren. Ein Brandsatz zerschlug die Scheibe eines leeren Containers, der ausbrannte. Der zweite landete zwischen zwei Wohnungen, wo er gelöscht werden konnte. (taz, 5.9.92)

In Eisenhüttenstadt versuchten 40 bis 60 Neofaschisten das zentrale Aufnahmelager für AsylbewerberInnen zu stürmen. Sie lieferten sich eine zweistündige Schlacht mit der Polizei. Drei Personen wurden festgenommen. (taz, 5.9.92)

In Lübben verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf das dortige AsylbewerberInnenheim. Der Brand konnte schnell gelöscht werden. Die Täter konnten entkommen. (taz, 5.9.92)

In Biesenthal nördlich von Berlin brannte eine unbewohnte Holzbaracke auf dem Gelände eines AsylbewerberInnenheims nach einem Brandanschlag nieder. Die Täter konnten entkommen. (taz, 5.9.92)

4.9. In Berlin schänden Unbekannte den jüdischen Friedhof der Gemeinde Adass Jisroel in Weißensee. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Chemnitz wird aus einer Gruppe von Neofaschisten ein Brandsatz gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle geworfen, der aber nicht zündet. Danach griffen die Nazis eine Gruppe von AntifaschistInnen an, es gab drei Verletzte. (taz, 7.9.92)

Chronik des Terrors

In Prenzlau in Brandenburg verhindern 50 Personen die Unterbringung von AsylbewerberInnen in einer Schule. Der Bus wird durch Steinwürfe beschädigt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Lübbenau versuchen 100 Neofaschisten das Asylbewerberheim zu stürmen. (taz, 7.9.92)

In Gandow-Lenzen in Brandenburg randalieren Neofaschisten vor der Unterkunft für AsylbewerberInnen. (Neues Deutschland, 7.9.1992)

In Kremmen in Brandenburg randalieren rechtsextreme Jugendliche vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim. (taz, 7.9.92)

In Eisenhüttenstadt versuchten wieder 150 Neofaschisten das dortige Zentrale Aufnahmelager zu stürmen. (taz, 7.9.92)

In Wittenberge in Brandenburg randalierten neofaschistische Jugendliche vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim. (taz, 7.9.92)

In Lychen in Brandenburg randalierten neofaschistische Jugendliche vor dem AsylbewerberInnenheim. (taz, 7.9.92)

In Wernigerode in Sachsen-Anhalt randalierten rechtsextreme Jugendliche vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Hettstedt in Sachsen-Anhalt randalierten rechtsextremistische Jugendliche vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

5.9. In Gelnhausen in Hessen verhinderte die Polizei einen Überfall auf eine Kaserne, in der 1.000 AsylbewerberInnen untergebracht sind. Die Polizei nahm zwei Personen fest. (taz, 7.9.92)

In Eisenhüttenstadt belagerten wieder 150 neofaschistische Jugendliche die dortige Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen. Die Polizei kann die Stürmung verhindern. 24 Personen werden festgenommen. (taz, 7.9.92)

In Berlin nahm die Polizei bei Razzien im Umfeld von Asylbewerberheimen elf Personen fest und stellte zahlreiche Waffen sicher. (taz, 7.9.92)

In Bernau bei Berlin konnte ein starkes Polizeiaufgebot einen Angriff von 80 Neofaschisten auf das Flüchtlingsheim verhindern. (taz, 7.9.92)

In Berlin-Prenzlau werden die Scheiben eines AsylbewerberInnenheimes eingeschlagen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Wittstock wird ein Anschlag auf das dortige AsylbewerberInnenheim verübt. Die genauen Umstände sind nicht bekannt. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Guben wird das dortige AsylbewerberInnenheim angegriffen. Die genauen Umstände sind unbekannt. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Groß Schönebeck wird das dortige AsylbewerberInnenheim angegriffen. Die genauen Umstände sind nicht bekannt. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Wernigerode wird wieder die Unterkunft für Asylsuchende von Neofaschisten ange-

Wenn der Arsch ist allzuoft

Die Täterentlastung von links nach Rostock

In Rostock- Lichtenhagen hat Ende August die Bevölkerung eines Stadtteils mit mehr oder weniger tatkräftiger Unterstützung von Faschisten, Politikern, Behörden und Bullen mit einem mehrtägigem Pogrom ihr Ziel, die Vertreibung der unerwünschten Flüchtlinge, erreicht. Vorausgegangen war dem Pogrom eine Hetzkampagne gegen die Roma, die angeblich dem Sauberkeitsempfinden und der Ehrlichkeit anständiger Deutscher nicht zuträglich seien. Dies von Medien und Politikern gezielt vorbereitete, von organisierten Faschisten militärisch gut geplante und angeleitete, von 'hoffnungslos überforderten und durch Fehlentscheidungen falsch orientierten' Bullen laufengelassene und von begeistert mitmachenden und klatschenden Bürgern tatkräftig durchgeführte Pogrom war das größte Pogrom in Deutschland seit der Reichspogromnacht 1938.

Die Botschaft wird verstanden

Nach dem 'Sieg im Volkskrieg' gegen die Flüchtlinge war sich die Bande von TäterInnen einig: Schuld haben die 'alles zuscheißenden und alles wegklauenden Zigeuner'. Es gab kleinere Streitereien über die Wahl der Mittel, besonders bejammert wurde, daß deutsche Polizisten Deutschen mit einem berechtigtem Anliegen gegenüber stehen müßten, und es wurde bedauert, daß beim Abfackeln des Wohnheimes gerade ein ZDF-Team anwesend war. Ansonsten: Schafft das Problem (die Flüchtlinge) weg, dann gibt es auch keinen Grund, aggressiv zu sein.
Die Botschaft wird verstanden, seitdem hat der Volkssport des Flüchtlingevertreibens einen neuen Aufschwung erlebt, die Namen der angegriffenen Flüchtlingsunterkünfte kann mensch sich kaum noch merken. Das sowieso nur noch pro forma bestehende Asylrecht soll nun endgültig abgeschafft werden, darüber sind sich fast alle einig, mensch streitet sich noch über Formalien. Die SPD bewies mit dem Zeitpunkt ihres Petersberger Beschlusses feines Gespür für die Stimmung der Massen, die wiederum können die Zeitgleichheit von Rostock und dem SPD-Beschluss als Bestätigung ihres Handelns begreifen.
Fast zeitgleich mit dem Pogrom in Rostock wird das Denkmal für deportierte Juden und Jüdinnen in Berlin-Tiergarten zerstört, wird kurze Zeit später die jüdische Baracke des ehemaligen KZ Sachsenhausen eingeäschert, die täglichen Schändungen und Zerstörungen jüdischer Gräber werden von der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen.

Die armen Täter

In dieser Situation des sich austobenden Rassismus sollte mensch von einer Restlinken erwarten, daß sie sich dem breiten rassistischen Konsens konsequent entgegenstellt. Aber in den meisten Veröffentlichungen und Äußerungen, die mir nach Rostock bekannt wurden, herrscht als Erklärungsansatz die sogenannte „Soziale Frage", daherkommend als Verelendungstheorie, die fast zwangsläufig Rassismus und Pogrome erzeuge, vor. Die damit in der Regel verbundene Entschuldung der TäterInnen ist oft genug gewollt.
Ein Beispiel dafür war die inhaltliche Bestimmung der bundesweiten Demonstration in Rostock-Lichtenhagen nach dem Pogrom. In diversen Plena wurde fast nur über die Lage der TäterInnen geredet, viele mehr oder weniger bekannte Sozialentschuldungsthesen machten die Runde (die schreckliche Plattenbauweise, die Überforderung in einem sozialen Brennpunkt, mensch könne doch nicht alle Bewohnerinnen zu Faschisten erklären, wir dürften die BürgerInnen nicht pauschal angreifen etc.). Der einzige bundesweit verbreitete Aufruf für die Demo von unabhängigen Antifagruppen aus Rostock und Berlin bringt diese Art des Verständnisses auf den Punkt: „Vor dem Hintergrund der überwältigenden Probleme, wie zunehmende Arbeitslosigkeit, der Zerstörung ganzer Industrien, dem Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, der seit Jahren vorprogrammierten Wohnungsnot, dem zunehmenden Abschaffen von sozialen Errungenschaften und, entgegen allen Versprechungen, die Verschlechterung der Lebensbedingungen in den östlichen Bundesländern, sind wir nicht bereit hinzunehmen, daß sich die Hilflosigkeit der betroffenen Menschen (!, B.S.) in brutalen Angriffen gegen Flüchtlinge und AusländerInnen entlädt. (...) Es liegt auch an den BewohnerInnen von Lichtenhagen, ob ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen erkämpft wird, oder ob diese Gesellschaft sich bei weiter gehendem rassistischen Terror auf dem Weg in einen neuen Faschismus befindet." Dementsprechend verlief die Demo dann auch. Aufforderungen vom Lautsprecherwagen wie „Bürger reiht euch

AUF GRUNDEIS GEHT DER KOPF IN' ARSCH!

ein" und „Schämt euch" oder Parolen wie „Haut den Bonzen auf die Fresse, Flüchtlinge sind die falsche Adresse!" oder „Wenn ihr euch so gegen Treuhand und Regierung gewehrt hättet, wie ihr euch gegen die Flüchtlinge gewendet habt, hättet ihr jetzt noch eure Arbeit!" waren durchaus prägend für den Großteil der Demo und brachten ihr zu Recht das Lob einiger Presseorgane als eine Manifestation des anderen Deutschlands ein. Der Versuch einiger Weniger, der Demo eine Stoßrichtung gegen den völkischen Rassismus zu geben, indem sich die Demo inhaltlich konsequent gegen die TäterInnen aus Staat und Bevölkerung richten müsse, verhallte fast wirkungslos.

„Zwischen rassistischem Pogrom und sozialem Protest"

Unter dieser Zwischenüberschrift wird in der neuesten Ausgabe der Kieler Antifa-Zeitung 'Atze' die „Sündenbockthese" in besonders konsequenter Form präsentiert. „ (...) Die zweite wichtige Komponente ist der tiefsitzende Frust, der vor allem bei den Ostdeutschen über ihre wirtschaftliche und soziale Lage herrscht. (...) Beinahe noch schlimmer als die wirtschaftliche Not sind die psychologischen Folgen dieser Misere. Das ganze bisherige Leben scheint für die älteren entwertet, ihre Erfahrungen sind nicht mehr gefragt. Bei den Jugendlichen herrschen Desorientierung und Perspektivlosigkeit. Diese Unzufriedenheit findet ihr Ventil nur allzuoft (?!,bs) in rassistischer Gewalt. (...) Die Flüchtlinge als Sündenbock kanalisieren den Frust in eine für den Staat ungefährliche Richtung. (...) Viele Menschen, die zu Recht enttäuscht sind über ihre soziale Lage und über die politischen Zustände im Land, gehen dem rassistischen Sündenbock-Angebot auf dem Leim. 'Die Politiker müssen endlich aufwachen'(!!,B.S.), war einer der Sätze, die in Interviews mit der Lichtenhagener Bevölkerung am häufigsten zu hören war. Die rassistische Gewalt hatte eine Komponente von sozialem Protest gegen den Staat. Nur merken diese Menschen nicht, daß sie den 'Bonzen' gar keinen größeren Gefallen tun können, als ihre Aggressionen nicht gegen sie, sondern gegen die Flüchtlinge zu richten."

Zugebenermaßen ist diese Verständniserklärung für die rassistischen TäterInnen besonders platt und dumm. Aber in der Tendenz und in der Stoßrichtung wird diese „Sündenbockthese" von vielen Autonomen und Antifas geteilt. Dabei ist die Beschreibung bestimmter sozialer Realitäten nicht unbedingt falsch, aber das Problem liegt darin, daß die soziale Frage oft nur als Verelendungsthese benutzt wird, um damit den Rassismus der 'kleinen Leute' zu erklären, und sich nicht damit auseinandergesetzt wird, daß es einen breiten rassistischen Konsens in dieser Gesellschaft gibt, der unabhängig von der sozialen Lage der RassistInnen existiert. Fast alle sind sich darin einig, daß die Flüchtlinge ein großes Problem darstellen, das es zu lösen gilt. In dem Sinne sind die 'handfesten' Aktionen vor den Flüchtlingsunterkünften und der 'gepflegte' Protest von Bürgerinitiativen in wohlhabenden Hamburger Stadtteilen wie Ohlstedt und Blankenese gegen Flüchtlingsunterkünfte zwei Seiten derselben Medaille. Aber auch diejenigen, die sich mit Vorschlägen wie Quotenregelung oder andere alternative Begrenzungsstrategien an der 'Problem'diskussion beteiligen, erkennen das 'Problem' an und gehören damit zum rassistischen Konsens. Eine Linke, die antirassistisch sein will, kann nicht 'Anliegen der Bevölkerung' für 'berechtigt' halten, die zum Ziel haben, die Flüchtlinge zu vertreiben, sondern muß sie bekämpfen.

Entsprechend den volksnahen Erklärungsmustern vieler Linker für den sich austobenden Rassismus sehen oft die Handlungsvorschläge aus: den fehlgeleiteten Massen muß für ihre an sich berechtigten Anliegen der richtige Gegner präsentiert werden. Hierzu wieder mit erfreulicher Offenheit die 'Atze': „Gelingt es nicht, durch praktische Handlungen die Orientierung weg von der Asyldebatte und auf Unternehmer und Regierung, also auf die wirklichen Schmarotzer zu lenken, droht eine noch breitere Akzeptanz des Rassismus. (...) Die Linke wird eine Politik entwickeln müssen, die auf die Probleme der ständig wachsenden Gruppe der Ausgegrenzten bessere Antworten als den Rassismus anzubieten hat. Das stellt zum einen die Frage nach einer glaubwürdigen sozialen Utopie, zum anderen die nach einer konkreten politischen Praxis, die möglichst viele Menschen zum Mitmachen aktiviert. (...) Ziel kann aber nicht sein, Politik gegen Wohnungsnot und Sozialabbau künftig unter der Flagge des Antifaschismus zu betreiben. Wer nur deshalb für soziale Gerechtigkeit eintritt, um die Faschisten kurz zu halten, wirkt nicht sehr glaubwürdig. (...) Leider sieht es zur Zeit so aus, daß die Linke immer weniger Themen offensiv besetzt und sich aus mehr und mehr Bereichen zurückzieht. Steht der Antifaschismus alleine da, erscheint er tatsächlich als reine Anti-Position, die keine Attraktivität gewinnen kann."

CHRONIK DES TERRORS

griffen. Die Polizei wird mit Steinen beworfen. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Koblenz bei Hoyerswerda warfen Unbekannte Brandsätze in ein Wohnheim für 72 Vietnamesen. Zwei Zimmer brannten aus, eine Bewohnerin wurde während des panischen Durcheinanders verletzt. (taz, 7.9.92)

In Neustadt bei Sachsen randalieren 40 rechtsextreme Jugendliche gegen die dort lebenden Vietnamesen. (taz, 7.9.92)

In Werdau bei Zwickau versuchten 60 Jugendliche das dortige AsylbewerberInnenheim zu stürmen. (taz, 7.9.92)

In Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern wird ein Brandanschlag auf das ehemalige Kinderheim verübt, das als Unterkunft für AsylbewerberInnen hergerichtet werden sollte. (taz, 7.9.92)

In Trassenheide im Kreis Wolgast rotten sich 40 gewaltbereite Jugendliche zusammen; die Polizei nimmt 15 von ihnen fest. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Pritzier in Mecklenburg-Vorpommern ziehen 30 mit Knüppeln bewaffnete Jugendliche vor das dortige AsylbewerberInnenheim und werfen Brandsätze. Das Heim war vorsorglich evakuiert worden. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Ueckermünde gehen rechtsextreme Jugendliche mit Steinen, Eisenstangen und Brandsätzen gegen das dortige AsylbewerberInnenheim vor. (taz, 7.9.92)

In Brahlstorf bei Schwerin wird ein Anschlag gegen eine Unterkunft von polnischen Arbeitern verübt. (taz, 7.9.92)

In Hamminkeln in Nordrhein-Westfalen schlugen Skinheads einen Jugoslawen zusammen und raubten ihn aus. Das Opfer wurde schwer verletzt. Anschließend überfielen sie das dortige Heim für Asylsuchende mit Eisenstangen und Messern. Die AsylbewerberInnen bewaffneten sich ebenfalls und wehrten sich, bis die Polizei eintraf. (taz, 7.9.92)

In Engelsheim in Bayern wurden drei Asylbewerber bei einem Brandanschlag auf das dortige Flüchtlingsheim verletzt. (taz, 7.9.92)

In Hannover wurde ein Passant aus einer Gruppe von 70 Skinheads heraus mit Gaspatronen beschossen und dann überfallen. Auf der Flucht vor der Polizei wird ein Auto beschädigt. 14 Skins werden festgenommen, darunter auch vier mutmaßliche Schläger. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Ebsdorfergrund-Hächborn greifen Unbekannte das dortige AsylbewerberInnenheim an. (Konkret 10/92 – Chronologie)

In Ecklingrode im Kreis Worbis wird ein Brandanschlag auf das dortige AsylbewerberInnenheim verübt. (Konkret 10/92 – Chronologie)

In Bad Langensalza wird ein Brandanschlag auf das dortige AsylbewerberInnenheim verübt. (Konkret 10/92 – Chronologie)

In Werdau im Kreis Zwickau verhindert die Polizei einen Überfall von 60 rechtsextremen Jugendlichen auf ein AusländerInnenwohnheim. (Konkret 10/92 – Chronologie)

Chronik des Terrors

In Ringenberg bei Wesel werden bei einem Überfall von etwa 20 Skinheads auf eine AsylbewerberInnenunterkunft zwei Ausländer verletzt. (Konkret 10/92 – Chronologie)

In Singen in Baden-Württemberg wird ein Anschlag auf das dortige Asylbewerberheim verübt. Zwei Personen konnten festgenommen werden. (Neues Deutschland, 7.9.92)

In Bevern Niedersachsen wird ein Anschlag gegen das dortige AsylbewerberInnenheim verübt. Genaue Umstände sind nicht bekannt. (Konkret 10/92 – Chronologie)

6.9. In Halle werden Brandanschläge auf zwei Wohnungen von VietnamesInnen verübt. Zwei Vietnamesinnen und sieben Kinder werden in ein Krankenhaus mit Rauchvergiftungen eingeliefert. (Neues Deutschland, 8.9.92)

In Eisenhüttenstadt randalieren wieder rechtsextreme Jugendliche vor der Zentralen Aufnahmestelle, und greifen sie mit Steinen und Brandsätzen an. 24 Jugendliche werden festgenommen. (ak Nr. 346, 23.9.92)

In Alfter bei Bonn wird durch ein Fenster auf AsylbewerberInnen geschossen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Freiburg versuchen Neofaschisten eine Asylbewerberunterkunft anzuzünden. Zwei der mutmaßlichen Täter kann die Polizei verhaften. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Karlsruhe in Baden-Württemberg wird ein Brandanschlag auf ein AsylbewerberInnenheim verübt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Essen wird ein Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim verübt. Die Polizei kann zwei mutmaßliche Täter festnehmen. (taz, 8.9.92)

In München drängten Skinheads nachts ein Ehepaar aus der U-Bahn und sie schlugen die beiden zusammen und mißhandelten sie. Das Ehepaar konnte flüchten. (SZ, 8.10.92)

7.9. In Quedlinburg in Sachsen-Anhalt greifen 40 bis 50 Jugendliche das dortige AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen, Steinen und Feuerwerkskörpern an. Mehrere Fensterscheiben werden eingeworfen; drei PKWs werden demoliert. Etwa 50 Anwohner klatschen Beifall. Die Polizei brauchte drei Stunden, um die Ruhe wieder herzustellen. Eine Person wurde festgenommen, gegen drei Jugendliche wurde Strafanzeige erstattet. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Boizenburg in Mecklenburg-Vorpommern warfen Unbekannte einen Brandsatz auf das Gelände des AsylbewerberInnenheimes, der jedoch nicht zündete. (Neues Deutschland, 9.9.92)

In Anklam in Mecklenburg-Vorpommern wurde ein Brandsatz gegen das Gebäude eines AsylbewerberInnenheimes geworfen. Der Brandsatz zündete jedoch nicht. (Neues Deutschland, 9.9.92)

In Mühlheim an der Ruhr werfen Unbekannte eine Übungshandgranate durch das Fenster einer Unterkunft. (taz, 9.9.92)

In Krampfen im Kreis Perleberg mußte das dortige AsylbewerberInnenheim nach einer

Konstruktives Mitmachen

Genau darum gehts. Statt in diesem Deutschland eine 'destruktive ' Anti-Position einzunehmen, will und soll die Linke mitmachen, um attraktiv zu sein. Das ist meines Erachtens ein entscheidender Punkt für die Haltung vieler Teile der Restlinken zur aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. Während es sich eigentlich in einer Gesellschaft, die entscheidend durch Auschwitz und dessen kollektive Verdrängung sowie einem Massenkonsens, der unhinterfragt den auf der Ausbeutung des Trikonts beruhenden Reichtum für selbstverständlich hält (bei gelegentlichem Streiten um die Verteilung), geprägt wurde, schon in der Vergangenheit verbot, auf die „Massen" zu setzen, oder an deren vermeintlichen oder wirklichen Interessen positiv anzuknüpfen, muß dies seit der Wiedervereinigung und der damit freigesetzten Dynamik von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus umsomehr gelten.
Stattdessen fühlt sich ein Großteil der Restlinken zum konstruktiven Mitmachen genötigt. Dazu gehören auch die vorgetragenen Bekenntnisse diverser AutonomeR und AntifaschistInnen, daß sie in der Vergangenheit zu wenig die Probleme der einfachen Bevölkerung ernst genommen hätten, daß sie es nicht verstanden hätten, ihre Inhalte dem 'Volke' rüberzubringen, daß die Linke nicht in den Betrieben präsent sei u.ä. mehr. Das eigentlich nicht falsche Anliegen, die selbstgestrickte kleine, heile, autonome Welt aufbrechen zu wollen, wird unter dem herrschenden Druck und dem subjektiven Bedürfnis, nicht immer außen vor zu stehen (symbolisiert in der wenig glücklich gewählten Forderung „Raus aus dem Ghetto") zur Anpassung an den Konsens (außer den Nazis, weil: „Nazis raus"). Die Autonomen entdecken, ähnlich wie die RAF, das Volk und deren (ihre?!) Probleme. (1) Im übrigen: Mit der Forderung „Raus aus dem Ghetto" begann nach dem damaligen deutschen Herbst Ende der '70er der Zug vieler Linksradikaler zumeist via Grünem Ticket ins System.
Höchst ärgerlich wird das konstruktive Mitmachenwollen dann, wenn immer häufiger von autonomen Antifas und anderen Linken die Debatte um die Forderung nach 'Offenen Grenzen für Alle' aufgeworfen wird. Hierzu heißt es, daß wir sowas nicht nur immer fordern dürfen, sondern auch Lösungsmöglichkeiten zu deren Realisierung angeben müssen. Was aber folgt, wenn festgestellt wird, daß eine Realisierung unter den herrschenden Bedingungen (und das ist klar) nicht machbar ist? Wird dann eine neue, „sozial verträglichere" Forderung aufgestellt? Schlimmstes ist zu befürchten.

Gründe

Meiner Meinung sind drei Faktoren dafür ausschlaggebend, daß die Linke auf den stattfindenden gesellschaftlichen Prozess keine adäquaten Antworten findet oder teilweise noch nicht mal die nötigen Fragen stellt:
Da sind zum einen die Auswirkungen absoluter Theorielosigkeit und Analyseunfähigkeit vieler Linker in der Vergangenheit. Das zeigt sich insbesondere darin, daß es fast keinen Diskussionsversuch gibt, Rassismus und Antisemitismus als eigenständige Erscheinungsformen wahrzunehmen.
Als zweites wirkt sich die Fehleinschätzung oder völlige Unterschätzung der Wiedervereinigung aus. Es gibt in großen Teilen der Restlinken überhaupt keine Kriterien dafür, den derzeitigen nationalistischen Prozess zu verstehen, geschweige denn, die Ausrichtung der Volksgemeinschaft nach innen und außen zu begreifen, schlimmer noch, überhaupt wahrzunehmen.
Und schließlich treibt die derzeitige Situation größere Teile der Restlinken nach rechts, inhaltlich wie praktisch. „Wir sind doch nur noch so wenige, wir müssen auf die Leute zu gehen." etc. Wer die panische Angst der Antifa-Autonomen auf der Demo in Lichtenhagen erlebt hat, wegen der Gewaltfrage die 'Bürgers' zu verschrecken, die/der kann ziemlich sicher prognostizieren, daß sich viele der Restlinken auch in der Praxis den herrschenden Spielregeln annähern werden. In Ermangelung einer demokratischen Bewegung vertreten zunehmend die Autonomen und Antifas deren Forderungen. So treten sie oft nur noch gegen die aktuellen Pogrome auf oder verteidigen das faktisch nicht mehr existente Asylrecht. Sie werden, zum größeren Teil wider Willen, zum Verteidiger der herrschenden Verhältnisse. Insbesondere aber sind sie nicht bereit, dem Bürgerpack konsequent entgegenzutreten, wenn sie dieses nicht sowieso missionieren wollen.

(1) Eine besondere Ausprägung erfuhr dieses Entdecken eigener Probleme auf dem Nachbereitungstreffen der bundesweiten Demo in Rostock. Dort stellte eine Frau der Berliner Antifa-Combo, die die Demo in Lichtenhagen wesentlich mitorganisierte fest, daß, wenn sie dort leben würde, es sie auch stören würde, wenn dort alles vollgeschissen wird. Sie würde selbstverständlich keinen deswegen totschlagen, sondern versuchen, mit allen dort, Deutschen wie Flüchtlingen, für bessere Wohnbedingungen zu kämpfen. Hier ersetzt der linke Spießerarsch nun wirklich das Hirn. Die Entschuldung der TäterInnen erfährt eine Veränderung. Denn das Anliegen, welches die TäterInnen zum Handeln treibt, ist ja auch unseres. Aber die wahlweise gute Erziehung oder das 'linke' Gewissen sagt uns, was mensch darf oder nicht darf und weil wir wissen, wer Schuld ist, können wir auf das richtige Ziel lenken.

Bernd S.

Der Autor ist Mitglied der Gruppe K und arbeitet in antirassistischen Zusammenhängen.

Neben vielem anderen kommt ein Thema in dieser Sondernummer viel zu kurz: die theoretische Auseinandersetzung mit dem neuen (alten) Rassismus. Aber es gibt sie. Zu nennen wären da neuere Rassismustheorien von AutorInnen aus der sog. dritten Welt, die das ganze Phänomen viel direkter auf sich bezogen analysieren; zu nennen wäre die alte Faschismustheorie, die aus den K-Gruppen der siebziger Jahren hervorgeht, die die latente Gefahr eines Wiederaufbrechen des Faschismus in Deutschland zum Thema haben, oder die auf der sozialarbeiterischen Ebene eines Heitmeyer analysierenden Theoretiker; oder die Modernitätstheorien eines Felix Kurz. Wir wollen hier einen Theorieansatz vorstellen, der auch über den eigenen immer höher werdenden Tellerrand hinauszeigt.

EUROPA DER »VÖLKER«?

SOZIALSTRUKTUR UND PERSPEKTIVEN DER NEUEN RECHTEN IN WESTEUROPA

Der Rechtsextremismus befindet sich in Westeuropa im Aufwind. In mehreren Ländern erschüttert er inzwischen die Zentren des repräsentativ-demokratischen Systems. Er profitiert zunehmend von den gesellschaftlichen Umschichtungen, die aus der jüngsten Erneuerung des Kapitalverhältnisses hervorgegangen sind. Informationstechnologien, die neuen Unternehmensstrukturen der „schlanken Produktion" und deregulierte Arbeitsbedingungen haben den institutionalisierten Klassenkonflikt weitgehend ausgehebelt, wobei Deutschland erst seit dem DDR-Anschluß mit den in dieser Hinsicht führenden Ländern wie etwa Italien oder Frankreich gleichzieht. Die Gewerkschaftsbewegungen sind dort bereits politisch-ökonomisch marginalisiert. Alle wesentlichen Errungenschaften der vergangenen Arbeiterbewegung, die das Fundament der repräsentativen Demokratie bildeten, sind zur Disposition gestellt.

Wie Sergio Bologna in der gerade erschienenen ersten Ausgabe der Zeitschrift „Altreragioni" herausarbeitet, kann der historische Kompromiß zwischen Kapitalismus und Demokratie ohne konstitutionell garantierte soziale Sicherungen, ohne 40- oder 38-Stundenwoche und ohne auskömmliche Löhne nicht funktionieren. Für immer größere Schichten der Lohnabhängigen und des Unternehmerlagers verblassen diese materiellen Dispositive des parlamentarischen Systems jedoch zu vagen Erinnerungen. Stattdessen prägen Übergänge zwischen Erwerbslosigkeit, Gelegenheitsarbeit und „neuer Selbständigkeit" das Bild. Hinter der individualistischen Fassade dieser „modernen" Arbeitswelt verbergen sich intensivere Ausbeutung, verlängerte Arbeitszeiten und fehlende soziale Absicherung.

Die fortschreitenden Zerstörung von Tarifautonomie und Sozialiohn stellt nicht nur Bezüge zu den großen Depressionsperioden dieses Jahrhunderts her, sondern signalisiert eine Rückkehr zum offenen Klassenkonflikt der Ära vor den beiden Weltkriegen. Aufgrund ihrer Verbindung mit den neuen Technologien und Managementstrategien wird diese epochale Tendenz zur Wiederherstellung der offenen Klassengesellschaft und zur Reproletarisierung der bislang sozialstaatlich integrierten Arbeiterklasse als Fortschritt zur „Postmoderne" ideologisiert. Die Linke nimmt diesen Umbruch nur noch am Rande wahr. Indem sie sich vom Klassenbegriff löste, „erblindete" sie analytisch und politisch vor einer Ent-

CHRONIK DES TERRORS

Bombendrohung für eine Stunde geräumt werden. (Berliner Zeitung, 9.9.92)

In Marktredwitz bei Wunsiedel wird ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende versucht. Der Anschlag mißlingt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

8.9. In Schulzendorf im Kreis Königswusterhausen werden vor dem AsylbewerberInnenheim zwei PKWs von Asylbewerbern in Brand gesteckt. (Berliner Zeitung, 9.9.92)

In Rösrath bei Köln wurde ein AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen angegriffen. Ein Brandsatz durchschlug ein Fenster und wurde von den BewohnerInnen gelöscht. Es wurde niemand verletzt. (FR, 9.9.92)

In Berlin-Pankow setzten zwei Täter ein vor ein AsylbewerberInnenheim geparktes Auto in Brand. Die Täter konnten mit einem Motorrad entkommen. (FR, 9.9.92)

In Hamburg-Barmbek wurde ein Brandanschlag auf die Erweiterungsbaustelle eines Containerdorfes verübt. (FR, 9.9.92)

In Quedlinburg in Sachsen-Anhalt greifen erneut 50 Neofaschisten mit Steinen und Brandsätzen das AsylbewerberInnenheim an. Elf Personen werden festgenommen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Fritschdorf wird eine Unterkunft für Asylsuchende mit Steinen angegriffen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Waren in Mecklenburg-Vorpommern fliegt ein Stein in das AsylbewerberInnenheim, das Bundespräsident von Weizsäcker erst wenige Tage vorher demonstrativ besucht hatte. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Hilden bei Düsseldorf verübten mehrer Skinheads einen Anschlag auf eine in Bau befindliche Unterkunft für Asylsuchende. Sechs Skinheads konnten festgenommen werden. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Geisa in Thüringen bewarfen zwei Jugendliche das AsylbewerberInnenheim mit Steinen und flüchteten dann im PKW. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Bernburg in Sachsen-Anhalt wurden Brandsätze gegen ein AsylbewerberInnenheim geworfen. (Berliner Zeitung, 10.9.92)

In Hamburg blockierten Eltern mit Fahrräder die Zufahrt zu ihrer Grundschule, um den Bau eines Containerdorfes für Asylsuchende zu verhindern. An einem Schulstreik beteiligten sich 160 Kinder. (SZ, 10.9.92)

9.9. In Quedlinburg wird erneut von ca. 100 neofaschistischen Jugendlichen mit Steinen und Brandsätzen das AsylbewerberInnenheim angegriffen. 200 schaulustige BürgerInnen applaudieren. 71 Personen werden festgenommen, darunter zwei bekannte Rechte, die per Haftbefehl gesucht werden. Die Neofaschisten sind mit CB-Funk ausgerüstet und setzen Kuriere ein. (Neues Deutschland, 11.9.92)

In Bockhorst Kreis Güstrow greifen 10 rechtsextreme Jugendliche das AsylbewerberInnenheim an. (Neues Deutschland, 11.9.92)

In Greifswald greifen fünf vermummte Personen am Nachmittag mit Brandsätzen die

Chronik des Terrors

Unterkunft für Asylsuchende an. (Neues Deutschland, 11.9.92)

In Stebnitz wird das Auto eines Asylbewerbers in Brand gesteckt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Reinbek in Schleswig-Holstein wird der Laden eines Autohändlers mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert und in Brand gesteckt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

10.9. In Bockhorst bei Güstrow greifen erneut ca 10 Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. (Neues Deutschland 12.9.92)

In Stendal überfallen vier Neofaschisten eine Klasse mit lernbehinderten Kindern. Sie bedrohen die Lehrerin, erkundigen sich nach der Haltung gegenüber Ausländern und schlagen dann auf die Behinderten ein. (Neues Deutschland, 12.9.92)

In Quedlinburg verhindern 200 AntifaschistInnen weitere Angriffe auf die Unterkunft für Asylsuchende. Die Mahnwache der AntifaschistInnen wurde von Neofaschisten mit Flaschen, Feuerwerkskörpern und Steinen beworfen. Drei Antifaschisten wurden verletzt. Die Polizei ging erst spät gegen die Neofaschisten vor und nahm 41 Rechtsradikale fest. (Neues Deutschland, taz, FR 12.9.92)

11.9. In Hemsbach in Baden-Württemberg erlitten bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende ein vierjähriger Junge und ein sechsjähriges Mädchen aus dem ehemaligen Jugoslawien schwere Brandverletzungen. (Neues Deutschland, 14.9.92)

In Dippoldiswalde in Sachsen griffen ca 30-40 Neofaschisten die Unterkunft für Asylsuchende an. Die neun anwesenden AsylbewerberInnen flüchteten in den Wald, während die Neofaschisten die Einrichtung demolierten. Die Polizei konnte 10 Neofaschisten festnehmen. (Neues Deutschland, 14.9.92)

In Jüterborg kommt es zu Krawallen vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim. (Neues Deutschland, 14.9.92)

In Potsdam wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. 8Neues Deutschland, 14.9.92

In Quedlinburg demonstrieren ca. 500 AntifaschistInnen durch den Ort. Die Demonstration wird wiederholt von Nazis provokativ attackiert. Die Polizei stellt von mehreren Nazi die Personalien fest, weil die den Hitler-Gruß gezeigt hatten. (Neues Deutschland, 14.9.92)

In Gölsdorf in Brandenburg wurde eine Unterkunft für Asylsuchende zweimal beschossen. (FR, 14.9.92)

Im Landkreis Eisenach wurden aus einem Auto heraus fünf Brandsätze auf einen Parkplatz vor eine Unterkunft für Asylsuchende geworfen. (FR, 14.9.92)

In Mühlhausen wurde ein polnischer Asylbewerber in seinem Zimmer überfallen und ausgeraubt. (FR, 14.9.92)

In Mücheln in Sachsen-Anhalt überfallen Neofaschisten die Unterkunft einer jugoslawischen Asylbewerberfamilie und mißhandeln deren Kinder. Die Neofaschisten wer-

wicklung, die die Gesellschaftsstruktur bis weit über die Jahrtausendwende hinaus prägen wird.
Statt der Linken hat die neue Rechte die soziale Frage wiederentdeckt. Ihre Intellektuellen sind längst schon dabei, dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit neue Inhalte zu geben. Sozialer Ausgleich heißt für sie individuelle Selbstverantwortung durch Maximalleistung und sozialen Aufstieg, heißt Ausgrenzung aller, die dieser Selbstidentifikation nicht gewachsen oder würdig scheinen: Alte, Behinderte und vor allem Fremde. Von hier aus werden die Fäden zu jenen neu entstandenen Unternehmerschichten geknüpft, die tatsächlich von den ökonomisch-politischen Deregulierungen des vergangenen Jahrzehnts profitiert haben. Auf diese Weise entsteht ein neues politikfähiges Klassenbündnis der postmodernen Ideologen und der postfordistischen Innovatoren. Die Hegemonie von Hochfinanz, Großkapital und zentralen Staatsbürokratien wird herausgefordert. Ziel ist eine Föderalisierung der politischen Macht, die den dezentralen Strukturen und Subventionsinteressen der neuen Propagandabewegungen, Mittelunternehmen und Denkfabriken angepaßt ist.

Gleichzeitig verstärkt sich die Tendenz, den „volkstumspolitischen" Separatismus der neofaschistischen Szene zu integrieren. Vorreiter einer solchen Symbiose ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) des Jörg Haider. Der Neofaschismus Frankreichs (Front National), Belgiens (Vlaams Blok) und Schwedens (Neue Demokratiepartei und Nationale Front) bewegt sich auf diese neue Konstellation zu. Dagegen öffnen sich die postfordistischen Eliten in den neuen Prosperitätsgebieten Norditaliens (Lega Nord) und der Schweiz (Autoparteiführung Freiheitliche) zunehmend der Verlockung, ihre regionalistischen Ambitionen durch das Postulat der „ethnischen Flurbereinigung" zu radikalisieren.
Die Gefahr wächst, daß sich ein erneuerter Rechtsextremismus zum Sprecher eines gesellschaftlichen Blocks aufschwingt, der politisch-ökonomische Erneuerung fordert und sich daranmacht, mit diktatorischen Methoden hinderlichen „Ballast" abzuwerfen. Ballast sind neben den Instanzen und Mentalitäten des bisherigen gesamtgesellschaftlichen Status quo die nichteuropäischen Ausländer, die aus welchen Gründen auch immer auf der Strecke Gebliebenen und alles, was die Harmonie einer föderali-

Rostock, 29.8.92: Antifaschistische Kundgebung vor 15.000 Menschen

sierten und „volkstumspolitisch" bereinigten Gemeinschaftlichkeit jenseits der parlamentarisch-demokratischen Nationalstaaten stören könnte. Soziale Konflikte werden prinzipiell nach außen geleitet. Sie sind in den Programmen der neuen Rechten nur insoweit erwünscht, als sie die Dynamik des Kampfs um die Grenzen und gegen Rest der Welt steigern. Inzwischen haben sich die meisten rechtsextremistischen Bewegungen auf die „Festung Europa" als äußerste Grenze geeinigt. Ihre Visionen setzen auf eine Europa diktatorisch regierter Föderationen und „Völker", jenseits der bisherigen Nationalstaaten.

So wachsen in vielen westeuropäischen Ländern postfordistischer Klassenblock und rechtsextreme „Volkstums"-Utopien zunehmend zusammen. Individualistische Ellbogenmentalität, neoliberale Entstaatlichungsphilosophie und „ethnische Flurbereinigung" vereinigen sich zu einem brisanten ideologischen Konglomerat, das erhebliche politische Energien freisetzt. Dabei durchlaufen die politischen Führungsschichten der Rechten unter der Regie von Jörg Haider, Filip De Winter, Jean-Marie Le Pen und Umberto Bossi und die sich konsolidierende Massenbasis wechselseitige Anpassungs- und Lernphasen.

Je länger dieser Transformationsprozeß der Rechten dauert, desto stärker prägen ihn die verschlechterten Lebensbedingungen der neunziger Jahre, und umso intensiver werden die Versuche, die Vergangenheit mit den Insignien des eigenen Weltbildes auszustatten. Überall sind inzwischen historische Revisionisten am Werk. Föderalistische Bewegungen und Traditionen, die der Bildung der zentralen Nationalstaaten entgegenstanden, werden ihrer basisdemokratischen und egalitären Inhalte beraubt und für die aktuellen Konsensinteressen umgedeutet. Aber auch da, wo die eigene Nationalitätenoption schon einmal durch die „ordnende Hand" der nazistischen Volkstumspolitik durchgesetzt war, wird sie als Vorbild reaktiviert. Die Heroisierung der pronazistischen „Milizen" in den baltischen Staaten, der Vlasow-Armee, der slowakischen Tiso-Bewegung und der kroatischen Ustaschas begleitet seit 1990/91 den Aufstieg der postsozialistischen Nationalitäteneliten, die inzwischen in Ost- und Südosteuropa zum Kampf gegen die an die Macht gelangten Dissidentenbewegungen der achtziger Jahre angetreten sind. Nun findet sich auch in einigen westeuropäischen Rechtsbewegungen ihre Entsprechung, und auch hier wird – am Fall Vichy-Frankreichs und der belgischen Kollaboration besonders deutlich – die antisemitische Komponente offen propagiert.

All diese Spielarten des historischen Revisionismus sind deshalb so bedeutsam, weil sie das „Europa der Völker" als geschichtsmächtig ausweisen – die NS-Hegemonie wird dabei meistens heruntergespielt – und die Faschisierung einer sozialen Konstellation beschleunigen, die doch nur das genuine Produkt der sozio-ökonomischen Umschichtungen der achtziger Jahre ist. Der historische Revisionismus der Intellektuellen könnte sehr wohl zu einer „volksgemeinschaftlichen" und „volkstumspolitischen" Konsolidierung der heterogenen Sozialstruktur der neuen Rechten – Randschichten der neuen Massenarmut, „neue Selbständige", Facharbeiter und Angestellte des Dienstleistungssektors, junge Akademiker, Klein- und Mittelunternehmer der neuen Informationstechnologien – beitragen. Aus dem aggressiven Konglomerat von Vorurteilen der sozialen Basis könnte eine durchhierarchisierte rechtsextremistische Programmatik hervorgehen.

Vergleicht man den deutschen Rechtsextremismus des Jahres 1992 mit seinen Pendants in Westeuropa, so ist unschwer erkennbar, daß ihm die ideologischen und mentalen Anpassungsleistungen an die jüngsten sozialen Umschichtungen erst noch bevorstehen. Gehemmt wurde diese Entwicklung bisher im wesentlichen durch vier Faktoren:

Erstens ist die Deregulierung der Sozial- und Arbeitsverhältnisse hierzulande noch keineswegs so weit fortgeschritten wie beispielsweise in Italien oder Frankreich, die Formierung einer verbreiterten sozialen Basis befindet sich noch im Anfangsstadium.

Zweitens verlangsamte der chauvinistische Konsens anläßlich des Anschlusses der DDR vorübergehend alle Versuche, auf die spezifisch „großdeutsche" Variante von Nationalitätenpolitik, nämlich die Mobilisierung des „Auslandsdeutschtums" zurückzugreifen.

Drittens halten die etablierten Machteliten dieses Terrain genauso wie die Ausländerpolitik selbst rechtsextremistisch besetzt.

Vor allem fehlten aber viertens bis vor kurzem konsolidierte rechtsintellektuelle Denkfabriken, um der neonazistischen Szene den Weg zum inneren Wandel und zur „postmodernen Akzeptanz" zu weisen.

Gerade hier hat jedoch inzwischen eine stürmische Nachholbewegung eingesetzt. Einige dreißigjährige intellektuelle Dissidenten der „Republikaner" haben die Zeichen der Zeit erkannt und sich mit jungen Nachwuchshistorikern und Sozialwissenschaftlern aus der Umgebung Ernst Noltes und dem Stiftungsverband am rechten Rand der CDU zusammengetan. Absolventen, Dozenten und Publizisten der CDU-Stiftung Schloß Weikersheim, des Thule-Seminars, der Zeitschrift „Nation Europa" und der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt besetzen gegenwärtig das neue Terrain. Sie „modernisieren" den Nationalsozialismus durch die Beschwörung seiner angeblichen „Modernität". Diese historische Revisionsarbeit ist Teil des Projekts, auch in Deutschland einen „neuen" Rechtsextremismus zu schaffen. Die soziale Basis für ihn wächst mit dem erbarmungslosen Existenzkampf hinter den glitzernden Fassaden der „Postmoderne" auch hierzulande zusehends heran.

Karl-Heinz Roth

aus: 1999, Nr. 2/92. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. u. 21. Jahrhunderts, Hamburg

Chronik des Terrors

den von den Eltern und deutschen Nachbarn in die Flucht geschlagen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Gerstungen in Thüringen verübten Neofaschisten einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim. Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Stahnsdorf in Brandenburg randalierten 30 Neofaschisten vor einem AusländerInnenwohnheim. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

12.9. In Stahnsdorf griffen erneut Neofaschisten das AusländerInnenwohnheim an. Diesmal waren es 50 mit Schlagstöcken und Funkgeräten ausgerüstete Faschisten. Sie lieferten sich mit anrückenden Polizisten schwere Auseinandersetzungen. 9 Neofaschisten werden festgenommen. (taz, 14.9.92)

In Prenzlau wurde ein AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen angegriffen. Ein Brandsatz zündete, er konnte jedoch sofort gelöscht werden. (taz, 14.9.92)

In Lychen wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Boizenberg wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Gölsdorf wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Hohenseefeld wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Lauchhammer-Süd wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Fetschau wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Cottbus wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Frankfurt/Oder wird das AsylbewerberInnenheim von Neofaschisten angegriffen. (taz, 14.9.92)

In Zeitheim konnte die Polizei 40 vermummte Neofaschisten an einem Angriff auf das AsylbewerberInnenheim hindern. (taz, 14.9.92)

In Zittau warfen Unbekannte die Fensterscheiben des AsylbewerberInnenheims ein. (taz, 14.9.92)

In Stolberg warfen Unbekannte die Fensterscheiben des AsylbewerberInnenheims ein. (taz, 14.9.92)

In Geisa in Thüringen griffen Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. (taz, 14.9.92)

In Ellrich in Thüringen griffen Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. (taz, 14.9.92)

In Arnstadt wurden 13 Neofaschisten nach einem Überfall auf einen linken Jugendclub festgenommen. (taz, 14.9.92)

In Rhens bei Koblenz verwüsteten Unbekannte einen jüdischen Friedhof. Über die

Chronik des Terrors

Hälfte der 35 historischen Gräber wurden geschändet, der Zaun und das Tor zum Friedhofsgelände wurden zerstört. (taz, 14.9.92)

13.9. In Hannover-Misburg greifen 10 Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim mit Steinen und Flaschen an. Die Polizei beschuldigt hauptsächlich die Flüchtlinge. Sie hätten Beamte beschimpft und angegriffen. (FR, 15.9.92)

14.9. In Emden wurde ein Anschlag auf das AsylbewerberInnenheim verübt. (FR, 15.9.92)

In Garbsen bei Hannover wurde ein Anschlag auf ein AsylbewerberInnenheim verübt. (FR, 15.9.92)

In Osnabrück wurde ein Anschlag auf das AsylbewerberInnenheim verübt. (FR, 15.9.92)

In Neu-Wulmstorf in Niedersachsen wurde ein Anschlag auf ein AsylbewerberInnenheim verübt. (FR, 15.9.92)

In Neustadt-Eilvese bei Hannover brannte ein Hotel aus, in dem der Eigentümer AsylbewerberInnen unterbringen wollte. (FR, 15.9.92)

In Wadgassen im Saarland verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Aussiedler. Die Täter warfen entzündete, ölgetränkte Stofflappen in das Zimmer eines Ehepaars, das unverletzt blieb. (FR, 15.9.92)

ren – mit verheerenden Folgen für die 80 Asylsuchenden. Der Anschlag wurde durch Telefonanruf angezeigt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Wismar in Mecklenburg-Vorpommern greifen 30 rechtsextreme Jugendliche das AsylbewerberInnenheim mit Steinen, Eisenstangen und Brandsätzen an. Sie können nur durch ein massives Polizeiaufgebot zurückgedrängt werden. Ausgangspunkt des Überfalls war ein Jahrmarktstreit zwischen einem Asylbewerber und einem 20-jährigen Deutschen, der dabei mit dem Messer verletzt worden war. Dieser wiegelte die umstehenden Passanten auf, das Heim plattzumachen. 11 Rechtsextremisten wurden festgenommen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Dresden-Prohlis werfen jugendliche Neofaschisten drei Brandsätze gegen das AsylbewerberInnenheim. Vier Jugendliche werden festgenommen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Peine in Niedersachsen halten „Bürger" eine Turnhalle besetzt, die ab Oktober als AsylbewerberInnenheim genutzt werden soll. Die Stadt will räumen lassen, wenn die Turnhalle gebraucht wird. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Hildesheim in Niedersachsen klagt die Schützengilde gegen den Plan der Stadt, vor ihrem Vereinsheim eine AsylbewerberInnenunterkunft zu bauen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

15.9. In Bad Waldsee in Baden-Württemberg haben unbekannte Täter einen Anschlag auf das AsylbewerberInnenheim verübt. (taz, 17.9.92)

Rostock-Lichtenhagen, 25.8.92. Straßenschlacht zwischen Rechtsradikalen und Polizei

In Saarlouis im Saarland konnte die Polizei im letzten Moment einen Bombenanschlag auf das AsylbewerberInnenheim Oranna verhindern. Wie die Polizei mitteilte, hätte die Sprengkraft der Rohrbombe ausgereicht, das dreistöckige Gebäude zu zerstö-

In Wismar in Mecklenburg-Vorpommern greifen erneut Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. Die Polizei kann 21 Neofaschisten festnehmen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Gerstungen in Thüringen feuern Unbekannte zwei Schüsse auf das AsylbewerberInnenheim ab und fliehen mit dem Auto. Angeblich hätten sie in die Luft geschossen. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Berlin wird zum zweiten Mal in dieser Woche der Friedhof der Israelischen Synagogen-Gemeinde geschändet. Die Friedhofsmauer wurde mit einem Hakenkreuz beschmiert. (taz, 17.9.92)

16.9. In Bonn wurde auf das Auto von Lea Rabin, die sich mit ihrem Mann, dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzak Rabin, zu einem Besuch in Deutschland aufhielt, ein Hakenkreuz gekratzt. (FR, 18.9.92)

In Wismar in Mecklenburg-Vorpommern greifen zum dritten Mal hintereinander neofaschistische Jugendliche die Bewohner des AsylbewerberInnenheims an. Acht Täter wurden festgenommen. (FR, 18.9.92)

In Zemitz in Mecklenburg-Vorpommern schleuderten Unbekannte eine Brandflasche gegen das AsylbewerberInnenheim. (FR, 18.9.92)

In Blankenfeld im Kreis Zossen werden fünf vor einem AsylbewerberInnenheim abgestellte PKW aufgebrochen und beschädigt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

17.9. In Nußloch in Baden-Württemberg haben zwei unbekannte Täter einen Anschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen verübt. Sie schleuderten drei Brandsätze gegen die Fassade des von 40 AsylbewerberInnen bewohnten Hauses. Die Brandsätze seien aber nicht explodiert. (taz, 19.9.92)

In Wismar werfen wieder 30 neofaschistische Jugendliche Steine und Brandsätze gegen das von 80 Polizisten abgeriegelte AsylbewerberInnenheim. Sieben Neofaschisten werden festgenommen. (taz, 19.9.92)

In Chemnitz in Sachsen wird ein Brandanschlag auf ein Wohnheim von VietnamesInnen verübt. Die BewohnerInnen können das Feuer selbst löschen. (taz, 19.9.92)

In Hannover wird durch ein Brandanschlag eine noch leerstehende Unterkunft für Asylsuchende völlig zerstört. Es entsteht ein Sachschaden von 100.000 DM. Die Unterkunft sollte Ende des Monats bezogen werden. (taz, 19.9.92)

18.9. In Schwerin attackieren 60 Neofaschisten ein AsylbewerberInnenheim mit Steinen und anderen Wurfgeschossen. Die Polizei nimmt elf Personen fest. (FR, 21.9.92)

In Wismar greifen wieder Neofaschisten das AsylbewerberInnenheim an. Diesmal beteiligen sich an diesen Überfällen mehrere hundert Neofaschisten; die Polizei nimmt 68 von ihnen fest. (FR, 21.9.92)

In Apolda in Thüringen wird ein Vietnamese überfallen und sein Auto entwendet. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Rostock-Kröpelin hindert die Polizei rechtsextreme Jugendliche an einem Überfall auf das AsylbewerberInnenheim. (FR, 21.9.92)

In Jördenstorf in Mecklenburg-Vorpommern greifen rechtsextreme Jugendliche

das AsylbewerberInnenheim an und werfen Fensterscheiben kaputt. (ak, Nr. 346, 23.9.92)

In Lychen griffen neofaschistische Jugendliche das AsylbewerberInnenheim an. (Berliner Zeitung, 22.9.92)

In Bernhof bei Ückermünde greifen rechtsextreme Jugendliche das AsylbewerberInnenheim an. (FR, 21.9.92)

In Schwarzenhof im Kreis Malchin greifen rechtsextreme Jugendliche ein AsylbewerberInnenheim an. (FR, 21.9.92)

In Tangerhütte in Sachsen-Anhalt dringen sechs rechtsextreme Jugendliche in eine Unterkunft für AsylbewerberInnen ein und zerstören ein Zimmer. (FR, 21.9.92)

In Prenzlau ging eine Bombendrohung gegen das AsylbewerberInnenheim ein. In der Nacht wurde das Heim von Jugendlichen mit Steinen und Brandsätzen angegriffen. (FR, 21.9.92)

In Regensburg warfen Unbekannte drei Brandflaschen gegen ein Wohnheim für AussiedlerInnen, in dem 70 Menschen untergebracht sind. Es wurde niemand verletzt. (FR, 21.9.92)

In Rödermark-Urberach im Kreis Offenbach verübten Unbekannte einen Anschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen. Sie warfen mit Steinen zwei Scheiben eines Hotels ein, in dem 55 Flüchtlinge untergebracht sind. (FR, 21.9.92)

Rostock-Lichtenhagen, 24.8.92. Diese Vietnamesen konnten in letzter Minute aus dem brennenden Wohnheim fliegen.

In Klötze in Thüringen werfen Neofaschisten Brandsätze gegen ein AsylbewerberInnenheim. (FR, 21.9.92)

19.9. In Rositz in Thüringen werfen Neofaschisten Brandsätze gegen eine Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 21.9.92)

In Senftenberg in Brandenburg greifen 80 vermummte Neofaschisten die Polizeistation mit Steinen und Brandsätzen an. Sieben mutmaßliche Täter werden festgenommen. (FR, 21.9.92)

In Gummersbach-Dieringhausen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein AussiedlerInnenheim. Die Polizei konnte einige Tage später drei mutmaßliche Täter festnehmen. (taz, 23.9.92)

In Letmathe bei Iserlohn haben zwei Skinheads einen Obdachlosen so brutal zusammengetreten, daß er nur durch eine Notoperation gerettet werden konnte. (taz, 23.9.92)

In Spremberg in Brandenburg kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen 15 Neonazis und 15 AntifaschistInnen vor dem örtlichen Jugendclub. (FR, 21.9.92)

In Brandenburg kam es in einer Discothek zu einer Schlägerei zwischen den BesucherInnen und 25 Skinheads. Zwei Personen wurden verletzt sowie Einrichtungsgegenstände zerstört. Die Skinheads konnten mit PKWs flüchten. Berliner Zeitung, 21.9.92)

In Bremerhaven schlugen neofaschistische Jugendliche zwei afghanische Asylbewerber mit Zaunlatten so zusammen, daß diese ins Krankenhaus mußten. Die Täter wurden vorläufig festgenommen. (taz, 22.9.92)

In Steyerberg in Niedersachsen warfen Unbekannte vier Brandsätze in das Treppenhaus einer Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 21.9.92)

In Visbek schleuderten neofaschistische Jugendliche Steine gegen ein AsylbewerberInnenheim. (FR, 21.9.92)

In Neuhadern in Bayern schleuderten Unbekannte einen Brandsatz gegen eine in Bau befindliche Unterkunft für Asylsuchende. Die frühzeitige Entdeckung des Feuers verhinderte größeren Sachschaden. (SZ, 26.9.92)

20.9. In Geisenheim in Hessen warfen Unbekannte gegen eine Unterkunft für Asylsuchende Brandsätze. Einer der 80 HeimbewohnerInnen erlitt eine Rauchvergiftung. (taz, 21.9.92)

In Blankenstein in Thüringen griffen Unbekannte ein AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen an. (taz, 21.9.92)

In Hainspitz in Thüringen griffen Unbekannte ein AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen an. (taz, 21.9.92)

In Lübbenau in Brandenburg warfen rechtsextreme Jugendliche die Fensterscheiben eines Heims für AsylbewerberInnen ein. (taz, 21.9.92)

In Weißwasser in Sachsen warfen rechtsextremistische Jugendliche Brandsätze gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Die Holzverschalung brannte durch einen Brandsatz an. Die Rechtsextremisten schossen auch Leuchtraketen auf das Heim. (taz, 21.9.92)

In Lychen im Kreis Templin verursachten neofaschistische Jugendliche bei einem Überfall einen Sachschaden von 40.000 bis 50.000 DM. Die Täter zerschlugen Scheiben und Türen; sie drangen auch in einige Zimmer ein. (Berliner Zeitung, 22.9.92)

21.9. In Wismar randalierten wieder ca. 60 neofaschistische Jugendliche vor dem AsylbewerberInnenheim. Die Polizei nahm neun Personen fest. (FAZ, 22.9.92)

In Schwerin nahm die Polizei drei rechtsextreme Jugendliche fest, die vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim randalierten. (taz, 22.9.92)

In Güstrow warfen fünf Unbekannte Steine gegen das Flüchtlingsheim. (taz, 22.9.92)

22.9. In Brandenburg griffen 25 Skinheads eine Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit an. (FR, 23.9.92)

In der Nähe von Erfurt trainierte auf einem Bundeswehrgelände eine unter der Führung von Thomas Dienel stehende neofaschistische Wehrsportgruppe den Sturm auf Unterkünfte von Flüchtlingen. Die Gruppe verfügt über TNT-Sprengsätze, Nebelgranaten und anderen Waffen. (FR, 23.9.92)

In Schwerin teilte das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern mit, daß das Flüchtlingsheim in Wismar nach den tagelangen Attacken verlegt werden soll. (taz, 23.9.92)

23.9. In Berlin-Marzahn verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Heim für AsylbewerberInnen. Sie warfen einen Brandsatz auf einen Treppenabsatz des Heimes und entzündeten eine brennbare Flüssigkeit an der Eingangstür. Der Wachschutz des Hauses konnte den Brand löschen. Schon wenige Stunden vorher war ein Fenster in dem Heim eingeschlagen wurden. (taz, 24.9.92)

In Keez in Mecklenburg-Vorpommern warfen vier Unbekannte die Fensterscheiben einer Unterkunft für Flüchtlinge ein. (Neues Deutschland, 25.9.92)

In Lauchhammer-Süd wurde eine Unterkunft für AsylbewerberInnen von acht Neofaschisten angegriffen. Es entstand Sachschaden. (Neues Deutschland, 25.9.92)

In Bonn drohte eine neofaschistische „Anti-Antifa-Bonn" über 100 Personen unverblühmt, daß ihre Daten gespeichert werden würden und daß sie mit Angriffen rechnen müßten. (taz, 26.9.92)

In Saarwellingen im Saarland wurde ein Brandanschlag auf ein von 15 kurdischen AsylbewerberInnen bewohntes zweigeschössiges Haus verübt. Zwei Bewohner erlitten Rauchvergiftungen und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. (FAZ, 24.9.92)

24.9. In Pocking bei Passau griffen 15 Neofaschisten mit Steinen das AsylbewerberInnenheim an. Es wurden Fenster mit Steinen eingeworfen. Ein Asylbewerber wurde durch Glassplitter leicht verletzt. (Neues Deutschland und FAZ, 25.9.92)

In Düsseldorf faßte die Polizei zwei junge Männer, die einen Brandsatz gegen eine Unterkunft für AussiedlerInnen geworfen hatten. (SZ, 25.9.92)

In Vetschau in Brandenburg wurde ein Brandanschlag auf ein zur Unterbringung von AsylbewerberInnen vorgesehenes Gebäude verübt. Es entstand geringer Sachschaden. (Berliner Zeitung, 25.9.92)

In Berlin-Kreuzberg verletzte ein Unbekannter einen israelischen Staatsbürger mit einem Messer lebensgefährlich. Das Opfer schleppte sich in ein Lokal. Die Gäste alamierten die Feuerwehr, die ihn ins Krankenhaus brachte. Dort erlag der Mann seinen Verletzungen. (Berliner Zeitung, 25.9.92)

Bei Löbach/Sachsen haben nach Angaben tschechischer Grenzbehörden deutsche Skinheads zwei Polizeistationen in der CSFR überfallen und dabei Waffen erbeutet. Die Polizeidirektion Görlitz behauptet dagegen, ihr sei von derartigen Vorfällen nichts bekannt. (Berliner Zeitung, 25.9.92)

In Berlin bedrohten drei Skinheads mit abgeschlagenen Bierflaschen vier Asylbewerber aus Jugoslawien vor einem AusländerInnenwohnheim in der Friedrich-Engels-Straße. Die Polizei konnte die Täter stellen. Bei ihrer Durchsuchung fand die Polizei zwei Klappmesser und am Tatort zwei Eisenstangen. (Berliner Zeitung, 26.9.92)

25.9. In Kröpelin im Kreis Bad Doberan hinderte die Polizei 40 neofaschistische Jugendliche daran, ein Heim für AsylbewerberInnen anzugreifen. (FR, 28.9.92)

In Eichberg im Kreis Parchim wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. (FR, 28.9.92)

In Erzhausen bei Darmstadt attackierten Neofaschisten eine Unterkunft für AsylbewerberInnen mit Steinen und Brandsätzen und steckten einen polnischen Reisebus an. Die Polizei konnte drei Personen festnehmen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

Erst jetzt wurde bekannt, daß die Polizei bei einer Razzia gegen fünf Neofaschisten Anfang Juli in Braunschweig etwa ein Dutzend Pistolen und Gewehre, Propagandamaterial, Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff und „Schwarze Listen" von Politikern, Richtern und Staatsanwälten gefunden hatte. Das niedersächsische Innenministerium spielte den Vorfall herunter (von „Listen oder gar Todeslisten könne keine Rede sein") Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. (Berliner Zeitung, 26.9.92)

26.9. In Obernkirchen im Kreis Schaumburg wurde eine 19jährige Rumänin am Kopf verletzt, als Unbekannte Steine durch die Fenster einer Unterkunft für AsylbewerberInnen warfen. (FR, 28.9.92)

In Ziegendorf im Kreis Parchim griffen 15 neofaschistische Jugendliche das AsylbewerberInnenheim mit Steinen an. Vier AsylbewerberInnen mit einem Kleinkind wurden nach dem Angriff vorübergehend vom Gemeindepfarrer aufgenommen. (FR, 28.9.92)

In Eisenberg in Thüringen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 20 Neonazis und 80 AntifaschistInnen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Sachsenhausen wurde ein Brandanschlag auf das Jüdische Museum des KZs verübt. Die Gedenkstätte war vor kurzem erst vom israelischen Ministerpräsidenten Rabin besucht worden. (Neues Deutschland, 28.9.92)

In Schwedt warfen Unbekannte einen Brandsatz durch ein geschlossenes Fenster in ein China-Restaurant. Es brach dadurch ein Feuer aus. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Kruge im Kreis Bad Freienwalde kam es zu einer Schlägerei, an der ca. 100 Jugendliche beteiligt waren. Es gab Verletzte. Ein Teil der Schläger stammte aus Berlin-Zepernick und wird zur Hooligan-Szene gerechnet. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

Rostock-Lichtenhagen, 25.8.92

In Halle wurde nach einem Konzert der „Benjamins" deren Schlagzeuger beim Beladen des Bandbusses von mehreren Neofaschisten mit Baseballschlägern und Äxten überfallen und brutal zusammengeschlagen. Die Neofaschisten waren mit drei PKWs vorgefahren und griffen den Musiker an. Der Bus der Band wurde demoliert. (aus Mailbox)

In Arolsen griffen Neofaschisten ein AsylbewerberInnenheim mit Steinen an und riefen ausländerInnenfeindliche Parolen. (Junge Welt, 28.9.92)

In Philippsthal-Röhrigshof in Hessen gaben unbekannte Täter sieben Schüsse aus einem Schrotgewehr auf die Fenster einer Unterkunft für Flüchtlinge ab und warfen Brandsätze. (Junge Welt, 28.9.92)

In Lübben beschmierten unbekannte Täter Denkmäler mit nazistischen Parolen und Symbolen. (Berliner Zeitung, 30.9.92)

In Henningen in Sachsen-Anhalt warfen Unbekannte sechs Brandsätze gegen eine Unterkunft für Asylsuchende. (FAZ, 28.9.92)

In Beeskow in Brandenburg wurde ein AsylbewerberInnenheim von etwa 10 Neofaschisten angegriffen. (Junge Welt, 28.9.92)

In Hasbergen bei Osnabrück griffen sechs vermummte Täter eine Unterkunft für Asylsuchende an. Sie riefen und sprühten rassistische Parolen an die Wand und schlugen Fensterscheiben ein. Als sie Brandflaschen füllten, wurden sie von den Asylsuchenden mit Stöcken vertrieben. (FR, 30.9.92)

In Langenhagen bei Hannover gelang es

BewohnerInnen eines Zeltdorfes für AsylbewerberInnen, einen von mehreren Männern gelegten Brand zu löschen. (FR, 30.9.92)

27.9. In Senftenberg attackierten 80 Neofaschisten die Polizeiwache. Die vermummten Angreifer errichteten mit brennenden Autos und Müllcontainern eine Barrikade. Im Verlauf der mehrstündigen Auseinandersetzung nahm die Polizei 31 Personen fest. (Neues Deutschland, 28.9.92)

In Magdeburg kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Neofaschisten und der Polizei, dabei wurden 14 Personen festgenommen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Gersthofen im Landkreis Augsburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Der Anschlag scheiterte. In der Unterkunft leben 30 Menschen, die überwiegend aus Vietnam kommen. (SZ, 28.9.92)

In Berlin-Schöneberg wurden drei türkische Jugendliche von drei mit Eisenstangen bewaffneten Männern überfallen. Ein türkischer Jugendlicher erlitt eine Kopfwunde. Die Polizei konnte die Täter festnehmen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Eisenhüttenstadt bedrohte ein angetrunkener Mann Flüchtlinge vor der Zentralen Anlaufstelle. Der Mann wurde festgenommen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Cottbus haben Unbekannte einen Gedenkstein auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof umgestoßen. Berliner Zeitung, 29.9.92)

In Halle wurde ein 36jähriger Vietnamese vor seinem Wohnhaus von acht bis zehn Männern mit einem säbelartigen Gegenstand niedergestochen. Die Täter umringten das Opfer und stachen ihn mehrfach in die Brust. Die Arme des Opfers seien regelrecht aufgeschlitzt wurden. Die Polizei schloß „weitgehend" aus, daß es sich um rechtsextremistische Täter handele. (Neues Deutschland, 29.9.92)

28.9. In Buchloe in Bayern schmierten Unbekannte antisemitische Parolen an das Haus eines jüdischen Fleischfabrikanten. (SZ, 29.9.92)

In Berlin wird zunehmende AusländerInnenfeindlichkeit innerhalb der Polizei festgestellt; dies berichtete der Fachlehrer im Referat für politische Bildung der Berliner Polizei, Eckhardt Lazai, im Europarat in Straßburg. Berliner Zeitung, 29.9.92)

In Mannheim-Schönau verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Sie warfen einen mit Benzin getränkten Autoreifen über den Zaun auf das Gelände. Die Täter konnten fliehen. (taz, 29.9.92)

In Peitz bei Cottbus wurde ein Brandanschlag auf die Landesstelle für AussiedlerInnen verübt. Zwei Unbekannte warfen einen Brandsatz durch ein Fenster in das Gebäude. Durch schnelles Löschen konnte eine Katastrophe verhindert werden; es entstand geringer Sachschaden. In dem Haus leben 260 AussiedlerInnen. (Berliner Zeitung, 29.9.92)

In Deutschland wurden laut Angaben des Berliner Verfassungsschutzes seit Anfang des Jahres bis Ende September 1.162 Gewalttaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremer Motivation verübt. 475 Taten wurden in den neuen Ländern begangen (41 Prozent), 687 in Westdeutschland (59 Prozent). Dabei wurden 10 Menschen getötet und über 800 verletzt. (Berliner Zeitung, 29.9.92)

29.9. In Lübben in Brandenburg beschmierten abermals unbekannte Täter drei Denkmäler mit nazistischen Parolen und Symbolen. (Berliner Zeitung, 30.9.92)

In Eberswalde in Brandenburg gab es eine Bombendrohung gegen das Heim für AsylbewerberInnen. (Berliner Zeitung, 30.9.92)

In Maintal-Bischofsheim im Main-Kinzig-Kreis haben zwei Neofaschisten einen Anschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende begangen. Sie warfen mit Glühbirnen und Steinen und gaben Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab. Sie riefen ausländerInnenfeindliche Parolen und flohen anschließend mit einem Motorrad. (FR, 30.9.92)

In Lich im Kreis Gießen brach ein Feuer in einer Unterkunft für Flüchtlinge aus. Dabei wurde ein dreijähriges Mädchen verletzt. Die 40 in der Unterkunft lebenden Flüchtlinge mußten umquartiert werden. Die Brandursache muß noch geklärt werden. (FR, 30.9.92)

In Bruchweiler-Bärenbach bei Pirmasens stach ein 21jähriger Mann, der auf der Kirmes Nazilieder gesungen hatte, einen Kritiker mit einem Messerstich in den Unterleib nieder. Der Nazi hatte u.a. von allen Kirmesbesuchern unbeanstandet das „Horst-Wessel-Lied" gegröhlt. Das Opfer wurde schwer verletzt; der Täter vorübergehend festgenommen. (FR, 30.9.92)

In Bornim bei Potsdam ist ein Brandanschlag auf das Aktenarchiv der Treuhand verübt worden. Die Polizei geht davon aus, daß die Täter das benachbarte AsylbewerberInnenheim treffen wollten, aber die Gebäude verwechselt haben. (Neues Deutschland, 30.9.92)

30.9. In Berlin legte der Bezirksverordnete der Grünen/AL, A.H. Kharramshahi sein Mandat nach unzähligen telefonischen Repressalien und Gewaltandrohungen nieder. (Berliner Zeitung, 1.10.92)

Oktober 92

In Berlin-Friedrichshain ging das REP-Fraktionsmitglied der Friedrichshainer Bezirksverordnetenversammlung, Manfred-Ulrich Voigt, mit Reizgas gegen einen Autofahrer und dessen Ehefrau vor, dem Voigt vorher schon den Außenspiegel seines PKWs abgeschlagen hatte. Das Ehepaar ergriff die Flucht. Voigt soll hinter den beiden hergelaufen sein, eine Schreckschußpistole gezogen und auf sie geschossen haben. Gegen Voigt läuft eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung. (Berliner Zeitung, 6.10.92)

2.10. In Hasbergen bei Osnabrück retteten zwei Polizisten buchstäblich in letzter Minute 15 Menschen aus einer brennenden Unterkunft für AussiedlerInnen. Die Polizisten weckten die elf Erwachsenen und vier Kinder und brachten sie noch rechtzeitig in Sicherheit. Wenig später stürzte die Erdgeschoßdecke des Hauses ein. Die Brandursache wird untersucht. (Göttinger Tageblatt, 5.10.92)

In Arnstadt bei Erfurt beschlagnahmte die Polizei bei einer Razzia gegen Neofaschisten nationalsozialistisches Schriftenmaterial, Schlagwaffen sowie Naziorden. (taz, 5.10.92)

3.10. In Dresden zogen 600 Neofaschisten rassistische Parolen gröhlend (u.a. „Juda verrecke") durch die Stadt. Die Nazis konnten offen vor der Presse und den Medien mit dem „Hitler-Gruß" posieren, ohne daß die Polizei einschritt. Ein Polizeisprecher konnte keine „strafrechtlich relevante Handlung" erkennen. Sie waren einem Demonstrationsaufruf der „Nationalen Offensive" gefolgt. Die Zusammenrottung war zunächst von der Stadt verboten, dann aber vom sächsischen Oberverwaltungsgericht genehmigt worden, weil nicht genügend Belege für eine Gefährdung dargebracht worden seien. (FR, 5.10.92 und Berliner Zeitung, 6.10.92)

In Massen in Brandenburg kamen 1.500 Skinheads zu einem von der „Deutschen Alternative" veranstalteten Rockkonzert, auf dem die deutschen Gruppen „Störkraft" und „Wotan" sowie die englische Gruppe „Screw Driver" auftraten. Die Polizei nahm 42 Neofaschisten wegen Waffenbesitzes, Widerstand oder Sachbeschädigung fest. Die Polizei beschlagnahmte etwa 200 Hieb, Stich- und Schlagwaffen, darunter Äxte, Messer und Motorsägenketten. (FR und Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Südbrandenburg wurde auf der Autobahn Cottbus-Berlin ein polnischer Kleinbus von Skinheads überfallen. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Schwandorf wurde die Leiche eines anerkannten iranischen Asylbewerbers in einem Wald entdeckt. Der Mann wurde durch mehrere Schüsse, von denen einige aus nächster Nähe abgegeben worden seien, getötet. Ein politisches Motiv wird von der Polizei nicht ausgeschlossen. (FAZ, 5.10.92)

In Greifswald-Ladebow in Mecklenburg-Vorpommern schleuderten Unbekannte zwei Brandsätze gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge, die jedoch schnell gelöscht werden konnten. (FR, 5.10.92)

In Rostock-Schmarl warfen rechtsextreme Jugendliche Brandsätze gegen ein AsylbewerberInnenheim. Die Polizei stellte die Personalien der Täter fest. (FR, 5.10.92)

In Zehdenick nördlich von Berlin wurde aus einem Auto ein Brandsatz auf eine Unterkunft für Flüchtlinge geworfen. (FR, 5.10.92)

In Strausberg wurde der jüdische Friedhof von Unbekannten geschändet. (FR, 5.10.92)

In Stuttgart-Bad Cannstadt wurde der jüdische Friedhof geschändet. Grabsteine wurden mit Hakenkreuzen und „Sieg Heil" beschmiert. (FR, 5.10.92)

In Beiersdorf im Kreis Bad Freienwalde überfielen 15 neofaschistische Jugendliche eine Gaststätte. Es wurde ein Brandsatz gegen die Gaststätte geworfen. Drei der Täter konnten festgenommen werden. Ernsthaft wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Ziesar bei Brandenburg kam es zu einer Schlägerei in einer Discothek. Ein Gast wurde verletzt und Mobilar beschädigt. Die Polizei konnte die flüchtenden Skinheads einige Kilometer weiter stellen. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Dortmund wurde der „Jüdische Ehrenfriedhof" verwüstet. Etwa 20 Grabsteine wurden mit Parolen wie „Sieg Heil" und „Skinpower" beschmiert. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Arnstadt in Thüringen versammelten sich 1.000 Mitglieder der NPD zu einer Kundgebung. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Zwickau rotteten sich REPs zu einer Versammlung zusammen, auf der Schönhuber sprach. (taz, 5.10.92)

In Köln fand der Bundesparteitag der „Deutschen Liga" statt. Die Polizei ging gegen antifaschistische DemonstrantInnen vor und ermöglichte den Delegierten der „Deutschen Liga den Zugang zum Versammlungsraum. (taz, 5.10.92)

In Berlin-Karlshorst ist der Verein zur Förderung von ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion überfallen worden. Die Inneneinrichtung ist verwüstet sowie Computer und Faxgeräte entwendet worden. (Berliner Zeitung, 6.10.92)

Rostock-Lichtenhagen, 25.8.92. Ein Rechtsradikaler wird festgenommen.

4.10. In Höhenstedt in Sachsen-Anhalt griffen Unbekannte ein Heim für polnische Arbeiter mit Betonplatten an. Sie zerschlugen Fensterscheiben und traten die Eingangstür ein.

In Halle griffen ca. 30 Neonazis eine antifaschistische Filmveranstaltung an. Schwere Kopfverletzungen erlitt eine junge Frau. Mehrere Personen mußten wegen Schnitt- und Kopfverletzungen behandelt werden. Die Einrichtung des Kinos und fünf Autos wurden verwüstet. (FR, 5.10.92)

In Saalfeld in Thüringen nahm die Polizei 13 Skinheads fest, die eine Unterkunft für Asylsuchende angreifen wollten. (FR, 5.10.92)

In Fürstenwalde in Brandenburg versuchten ca. zehn Neofaschisten ein Heim für AsylbewerberInnen zu attackieren. (taz, 5.10.92)

In Bad Brückenau im Kreis Bad Kissingen verübten vier Täter einen Brandanschlag auf ein Heim für AsylbewerberInnen. In dem Gebäude, in dem 35 AsylbewerberInnen leben, entstand ein Feuer, daß die AsylbewerberInnen löschen konnten. Die Täter wurden ein paar Tage später von der Polizei ermittelt. Drei der Männer wurden wieder auf freien Fuß gelassen, der mußmaßliche Hauptakteur blieb in polizeilichem Gewahrsam. Es wird wegen schwerer Brandstiftung ermittelt. (SZ, 9.10.92)

5.10. In Eilenburg in Sachsen zogen ca. 30 Neofaschisten vor die Unterkunft für Asylsuchende auf, randalierten und riefen rassistische Parolen. Die Flüchtlinge bewaffneten sich daraufhin mit Knüppeln und Eisenstangen und schlugen die Nazis erfolgreich in die Flucht. 10 Neofaschisten wurden verletzt. (SZ, 6.10.92)

In Keez im Kreis Sternberg überfielen Neofaschisten eine Unterkunft für Flüchtlinge, drangen in das von 20 Asylsuchenden bewohnte Heim ein und griffen die BewohnerInnen an. Einem 25jährigen Rumänen sei dabei das Nasenbein gebrochen worden. Drei Tatverdächtige konnten festgenommen werden. Gegen einen von ihnen sei Haftbefehl wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch beantragt worden. (SZ, 6.10.92)

In Magdeburg überfielen 15 Neofaschisten einen Imbiß, schlugen auf die Gäste ein und demolierten die Einrichtung. Zwei der Gäste wurden verletzt. Die Polizei konnte einen der mutmaßlichen Täter festnehmen. (SZ, 6.10.92)

In Mitteldorf im Kreis Stollberg warfen Unbekannte eine Brandflasche aus einem fahrenden Auto gegen ein Heim für AsylbewerberInnen. Es ist aber kein Schaden entstanden. (SZ, 6.10.92)

In Iserlohn in Nordrhein-Westfalen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf einen Wohncontainer für AussiedlerInnen. Die BewohnerInnen konnten das Feuer selber löschen. Niemand sei verletzt worden. (SZ, 6.10.92)

6.10. In Bremen erscheint in der Zeitung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), „Landesjournal", ein rassistischer Text, indem ein fiktiver Asylsuchender aus Nigeria seine Frau und seine sieben Kinder auffordert in das Paradies nach Deutschland zu kommen. Die Bremer GdP distanzierte sich zwar von dem Textinhalt, nicht aber von dem Abdruck! Der stellvertretende Bremer Innensenator, Helmut Kauther, meinte, daß er sich einen „solchen Artikel gut in der 'Nationalzeitung' vorstellen" könne. (SZ, 7.10.92)

In Köthen schlugen vier Skinheads einen Deutschen und verletzten ihn mit Messerstichen, weil sie ihn für einen Ausländer hielten. Die vier Täter wurden festgenommen. (Berliner Zeitung, 8.10.92)

7.10. In Karlsruhe wurden auf dem Hauptfriedhof fünfzehn jüdische Gräber geschändet. Wenig später konnten zwei einschlägig bekannte Skinheads festgenommen werden. (FAZ und taz, 9.10.92)

Mit Besorgnis hat die griechische Öffentlichkeit auf den neofaschistischen Überfall auf eine griechische Schule in Wuppertal reagiert. (FAZ, 8.10.92)

In Müncheberg im Kreis Strausberg haben Unbekannte einen sowjetischen Ehrenhain geschändet. (Berliner Zeitung, 12.10.92)

In Frankfurt/Main mißhandelte die Polizei einen Marokkaner bei einer willkürlichen Festnahme im Bahnhofsviertel. Der Mann wurde mit dem Gummiknüppel geschlagen und im VW-Bus mit Fußtritten traktiert. Auf dem Polizeirevier sei der Marokkaner dann „zusammengebrochen". Erst als die Polizisten mitbekamen, daß der Marokkaner kein Drogendealer und kein Asylbewerber ist, sondern einer, der seit drei Jahren mit einer Deutschen verheiratet ist und bei der Post arbeitet, holten sie einen Krankenwagen. (taz, 12.10.92)

8.10. In Hanau hat eine deutsche Landfahrerfamilie vermutlich einem Windelpaket sein Leben zu verdanken. Unbekannte hatten mehrere Schüsse auf ihr Wohnwagenlager abgegeben. Ein Projektil vom Kaliber neun Milimeter durchschlug die Wagenwand und blieb in einem Paket Einwegwindeln stecken. (taz, 10.10.92)

In Mellendorf im Landkreis Hannover haben drei Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen verübt. Sie warfen zwei Brandsätze gegen einen Wohncontainer. Bei dem Anschlag ist niemand verletzt worden. Es entstand leichter Sachschaden. (taz, 9.10.92)

In Leipzig schlugen sechs Skinheads einen 32jährigen Mann auf dem Hauptbahnhof zusammen und raubten ihn aus. Der BGS konnte zwei der Täter festnehmen. Die beiden Beschuldigten sind einschlägig be-

kannt. Der Richter erließ gegen sie Haftbefehl. (Leipziger Volkszeitung, 12.10.92)

9.10. In Jüterborg in Brandenburg wurde ein Heim für AsylbewerberInnen von vier Neofaschisten mit Steinen und Nebelwurfkörpern angegriffen. (Berliner Zeitung, 10.10.92

In Vetschau wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Die Feuerwehr mußte den Brand löschen. (Berliner Zeitung, 10.10.92)

10.10. In Magdeburg wurden bei einer Razzia über 60 Skinheads festgenommen. 21 Strafverfahren sind eingeleitet worden, in zwei Fällen wurde von der Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Schlag- und Stichwaffen sowie Schreckschußpistolen. Außerdem fand die Polizei Plakate mit Nazi-Emblemen. Unmittelbar nach der Razzia nahm die Polizei 15 Skinheads aus Hannover fest, denen Sachbeschädigung vorgeworfen wird. (Berliner Zeitung, SZ, und taz, 12.10.92)

In Remplin im Kreis Teterow warfen fünf neofaschistische Jugendliche zwei Brandflaschen gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Es entstand geringer Sachschaden. (FAZ, 12.10.92)

In Hinrichsfelde im Kreis Malchin warfen Unbekannte die Fensterscheiben von einer Unterkunft für Asylsuchende ein. (FAZ, 12.10.92)

In Friedland im Kreis Neubrandenburg warfen Unbekannte die Fensterscheiben von einer Unterkunft für Asylsuchende ein. (FAZ, 12.10.92)

In Meißen in Sachsen schossen Unbekannte mit einem Luftgewehr auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Ein Fenster wurde durch neun Einschüsse beschädigt. (Neues Deutschland, 12.10.92)

In Eigersburg in Thüringen hatten Jugendliche aus einem Personenzug heraus Steine auf ein AsylbewerberInnenheim geworfen. Es gingen Fensterscheiben zu Bruch. Bei einem weiteren Angriff wurde ein Polizeifahrzeug beschädigt. (FAZ, 12.10.92)

In Liebertwolkwitz bei Leipzig wurde das Flüchtlingsheim mit Steinen angegriffen. (FAZ, 12.10.92)

In Chemnitz griffen rund 30 zum Teil vermummte Neofaschistischen ein Jugendzentrum an. (FAZ, 12.10.92)

In Neunkirchen im Saarland wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. (Neues Deutschland, 12.10.92)

In Markkleeberg bei Leipzig wurde zweimal aus einem fahrenden Auto auf ein Heim für Asylsuchende geschossen. Die Polizei geht davon aus, daß die Täter eine Schreckschußpistole verwendeten. Es wurde niemand verletzt. (Leipziger Volkszeitung, 13.10.92)

In Halle schützte die Polizei eine Veranstaltung der DVU vor AntifaschistInnen. (Leipziger Volkszeitung, 12.10.92)

11.10. In Göttingen kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen drei Antifaschisten und drei Skinheads. Die Polizei nahm alle Beteiligten fest. (Göttinger Tageblatt, 12.10.92)

In Großräschen bei Senftenberg verübten sieben Neofaschisten einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Sie warfen sechs Brandsätz gegen das Gebäude, unter anderem in die Wohnunterkünfte und in den Wachraum. Die Brände konnten von Mitarbeitern des Wachschutzes gelöscht werden. Von den 25 Asylsuchenden wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 12.10.92)

In Potsdam randalierten Skinheads in einer Billiardkneipe und verletzten mehrere Gäste. Sie zogen dann zu einem Jugendclub weiter und wurden hier von der Polizei gestellt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Verlauf sechs Skinheads festgenommen wurden. (FAZ, 12.10.92)

In Konstanz tagte der Landesparteitag der REPs. 400 Polizisten schützen die Rechtsradikalen mit einer weiträumigen Absperrung vor 3.500 AntifaschistInnen. (Neues Deutschland, 12.10.92)

In Reinbek bei Hamburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. (Neues Deutschland, 13.10.92)

12.10. In Kolbermoor in der Nähe von Rosenheim verübten Unbekannte einen Sprengstoffanschlag auf das dortige AsylbewerberInnenheim. Durch die Sprengladung wurde ein Loch in die Tür gerissen. Von den rund 60 in der Unterkunft untergebrachten Flüchtlingen wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 13.10.92)

In Olbernhau im Erzgebirge wurde eine Unterkunft für Asylsuchende von 25 neofaschistischen Jugendlichen, die mit Schlagwerkzeugen und Steinen bewaffnet waren angegriffen. Die Asylsuchenden konnten den Angriff abwehren. Eine noch Unbekannte Person fuhr mit einem PKW in die Gruppe der Angreifer und verletzte vier von ihnen. Die Polizei nahm fünf Personen fest. (Berliner Zeitung und Leipziger Volkszeitung, 13.10.92)

In Ortrand im Landkreis Senftenberg überfielen Unbekannte an der Autobahn-Anschlußstelle einen polnischen Kleintransporter und verletzten zwei Bürger aus Zielona Gora schwer. Die Polen hatten offenbar im Auto geschlafen; sie mußten mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Eines der Opfer schwebt in Lebensgefahr. (Berliner Zeitung, 13.10.92)

In Berlin-Lichtenberg kam es zu einer Schlägerei zwischen 20 Jugendlichen und 10 Neofaschisten. Drei Skinheads wurden verletzt. (Berliner Zeitung, 14.10.92)

13.10. In Landau durchsuchte die Polizei die Wohnung eines 22jährigen Studenten. Sie stellte dabei umfangreiches Waffenmaterial und Munition sicher, u.a. eine Panzerfaust, drei Handgranaten sowie eine voll funktionstüchtige Maschinenpistole und Pistolen. Der Student verfüge über Verbindungen in die neofaschistische Szene, insbesondere zum „Stahlhelm Kampfbund", der laut VS die NPD bei Wahlen unterstützt. (FAZ, 14.10.92)

In Spröda im Landkreis Delitzsch warfen Unbekannte drei Brandsätze gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Der Brand wurde vom Wachpersonal gelöscht. (Welt, 14.10.92)

In Belzig in Brandenburg beraubten zwei Jugendliche einen Asylbewerber. Der Mann wurde in einer Telefonzelle von den Unbekannten mit einem Messer bedroht und zur Herausgabe seiner Brieftasche gezwungen. (Berliner Zeitung, 14.10.92)

Rostock-Lichtenhagen, 24.8.92

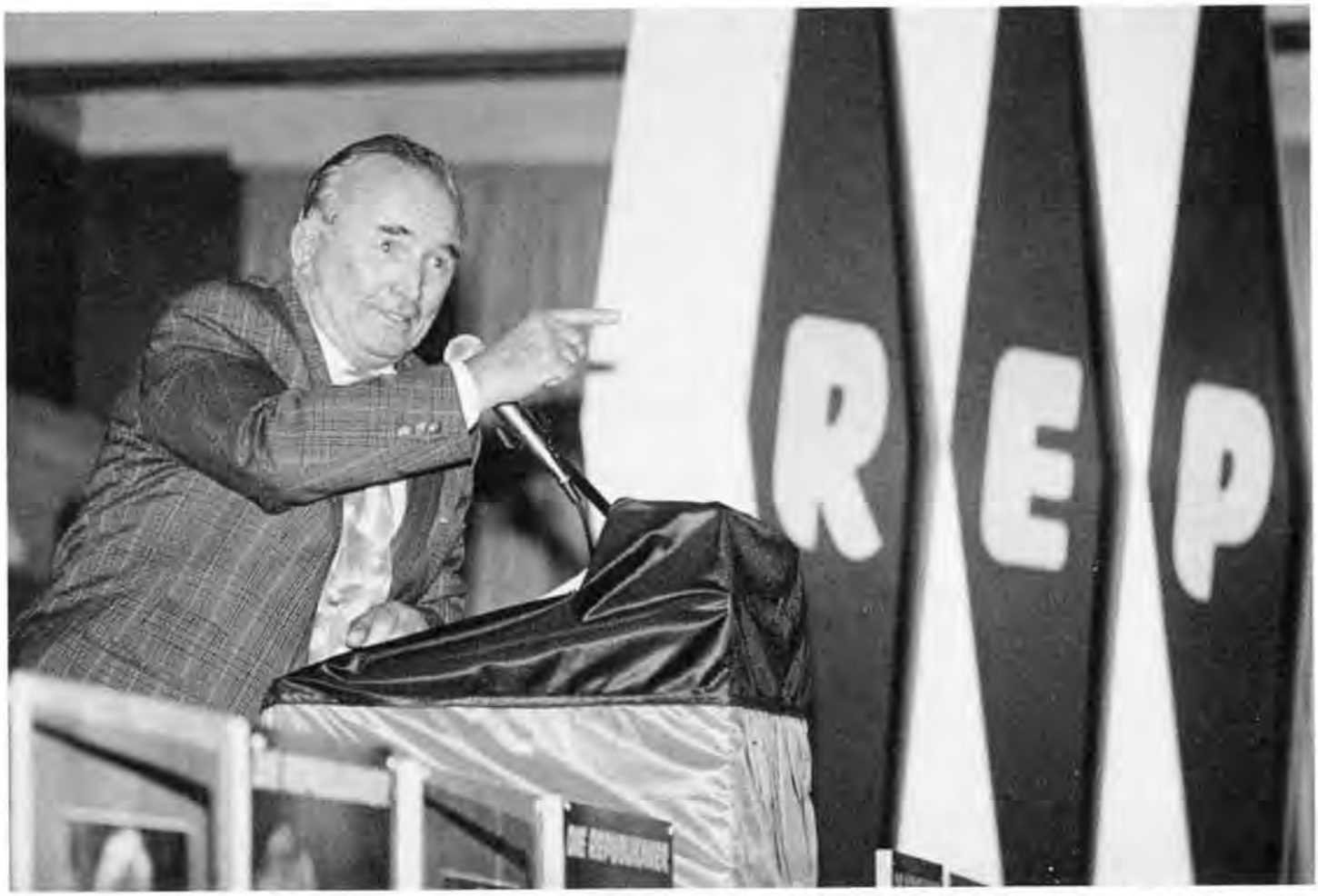
13.10.
Im französischen Metz verprügelten offenbar deutsche Faschisten einen 20jährigen Studenten. Nach Polizeiangaben trugen die deutsch sprechenden jungen Männer Naziabzeichen und hatten kahlrasierte Köpfe. Sie zwangen den Studenten, auf die Knie zu fallen und Hitler zu danken. Danach versetzten sie ihm Fußtritte und Schläge. (taz, 14.10.)

14.10.
In Friedland bei Neubrandenburg griffen sechs Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen an. Von den Asylsuchenden wurde niemand verletzt. Es entstand Sachschaden. Die Täter konnten unerkannt entkommen. (Neues Deutschland (ND), 16.10.)
Auf der Straße von Schwedt zum Grenzübergang Krajnik überfiel eine Gruppe von 20 Skinheads wiederholt polnische Touristen. Mehreren Polen wurden unter Androhung von Gewalt ihre Einkäufe geraubt. (Junge Welt, 16.10.)
In Saarbrücken überfiel eine Gruppe jugendlicher Faschisten einen 50jährigen Italiener und verletzte ihn erheblich im Gesicht, nachdem sie Hetzparolen gegen Flüchtlinge und Immigranten skandiert hatten. (SZ, 16.10.)
In Kiel wurde ein Polizeibeamter vom Dienst suspendiert, weil er einen estnischen Asylbewerber mißhandelt hatte, der wegen illegalen Aufenthalts vorläufig festgenommen worden war. Der Polizist hatte den Mann nach Angaben des Kieler Innenministerium in der Nacht zum 3.10. geschlagen, getreten und ohne ersichtlichen Grund mit der Waffe bedroht. Außerdem soll der Beamte ausländerfeindliche Äußerungen gemacht haben. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft. (SZ, 16.10.)
In Goldberg protestierten die Bürger mit einer Blockade der Zufahrt gegen die Eröffnung einer Unterkunft für Asylsuchende. (SZ, 16.10.)
Gegen den Landrat des Main-Taunus-Kreises, Jochen Riebel (CDU), hat die Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen (IAF) Strafanzeige wegen Volksverhetzung, falscher Verdächtigung, Beschimpfung, Beleidigung und übler Nachrede erstattet. Riebel hatte öffentlich über bestehende Probleme bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber gesagt: Einige ehemalige Asylbewerber schließen bei Verfahrensabschluß Schein- oder Zweckehen. Zirka zwei Prozent machen davon Gebrauch. Die deutschen Ehegattinnen sind immer Sozialhilfeempfängerinnen oder Rauschgiftkonsumentinnen. (FR, 15.10.)

15.10.
In München tauchten antisemitische Plakate auf mit einem Auszug aus der Veröffentlichung eines Arztes und Tierschützers über das Schächten, das Schlachten nach den mosaischen Gesetzen. Darüber steht: So gehen die Juden mit Tieren um. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist. (SZ, 17.10.)
Bekannt wurde, daß die faschistische Deutsche Alternative (DA) den Aufbau eines Mobilen Einsatzkommandos Ost (MEK-Ost) plant. Aktionen sollen geplant, durchgeführt und koordiniert werden. (taz, 17.10.)

16.10.
In Leipzig wurde eine Wachfrau eines AsylbewerberInnenheims von einem Unbekannten niedergeschlagen. Die Frau mußte ins Krankenhaus gebracht werden. (Leipziger Volkszeitung, 17.10.)
In Brandenburg kam es zu einer Schlägerei zwischen 14 Nazis und AntifaschistInnen. (Junge Welt, 19.10.)

17.10.
In Dyrotz im Kreis Nauen kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen 40 rechtsextremen Jugendlichen und 30 AntifaschistInnen. Eine Person mußte schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Faschisten hatten die Schlägerei angezettelt. Die Polizei ermittelt gegen beide Seiten wegen schwerem Landfriedensbruch. (Junge Welt und Berliner Zeitung, 19.10.)
In Thale im Landkreis Quedlinburg überfielen 10 rechtsextreme Jugendliche eine Unterkunft für Asylsuchende, in der etwa 50 VietnamesInnen leben. Nach Angaben der Polizei beschossen sie das Heim mit Feuerwerkskörpern und drangen mit Schreckschußpistolen gewaltsam in das Gebäude



Schönhuber auf REP-Wahlkampfveranstaltung in der Stadthalle Wuppertal, 26.4.90

ein. Drei Vietnamesinnen wurden sexuell belästigt; die Vergewaltigung einer Frau konnte die Polizei verhindern. Männliche Heimbewohner wurden geschlagen und getreten. Die Räume des Hauses wurden verwüstet, und es wurde versucht, es in Brand zu setzen. Ein Asylbewerber mußte ärztlich behandelt werden. Die Polizei nahm vier Jugendliche fest, darunter zwei Mädchen im Alter von 13 und 14 Jahren. Zwei junge Männer sollen am Montag dem Haftrichter vorgeführt wurden sein. (ND und SZ, 19.10.)
In Bad Freienwalde randalierten 50 rechtsextreme Jugendliche in einem Jugendclub. Einrichtungsgegenstände und ein PKW wurden zerstört. Eine Person wurde verletzt. Die Täter konnten flüchten, bevor die Polizei eintraf. (Berliner Zeitung (BZ), 19.10.)
In Hannoversch-Münden droht die Firmenleitung der Weser-Metall-Umformtechnik GmbH der Stadtverwaltung mit der Schließung des Werkes, wenn in der Stadt eine Zentrale Anlaufstelle für Asylsuchende eingerichtet wird. Die Belegschaft hat sich dieser Forderung angeschlossen. (ND, 19.10. und 20.10.)
In Weißwasser haben Polizei und Bundesgrenzschutz einen größeren Überfall auf ein AsylbewerberInnenheim verhindert. Etwa 15 Jugendliche waren nach einem Konzert vor die Unterkunft der Flüchtlinge gezogen, die sie offenbar mit Steinen bewerfen wollten. (Leipziger Volkszeitung, 20.10.)

18.10.
In Seelzen haben unbekannte Täter ein massives Gerätelager in unmittelbarer Nähe zur geplanten jüdischen Ehrenstätte angesteckt. Es entstand ein Sachschaden von 200.000 DM. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 19.10.)
In Plankstadt im Rhein-Neckar-Kreis griffen 15-20 jugendliche Faschisten eine Unterkunft für Asylsuchende an. Die Eingangstür wurde eingetreten. Die Polizei ermittelte vier Tatverdächtige. (BZ, 20.10.)
In Plieningen überfielen zwei Skinheads eine Gaststätte. Sie bedrohten den Wirt und drei Angestellte mit Waffen, hielten sie mehr als vier Stunden fest und raubten 12.000 DM. Die Täter konnten wenige Tage später festgenommen werden. Sie verfügten über ein beträchtliches Waffenarsenal und hatten bereits mehrere Überfälle und Diebstähle begangen. (FR, 23.10.)

19.10.
In Goldberg blockierten 100 Einwohner, der Bürgermeister in der ersten Reihe, erneut die Zufahrt zum AsylbewerberInnenheim. Die Aktion richtete sich gegen 40 Asylsuchende, die, von der Polizei eskortiert, in Bussen auf dem Weg zur Unterkunft waren. Nach Aufforderung durch die Polizei gaben die Goldberger die Zufahrt frei. Die Flüchtlinge weigerten sich angesichts der Situation, die Busse zu verlassen. Der Gemeinderat von Goldberg sprach sich ebenfalls gegen das AsylbewerberInnenheim aus. (BZ, 20.10. und ND, 21.10.)
In Rostock ging die Polizei, die diesmal erstaunlich schnell eintraf, äußerst hart gegen überwiegend französische jüdische DemonstrantInnen vor, die gegen geplante Massenabschiebungen von Roma nach Rumänien protestieren wollten. Als die DemonstrantInnen ein Transparent aus einem Rathausfenster entrollen wollten, griff die Polizei ein. Sie nahm 50 DemonstrantInnen fest, darunter Beate und Serge Klarsfeld. Eine gegen die Abschiebungen gerichtete Mahntafel am Rathaus wurde entfernt. (BZ und SZ, 20.10.)
In Bonn mußte eine Veranstaltung der Griechischen Gemeinde wegen einer Bombendrohung unterbrochen werden. Zuvor hatte ein anonymer Anrufer rassistische Hetzparolen wie Das Ausländerpack soll raus ausgesprochen. (General-Anzeiger, 20.10.)
In Wrangelsburg im Kreis Greifswald brach im AsylbewerberInnenheim ein Brand aus, dessen Ursache noch nicht geklärt ist. (ND 21.10.)
In Güstrow (Mecklenburg) griffen Jugendliche im Industriegebiet eine Unterkunft für Flüchtlinge mit Steinen an. Die Polizei nahm zwei Täter fest. (ND 21.10.)
In Goyatz im Kreis Lübben wurde auf dem Friedhof die Leichenhalle mit Hakenkreuzen und der Parole Ausländer raus beschmiert. Mehrere Grabsteine wurden beschädigt. (BZ, 23.10.)

20.10.
In Kriebitzsch im thüringischen Kreis Altenburg versuchten unbekannte Täter, das Wohnhaus des Leiters des Asylbewerberheims Altenburg-Land in Brand zu setzen. Nach Angaben der Polizei wurden aus einem vorbeifahrenden Auto Brandsätze gegen das Haus geworfen. (taz, 22.10.)

21.10.
In Greifswald griffen 60 vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete faschistische Jugendliche 20 ausländische StudentInnen an. Erst zusätzliche Polizei aus Stralsund und Anklam konnte die Schlägerei beenden. (Junge Welt, 23.10.)
Auf die Mahn- und Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ravensbrück wurde ein Brandanschlag verübt. Es entstand geringer Sachschaden. Mit Rücksicht auf den Besuch der englischen Königin wurde der Anschlag mehrere Tage lang verheimlicht und die polizeilichen Untersuchungen damit behindert. (BZ 24.10.)

22.10.
In Lahstedt im Landkreis Peine wurden bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge zwei Kinder im Alter von zwei Wochen und acht Monaten verletzt. Die Täter hatten einen Brandsatz durch ein Fenster in die Erdgeschoß-Wohnung der Unterkunft geworfen. Die Kinder erlitten eine Rauchvergiftung und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. (Junge Welt, 23.10.)
In Greifswald griffen erneut faschistische Jugendliche ein Wohnheim mit Steinen und Brandsätzen an, in dem vorwiegend ausländische StudentInnen leben. Die Faschisten gingen auch gegen die Polizei vor. Diese nahm zunächst 15 der Angreifer fest. Gegen zwei der Verhafteten wird wegen Landfriedensbruch ermittelt. (ND 24.10.)
In Senftenberg hob die Polizei die faschistische Terrorgruppe Werwolf Jagdeinheit Senftenberg aus. Die Polizei durchsuchte zahlreiche Wohnungen und nahm sieben Personen fest. Zahlreiche Schußwaffen, Munition, Militärausrüstung, nazistische Propagandaschriften und Videoaufzeichnungen von Wehrsportübungen wurden beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft stellte Haftanträge wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Trotzdem wurden die sieben Nazis vom Kreisgericht Senftenberg auf freien Fuß gesetzt. Diese Entscheidung wurde am selben Tag nach einer Beschwerde der Cottbuser Bezirksstaatsanwaltschaft wieder aufgehoben. Einer der Terroristen hat bei der polizeilichen Vernehmung ein Waffenlager mit 150 Handgranaten preisgegeben. (SZ, 23.10. und ND, 24.10.)
In Ueckermünde (Vorpommern) griffen 20 neofaschistische Jugendliche ein AsylbewerberInnenheim mit Steinen an. Sie gröhlten dabei Deutschland den Deutschen und Ausländer raus. (ND, 24.10.)
In Bergern bei Weimar wurde ein von zwölf Vietnamesen bewohntes AusländerInnenwohnheim mit drei Brandsätzen beworfen. (ND, 24.10.)

23.10.
In Überlingen am Bodensee haben Unbekannte eine KZ-Gedenkstätte geschändet.

Quedlinburg, 12.9.92. Polizei vor dem am Vortag von Rechten angegriffenen Asyl-BewerberInnen-Heim.

Auf dem Friedhof für die Opfer des Konzentrationslagers Dachau wurden rund 50 Grabkreuze offenbar mit einem Vorschlaghammer abgeschlagen. Außerdem sprühten die Täter mit weißer Farbe Hakenkreuze auf das Gelände. (taz, 26.10.92)
In Karstädt im Kreis Perleberg warfen zwei Unbekannte Fensterscheiben des AsylbewerberInnenheims ein. (BZ, 26.10.)

24.10.
In Apolda belagerten 50 neofaschistische Jugendliche einen Jugendclub. Anschließend zogen sie vor das Heim für AsylbewerberInnen und skandierten rassistische Parolen. Fünf der Jugendlichen wurden von der Polizei festgenommen. (taz, 26.10.)
In Lübz in Mecklenburg-Vorpommern griffen Faschisten eine Unterkunft für Flüchtlinge an. Eine Fensterscheibe wurde zertrümmert. Gegen drei Personen ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruch. (SZ, 26.10.)
In Gülzow im Kreis Herzogtum Lauenburg wurden zwei Syrer während einer Sportveranstaltung von Skinheads angegriffen; dabei wurde einer der Flüchtlinge am Auge verletzt. Kurz danach warfen Jugendliche die Fensterscheiben des AsylbewerberInnenheims ein und schossen mit einer Gaspistole in das Gebäude. (SZ, 26.10.)
In Westerrönfeld im Kreis Rendsburg setzten Jugendliche die Tür einer Unterkunft für Flüchtlinge in Brand und schlugen mit Knüppeln auf den Wohncontainer ein. Dabei wurde ein Algerier verletzt. (SZ, 26.10.)
In Brandenburg wurde ein Brandanschlag auf einen Jugendclub verübt. Es entstand Sachschaden. Gäste konnten den Brand löschen. (BZ, 26.10.)

In Nörten-Hardenberg im Landkreis Göttingen versuchten Nazis, eine antirassistische Demonstration durch ausländerfeindliche Parolen zu stören. (Göttinger Tageblatt, 26.10.)

24.10./25.10.
In Greifswald griffen erneut faschistische Jugendliche, vermummt und bewaffnet, ausländische StudentInnen an. Sie stürmten einen Klub. Bei dem Überfall wurde ein 16jähriges Mädchen durch Hiebe mit einem Baseballschläger schwer verletzt. Als die Polizei anrückte, griffen die Faschisten ein Einsatzfahrzeug mit Baseballschlägern, Steinen und Gasdruckpistolen an. Zuvor hatten 300 ausländische StudentInnen und AntifaschistInnen gegen den neofaschistischen Terror demonstriert. (taz, FR und SZ, 26.10.)

25.10.
In Gutenfürst bei Plauen wurde ein Anschlag auf das AsylbewerberInnenheim verübt. (BZ, 26.10.)
In Ingolstadt gab es erneut einen Brandanschlag auf die Unterkunft für Flüchtlinge: Zwei Männer warfen fünf Brandsätze in Richtung Unterkunft; sie richteten keinen Schaden an. Die beiden Faschisten flüchteten, konnten aber kurz darauf von der Polizei gestellt werden. (SZ, 26.10.)

26.10.
In Nauen verunstalteten Unbekannte den Stadtpark an mehreren Stellen mit Nazi-Symbolen. (BZ, 27.10.)
In Schildow im Kreis Oranienburg griffen Unbekannte das AsylbewerberInnenheim mit Steinen an. Menschen wurden nicht verletzt; mehrere Fensterscheiben gingen zu Bruch. Die Täter konnten entkommen. (BZ, 27.10.)
In Norderstedt bei Hamburg steckten Unbekannte eine noch nicht bewohnte Unterkunft für Flüchtlinge in Brand. Das Haus, an dem ein Schaden von 250.000 DM entstand, gehörte zu einem aus zwei Fertighäusern bestehenden Wohnkomplex für 146 Menschen. Eines der Häuser ist vor wenigen Tagen von 73 AsylbewerberInnen bezogen worden. Von ihnen wurde niemand verletzt. (SZ. 27.10.)
In Leipzig wurden gefälschte Merkblätter der Stadtverwaltung verbreitet, in denen es u.a. heißt: In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entsteht eine Asylantenunterkunft. (...) Ihre neuen Nachbarn vom Balkan, aus Asien und Afrika handeln gern. Machen Sie jedoch ggf. taktvoll darauf aufmerksam, daß Drogenhandel in der Bundesrepublik derzeit noch unter Strafe steht. Die Stadtverwaltung stellte Anzeige gegen Unbekannt. (Leipziger Volkszeitung, 27.10.)

27.10.
In Niederrad stach ein 52jähriger Deutscher auf einen 29jährigen Türken mit einem Messer ein. Das Opfer mußte mit einer Schulterverletzung in eine Klinik gefahren werden. Der Täter leistete bei seiner Festnahme erheblichen Widerstand. Der angetrunkene Deutsche war auf eine Gruppe von fünf Türken zugegangen und hatte sie mit rassistischen Sprüchen beschimpft. (FR, 30.10.)

28.10.
In Neckarsteinach im Kreis Bergstraße entstand bei einem Brand in einer Unterkunft für Flüchtlinge ein Sachschaden von 150.000 DM. In der Unterkunft lebten zur Zeit des Brandes 15 Flüchtlinge. Alle Wohnungen mußten geräumt werden, Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Polizei schließt Brandstiftung nicht aus. (FR, 30.10.)

29.10.
Der Bundestag lehnte den Antrag der PDS/LL ab, den Parlamentarischen Staatssekretär Riedl aus seinem Amt zu entfernen. Riedl hatte unmittelbar nach den Wahlerfolgen der REP in Baden-Württemberg und der DVU in Schleswig-Holstein u.a. gefordert: Der Münchner Süden muß ab sofort zur asylantenfreien Zone werden. (FR, 31.10.)
Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) ist in Rekordzeit vom Verdacht der Volksverhetzung befreit worden. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig brauchte nur wenige Stunden, um eine Strafanzeige der Initiative gegen Rassismus zurückzuweisen. Glogowski hatte in einer asylpolitschen Diskussion gesagt, viele Ankömmlinge gingen ‚ihren Neigungen nach'; sie seien schlicht Kriminelle. Etwa die Hälfte der rumänischen Asylanten gehöre dazu. (FR, 31.10.)

30.10.
In Zittau kam es zwischen 20 Faschisten und AntifaschistInnen zu einer Straßenschlägerei. Eine Person wurde verletzt, und es entstand Sachschaden. (Junge Welt, 2.11.)
In Villingen-Schwenningen wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes. (FAZ, 5.11.)

31.10.
In Nordhausen griffen Faschisten linke Jugendliche an; es entstand eine blutige Schlägerei. Eine Person wurde schwer verletzt. (Junge Welt, 2.11.)

Quedlinburg, 12.9.92. Rechte Anwohner beschimpfen die vor dem Asylheim stehende Mahnwache.

In Seelingstädt bei Gera stürmten fünf Skinheads einen Tanzsaal, schlugen die Musiker zusammen und beschädigten Musikinstrumente sowie einen auf dem Hof abgestellten Kleinbus. (Junge Welt, 2.11.)
In Heide in Schleswig-Holstein griffen 30 Nazis TeilnehmerInnen einer antirassistischen Demonstration an. Zwei Personen wurden verletzt. (Junge Welt, 2.11.)
In Karstädt bei Perleberg kam es vor einem AsylbewerberInnenheim zu Auseinandersetzungen zwischen teilweise vermummten ausländerfeindlichen Jugendlichen und der Polizei. Zwei der Jugendlichen wurden festgenommen. (BZ, 2.11.)
In Hettstedt warfen Unbekannte von Mopeds aus Brandsätze gegen eine Unterkunft von Asylsuchenden. (BZ, 2.11.)
In Dresden wurde ein jugoslawischer Autohändler von einem angeblichen Interessenten bei einer Probefahrt durch einen Messerstich an der Hand verletzt. Bei dem Angriff kam das Auto von der Straße ab und fuhr in ein Waldstück. Der Autohändler erlitt dabei eine Gehirnerschütterung. (Leipziger Volkszeitung, 2.11.)
In Bischofsheim im Landkreis Rhön-Grabfeld verübten Unbekannte einen Anschlag auf ein AsylbewerberInnenheim. Aus einem Auto heraus wurden mehrere Schüsse aus einem Kleinkalibergewehr und einer Gaspistole abgegeben. Insgesamt schlugen sieben Schüsse in das Gebäude ein. Von den 21 im Haus untergebrachten Jugoslawen wurde niemand verletzt. (SZ, 3.11.)

Ende Oktober
In Gelbensande bei Rostock drohte der Bürgermeister bei einem Telefonanruf im AsylbewerberInnenheim, daß er die Skins holen werde, wenn man dort nicht endlich für Ordnung sorge. (ND, 6.11.)

1.11.
In Jüterbog schlugen drei Personen einen sudanesischen Asylbewerber zusammen und raubten ihn aus. Die Polizei konnte die Täter festnehmen. (ND, 3.11.)
Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien tritt das Abkommen zur Abschiebung von Personen in Kraft, die sich illegal in der BRD aufhalten. Von diesem Gesetz sollen schätzungsweise ca. 60.000 Rumänen, überwiegend Roma, betroffen sein.
In Pritzier verhinderte die Polizei einen Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft. 30 bis 40 Jugendliche waren aus einer Diskothek mit rassistischen Parolen und Gesängen in Richtung des Heims marschiert. (taz, 3.11.)
In Bragstedt im Kreis Stade brach in einer Unterkunft für Asylsuchende ein Feuer aus. Das Erdgeschoß des Wohnhauses wurde völlig vernichtet. Es wurde niemand verletzt. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt. In der Unterkunft leben 14 Asylsuchende. (Göttinger Tageblatt, 2.11.)
In Göttingen wurde ein 31jähriger Äthiopier von drei Faschisten überfallen und verletzt. Auf den Äthiopier wurde mit einem schlagstockähnlichen Gegenstand eingeschlagen, und ihm wurde aus nächster Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen. Als das Opfer auf dem Boden lag, ging einer der Angreifer mit einem Messer auf ihn los; ein Stich verletzte die Hand des Äthiopiers. (Göttinger Tageblatt, 2.11.)
In Dolgenbrodt im Kreis Königs Wusterhausen wurde durch einen Brandanschlag die Wohnbaracke eines künftigen AsylbewerberInnenheims zerstört. Es entstand ein Schaden von 300.000 DM. Das Gebäude sollte einen Tag später bezogen werden. In der Bevölkerung hatte es beträchtlichen Unmut über den geplanten Standort gegeben. (SZ, 2.11.)
In Preetz im Kreis Plön griffen Faschisten eine Unterkunft für Asylsuchende an und zertrümmerten sämtliche Fensterscheiben. Die Polizei nahm die Täter fest. (FR, 2.11.)
In Müssen im Kreis Lauenburg verwüsteten Unbekannte das Innere von sechs der acht Wohncontainer. Die osteuropäischen Bewohner waren zuvor geflüchtet. (FR, 2.11.)
In Zülpich in Nordrhein-Westfalen warfen Unbekannte einen Sprengkörper in eine Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 7.11.)

Zusammenstellung:
Büro Ulla Jelpke/ PDS/Linke Liste

EIN WOCHENENDE IM NOVEMBER

Unsere Chronologie des Terrors endet Anfang November. Der Terror aber ging weiter. Am Wochenende um den 21.11. (bei Redaktionsschluß dieser Broschüre) erreicht die Welle der Gewalt einen neuen Höhepunkt. Einen zufälligen Höhepunkt, wie mensch befürchten muß. Denn die Vielzahl der Anschläge „im Normalfall" kann jederzeit solche fürchterlichen Folgen zeitigen.

In der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln sterben zwei türkische Mädchen und eine türkische Frau bei Brandschlägen auf Wohnhäuser. Neun weitere Menschen werden verletzt, fünf von ihnen schwer. „Bundespräsident von Weizsäcker, die Bundesregierung und Politiker aller Parteien verurteilen den Mordanschlag und äußerten sich zutiefst entsetzt", tickerten die Agenturen am Abend des 22.11. Zur selben Zeit treffen sich Kohl und Engholm im Kanzleramt zu einem einstündigen Gespräch, um die Grundgesetzänderung in Sachen Asyl unter Dach und Fach zu bringen.

Im Ostberliner Stadtteil Friedrichhain – da, wo die sozialen Strukturen und Kontakte noch als einigermaßen gefestigt gelten – erstechen Neonazis einen Hausbesetzer aus der linken Szene auf einem U-Bahnhof. Zwei Freunde des Mannes werden schwer verletzt. Weder das Bahnpersonal noch die Passanten kümmern sich um die Opfer, lediglich ein Obdachloser versucht zu helfen. Die Berliner Sonntagszeitungen und die Polizei schildern das Ganze als „Auseinandersetzung zweier rivalisierender Jugendbanden", bei der es „zu einem Toten gekommen" sei.

In Wuppertal gibt die Polizei, nachdem sie sich zehn Tage in Schweigen gehüllt hat, den Tod eines Mannes bekannt. Skinheads hatten den 53jährigen in einer Gaststätte angerempelt, vom Stuhl gezerrt, mit schweren Stiefeln totgetreten und anschließend angezündet. Den Tip „Der ist Jude" bekamen sie vom Wirt.

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 56, August 1992

Schwerpunkt: Zeit
Zeitpioniere ... Zeitpolitik ... Der Preis der Zeit ... Zeit in Ost und West ... Zeit und Macht ... Von der industriellen Zeit zur Zeitsouveränität

Naturwissenschaft und Technik:
Zivil-militärische Ambivalenz ... Holzschutzmittelprozeß - Gerechtigkeit für Chemikaliengeschädigte

Gesellschaft und Politik:
Schöne neue Arbeitswelt ... Chancen und Risiken von CIM ... Gentechnik und Ethik

Frauen:
Ingenieurinnen in der gesellschaftlichen Verantwortung

Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

Südafrika
Land ohne Apartheid?

»Zugegeben, es gab Veränderungen in Südafrika. Nelson Mandela wurde frei- und politische Organisationen wieder zugelassen. Aber alles, was die Regierung De Klerk gemacht hat, war, den Zustand von vor 1960 wiederherzustellen. Das ist kein Fortschritt und keine Einführung von Menschenrechten. Die weiße Regierung hat die Uhr in Südafrika allenfalls um 35 Jahre zurückgestellt.«

Diese Aussage eines schwarzen Aktivisten wird von vielen SüdafrikanerInnen geteilt. Fortwährende Manipulationen durch die südafrikanischen Medien, die Machtspiele der weißen Regierung, von denen das grausame Massaker in Boipatong nur ein Beispiel ist, halten viele Stadtteilgruppen (civic associations) in Südafrika nicht davon ab, auch weiterhin für eine demokratische, nichtrassistische Gesellschaft einzutreten.

Z. B. Ocean View, ein vergessenes township vor den Toren Kapstadts. Eine Stadtteilgruppe zeigt Eigeninitiative: Volkstheater, Schriftsteller-Werkstatt und Kinder- und Jugendbibliothek wurden initiiert.

Z. B. Pietermaritzburg, vom Staats- und Inkatha-Terror gequälte Stadt in Natal. Eine Stadtteilgruppe bietet Flüchtlingen der Region Schul- und Fortbildungskurse sowie medizinische Betreuung an.

Beides sind Beispiele von Selbsthilfe unter den brutalen Bedingungen des immer noch nicht überwundenen Rassismus in Südafrika.

Der Weltfriedensdienst unterstützt diese vielfältigen Ansätze finanziell und durch Öffentlichkeitsarbeit hier.
Wir suchen Spender.

WFD-Spendenkonto:
Bank f. Gemeinwirtschaft
Konto: 8888
(BLZ 100 101 11)
Kennwort: Südafrika
Weitere Infos bei:
WFD, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Radio von unten
Das alternative Medienmagazin
48 Seiten monatlich
Probeexemplar DM 5,—

Jahresabo 49,— DM

Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30, 3400 Göttingen 1

Unsere Themen im September:
● Emsvertiefung ● Bremer Hafenausbau
● Atom-Müll ● Wesertunnel ● Hilfe für Lettland ● Serie: Arbeit an Bord (Schluß)
● PVC-„Recycling"
Nächstes Heft: vor Weihnachten 1992

Waterkant
Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e. V.

Ein Probeheft gibts für 2.– DM (in Briefmarken)
Jahresabo (4 Hefte) 24.– DM inkl.

Aktionskonferenz Nordsee e. V.
Kreuzstraße 61 · 2800 Bremen 1
Tel.: 0421/77675 · Fax: 0421/78931

Redaktion Waterkant
c/o Burkhard Ilschner · Offenwardener Str. 6
2856 Sandstedt
Redaktions-Fax: 04702/1090

direkte aktion anarcho-syndikalistische Zeitung

Wir stechen da zu, wo's wehtut

Probehefte gibt es bei:
F. Mohrhof · Grünebergstr.81 · 2000 Hamburg 50
oder am besten gleich abonnieren für DM 15,– pro Jahr (6 Ausgaben)

Nur die Ruhe...

... bringt auf Dauer nichts. Aktiv werden im Natur- und Umweltschutz! Infos und Adressen von Jugendgruppen in Deiner Nähe erhälst Du gegen Einsenden dieser Anzeige an:

Jugendumweltbüro Niedersachsen
Goebenstraße 3a · 3000 Hannover 1
Telefon (0511) 3940415

Spendenkonto: Postgiroamt Hannover
(BLZ 25010030), Konto-Nr. 577794-300

Für Linksausleger

Ich möchte den FREITAG kennenlernen und bestelle sechs Ausgaben zum Probierpreis von nur DM 12,– (Nur Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken). Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort, _____

Datum, Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche (Poststempel) beim Vertrieb FREITAG widerrufen kann.

2. Unterschrift _____

Coupon einsenden an: Vertrieb FREITAG
Postfach 360 520 / W-1000 Berlin 36

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

Reden wir Tacheles: Lassen wir Altnazis, Neonazis und Skins gefährdet Leben – und nicht die AusländerInnen!

Ralph Giordano

ISBN 3-923478-71-2 DM 7,50

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016